

Der Parlamentarier

Eduard Lasker

und die parlamentarische
Stilentwicklung der Jahre 1867 - 1884

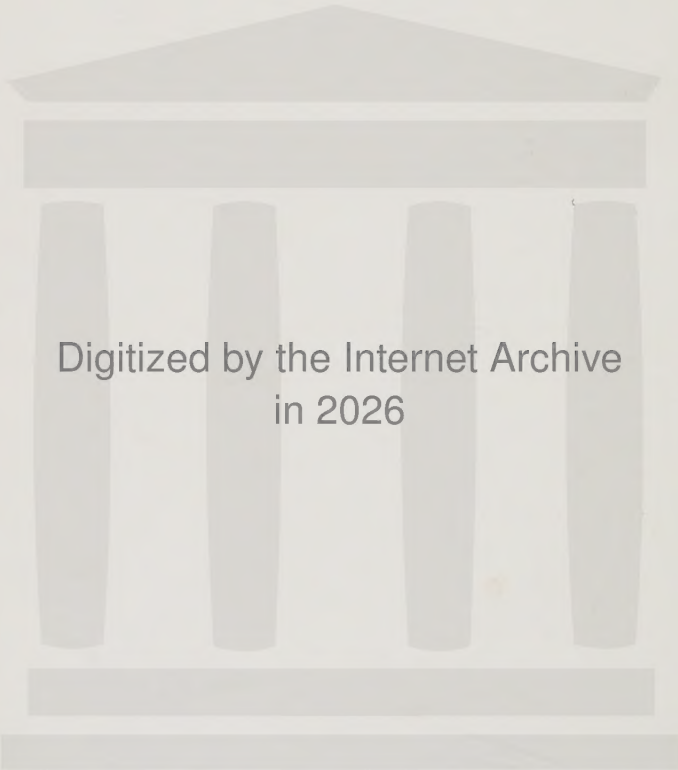
Ein Beitrag zur Geistesgeschichte
des politischen Stils in Deutschland

Inaugural-Dissertation

der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität zu Erlangen

Vorgelegt von Richard W. DILL
aus Nürnberg

Tag der mündlichen Prüfung: 28. Juni 1956



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Der Parlamentarier

Eduard Lasker

und die parlamentarische
Stilentwicklung der Jahre 1867 - 1884

Ein Beitrag zur Geistesgeschichte
des politischen Stils in Deutschland

Inaugural-Dissertation

der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität zu Erlangen



Vorgelegt von Richard W. DILL
aus Nürnberg

Tag der mündlichen Prüfung: 28. Juni 1956

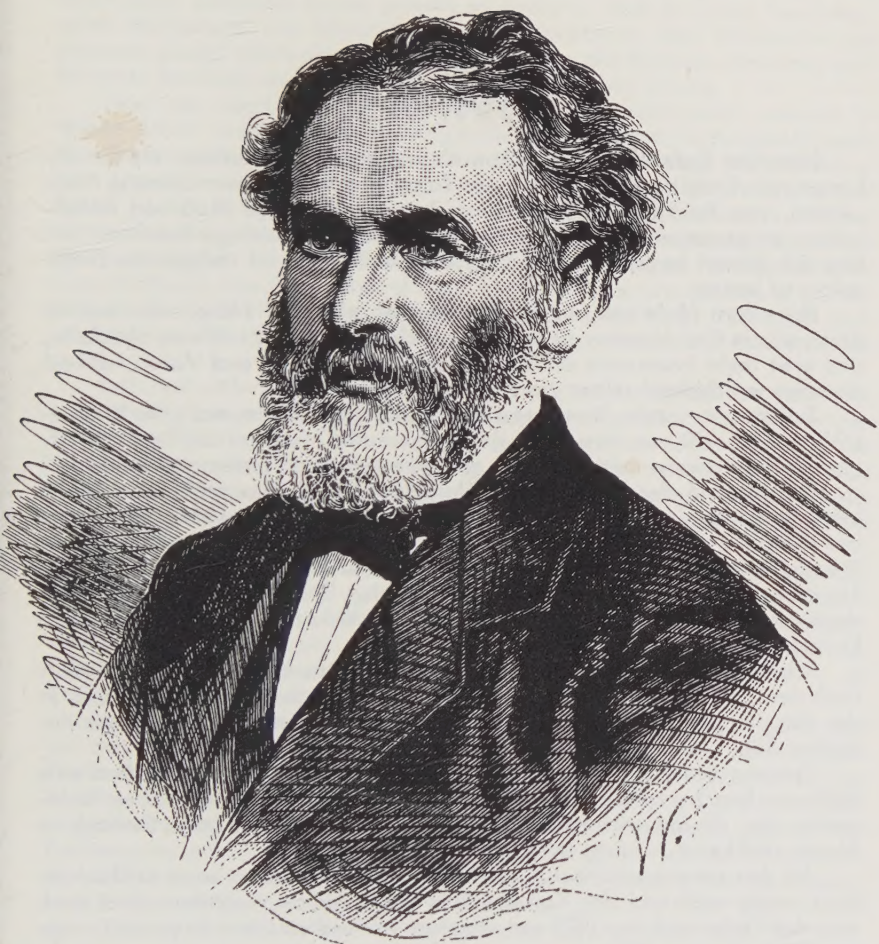
Dekan: Universitäts-Professor Dr. Heinz Otto Burger
Referent: Universitäts-Professor Dr. Hans-Joachim Schoeps
Korreferent: Universitäts-Professor Dr. Hans Lades

Meinem Vater



Eduard Lasker † am 5. Januar 1884.

(1873)



Eduard Tasker

(1884)

VORWORT

Hermann Sudermann war schon ein bekannter Dramatiker, als ihn die Langeweile Ende der 70er Jahre eines Tages in eine Parlamentssitzung trieb. „Allem, was Politik heißt, hatte ich bisher nur dasjenige Maß von Anteilnahme entgegengebracht, das einem grollenden Staatsbürger zukommt und das sich darauf beschränkt, die Fäuste zu ballen und im übrigen die Dinge gehen zu lassen.“

Mit einem Male sah ich, daß in meiner nächsten Nähe, von meiner Stube aus in fünf Minuten zu erreichen, sich tagtäglich ein Drama abspielte, das weit mehr bedeutete als alles Theater, das Leben und Vaterland und das eigene Schicksal selber war.“

Sudermann wurde Stammgast im Reichstagsgebäude, wo „die Weltgeschichte brühheiß aus dem Ofen gezogen wurde. Von nun an,“ gesteht er, „las ich die Parlamentsberichte mit gierigem Auge und zitterndem Herzen.“¹⁾

Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist das parlamentarische Leben in Deutschland von 1867 bis 1884. Parlamentarisches Leben als Drama und Ereignis, wie es Sudermann erlebte. Wenn sich die Jurisprudenz dieses Themas annimmt, so entwirft sie ein Koordinatensystem der Kräfte im Staate und versucht das Parlament einzuordnen. Die Geschichtswissenschaft dagegen fragt danach, was im Parlament geschehen ist und registriert diese Ereignisse.

Wir fragen nicht nach der Stellung des Parlaments im Staat, auch nicht nach dem „Was“. Wir fragen nach dem „Wie“, nach der Art und Weise, in der sich das parlamentarische Leben abgespielt hat, nach dem parlamentarischen Stil.

Geltung des Parlaments ist eigentlich keine Machtfrage, sondern eine Stilfrage. Das französische Parlament nach 1945 hat gezeigt, daß es Parlamente gibt, die im juristischen Sinne Macht besitzen, aber keine Geltung im Staate und keine Achtung bei den Wählern.

An den staatsrechtlichen Grundlagen des Parlamentarismus in Deutschland wurde während des Kaiserreiches kaum etwas verändert. Und doch war das Parlament von 1873 von anderem politischen Gewicht als dasjenige von 1883 oder von 1913.

Nach Veit Valentin lag zwischen 1870 und 1880 die Zeit, „in which the German masses became more politically conscious than ever before and were nearer to true democracy than at any time between the Frankfort Paulskirche assembly of 1848 memory, and the collapse of the Bismarckian Reich in 1918.“²⁾

¹⁾ Hermann Sudermann, Bilderbuch meiner Jugend, Stuttgart, 1920, S. 377 ff.

²⁾ Veit Valentin, Bismarck and Lasker, Journal of Central European Affairs, Jan. 1944, S. 402

Jener erste Anlauf zu erhöhter Parlamentsgeltung ist untrennbar verbunden mit dem Namen Eduard Lasker. Dieser jüdische Liberale war 1867 durch seine politische Arbeit gerade so berühmt, daß er in den Norddeutschen Reichstagen die führende Rolle spielen konnte. Sein Wirken für die deutsche Einheit führte ihn bis 1873 auf die Höhe des Ruhmes. Jahrelang galt er hinter Bismarck und Moltke als der dritte Mann im Staate.

Über ein Jahrzehnt gab das Verhältnis Bismarck-Lasker, welches in dieser Arbeit erstmals aus der allgemeinen Geschichte herausgelöst wird, dem parlamentarischen Leben das Gepräge. 15 Jahre wurde in Deutschland kein Gesetz verabschiedet, bevor Eduard Lasker seine Zustimmung erteilt hatte. Lasker ist der Geburtshelfer des Bürgerlichen Gesetzbuches und der Vater der deutschen Rechtseinheit. Ihm und seinen Freunden verdanken wir die wesentlichen Grundlagen unseres heute noch gültigen Rechtsgebäudes: das Strafrecht, das Gewerberecht, das Gerichtsverfassungsgesetz, die Straf- und die Zivilprozeßordnung. Sein Niedergang von 1879 bis 1884 geht dem allgemeinen Abstieg des Parlaments und des parlamentarischen Stils parallel.

Erst nach der Jahrhundertwende kam wieder ein Anlauf zu erhöhtem parlamentarischen Selbstbewußtsein. Dieser zweite Schub gipfelte in den Reichtagsdebatten zur Daily-Telegraph-Affäre und zur Zabern-Affäre, wo der Reichstag, ohne Rücksicht auf seine rechtliche Kompetenz, zu sich selbst fand, eine eigene, unabhängige Sprache sprach und Weltgeschichte machte, nicht durch Beschluß, sondern durch die schwer analysierbare Dynamik seines Auftretens.

Der Stilbegriff weicht der wissenschaftlichen Analysierbarkeit aus. Die Fragestellung ist neu und gehört in den Bereich der noch unentwickelten Wissenschaft von der Politik. Es fehlt an Vorarbeiten und an wissenschaftlichen Kategorien. Um sich an die Stilfragen heranzutasten, bieten sich methodisch drei Möglichkeiten an: man kann einen Zeitabschnitt wählen, ein Problem oder eine Persönlichkeit.

Wir haben uns entschlossen, einen Mann zu wählen. Aber es geht nicht um den Parteiführer Lasker. Es geht darum, den Typus eines unabhängigen Parlamentariers zu umreißen, festzustellen, ob und wie er am Aufbau und Ausbau des Staates teilhat im Verhältnis zu den Männern, die durch Befehl und Verordnung oder durch das Schwert Geschichte machen. Es geht um den Parlamentarismus als geistesgeschichtliches Phänomen, um den Gegensatz von Diskussions- und Autoritätsprinzip, um den Gegensatz von Grundsatz- und Kompromißpolitik, von Wort und Tat, es geht um Wert und Unwert der Diskussion und der von ihr geforderten Eigenschaften wie Toleranz, Opferbereitschaft und Nachgiebigkeit.

Unser ganzes Leben ist von Rechtssätzen überwölbt, aber sichtbar wird dieses Recht erst in den Grenzfällen, in den Fällen der Verletzung. Mit dem parlamentarischen Stil ist es ähnlich. Er ist immer vorhanden, wird aber erst transparent an den Bruchstellen und Reibungsflächen. Um 1871 tagte das Parlament durchschnittlich 70 Tage im Jahr. Nicht jede dieser Sitzungen verlief dramatisch. Aber wenn man im Verlauf von 16 Jahren die 40 oder 50 Sitzungen aneinanderreicht, in denen tatsächlich die Wogen der Begeisterung oder der Empörung hochgingen, dann müßte es möglich sein, ein Bild

vom Eigenleben, vom Innenleben des Parlaments zu entwerfen. Dieser Versuch ist in der vorliegenden Arbeit gemacht.

Lasker wird dabei betrachtet als der Kristallisationspunkt, als das Leitseil, anhand dessen die schwierigen Stilfragen aufgerollt werden. Da er der führende Parlamentarier der geschilderten Epoche war, wie im einzelnen nachzuweisen sein wird, und an allen wesentlichen Debatten entscheidend beteiligt war, erscheint die methodische Verknüpfung von seiner Person mit der allgemeinen Parlamentsgeschichte gerechtfertigt zu sein.

Das entworfene Bild des parlamentarischen Lebens fordert an vielen Stellen zum Vergleich mit Weimar und Bonn heraus. Es soll auch eine Vorarbeit zu einem größeren Vergleich sein, der jedoch erst in Angriff genommen werden kann, wenn mehr Material über den parlamentarischen Stil erschlossen und zusammengetragen ist.

Die Quellen der Arbeit sind hauptsächlich die von der Geistesgeschichte stark vernachlässigten Parlamentsprotokolle, ergänzt durch persönliche Erinnerungen von Abgeordneten.

Meinen Professoren, Dr. Hans-Joachim Schoeps und Dr. Hans Lades, danke ich für Rat und Hilfe bei der Abfassung meiner Arbeit und der Universitätsbibliothek Erlangen für Eifer und Geduld bei der Beschaffung des Materials.

Inhaltsverzeichnis

Seite

Register und Vorwort

Laskers Weg in die Politik

1. Heimat und Familie	1
2. Das Jahr 1848 und seine Folgen	3
3. Engländeraufenthalt	4
4. Bei der Fortschrittspartei	6
5. Im preußischen Abgeordnetenhaus	7
6. Die Entstehung der nationalliberalen Partei	9

Die Entstehung des Norddeutschen Reichstags und das allgemeine Wahlrecht	13
--	----

Der Ort der Handlung

1. Das Tagungslokal	18
2. Die Rechte und die Linke	19
3. Räumliche Voraussetzungen der Debatte	24

Die Hauptakteure	28
----------------------------	----

Zwischen Grundsatz- und Kompromißpolitik	32
--	----

Gesetzgeberische Zwischenbilanz	38
---	----

Bismarck und Lasker

1. Grundsätzliches Verhältnis	41
2. Erste Reibereien	43
3. Der Wert der Beredsamkeit	46

Volksvertretung und Außenpolitik

1. Gibt es öffentliche Außenpolitik?	50
2. Die Baden-Interpellation	53
3. Laskers Ansicht	54

Krieg und Reichseinigung

1. Kriegsausbruch	57
2. Laskers Tätigkeit während des Krieges	59
3. Die Verträge mit den süddeutschen Staaten	61
4. Schlechte Regie: der „Kaiserschmerz“	64
5. Die Reichstagsdelegation nach Versailles	66

Monarch und Volksvertretung

1. Stellung des Kaisers	70
2. Die Thronrede	71
3. Schluß der Session	77
4. Adressen	78
5. Außerparlamentarische Beeinflussung	79
6. Der König in der Debatte	81
7. Persönliche Beziehungen	83

Reichsfrühling und Parlamentsflitterwochen	84
--	----

Nach der Reichsgründung	88
-----------------------------------	----

Zentrum und Kulturkampf	92
-----------------------------------	----

Lasker auf dem Gipfel: Die Gründungsrede	97
--	----

Nachspiele der Gründungsrede

1. Das Schicksal der Untersuchung	105
2. Stümperhafte Nachahmer	107
3. Die Ära-Artikel	108

Die Jahre der Ernte	111
-------------------------------	-----

Die nationalen Minderheiten

1. Die Polen	115
2. Die Dänen	117
3. Die Elsässer	119

Das Jahr 1874

1. Streit um die Heeresverfassung	123
2. Das Bankgesetz	125
3. Pfui-Rufe gegen Bismarck	126

Ruhe vor dem Sturm: die Justizgesetze	130
---	-----

Die Varziner Verhandlungen

1. Minister aus der Parlamentsmehrheit?	134
2. Bruch der Nationalliberalen mit Bismarck	137
3. Lasker als Prügelknabe	140

Die Opposition

1. Opposition in der konstitutionellen Monarchie	143
2. Darf Opposition ins Parlament gehen?	145
3. Beteiligung an der Verantwortung	147
4. Lasker und Bebel	149

Das Reichstags-Präsidium	151
------------------------------------	-----

Der Umgangston

1. Ordnungsrufe	155
2. Zwischenrufe	159

Reichstagsauflösung und Sozialistengesetz	165
---	-----

Resignation	169
-----------------------	-----

Zunehmende Verschärfung

1. Immer wieder: Bismarck contra Lasker	172
2. Rücktritt Forckenbecks	175
3. Lasker in klarer Oppositionsstellung	178
4. Austritt aus der Fraktion	181
5. Verstimmung allenthalben	184
6. Laskers letzte parlamentarische Aktionen	187

Das Urteil der andern	189
---------------------------------	-----

Wort und Tat	193
------------------------	-----

Der Vorhang senkt sich	200
----------------------------------	-----

Literaturverzeichnis

Lebenslauf

Laskers Weg in die Politik

1. Heimat und Familie

Wenige Kilometer von der polnischen Grenze entfernt, in einem Teil der Provinz Posen, der zu 75 Prozent von Polen besiedelt war, liegt die Kleinstadt Jaroscyn, in der Jizchok oder Eisek¹⁾ Lasker am 14. Oktober 1829 geboren wurde.²⁾

In ganz Deutschland machten die Juden damals etwa ein Prozent der Bevölkerung aus.³⁾ Von allen in Preußen ansässigen Juden lebten allein zwei Fünftel in der Provinz Posen.⁴⁾ Jaroscyn hatte 2000 Einwohner, davon bekannten sich zwei Drittel zum katholischen und je ein Sechstel zum jüdischen und protestantischen Glauben.⁵⁾

¹⁾ Abwandlungen des Vornamens Isaak.

²⁾ Eine umfassende wissenschaftliche Lasker-Biographie gibt es bis heute nicht. Die maschinenschriftliche Dissertation von Albert Schwab, Tübingen, 1923 (= Schwab), trägt zwar den allgemeinen Titel: E. Lasker, ein liberaler deutscher Politiker, ist aber infolge lückenhafter Literaturverwertung unergiebig. Der 1947 in USA verstorbene Historiker Veit Valentin äußerte 1944 die Absicht, nach dem Kriege ein Buch zu schreiben: Edward Lasker and the Tragedy of German Liberalism, doch durchkreuzte der Tod diesen Plan (vgl. Veit Valentin, Bismarck and Lasker, Journal of Central European Affairs, Jan. 1944, S. 400, Fußnote). Sein Vorhaben wirft außerdem die Frage auf, ob es zweckmäßig ist, Quellenstudien aus der deutschen Geschichte, in denen viel aus Parl.-Debatten zitiert werden muß, zuerst in einer Übersetzung herauszubringen.

Die biographischen Daten des einleitenden Teils entnehme ich dem Artikel von Wipermann in der Allg. Dt. Biographie (Bd. XIX, S. 746 ff.), dem Grenzböten-Artikel von 1873 (1. Sem., Bd. 1, S. 441 ff.), der höchstwahrscheinlich von dem damaligen Herausgeber und Abgeordnetenkollegen Laskers, Hans Blum, stammt, ferner den Lebensläufen in den Parlamentsalmanachen (letzte Fassung bei Dr. Georg Hirth, Dt. Parl.-Almanach, 14. Ausg., Nov. 1881, Leipzig, S. 172). Neues, bisher unverwertetes Material zitiere ich aus den geheimen Tagebüchern Ludwig Bambergers, erstmals veröffentlicht von Dr. Ernst Feder unter dem Titel „Bismarcks großes Spiel“, Frankfurt, 1932 (= Bamberger, Tgb.).

Schließlich bin ich gezwungen, öfters auf die maschinenschriftliche Dissertation von Hellmut Köster, Eduard Laskers politische Frühzeit, Leipzig, 1924 (= Köster), zu verweisen, da Köster einerseits Zugang zu dem — heute verschollenen — deutschen Nachlaß Laskers, andererseits auch zu einer Reihe von Publikationen hatte, die heute in deutschen Bibliotheken nicht mehr auffindbar sind. So finden sich Einzelheiten über Laskers Jugend, etwa über seinen jüdischen Taufnamen, in einem verschollenen „Kalender für Israeliten“ von 1884, der nur bei Köster zitiert ist.

Nachdem es mir gelungen ist, in den Vereinigten Staaten noch unveröffentlichtes Material aus Laskers Nachlaß auffindig zu machen, behalte ich mir vor, den vorliegenden biographischen Teil später zum Gegenstand einer besonderen Arbeit zu machen.

³⁾ Eugen Richter, Parlamentarisches ABC-Buch, Berlin, 1892, S. 176 über das Judenproblem.

⁴⁾ Köster, S. 2.

⁵⁾ Bamberger, Tagebücher, S. 283 f.

Eisek war das vierte Kind des Kaufmanns Daniel Lasker, der eine Nägelfabrik besaß und außerdem an einer Glaswarenfabrik und an einer Pottasch-Siederei beteiligt war. Der Vater war eine belesene, menschenfreundliche und von tiefer Frömmigkeit erfüllte Patriarchengestalt. Er schwor vor Gericht niemals einen Eid und wurde einmal sogar durch königliche Ordre in einem Prozeß von der Eidespflicht entbunden. Jährlich gab er nach biblischer Vorschrift ein Zehntel seines Einkommens an die Armen. Von Eiseks Mutter Rebekka wissen wir, daß sie einerseits sehr klug, andererseits sehr heftig und aufbrausend war.⁶⁾ Neben zwei Brüdern und drei Schwestern wuchs Eisek auf.

Die Familie Lasker war für die bescheidenen Verhältnisse der Provinz wohlhabend und so wurden die Kinder durch einen Hauslehrer unterrichtet. Dieser, ein Privatgelehrter namens Dr. Löwenthal, war in der jüdischen Gemeinde als Bibelübersetzer bekannt und unterrichtete hauptsächlich im Talmud.

Als Eisek sieben Jahre alt war, stellte ihm der Rabbiner von Posen ein Horoskop und prophezeite, daß aus dem Kind einmal ein bedeutender Mann werden würde. Diese Weissagung machte tiefen Eindruck. 1851 erwähnt der angehende Politiker in seinem Tagebuch, er hoffe, „daß die Prophezeiungen, die den Knaben stolz gemacht haben, ihre Anregungen nicht nutzlos gesendet haben.“⁷⁾

Die ungewöhnliche Auffassungsgabe Eiseks veranlaßt den Hauslehrer, den Unterricht aufzugeben, als sein gelehriger Schüler gerade zehn Jahre alt ist. Der Knabe, sagt er, könne nichts mehr von ihm lernen. Zur gleichen Zeit, 1839, stirbt die Mutter.

Ein Jahr später wird in Jaroscyn der Grundstein zu einer Synagoge gelegt. Eisek, 11 Jahre alt, soll mithelfen und Steine tragen. Er weigert sich, wird vom Vater leicht gestraft und ist darüber so aufgebracht, daß er den älteren Bruder überredet, mit ihm zu fliehen. Mutterseelenallein schlagen sich die beiden Jungen nach Breslau durch, wo sie nach 10 Tagen aufgegriffen werden.

Die Kleinstadt ist kein Betätigungsfeld für die aufgeweckten Laskerbuben und bald sind sie wieder in Breslau, diesmal, um sich auf das Abitur vorzubereiten.⁸⁾ Eisek nimmt jetzt den Namen Eduard an.⁹⁾ Er besucht zunächst ein Progymnasium, an dem unter anderen Ferdinand Lassalle unterrichtet, und wechselt dann in die oberste Klasse des Gymnasiums über. Im Februar 1847, knapp 18 Jahre alt, verläßt er das Elisabeth-Gymnasium mit dem Reifezeugnis in der Tasche. Die Beurteilung lautet: glückliche Veranlagung in den naturwissenschaftlichen Fächern, aber mangelnde Beherrschung der deutschen Sprache.

Eduard wollte zunächst Arzt werden. Der Vater widersprach und so studierte der neugebackene Student zunächst in Breslau ein Jahr Mathematik und Astronomie. Trotz seines naturwissenschaftlichen Studiums ver-

⁶⁾ Bamberger, Tagebücher, S. 283 f.

⁷⁾ Paul Wentzcke, Glaubensbekenntnisse einer politischen Jugend in: Deutscher Staat und deutsche Parteien, Festschrift für Meinecke, München, 1922, S. 94.

⁸⁾ Köster, S. 4, spricht von einer abermaligen Flucht.

⁹⁾ Köster, S. 4.

folgte er jedoch mit wachen Augen die politischen Vorgänge. In den Jahren 1846/47, berichtet er selbst, „befand ich mich in den Lebensjahren, welche für solche weltgeschichtlichen Katastrophen die regste Empfänglichkeit mit leidlichem Verständnis vereinen.“¹⁰⁾

2. Das Jahr 1848 und seine Folgen

Das ruhige Studentenleben in Breslau wurde durch die Erschütterungen des Jahres 1848 unterbrochen. Eduard Lasker begab sich mitten in die Auseinandersetzung. Zunächst gab er in Breslau ein Tageblatt heraus, welches den Titel „Der Sozialist“ trug. Nach dem wenigen, was wir über diesen literarischen Versuch wissen, versuchte Lasker darin, wie so viel andere Köpfe seiner Zeit, den Plan einer reibungslos arbeitenden Menschengesellschaft zu entwerfen, in der es Glück und Wohlstand für jedermann geben solle. Er vertrat die Meinung, daß Sozialismus eine Wissenschaft sei und man daher unter anderem einen Lehrstuhl für die Behandlung von „sozialistischen“ Fragen errichten müsse. Entscheidende Einflüsse strahlte das Blatt nicht aus.¹¹⁾

Als auch in Österreich sich Anzeichen einer Revolution bemerkbar machten, besannen sich viele Schlesier auf ihre alte Zugehörigkeit zur Donaumonarchie. Auch Eduard Lasker zog unter dem Vorwand, in Wien studieren zu wollen, in die österreichische Hauptstadt. Am 7. Oktober 1848, einen Tag, nachdem der Kriegsminister Latour ermordet worden war, kam er in Wien an. An Studium war nicht zu denken. In den Straßen tobten Barrikadenkämpfe; der Kaiser war geflohen.

Zu gleicher Zeit traf der Abgesandte der Frankfurter Nationalversammlung, Robert Blum, in der Stadt ein. Um ihn scharten sich die kampfeslustigen und revolutionären Studenten und bildeten eine Kampftruppe, die „Akademische Legion“. Einer der Legionäre war Eduard Lasker. Der Aufstand nahm ein blutiges Ende. Nach harten Kämpfen eroberte Fürst Windischgrätz am 31. Oktober die Hauptstadt zurück. Als erstes ließ er Blum und zwei Mitglieder der Legion standrechtlich erschießen. Die überlebenden, versprengten Studenten verließen sich in alle Winde.¹²⁾

Die Wiener Erlebnisse wühlten den 19jährigen auf; das Jahr 1848 entschied seinen weiteren Lebensweg. Im Reichstag bekannte er später: „Ich für mich gestehe, daß immer der Mittelpunkt meines Lebens der Geist sein wird, welcher das Jahr 1848 hervorgerufen hat und welcher diesem Jahr gefolgt ist.“ (Bravo!)¹³⁾

Lasker kehrte nach Breslau zurück. Sein Entschluß stand fest: er wollte sich der Politik widmen und Rechtswissenschaft studieren, auch wenn er als

¹⁰⁾ Eduard Lasker, Wege und Ziele der Kulturentwicklung, Essays, Leipzig, 1881 (= Essays), S. 248.

¹¹⁾ Vgl. Wentzcke, Glaubensbekenntnisse, S. 88 ff., und Köster, S. 6 ff.

¹²⁾ Vgl. dazu Hans Blum, Aus Robert Blums Leben, in: Gartenlaube, Jhrgg. 1878, S. 248.

¹³⁾ Stenograph. Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Berlin, 1867 ff., 21.3.67—17, 295, Zitate aus den Protokollen weiterhin nach vorstehendem Beispiel: Datum, laufende Nummer der Sitzung innerhalb der Session, Seitenzahl; Orthographie nach gegenwärtigen Rechtschreibregeln, also: Mut statt Muth, Prinzip statt Princip, Kompetenz statt Competenz, gesamt statt gesammt, usw.

Jude keine Aussicht hatte, im preußischen Staatsdienst angestellt zu werden. Zuerst weigerte sich die Fakultät, ihn in Breslau wieder aufzunehmen. Durch die Fürsprache wohlgesinnter Professoren erreichte er dann doch die Zulassung.

Eduard Lasker war ein fleißiger Student, aber ein Einzelgänger. Die Menschen seiner Umgebung ließen ihn kalt. „Ihr geschäftiges Treiben fand keinen Widerhall in mir, unerschlossen waren mir die Leidenschaften und Ziele, welche sie bewegten, und in den Gesichtszügen der meisten las ich nur Begierden und Sorgen von einerlei Art. Sogar unter den Altersgenossen bewegte ich mich ohne tiefere Teilnahme.“ Dagegen spielte er gern mit Kindern und freute sich, wenn ihm diese Vertrauen schenkten.¹⁴⁾

In die Studienzeit fiel auch seine erste Liebe zu der Schwester eines Kommilitonen. Der Gedanke an eine Ehe machte ihm klar, daß er nicht ewig seinen literarischen und philosophischen Neigungen nachgehen könne, sondern sich dem Erwerb und dem beruflichen Aufstieg widmen müsse. Er sah ein, daß es Illusion sei, „vom Staube des Marktes entfernt“ leben zu wollen. Er begann planmäßiger als bisher zu arbeiten und „erwarb bald die Anerkennung eines Mannes, der praktisch geworden war“. Im Mai 1851 bestand er das erste juristische Staatsexamen und wurde Auskultator am Berliner Stadtgericht.

Das Jahr 1852 brachte dem jungen Juristen zwei harte Schicksalsschläge. Zuerst wurde der Vater von einer Cholera-Epidemie dahingerafft. Dann verlobte sich das Mädchen, das Eduard im Stillen verehrt hatte. Aus der Verzweiflung gab es zwei Auswege: die Natur und die Arbeit. Lasker versuchte beide zu gehen. Er machte lange, einsame Spaziergänge und saß nächtelang über Büchern. In der Arbeit fühlte er sich „über das Getümmel der Welt“ hinausgehoben. Wieder hielt er um die Hand eines Mädchens an, das er neben sich hatte aufwachsen sehen. Er wurde von den Eltern höflich, aber kühl abgewiesen. Das Mädchen selbst erfuhr überhaupt nichts davon und Eduard machte auch keinen Versuch, sich ihm zu nähern.

Der Vater war tot, die Schwestern verheiratet, ein Bruder ausgewandert; in der Liebe hatte er zwei Enttäuschungen hinter sich. Jurist im preußischen Staatsdienst konnte er als Jude nur dann mit Aussicht auf Karriere werden, wenn er konvertierte. Dazu aber konnte er sich nicht entschließen. So blieb ihm zunächst nur der Ausweg, den viele seiner Glaubensgenossen vor ihm beschritten hatten: die Auswanderung.

3. Englandaufenthalt

Das Jahr 1853 findet Eduard Lasker auf den Spuren seines Bruders in London. Was er tat, ist nicht mehr genau festzustellen. Er schrieb Artikel, gründete eine „internationale Rechtshilfestelle“ und arbeitete als Kaufmann mit ebensowenig Lust wie Erfolg. Selbstverständlich machte er sich auch

¹⁴⁾ Diese und die folgenden autobiographischen Bemerkungen sind der einzigen überlieferten poetischen Arbeit Laskers, Erlebnisse einer Mannesseele, entnommen, die 1873 von Berthold Auerbach ohne Nennung des Verfassers in Stuttgart herausgebracht wurde. Ich habe versucht, die in dieser Schrift beschriebenen Wandlungen an die richtigen zeitlichen Punkte zu setzen.

mit der englischen Geschichte, mit dem angelsächsischen Recht und insbesondere mit den Regeln des Parlamentslebens vertraut. Immer wieder greift er später im Reichstag auf englische Beispiele zurück.

Einer der bedeutendsten Emigranten, die damals in London lebten, war Gottfried Kinkel, ehemals Professor in Bonn, wegen seiner Teilnahme an der Revolution 1848 zu lebenslänglicher Festungshaft verurteilt und von Karl Schurz auf abenteuerliche Weise befreit. In seinem Haus verkehrte Lasker regelmäßig. Sein Kommen galt ebensosehr dem Professor wie dessen Tochter Marie, mit der er sich nach einiger Zeit verlobte. Das Mädchen sah in Lasker einen Vorkämpfer der Freiheit, einen der Männer, die darauf hinarbeiteten, seinen höchsten Wunsch zu erfüllen: die Heimkehr ins „freie und einige“ Vaterland. Neue Begeisterung erwachte in Lasker und er nahm sich vor, nach Deutschland zurückzukehren.¹⁵⁾

Glücklich, energiegeladen, schaffensfroh und gereift traf Lasker 1856 wieder in Berlin ein und versuchte sein Ausscheiden aus dem Staatsdienst rückgängig zu machen. Erstmals äußert er den Wunsch, „einmal ein gewissenhafter Volksvertreter sein zu können“. Und als Voraussetzungen zu diesem Wirkungskreis betrachtete er folgende Eigenschaften: „Wissenschaft, Belesenheit und Beobachtung, und im persönlichen Charakter Bescheidenheit, Pünktlichkeit und festen Willen.“

Aber vor der Betätigung in der Politik wollte Lasker ein guter Richter werden. „Wer einmal eine höhere Stelle einnehmen will, muß zunächst von seinen Berufsgenossen als ein Tüchtiger des Faches betrachtet werden.“¹⁶⁾ Mit Feuereifer bereitete er sich auf das zweite juristische Staatsexamen vor. Mitten unter den Vorbereitungen erfuhr er, daß Marie Kinkel an Schwindsucht gestorben war.

„Nur das Elend der Menschen verband mich noch mit dem Leben,“ beschrieb Lasker später in seinen „Erlebnissen“ seine Stimmung. Erst nach einer längeren Periode des dumpfen Dahinlebens wandte sich sein Geist stärker als vorher der Gemeinschaft zu. „Ich suchte die zerrütteten Leben auf und strebte zu helfen, wo noch aufzurichten war. Ich forschte den Quellen der Leiden nach und immer tiefer zog es mich von den Schicksalen der Einzelnen hinein in die allgemeinen Schäden, welche so viele Anlagen zum Glück zerstören. Immer größer sah ich die Zahl der Hilfsbedürftigen, aber immer unzulänglicher wurde die Kraft des Einzelnen. Dies trieb mich zur Gemeinschaft mit Gleichbestrebten und bald stand ich in der Mitte einer neuen Tätigkeit, welche auf das Allgemeine gerichtet war, aber nicht mit der Lust der Erkenntnis sich begnügte, sondern rastlos die Hand zur Tat anlegte.“

Die zweite juristische Staatsprüfung brachte Lasker 1858 hinter sich. Er wurde Assessor am Berliner Stadtgericht. Nun begann er auch, sich aktiv mit Politik zu beschäftigen.

¹⁵⁾ Die Beziehung zu Kinkel, von Köster (S. 17), nur als Möglichkeit angeführt, wird auch von Valentin bestätigt (Bismarck und Lasker, S. 400 f.)

¹⁶⁾ Wentzcke, Glaubensbekenntnisse, S. 95

4. Bei der Fortschrittspartei

1858 trat der spätere Kaiser Wilhelm die Regentschaft in Preußen an. Für Lasker war diese Wendung gleichbedeutend mit dem Umschwung von 1848. Eine „Neue Ära“ begann: die Verwirklichung des liberalen Prinzips im Staatswesen.¹⁷⁾

Die liberalen Parteien erlebten einen großen Aufschwung. 1861 veröffentlichte die Fortschrittspartei ihr Programm: konstitutionelle Monarchie, Einigung Deutschlands unter preußischer Führung, Garantie des Rechtsstaates, Unabhängigkeit der Richter, Ministerverantwortlichkeit, Gleichberechtigung der Religionsgemeinschaften.¹⁸⁾

Diese Forderungen gewannen den ungeteilten Beifall des Juristen Lasker. Er schloß sich der Fortschrittspartei an. Schon im Herbst 1861 stand seine Kandidatur zur Debatte.¹⁹⁾

Berühmt aber wurde Lasker durch seine politischen Veröffentlichungen. Bernhard Oppenheim gab seit 1860 seine „Deutschen Jahrbücher für Politik und Literatur“ heraus, in deren Spalten die liberalen Ideen verteidigt wurden. In diesen Jahrbüchern kam Lasker ausführlich zu Wort. Von 1861 an bis zum Ende der Konfliktzeit schrieb er in den „Jahrbüchern“ über seine Ideen zur preußischen Verfassungsgeschichte. Seine Artikel stellten ein Bekenntnis zum Liberalismus dar, wie er im Programm der Fortschrittlichen zum Ausdruck gekommen war.²⁰⁾

Durch diese verfassungsrechtlichen Abhandlungen wurde Lasker bekannt. 1862 bereits war er Schriftführer im Berliner Bezirksverband der Fortschrittspartei. Außerdem betätigte er sich in Dunckers „Berliner Handwerkerverein“, der sich die Bildung des handwerklichen Mittelstandes durch Vorträge zur Aufgabe gemacht hatte.²¹⁾ 1863/64, während der Konfliktzeit, griff Lasker in den „Jahrbüchern“ die Regierung oft heftig an. Zweimal mußte er sich deswegen vor Gericht verantworten, aber beide Male wurde er freigesprochen.²²⁾

Auch innerlich veränderte sich Lasker in der politischen Arbeit. „Der Ruf eines gedankenstrengen Menschen verscheuchte die Leichtlebigen, dagegen näherte sich der schwerfällige Ernst mit mehr Zutrauen, als meiner Jugend zukam. Im Tanz und Spiel wurde ich beiseitegelassen, die über die Vergnügungen der Jugend hinaus waren, behandelten mich wie einen aus ihren Kreisen und ich selbst kam mir alt vor über meine Jahre.“²³⁾

Noch einmal trat ein junges Mädchen in sein Leben. Es war verwöhnt und launisch und sehnte sich nach einem geordneten Hauswesen. Der ruhelose Politiker Lasker war ihm unverständlich. Wieder kam es zur Trennung.

¹⁷⁾ Vgl. Lasker, Verf.Gesch. S. 159 ff.

¹⁸⁾ Ludolf Parisius, Deutschlands politische Parteien, Berlin, 1878, S. 36 ff.

¹⁹⁾ Köster, 21 f.

²⁰⁾ 1874 unter dem Titel „Zur Verfassungsgeschichte Preußens“ als Buch erschienen. (= Lasker, Verf.Gesch.)

²¹⁾ Köster, S. 22; vgl. ferner Karl Duncker: Franz Duncker, Lebensbild eines Volksfreundes, Leipzig, 1888, S. 66 f.

²²⁾ Köster, S. 23.

²³⁾ Lasker, Mannesseele, S. 47, S. 105 ff.

Lasker sah auf einmal die Alternative vor sich: häusliches Glück oder uneigennützigte Arbeit für das Gemeinwohl. Und er entschied sich: „Wahrheit war allein in dem Triebe, welcher immer auf das Allgemeine, die erwerblose Arbeit, die unbelohnbare Hingabe an das Land und an das Ringen der Menschen nach Glück und Freiheit hinwies. Aber zur glücklichen Begründung eines eigenen Hausstandes war ich nicht angetan, sondern die Bildung meines Wesens und ein ungeneigtes Schicksal hatten mich von diesem kürzesten Weg vom Glück abgeführt.“ Gab es einen Ausweg? Ja! „War die schönere Hälfte des Lebens verloren, so mußte umso reicher die Welt in mir sich gestalten. Hierauf war jetzt mein Ziel gerichtet: mühevolleres Wirken sollte mir den Gleichmut der Seele bewahren.“²³⁾

Lasker nahm sich vor, sein Leben der Politik zu widmen, „vielleicht einer unter den Wenigen, welche ungefesselt durch ein Amt, unangeregt durch Ehrgeiz, ohne andere Nebenbeschäftigung sich eins wußten mit den Geschicken des Landes.“²⁴⁾

Zur Beurteilung von Laskers Arbeit als Parlamentarier muß man wissen, daß er den öffentlichen Dienst als Opfer betrachtete, daß er einen Gegensatz sah zwischen persönlichem Glück und sachlicher Berufung. Sein Leben lang verließ er nie den Boden der unbestechlichen, nüchternen Sachlichkeit. Seine Gegner nannten ihn deshalb dogmatisch, vertrocknet, blutleer; vielen galt er als der Typ des weltfremden Federfuchses. Aber die kurzen Erkenntnisse aus seinem pathetischen, autobiographischen Roman geben deutlichen Aufschluß über das scheue, empfindsame, leichtverletzliche Wesen dieses einsamen Politikers. Seine Vorstellung vom Wesen des Politikers war fast eine mönchische. Sein fanatischer Arbeitseifer, sein schlichter, untadeliger Lebenswandel, der den Gegnern nie die geringste Angriffsfläche bot, seine Bedürfnislosigkeit, gepaart mit seiner Menschenfreundlichkeit, Hilfsbereitschaft, Naturverbundenheit, tragen in sich einen schmerzhaften Zug der Entsagung. Liest man die Geschichte seiner unglücklichen Berührungen mit dem anderen Geschlecht, so hat man den Eindruck, er habe sich sein Glück durch allzugroße Zaghaftigkeit und vornehme Zurückhaltung selbst verscherzt, aber ohne Zweifel war es diese Kette von Enttäuschungen, die aus ihm den ruhelosen, asketischen, sich in der Arbeit verzehrenden Politiker machte.

Zu Beginn des Jahres 1865 legte H. O. Temme, einer der Führer der Fortschrittspartei, sein Berliner Mandat nieder. Lasker kandidierte an seiner Stelle bei der Nachwahl — und kam durch.²⁵⁾ So begann der 36jährige Assessor am 15. 3. 1865 als jüngster Abgeordneter²⁶⁾ des preußischen Abgeordnetenhauses seine parlamentarische Laufbahn.

5. Im preußischen Abgeordnetenhaus

Eine der wenigen richtigen Beobachtungen in Bluntschlis physiologischer Staatslehre²⁷⁾ ist die, daß jedem Lebensalter eine bestimmte politische Haltung entspricht. Zu Kindheit und Knabenalter gehört der Radikalismus, der

²³⁾ Mannesseele, S. 107.

²⁵⁾ Parisius, S. 69.

²⁶⁾ Köster, S. 25.

²⁷⁾ Note siehe Seite 8.

junge Mann neigt zu liberalen Anschauungen, wird in reiferen Jahren konservativ und im Alter absolutistisch.

Jedes Parlament hat eine Altershierarchie und eine Voraussetzung guten Stils ist es, daß die Neulinge und die jungen Abgeordneten langsam und reibungslos in den Parlamentsbetrieb eingeführt werden. Eine freundliche Geste der Jugend gegenüber war die Einrichtung der Jugendschriftführer in Frankfurt, Erfurt und im Norddeutschen Reichstag. Dem Alterspräsidenten standen bei Beginn jeder Session die vier jüngsten Mitglieder des Hauses zur Seite, um ihm bei der Konstituierung zu helfen. Bismarck war der eigenwillige Jugendschriftführer Simsons im Erfurter Parlament. August Bebel war jüngstes Mitglied des Zollparlaments, und unter den Jugendschriftführern im Norddeutschen Reichstag — die Einrichtung wurde am 12. Mai 1869 abgeschafft — befanden sich unter anderen Eugen Richter, Hans Blum und der spätere Reichstagspräsident Otto Graf Stolberg-Wernigerode.

Fast alle Neulinge, die zum ersten Mal das Parlament betreten, beschleicht das gleiche Gefühl: Enttäuschung, Ungeduld. Man möchte große Dinge für das Vaterland vollbringen und muß sich stattdessen mit kleinen, scheinbar nebensächlichen Dingen befassen. Bismarck langweilte sich im pommerschen Landtag zu Tode,²⁸⁾ Friedrich Naumann war entsetzt und betäubt von dem Poltern, Stampfen, Dröhnen und Schlingern der parlamentarischen Maschine.²⁹⁾ Das Erlebnis, das der demokratische Abgeordnete Gustav Schneider beim Eintritt in das Parlament 1919 hatte, ist zeitlos: „Es war wie eine kalte Dusche! Wo waren der Schwung, die großen Gedanken, die Ideale? Mir erschien die geschäftsmäßige Art, mit der alle Fragen behandelt wurden, geradezu entwürdigend.“³⁰⁾

Lasker war immerhin schon 36 Jahre alt, als er erstmals in einem Parlament Einzug hielt. Er war über die Zeit des sieghaften Vorwärtstürmen-Wollens hinaus und nicht von der Fülle der Kleinarbeit enttäuscht. „Auch hier fand ich viele,“ urteilt er, „welche ihren kleineren Vorteilen nachgingen. Ehrgeizige jagten ihren Plänen nach, Eitle drängten sich in kleinen Kreisen an die Spitze und niedrige Selbstsucht berechnete ihren Vorteil.“³¹⁾ Dieses Urteil ist frei von übertriebener Bitterkeit und Verbesserungssucht.

Am 15. März trat Lasker in das Abgeordnetenhaus ein. Der Höhepunkt des Verfassungskonfliktes war zwar überschritten, aber immer noch war die Verfassung teilweise außer Kraft gesetzt, immer noch wurden die Staatsausgaben ohne Zustimmung des Parlaments finanziert, immer noch gab es keine Pressefreiheit. Das war das gegebene Kampffeld für den Ju-

²⁷⁾ Nach der Psychologie von Friedrich Rohmer gibt es 16 menschliche Grundkräfte (Gehör, Sprache, Geschlechtssinn usw.). Bluntschli übertrug diese Kräfte auf die Politik und ordnete jeder menschlichen Grundkraft eine entsprechende politische Kraft zu. So entspricht etwa der Geschlechtssinn dem Krieg. Für das Parlamentsleben ist wichtig, daß die Sprache nach Bluntschli zwar eine Grundkraft ist, sich aber nicht in der Diskussion, sondern in Befehl und Verbot äußert. (J. G. Bluntschli, *Denkwürdiges aus meinem Leben*, 3 Bde., Nördlingen, 1888, S. 288 ff., S. 321.)

²⁸⁾ Moritz Busch, *Bismarck und seine Leute*, Berlin, 1940, S. 164 (= Busch, Bismarck).

²⁹⁾ und ³⁰⁾ Gustav Schneider, *Briefe aus dem Reichstag*, Berlin, 1927, S. 9 ff.

³¹⁾ Mannessele, S. 74.

risten Lasker, der sich jahrelang in seinen Veröffentlichungen für den Rechtsstaat eingesetzt hatte.

Laskers Jungfernrede fand am 27. März 1865 statt. Sie befaßte sich mit Steuerfragen,³²⁾ „fiel in eine übermüdete, präokkupierte Versammlung und der Neuling machte damit kein Glück“.³³⁾

Ein parlamentarischer Großkampftag war der 20. Mai 1865. Stadtgerichtsrat Twesten, ein Liberaler des linken Flügels, dem 1861 der Kriegsmminister v. Manteuffel im Duell einen Arm zerschossen hatte, übte bei der Beratung des Justizetats heftige Kritik an der gesamten preußischen Justizverwaltung. Seine heftigen Angriffe führten zu einer jahrelangen Prozeßkette, die erst am 18. Mai 1868 mit Twestens völligem Freispruch enden sollte.³⁴⁾ Lasker erhob sich hinter Twesten, stimmte ihm zu und wandte sich besonders gegen die Staatsanwälte.³⁵⁾

Von diesem Tag an waren Twesten und Lasker Freunde. In den Twesten-Prozessen ging es immer um das Prinzip der Redefreiheit und Lasker war es, der im Parlament für Twesten den Kampf um dieses fundamentalste Recht aller Abgeordneten führte.

Nebenbei blieb Lasker einer der hauptsächlichen Leitartikler der liberalen „National-Zeitung“. Im November 1865 wurde das Blatt wegen eines Artikels von Lasker beschlagnahmt.³⁶⁾

Am 2. Februar 1866 hielt Lasker erstmals seinen Einzug in Schulthess' Geschichtskalender: er beantragte eine Kommission zur Untersuchung von Eisenbahn-Konzessionen. Wenige Tage später — am 23. Februar — wurde das Abgeordnetenhaus geschlossen und am 9. Mai aufgelöst.

6. Die Entstehung der Nationalliberalen Partei

Zwischen Auflösung und Neuwahl des Abgeordnetenhauses lag der preußisch-österreichische Krieg. Die Wahl vom 3. Juli 1866 — am Tag der Schlacht von Königgrätz — brachte den Konservativen erhebliche Zunahmen, den Fortschrittler große Einbußen.³⁷⁾ Es gab im Haus „eine liberale, aber in ihrer Mehrheit nicht oppositionelle Majorität“.³⁸⁾

Nach der Rückkehr der siegreichen preußischen Heere wurde der Landtag am 5. August eröffnet. In der Thronrede wurde die Bereitschaft der Regierung zur Beilegung des Verfassungskonfliktes ausgedrückt: „Die Auslagen entbehren der gesetzlichen Grundlage; meine Regierung ist angewiesen, Indemnität nachzusuchen.“ Was sollte die liberale Partei tun? „Lehnte sie

³²⁾ Köster, S. 57.

³³⁾ Grenzboten, 1873, S. 442.

³⁴⁾ Eine gute Zusammenfassung über die Twesten-Affaire bei Schulthess, 1877, S. 70 ff. Dieser Quelle entstammen auch alle anderen nicht näher bezeichneten Daten dieses Abschnitts. Vgl. ferner Heinrich v. Sybel, Die Begründung des Dt. Reiches, München, 1901, 7 Bde. (= Sybel), Bd. VI, S. 224 ff.

³⁵⁾ Köster, S. 59 ff.

³⁶⁾ Julius Heyderhoff, Die Sturmjahre d. preußisch-dt. Einigung. Polit. Briefe, Bonn, 1925, S. 266.

³⁷⁾ Johannes Ziekursch, Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches, Frankfurt, 1925, 3 Bde. (= Ziekursch), Bd. I, S. 187 ff., Wahlergebnisse S. 192.

³⁸⁾ Erinnerungen aus dem Leben von Hans Viktor v. Unruh, herausgegeben von Heinrich v. Poschinger, Stuttgart, 1895 (= Unruh), S. 261.

das Anerbieten ab,“ so schildert Lasker 15 Jahre später den Konflikt innerhalb der Partei, „so schied sie aus der nächstbevorstehenden Entwicklung der Dinge in Deutschland aus.“ Ablehnung bedeutete „frivole Fortführung“ des Konfliktes; die Neuordnung Deutschlands würde auf den Weg der Diktatur gedrängt. „Nahm die liberale Partei das Anerbieten an, so wurde... der liberale Geist bei der bevorstehenden Ordnung von unwiderstehlichem Einfluß.“ Und in Kenntnis des Ablaufes der Geschichte fügt Lasker hinzu: „Keines von beiden geschah.“ Stattdessen kam die Spaltung, die endloses Siechtum über die liberale Partei breitete.³⁹⁾

Unruh meinte, es sei töricht, nicht in die dargebotene Hand einzuschlagen. Da sich seine Meinung nicht durchsetzte, trat er aus der Fortschrittspartei aus. Twesten folgte wenige Tage darauf. „Später,“ berichtet Unruh, „trat auch Lasker zu uns, was ich ihm sehr hoch aufnahm, weil er in Berlin gewählt war und sich sagen mußte, daß durch seinen Austritt aus der Fortschrittspartei seine Wiederwahl in Berlin sehr gefährdet sei, wo, wie in vielen großen Städten, die Wähler in ihrer Mehrzahl zum Radikalismus hingen. Lasker folgte seiner Überzeugung trotz dieser Gefahr.“⁴⁰⁾

Am 3. September wurde die Indemnität, die nachträgliche Zustimmung des Parlaments zu den Ausgaben des Staates seit 1862, mit 230 gegen 75 Stimmen gewährt. Da auch die Dotationen für bewährte Heerführer die Zustimmung des Hauses fanden, endete die Konfliktzeit in versöhnlicher Stimmung. Das Verhältnis zwischen liberalen und konservativen Parlamentariern war herzlich. „Bei dem ersten Hoffest sprach der König mit vielen Abgeordneten in der freundlichsten Weise.“⁴¹⁾

In den Sommerferien des Landtags gaben die ausgetretenen Mitglieder der Fortschrittspartei eine Erklärung ab, weshalb sie sich für die Beilegung des Verfassungsstreites eingesetzt hatten. Von dieser Septembereklärung an wird allgemein die Entstehung der nationalliberalen Partei gerechnet.⁴²⁾

In der Erklärung kommt ein bis heute wirksamer und ungelöster Konflikt zum Ausdruck: wir bejahen zwar die Außenpolitik der Regierung, sind aber mit ihrer Innenpolitik nicht immer einverstanden. So versprachen die Nationalliberalen im Innern „eine wachsame und loyale Opposition“, während sie in außenpolitischen Fragen der Regierung ihr Vertrauen bekundeten. Zu den 24 Unterzeichnern dieser Erklärung — und damit zu den Parteigründern — gehörten Unruh, Twesten und Lasker.

In der Herbstsession des Landtags von 1866 machte Lasker zweimal von sich reden. Um sich Geld zu verschaffen, hatte die Regierung die Köln-Mindener Eisenbahn verkauft. Lasker verlangte, daß dieser Verkaufsvertrag dem Parlament vorgelegt werden solle. Sein Antrag wurde mit 129 zu 122 Stimmen angenommen und bildete den Auftakt zu einer Reihe von Nieder-

³⁹⁾ Aus Eduard Laskers Nachlaß, Hrsg. Dr. Wilh. Cahn, Berlin, 1902 (einziger Band), (= Lasker, Nachlaß), S. 41 ff.

⁴⁰⁾ Unruh, S. 263.

⁴¹⁾ Unruh, S. 266.

⁴²⁾ Oskar Klein-Hattingen, Geschichte des deutschen Liberalismus, Berlin, 1911, 2 Bde. (= Klein-Hattingen), Bd. I, S. 298 ff., ferner Parisius, S. 78, zur Spaltung, ferner Ziekursch, S. 198 ff., Erich Eyck, Bismarck, Zürich, 1943, 3 Bde. (= Eyck), Bd. II, S. 323 ff.

lagen der Regierung. Am 30. November richtete der Assessor erstmals einen größeren, vielbeachteten Angriff gegen seinen obersten Chef, den Justizminister Graf zur Lippe.

Die Einheit der Liberalen war zunächst noch durch ein gemeinsames Wahlkomitee gewährleistet, für das Lasker mehrere Wahlreden hielt. Von diesem Komitee wurde er als Kandidat für den verfassungsberatenden norddeutschen Reichstag aufgestellt. Im Februar 1867 wurde er in Berlin mit 7708 von 12765 gewählt; sein Gegner, General v. Roon, brachte es auf 4781 Stimmen.⁴³⁾

Die Wahlmänner, die Lasker in den preußischen Landtag entsandt hatten, mißbilligten seinen Austritt aus der Fortschrittspartei und bei der Neuwahl im Spätsommer 1867 büßte Lasker sein Berliner Mandat gegen den Fortschrittler Löwe ein.⁴⁴⁾

Dieser Landtag wurde allerdings wegen Hinzutretens der anderen norddeutschen Länder schon am 22. September wieder aufgelöst. Lasker kandidierte nicht mehr in Berlin, sondern in Magdeburg, dem ursprünglichen Wahlkreis Unruhs. Es gelang ihm, diesen Wahlkreis dem fortschrittlichen Redakteur Hoppe zu entreißen.⁴⁵⁾ Von 1874 an bis zu seinem Ausscheiden im Jahre 1879 vertrat er dann im preußischen Abgeordnetenhaus den Wahlkreis Frankfurt.

Im verfassungsberatenden Reichstag von 1867 hatte Lasker zunächst ein Berliner Mandat. Vom September 1867 an vertrat er den zweiten Wahlkreis im Herzogtum Sachsen-Meiningen, der die Verwaltungsämter Eisfeld, Sonneberg, Graefenthal, Saalfeld, Camburg und Kranichfeld umfaßte. Die sächsischen Wähler hielten Lasker die Treue bis zu seinem Tode, obwohl er niemals unter ihnen wohnte.

Die ständigen Angriffe des Assessors Lasker gegen die preußische Justizverwaltung erweckten den Zorn seiner Vorgesetzten. Im Juli 1867 versuchte man Lasker mundtot zu machen. Zusammen mit Twesten wurde er vor dem Disziplinargerichtshof des Berliner Kammergerichts angeklagt, durch sein oppositionelles Auftreten in der Öffentlichkeit seine beamtliche Treuepflicht verletzt zu haben. Der Staatsanwalt forderte Amtsenthebung. Das Gericht entschied auf einen Verweis und auf 100 Taler Geldstrafe. Dieses Urteil, das der Staatsanwalt als zu milde anfocht, blieb auch in der zweiten Instanz bestehen.⁴⁶⁾

Als der Landtag im Herbst 1867 eröffnet wurde, entfachte Lasker sofort eine hitzige Debatte über die Stellung und die Rechte eines Volksvertreters. Sein Antrag, daß Landtagsmitglieder vor gerichtlicher Verfolgung geschützt sein müßten, wurde mit 181 : 160 Stimmen angenommen. Der von seinem Richteramt suspendierte Twesten wurde demonstrativ zum Berichterstatte der wichtigsten Kommission, der Budget-Kommission, gewählt, worauf Bismarck sein Erscheinen vor dem Ausschuß verweigerte.

⁴³⁾ Parisius, S. 87.

⁴⁴⁾ dto. S. 95 und S. 105.

⁴⁵⁾ dto. S. 117.

⁴⁶⁾ Schulthess, 1867, S. 64.

Am 2. Dezember folgte dem allgemeinen Antrag Laskers über die Unverfolgbarkeit der Abgeordneten noch ein zweiter, das Urteil gegen Twisten betreffend. Mit 188:174 Stimmen wurde die Aufhebung des Urteils beschlossen. Dieses Votum wurde als Ausdruck des Mißtrauens gegen den Justizminister v. d. Lippe aufgefaßt, so daß dieser gehen mußte. Nach drei Jahren Parlamentstätigkeit hatte Lasker seinen ersten Minister „abgesägt“ — ohne verfassungsrechtliche Macht, ohne Einfluß und ohne Verbindungen. War er bisher geachtet, so wurde er nun auch gefürchtet.

Im Januar 1868 fügte Lasker seinen angenommenen Anträgen noch einen weiteren hinzu, der die Redefreiheit in den Parlamenten grundsätzlich unter Schutz stellen sollte. Auch dieser wurde angenommen.

Seit 1868 gab Lasker auch einen eigenen Pressedienst heraus, die „Berliner Autographische Korrespondenz“. Sie ist heute nicht mehr auffindbar, wurde aber damals im ganzen Land von den liberalen Zeitungen oft nachgedruckt.⁴⁷⁾

Das war in großen Zügen das politische Vorleben Eduard Laskers, als er in die Arena des Reichstags einzog, in der wir sein Wirken hauptsächlich verfolgen wollen.

⁴⁷⁾ Köster, S. 126.

Die Entstehung des Norddeutschen Reichstags und das allgemeine Wahlrecht

Am 9. April 1866 hatte Preußen im Bundesrat zu Frankfurt den Antrag gestellt, „eine aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrecht der ganzen Nation hervorgehende Versammlung einzuberufen, um die Vorlagen der deutschen Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu beraten.“ Der Antrag war gegen Österreich gerichtet, das sich angesichts seiner heterogenen Bevölkerungsteile mit einem solchen Wahlrecht selbstverständlich nicht befreunden konnte.

Bevor der Antrag beraten werden konnte, verschärfte sich der Streit um Schleswig-Holstein und als Österreich am 14. Juni die Mobilisierung der nicht-preußischen Bundestruppen verlangte, erklärte Preußen den Bundesvertrag für gebrochen und erloschen. Zu gleicher Zeit liefen die Verhandlungen zwischen den norddeutschen Staaten, die am 18. August durch ein Bündnis beendet wurden, in welchem es unter anderem hieß: „Die Verbündeten Regierungen werden gleichzeitig mit Preußen die auf Grund des Reichswahlgesetzes vom 12. 4. 1849 vorzunehmenden Wahlen der Abgeordneten zum Parlament anordnen.“ Eine Konferenz der Bevollmächtigten der Regierungen einigte sich bald darauf, daß Preußen es übernehmen solle, die zu schaffende Bundesverfassung dem Reichstag gegenüber zu vertreten.

Der konstituierende Norddeutsche Reichstag wurde am 12. Februar 1867 gewählt und am 24. Februar eröffnet. Er wurde der verfassungsberatende Reichstag genannt, nicht der verfassungsgebende, weil der Bund als ein Werk der Fürsten betrachtet wurde und weil sich mehrere Landtage vorbehalten hatten, daß das Resultat der Beratungen ihnen zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden solle.¹⁾ In 35 Sitzungen beschäftigte sich das Plenum mit der Bundesverfassung, die am 16. April mit 230 gegen 53 Stimmen verabschiedet wurde.

Mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts beginnt in Deutschland eine neue Ära der Parlamentsentwicklung. Bismarck selbst hatte mit diesem unerwarteten Schritt drei Gegner treffen wollen: Österreich und die großdeutsche Bewegung, die deutschen Fürsten nebst ihrem partikularistischen Anhang und schließlich das preußische liberale Bürgertum.²⁾

¹⁾ Nach Robolsky, S. 3 ff.

²⁾ vgl. dazu Bismarcks Wahlrechtsrede vom 28. 3. 67 — 21, 429; seinen Brief an den Grafen Bernstorff in London vom 19. 4. 66, zit. bei Unruh, S. 272 (Fußnote); ferner Ilse Steil, Bismarcks Anschauung über Volksvertretung, Diss., Marburg, 1939, S. 7 ff; Eyck, Bd. II, S. 151; Ziekursch, Bd. I, S. 148 und 226 ff.

Der Anfangserfolg, die Mobilisierung der Volkssehnsucht nach der Reichseinheit gegen den Widerstand der Partikularisten, wurde erreicht. Dem Reichstag gegenüber versuchte Bismarck das neue Wahlrecht zu bagatellisieren, indem er behauptete, daß „jedes Wahlrecht unter denselben äußeren Umständen und Einflüssen ziemlich gleiche Resultate ergibt. Ich glaube, wenn wir heute auf der Basis des Vereinigten Landtags wählten, würden wir ungefähr dieselbe Vertretung haben.“³⁾

Die von dem Wahlrecht am meisten Betroffenen, die Abgeordneten, lehnten das System fast ausnahmslos ab. Die Liberalen waren verblüfft, die Konservativen empört. „Niemand hatte diesen radikalen Schritt erwartet.“⁴⁾ Keine Partei außer den Sozialisten hatte das neue Wahlrecht gefordert.⁵⁾

Das neue Wahlsystem war für die Konservativen die „am schwersten verständliche politische Handlung Bismarcks“.⁶⁾ Der Zentrumsführer Windthorst gestand, daß er es von sich aus niemals gegeben haben würde.⁷⁾ Der Liberale Unruh klagte, daß jetzt die Entscheidungen in die Hände der Besitzlosen und Ungebildeten gelegt seien.⁸⁾ Robert v. Mohl sprach sogar von einer „unverzeihlichen politischen Sünde Bismarcks“.⁹⁾ Zu den wenigen Abgeordneten, die das Wahlrecht begrüßten, gehörte Lasker.¹⁰⁾

1774 hatte Edmund Burke seinen Wählern in Bristol versichert, daß er sein Gewissen niemandem opfern werde. „Euer Vertreter schuldet Euch nicht nur seinen Eifer, sondern auch sein Urteil, und er verrät Euch, statt Euch zu dienen, wenn er es Eurer Meinung opfert.“¹¹⁾

Das war das aristokratische Prinzip der Volksvertretung. Auch im Norddeutschen Reichstag fanden sich noch radikale Vertreter des Prinzips der Unabhängigkeit des Volksvertreters von der Volksmeinung. Der national-liberale Abgeordnete Jungermann etwa bemängelte in der Diätendebatte, daß immer davon gesprochen werde, der Abgeordnete leiste im Reichstag einen Dienst, für den er belohnt werden müsse.

„Ich bestreite es, meine Herren, daß ich hier als Abgeordneter einen Dienst erfülle. Ich vertrete hier lediglich mich selbst, das eigene Recht, das ich als Mitglied der Nation habe, auf ihre Geschicke mit einzuwirken innerhalb der Vertretung der Nation. Ich bin nicht hierhergekommen meinen Wählern zuliebe, ich bin hierhergekommen, um meine Ansichten, meinen Einfluß auf die Gestaltung unserer Reichsverfassung zur Geltung zu bringen. (Sehr richtig! rechts.) Seien Sie versichert, es beneiden uns Tausende um den Platz, den wir hier einnehmen. (Bravo!) Die Vertretung des Volkes ist nach meiner Ansicht überhaupt ein aristokratischer Beruf und soll es sein.“

³⁾ Rt: 28. 3. 67 — 21, 429

⁴⁾ Unruh, S. 270

⁵⁾ Ferdinand Lassalle forderte das allg. Wahlrecht in seinem „Arbeiterprogramm“ vom 12. 4. 1862, zit. bei Felix Salomon, Die deutschen Parteiprogramme (= Salomon), 3. Aufl., Leipzig, 1924, Bd. I., S. 109.

⁶⁾ Robolsky, S. 13

⁷⁾ Rt: 12. 2. 74 — 2, 31

⁸⁾ Unruh, S. 270 ff.

⁹⁾ Robert v. Mohl, Lebenserinnerungen, Stuttgart, 1902, 2 Bde. (= Mohl), Bd. II, S. 157

¹⁰⁾ Rt: 15. 5. 67 — 33, 708

¹¹⁾ zit. bei Hellmuth v. Gerlach, Das Parlament, Frankfurt 1907 S. 8

Die Aristokratie ist zugleich eine Aristokratie der Intelligenz oder soll es sein. Ich will als Abgeordneter von meinen Wählern mir nicht sagen lassen, daß mich der Staat honoriert mit drei oder vier Talern (Bravo!), aber aus demselben Grund will ich auch der Regierung gegenüber den Kopf hoch tragen können und mir nicht vorrechnen lassen vom Finanzminister, daß jeden Monat eine Zahlungsanweisung erfolge für die Herren Abgeordneten, welche die Opposition machen.“¹²⁾

Diese Auffassung war ebenso edel wie unhaltbar. Durch das allgemeine Wahlrecht wurde das Verhältnis zwischen Wählerschaft und Abgeordneten auf eine völlig neue Grundlage gestellt. Zwar war in allen Verfassungsurkunden seit 1789 zu lesen, daß der Volksvertreter nur seinem Gewissen unterworfen und verantwortlich sei, aber wer sein Mandat behalten wollte, sah sich doch mehr als bisher gezwungen, nach der Stimmung seiner vervielfachten Wählermassen zu spielen.

Der durchschnittliche Wähler verlangt nach Überschaubarkeit des politischen Raumes. „Bist Du für oder gegen die Regierung?“ fragt er und verlangt eine eindeutige Antwort. Einem Parlamentarier der Mitte wie Lasker, der sein Ja und Nein in jedem einzelnen Falle abwägt, und seinen differenzierten Gedankengängen zu folgen, ist dem Wähler beschwerlich. Weil dieser Weg der Mitte so schwer zu gehen war, teilten sich die Fronten klarer als bisher: die Rechtsparteien wurden in stärkere Abhängigkeit von der Regierung, die Linksparteien in stärkere Abhängigkeit von der Volksgunst getrieben. Für beide Gruppen war das bequem, nicht aber für die verantwortungsbewußten Parlamentarier, die im Parlament eine eigene, dritte Kraft sahen, von Volksstimmung und Regierungsbefehlen gleichermaßen unabhängig.

Wie grundlegend das Wahlrecht die Parlamentsatmosphäre veränderte, sieht man aus der einfachen Tatsache, daß auf Grund des neuen Systems schon 1867 Sozialisten im Reichstag saßen, während die ersten „Roten“ in das preußische Abgeordnetenhaus, wo man nach Steuerklassen wählte, erst 40 Jahre später, im Jahre 1907 einzogen, als die SPD bereits zu den stärksten deutschen Parteien gehörte.

Der Norddeutsche Reichstag ist nach dem Urteil des Nationalliberalen Carl Braun „niemals von irgendeiner parlamentarischen Körperschaft an Arbeitskraft, Entschlossenheit und reformatorischem Eifer übertroffen worden.“¹³⁾ Staatsminister Rudolf v. Delbrück nennt ihn „eine Versammlung, welche in der Höhe des politischen Talents und der gesellschaftlichen Stellung ihrer Mitglieder niemals früher oder später von einer ähnlichen Versammlung erreicht ist.“¹⁴⁾

¹²⁾ Rt: 30. 3. 67 — 23, 480.

¹³⁾ Carl Braun, Randglossen zu den politischen Wandelungen der letzten Jahre, Aus den Papieren eines dt. Abgeordneten, Bromberg, 1878 (=Braun), S. 5

¹⁴⁾ Lebenserinnerungen von Rudolf v. Delbrück, 2 Bde., Leipzig, 1905, Bd. II, S. 391. Leider enden die Aufzeichnungen Delbrücks mit der Reichsgründung. Gleichermäßen lobend auch Heinrich v. Treitschke, Deutsche Kämpfe, Leipzig, 1896 (=Treitschke), S. 183

„Alle Parteien“, ist die Meinung des Bonner Rechtslehrers Hüffer, „stimmten in ihren Ansichten soweit überein, daß ein ruhiger, wahrhaft nützlicher Meinungs Austausch zwischen ihnen stattfinden konnte.“¹⁵⁾

Zwar beginnt mit dem Norddeutschen Reichstag die Entwicklung eines über die einzelnen Länder hinausgreifenden, gesamtdeutschen Parlaments, aber die Grundlagen für die parlamentarischen Formen, in denen sich die Debatten abspielten, waren doch längst gelegt. Der Stil eines Parlaments wird immer getragen von einer Reihe von ganz wenigen Abgeordneten, die eine langjährige Parlamentserfahrung hinter sich haben. Stil bildet sich von selbst, wenn einmal 30 oder 40 Abgeordnete auf eine Parlamentstätigkeit von Jahrzehnten, wie dies in England üblich ist und im deutschen Kaiserreich üblich war, zurückblicken können.

Die Männer, die im Norddeutschen Reichstag das Wort führten, waren alle bereits in anderen Parlamenten hervorgetreten. Unter ihnen befanden sich Dutzende von „48ern“, die bereits 1848 in der deutschen oder in der preußischen Nationalversammlung gesessen hatten.¹⁶⁾ Der erste Präsident des Norddeutschen Reichstags hatte 1848 in Frankfurt und 1850 in Erfurt bereits präsi diert. Der Fortschrittler Löwe-Calbe war Präsident des Stuttgarter Rumpfparlamentes gewesen, hatte sich einer lebenslänglichen Festungsstrafe durch Emigration entzogen und war nach seiner Begnadigung zurückgekehrt. Der konservative Alterspräsident von Frankenberg hatte bereits in Erfurt, 17 Jahre vorher, das gleiche Amt innegehabt.

Ludwig Bamberger hatte der Frankfurter Nationalversammlung angehört, ebenso die Liberalen Marquard Barth, Dr. Edel, Dr. Mohl, Dr. Wigard, Ziegler, Grumbrecht, Schaffrath, Dr. Sepp und der spätere Zentrumsmann Bischof v. Ketteler.

Da die bedeutenden Parteiführer fast ausnahmslos aus den preußischen Provinzen kamen, trafen sie sich auch regelmäßig im preußischen Landtag wieder. Der Dualismus Preußen-Reich hatte bis 1918 auch seine parlamentarische Entsprechung. Fehden und Probleme wurden zwischen den beiden Häusern hin- und hergetragen und die Frage der Doppelmandate wurde häufig diskutiert, nachdem bei gleichzeitigem Tagen beider Häuser die meisten Abgeordneten in Zeit- und Gewissensnot kamen.

Diese personelle Kontinuität veranlaßte Bismarck nach dem Zusammen tritt des Norddeutschen Reichstags zu der Feststellung: „Die Gesamtbestände der Vertretungen Deutschlands haben seit meiner parlamentarischen Laufbahn, seit 1847, nicht gewechselt, ich habe immer dieselben alten, zum Teil lieben, zum Teil kampfbereiten Gesichter mir gegenüber gesehen.“ (Große Heiterkeit.)¹⁷⁾

Um einen Begriff von der personellen Kontinuität zu geben, sei folgende Überlegung angestellt: von 1867 bis 1893 wurden in allen Wahlen, einschließlich derer zum Zollparlament, 4552 Mandate vergeben. Diese Man-

¹⁵⁾Hermann Hüffer, Lebenserinnerungen, Hrsgg. von Ernst Sieper, Berlin, 1914, (=Hüffer), S. 181

¹⁶⁾Im ersten dt. Reichstag von 1871 befanden sich rund 40 Abgeordnete, die seit mindestens 1850 in zweiten Kammern tätig gewesen waren.

¹⁷⁾Rt: 28. 3. 67 — 21, 429

date wurden — nach der Liste der namentlichen Abstimmungen —¹⁸⁾ von 2017 Abgeordneten wahrgenommen, so daß im Durchschnitt jeder Abgeordnete mindestens zweimal gewählt wurde. Eine Zählung der Abgeordneten der Nationalliberalen Partei von 1867 bis 1909 ergibt, daß von den insgesamt 605 Repräsentanten der Partei 293, also etwa die Hälfte, mehr als eine Legislaturperiode im Parlament tätig waren.¹⁹⁾

¹⁸⁾ Generalregister zu den sten. Berichten vom Jahre 1867 bis 24. Mai 1895, Berlin, 1896 (=Generalregister), Teil III, Abschnitt B, S. 239

¹⁹⁾ Nationalliberale Parlamentarier des deutschen Reiches, 1867—1909, Berlin, 1909

Der Ort der Handlung

1. Das Tagungsort

Der erste Zusammentritt eines deutschen Reichstags gibt Anlaß, sich einmal mit dem Verhandlungssaal selbst als stilbestimmendem Faktor zu befassen.

Das Herrenhaus in der Leipziger Straße war vom 25. Februar 1867 bis zum Jahre 1870 provisorische Heimstätte der Volksvertretung. Der Sitzungssaal war fast ebenso breit als lang. An der nördlichen Schmalseite thront der Präsident, von je zwei Schriftführern flankiert. Das Präsidium sitzt in einer Art Nische unter einem gewölbten Flachbogen. Tritt man aus dieser Nische eine Stufe tiefer, so kommt man zur Rednertribüne, die unmittelbar unter dem Präsidentensitz liegt. Eine weitere Stufe nach unten liegt eine Sitzreihe für die zweite Garnitur von Bevollmächtigten zum Bundesrat. Der eigentliche Ministertisch befindet sich noch eine Stufe tiefer. Rechts vom Präsidenten sitzen Bismarck und v. Roon, auf dem linken Flügel der Ministerbank sitzen aus Platzmangel einige Abgeordnete des Zentrums, von den Ministern durch den Stenographentisch getrennt. Erst einen weiteren Absatz tiefer sitzen die Abgeordneten. Die zwölf Sitzreihen steigen nach hinten an; in den zwei Mittelblöcken hängen je acht Sitze aneinander.¹⁾

Graf Bismarck hat in diesem Lokal den jeweiligen Redner, zwei Stufen höher, seitwärts hinter sich, „so daß er sich, wenn er vom Redner haranguiert wird, wie das häufig geschieht, oder wenn er denselben nicht bloß mit den Ohren, sondern auch mit den Augen verfolgen will, etwas umdrehen muß. Da also der Redner den Kanzler unter sich hat, so kann er das Gefühl seiner Erhabenheit über diesen Mann durch Herabzeigen mit dem Zeigefinger umso drastischer ausdrücken, und indem der Kanzler etwas über sich blicken muß, erscheint er oft wirklich als der Geduckte.“²⁾ Hier hat der Parlamentskorrespondent offenbar etwas gespürt von der psychologischen Wirkung der Raumeinteilung, auch als er später schreibt, daß dadurch, daß der Präsident über Abgeordneten und Ministern sitze, eine ganz respektable Erhabenheit besitze. Der Spitzname des ersten Präsidenten war: „Olympier“.

Lasker hatte in diesem Lokal Platz Nr. 173, bescheiden in der vierten Reihe, dafür aber direkt am Mittelgang, damit er nicht immer drei Kollegen zum Aufstehen bewegen mußte, wenn er zum Rednerpult eilen wollte. Er saß auch, was außerordentlich wichtig ist, nah genug, um sich durch Zwischenrufe verständlich machen zu können. Seine Nachbarn und Gesprächs-

¹⁾ Der erste Parlamentsalmanach von Hirth (Berlin, 1867) enthält einen Plan mit der Sitzordnung der Abgeordneten, die späteren Handbücher jedoch leider nicht mehr.

²⁾ Robolsky, S. 25 ff.

partner waren neben ihm v. Unruh, vor ihm die Zentrumsabgeordneten Vincke (Olbendorf) und v. Dörnberg, hinter ihm v. Carlowitz von der Freien Vereinigung und auf der anderen Seite des Ganges Graf v. Schwerin (Kons.).³⁾

Dem Präsidenten gegenüber befindet sich die königliche Loge, flankiert von einer Diplomaten- und einer Abgeordnetenloge. Rechts vom Präsidenten ist die Galerie für das Publikum, links die Journalistentribüne. Diese Anordnung führte oft zum Unwillen des Publikums, weil die Abgeordneten mehr darauf bedacht waren, auf der Pressegalerie verstanden zu werden und daher dem Volk häufig den Rücken zuwendeten.

Das Herrenhaus erwies sich bald als zu eng. Das Zollparlament und der erste deutsche Vollreichstag zogen deshalb zunächst in das Abgeordnetenhaus am Dönhoffplatz um. Auch hier herrschte Überfüllung und so wurde die Regierung dauernd mit der Forderung nach einem größeren Tagungsraum bombardiert. Man entschloß sich, die königliche Porzellanfabrik in der Leipziger Straße 4 umzubauen, bis eine endgültige monumentale Heimstätte des Parlaments errichtet war.⁴⁾ Die Planung machte geringe Fortschritte, so daß Bismarck drohte, er werde Architekten aus London oder Wien kommen lassen. Nun ging der Umbau beschleunigt vor sich; innerhalb von 70 Tagen war das neue Provisorium fertig. Als Bismarck hörte, daß man das Porzellan sehr langsam und sorgfältig verpacke und daß dadurch die Bauarbeiten behindert seien, erschien er persönlich auf der Baustelle. Wenn innerhalb von drei Tagen das Gebäude nicht geräumt sei, erklärte er, werde alles noch herumliegende Porzellan auf die Straße fliegen.

Tatsächlich wurde der Bau am 16. Oktober 1871 bezogen. In der sechsten Sitzung erhob sich das Haus zum Zeichen des Dankes an die Architekten und Handwerker. Präsident Simson drückte seine Genugtuung aus, daß die Verhandlungen sich nunmehr in „neuen, edlen, zweckentsprechenden Räumen, von mannigfachen Unzuträglichkeiten der früheren Situation befreit,“ abwickeln würden.⁵⁾

Das endgültige Reichstagsgebäude am Königsplatz erlebte Lasker nicht mehr. Der Grundstein wurde durch Wilhelm I. am 9. Juni 1884 gelegt, der Schlußstein durch Wilhelm II. am 5. Dezember 1894.

2. Die Rechte und die Linke

Die Urform der kontinentalen Sitzordnung ist der Halbmond. Sie gleicht damit zwei älteren Stätten, in denen das Wort regiert: dem Theater und dem „Auditorium Maximum“ der Universität. In seiner Frühzeit war das Parlament Teil eines dualistischen Systems: es war der mehr oder minder einflußreiche Gegenpol zum Souverän. Gleichgesinnte trafen sich und sprachen

³⁾ Während Bismarck im Reichstag die Konservativen vor sich hatte, waren es im preuß. Abgeordnetenhaus die Nationalliberalen. „Lasker sitzt sogar ihm so nahe, daß beide sich mit dem Gruße nicht ausweichen können. Im Reichstage befindet sich der Kanzler in besserer Umgebung.“ (Robolsky, S. 28)

⁴⁾ Über die Frage des Parlamentsgebäudes vgl. Unruh, S. 334 ff., ferner Eugen Richter, Im alten Reichstag, Erinnerungen, Berlin, 1894 (zit. als „Richter“) 2 Bde.; Bd. I, S. 16 ff.

⁵⁾ Rt: 20. 10. 71 — 6, 17

chen sich Mut zu, rebellierten, protestierten. Die ersten Revolutionsparlamente glichen großen Volksversammlungen. Der Präsident war ein Teil des Haufens, möglichst sogar der angesehenste Regierungsgegner. Der Gegner selbst aber saß außerhalb. Links und rechts, das waren klar unterscheidbare Begriffe: Verteidiger und Feinde des Herrschers.

Auch später, als die Lehre von den zwei Parteien, der staatserhaltenden und der staatsfortbildenden, aufkam, war die Einteilung von links und rechts noch sinnvoll. Aber inzwischen haben sich die Unterscheidungsmerkmale völlig verwischt. Zu verschiedenen Zeiten hat man unter „links“ und „rechts“ folgende Gegensatzpaare verstanden:

gemäßigt	— radikal
konservativ	— liberal
reaktionär	— fortschrittlich (revolutionär)
monarchistisch	— republikanisch
regierungstreu	— oppositionell
aristokratisch	— bürgerlich
bürgerlich	— proletarisch
kapitalistisch	— sozialistisch
nichtmarxistisch	— marxistisch
autoritär	— konstitutionell
konstitutionell	— anarchistisch
national	— international
partikularistisch	— zentralistisch.

Schon die vielen Deutungsmöglichkeiten beweisen die Haltlosigkeit der Schablone. Mit der Verwischung der Grenzen ist aber auch die Grundlage der halbkreisförmigen Sitzanordnung verschwunden. Schon das Auftreten des Zentrums, das in seinen Forderungen auf Verfassungsrechte „links“, in seiner partikularistischen Haltung jedoch extrem „rechts“ war, hatte den Halbkreis gesprengt.⁶⁾ Der Halbkreis wurde vollends sinnlos, als die politischen Anschauungen im Kreis gewandert waren, als etwa die ultrakonservativen, monarchistischen Deutschnationalen mit den Nationalsozialisten ein Bündnis eingingen und Arm in Arm als rechter Flügel einherwandelten, während die „nationalen“ Parteien im Kaiserreich noch die Linke gebildet hatten.

Mit der Zeit wurde das Parlament zur kontrollierten und kontrollierenden Institution. Die Bekämpften saßen nun ebenfalls im Haus und es erschien natürlich, daß sie sich den Abgeordneten gegenübersetzten. Hie Parlament — hie Regierung! Problematisch wurde diese Anordnung wieder, als der parlamentarische Monismus diesen Gegensatz auflöste, als die Regierung vom Parlament abhängig wurde, zum Teil nur ein aus Parlamentsmitgliedern bestehender Ausschuß des Parlaments war. In Frankreich hat man diese Änderung dadurch ausgedrückt, daß der Regierung die ersten Reihen des Saales angewiesen werden, damit auch äußerlich den Zusammenhang

⁶⁾ vgl. Elben, S. 185

von Haus und Regierung demonstrierend. Ebenso ist es in Dänemark.⁷⁾ In Deutschland blieb die Gegenüberstellung bis heute bestehen.

Eine andere Form der Sitzanordnung hat sich in England herausgebildet. Dort sitzen sich an einem langen Tisch, an dessen einem Ende der „speaker“ thront, Regierung und Opposition gegenüber.⁸⁾ Diese Anordnung bedingt eine, vom Zweiparteiensystem begünstigte moralische Gleichbewertung von Regierung und Opposition, die nicht von der Zahl der Sitze abhängig ist. Der Kampf der Ideen, nicht der Stimmzettel, die Auffassung von der Opposition als legitime, zum System des „government“ gehörige Wahrerin der Kritik, werden hier auch äußerlich gut ausgedrückt und beeinflussen den Stil der Debatte.

Das zerstörte Unterhaus wurde nach dem Krieg genau so wieder aufgebaut, wie es Jahrhunderte lang gewesen war, in derselben Form und Größe, mit denselben scheinbaren Mängeln, ohne Rednerpulte und ohne ausreichende Sitze für alle Mitglieder. Churchill äußerte sich zu der Raumfrage in einem Memorandum, in dem es heißt: „Das Unterhaus sollte nicht halbkreisförmig, sondern rechteckig sein, denn hierin liegt ein sehr starker Faktor unseres politischen Lebens. Die von den politischen Theoretikern so geschätzte halbkreisförmige Versammlung erlaubt den Abgeordneten je nach dem politischen Wetter, im Zentrum hin und her zu pendeln, sich in kaum merklichen Etappen von links nach rechts zu bewegen, ein Überqueren des Mittelgangs erfordert dagegen schon ernsthafte Überlegungen.“⁹⁾ Die Logik, die in so vielen Ländern halbkreisförmige Parlamente schuf und in Gebäuden unterbrachte, die groß genug waren, um jedem Mitglied einen Sitzplatz und oft auch noch ein Pult mit einem zum Klappern eingerichteten Deckel zu bieten, hat sich auf die parlamentarische Regierungsform äußerst unheilvoll ausgewirkt.“¹⁰⁾

So sitzen sich im Unterhaus heute noch Regierungschef und Oppositionsführer auf Ohrfeigennähe an einem etwa 2 m breiten Tisch gegenüber. Es gibt kein Rednerpult und keine schützende Phalanx von Ministerialdirektoren. Die Beine liegen häufig auf dem Tisch, Attlee's Schuhsohlen knapp von denen Eden's entfernt.

Das englische Vorbild der Sitzordnung hat sich außer in Westminster noch eingebürgert in den Niederlanden und in Irland. Luxemburg hat ein hufeisenförmiges Parlament, alle anderen europäischen Parlamente sind halbkreisförmig; der Bundestag hat mit seinen nach dem Redezentrum gerichteten Sitzkeilen eine Abart des Halbkreises eingeführt.

⁷⁾ Die Angaben über außerdeutsche Parlamente in diesem Kapitel sind dem Buch von Cam-pion and Liddardale, *European Parliamentary Procedure, A comparative handbook*, London; 1953, entnommen.

⁸⁾ Da seit 1874 nie weniger als drei Parteien im Unterhaus gesessen sind, manchmal sogar vier oder fünf, ist diese Anordnung nicht nur in einem Zweiparteiensystem denkbar. Sie bewährte sich auch in Jahren, in denen, wie 1931, 473 von 615 Abgeordneten auf einer Seite des Hauses saßen.

⁹⁾ Churchill ging diesen Weg selbst zweimal.

¹⁰⁾ Woodrow, Wyatt, Churchill als Parlamentarier, *Der Monat* Nr. 75, Dez. 1954, S. 243 ff.

Die Verteilung der verschiedenen Herrschaftselemente in einem Saal ist weit mehr als eine architektonische Spielerei. Nach der Theorie ist das Parlamentspräsidium im parlamentarisch regierten Staat am leichtesten unterzubringen. Ihm gebührt der alles beherrschende Platz. Während die Fraktionen die Vielheit des Parlaments repräsentieren, ist das Präsidium ein Symbol der Einheit der Volksvertretung gegenüber Volk und Regierung. Nach deutschem ungeschriebenen Recht ist der Parlamentspräsident nach dem Regierungschef der zweite Mann im Staate.¹¹⁾ Die Architekten Fritsch und Jacobsthal, die im Jahre 1873 einen Plan für ein neues Parlamentsgebäude einreichten, machten mit Recht geltend, daß der Sitz des Präsidenten in der Reihe der Regierungsvertreter irreführend sei. Es sehe dann so aus, als sei er ein Organ der Regierung, während der doch gerade die Ganzheit des Hauses gegen die Regierung vertrete.¹²⁾

Für die Placierung der Regierung gibt es theoretisch zwei Möglichkeiten: in die ersten Parlamentsreihen oder dem Parlament gegenüber. Eine Spielart der ersten Möglichkeit ist die englische Lösung, wo der Fraktionsvorsitzende gleichzeitig Regierungschef ist und mit seinen Minister-Nachbarn der präsumtiven Oppositionsregierung gegenüber sitzt. Eine beachtenswerte Spielart der zweiten Möglichkeit kennt Holland: dort sitzen sich an einem Tisch Regierung und Opposition nach englischem Vorbild gegenüber, an einer Schmalseite als Repräsentant der Institution der Präsident und diesem gegenüber, vom Haus wie vom Präsidium abgesondert, die Regierung. Diese Sitzordnung drückt das innere Spannungsverhältnis zwischen den Herrschaftselementen im parlamentarischen System wohl am besten aus. Im Bundestag ist die Distanz von Regierung und Parlament auch äußerlich stark betont.¹³⁾ Die psychologische Wirkung solcher Anordnungen ist nicht zu unterschätzen. Eine scharfe Trennung oder Überhöhung führt zu der Auffassung, daß die Regierungsbank „etwas Höheres“ sei; schon allein die Tatsache eines separaten Eingangs beschränkt die Möglichkeiten des persönlichen Umgangs vor und während der Sitzung, die Bismarck beispielsweise immer ausnützte.¹⁴⁾

Auch die Anordnung der Abgeordneten selbst läßt viele Möglichkeiten zu. Als Beispiel aus der deutschen Parlamentsgeschichte sei die Sitzordnung des württembergischen Landtags erwähnt, die erst 1906 geändert wurde. Vom Präsidenten aus saßen in der ersten Reihe von links nach rechts dem Lebensalter nach zuerst die 13 Vertreter der Ritterschaft, gefolgt von den sechs evangelischen Prälaten dem Dienstalter nach, an die sich wiederum die Vertreter der katholischen Kirche dem Rang nach anschlossen, so daß

¹¹⁾ v. Bennigsen als Präsident des Abgeordnetenhauses empfand seine Stellung so, vgl. Rudolf v. Bennigsen, von Hermann Oncken, 2 Bde., Stuttgart, 1910, Bd. II, S. 242 (als „Oncken“ zitiert).

¹²⁾ K. E. D. Frisch und E. Jacobsthal, Für das Haus des deutschen Reichstages, Berlin, 1873, Vorwort.

¹³⁾ Im Bundestag sitzt die Regierung „weit entfernt von den Abgeordneten hinter einem ziemlich großen Holzgerüst“. Frau Dr. Marie-Elisabeth Lüders in einem Interview des BBC am 10. 12. 1954 (ervielfältigtes Pressemanuskript).

¹⁴⁾ Robolsky, S. 29. Ganz kurios die deutsche Lösung, daß Abgeordnete in ihrer Eigenschaft als Minister oder als Abgeordnete verschiedene Sitze einnehmen. (Bundestag.)

zuerst der — niemals erscheinende — Landesbischof, dann der Domkapitular und neben ihm der älteste Dekan kamen. Als 23. Privilegierter folgte der Kanzler der Universität Tübingen. Die drei übrigen Sitze der ersten Reihe nahmen die Abgeordneten der Städte Stuttgart, Tübingen und Ludwigsburg ein. Die Vertreter der vier weiteren „guten“ Städte bildeten den rechten Flügel der zweiten Reihe. Dann erst kamen die Abgeordneten der 63, dem Bereich der Oberämter entsprechenden Wahlkreise und zwar dem Lebensalter nach.¹⁵⁾ Carlo Schmid, einer der führenden Parlamentarier der Gegenwart, glaubt, daß diese Bestimmung geschaffen wurde, um eine geschlossene Opposition zu verhindern. „Es ist klar, daß eine einheitliche parlamentarische Aktion in der Debatte schwierig ist, wenn die Meinungsgruppen im Parlament selbst weit zerstreut sind und nicht geschlossene Gruppen bilden dürfen.“¹⁶⁾

Auch Otto Elben maß der Sitzverteilung große Bedeutung bei. Er hielt den Platz in der Mitte, den das Zentrum einnahm, für ein großes Übel. „Ich lege diesem äußerlichen Umstand mehr Gewicht bei, als wohl bei oberflächlichem Betrachten scheinen mag. Schon im Hause der Abgeordneten, wo wir zuerst tagten, noch mehr aber im eigenen Gebäude, wo die Parteien in sieben Strahlen vom Präsidenten aus saßen, hatte die ultramontane Partei die Mitte inne. Breit war sie über zwei der strahlenförmigen Abteilungen hingelagert; so trennte sie die anderen, die „reichstreuen“ voneinander. Namentlich war es ein schwerer Mißstand, daß gerade die Nationalliberale und die Freikonservative Partei, die doch so viele Berührungspunkte auf Einigung hindrängten, voneinander räumlich getrennt wurden. Es ist dies gar nicht gleichgültig, denn eine schnelle Verständigung wäre manchmal in der Nachbarschaft leichter gewesen als über die Köpfe des Zentrums hinweg. Das alles hat sicher der schlaue Führer des Zentrums, Windthorst, wohl erkannt und danach diese Anordnung getroffen.“¹⁷⁾

Auch andere Länder kennen Abarten der Sitzordnung. In Schweden sitzen die Abgeordneten nach Wahlkreisen und nach der Länge ihrer Abgeordnetentätigkeit geordnet, ebenso in Norwegen. In Dänemark einigen sich die Parteien untereinander nach jeder Wahl über die Sitzverteilung. Im Europarat sitzen die Parlamentarier in alphabetischer Reihenfolge.¹⁸⁾

Parlamentssitzordnungen sind also keineswegs etwas Selbstverständliches. Als die Konservativen im preußischen Landtag von rechts nach links hinüberwechselten, fühlte sich der Abgeordnete v. Arnim verpflichtet, diesen Schritt zu begründen. Er verwahrte sich gegen falsche Schlußfolgerungen aus dem Platzwechsel, „namentlich, als wenn wir diese Plätze eingenommen hätten, um uns dem jetzigen Ministerium gegenüber in prinzipielle Opposition zu stellen.“¹⁹⁾ Der darin anklingende Gedanke, daß man auch innerhalb

¹⁵⁾ Wilhelm Keil, *Erlebnisse eines Sozialdemokraten*, Stuttgart, 1947, 2 Bde. (—Keil, *Erlebnisse*), Bd. I, S. 181 ff.

¹⁶⁾ Dr. Carlo Schmid, *Die Aufgabe der Opposition in der Demokratie*, (= Schmid), Stuttgarter Zeitung vom 3. 3. 1955.

¹⁷⁾ Elben, S. 185.

¹⁸⁾ Über die Verfahrenstechnik des Europarats, vgl. „Das Parlament“ Nr. 26, Jhgg. 1954.

¹⁹⁾ AH: 12. 1. 1856 — 1, 3.

des Halbkreises eine reinliche Trennung zwischen Regierungsparteien und Opposition durchführen könne, lebte 1954 auch in Bayern wieder auf. Die Bayernpartei hatte eine Regierung mit FDP, BHE und SPD gebildet und wollte die oppositionelle CSU, die trennend zwischen den Koalitionsbrüdern saß, auf den rechten Flügel verweisen.²⁰⁾

3. Räumliche Voraussetzungen der Debatte

Größe und Gliederung des Raumes bekommen ihre besondere Bedeutung bei Beginn der Debatte. Im politischen Leben gibt es drei Lautstärken: das Gespräch zwischen zwei oder drei Personen an einem Tisch; die Beratungen in Ausschuß und Fraktion, die oft schon Reglement und Rednerliste verlangen;²¹⁾ schließlich die Lautstärke der Saalschlacht im Plenarsaal. Daß der Zwang zum lauten Schreien der Debatte nicht förderlich ist, bedarf wohl keines Beweises. Man muß deshalb den Ton schon durch die Raumeinteilung regulieren.²²⁾

Die Abgeordneten, die sich am 25. Februar 1867 im Saal des Herrenhauses einfanden, entdeckten zu ihrer Überraschung nirgends ein Rednerpult. Das hatte man bei den leidenschaftslosen, ruhigen, aristokratischen Gesprächen der ersten Kammer nicht nötig gehabt. Der Abgeordnete v. Vincke forderte gleich in der ersten Sitzung die Aufstellung eines Rednerpultes, allerdings nur, damit die hinteren Bänke alles hören könnten. An und für sich sei das Sprechen vom Platz viel besser, „es würde die Debatten abkürzen und erleichtern.“ Windthorst dagegen will kein Rednerpult. Bismarck sorgt schließlich für die Herbeischaffung eines Podiums und schon am zweiten Tage ist die Frage gelöst.²³⁾

Solange der Redner nur seine Gesinnungsgenossen gegen die außerhalb weilenden Gegner aufstachelte, war es klar, daß er nur von vorn zu ihnen sprach. Widersinnig aber scheint es, daß man ihn auf das Podium zwang, selbst als die Regierung mit im Saal saß. An ihre Adresse gehen doch die meisten Reden, aber gerade den Adressaten wendet der Podiumsredner seit 1871 die Seite, wenn nicht den Rücken zu. Eugen Richter, der Führer der freisinnigen Opposition, bestieg in den 40 Jahren seiner parlamentarischen Tätigkeit nur ein einziges Mal die Rednertribüne.²⁴⁾ Sonst sprach er vom Platz; denn er war sich immer bewußt, gegen wen er eigentlich sprach — nämlich gegen Bismarck und die Regierungsbank. Lasker entschied sich für die Tribüne nur bei längeren, wichtigen Reden; kleinere Bemerkungen machte er stets vom Platz aus. Das entsprach dem zuerst von Dr. Ellisen (Nat.Lib.) geäußerten Gedanken, daß die Tribüne den „würdigen“

²⁰⁾ Im 2. Bundestag ist diese Trennung von Regierungsparteien und Opposition durchgeführt.

²¹⁾ Hin und wieder wurde sogar bei Bismarcks privaten Diners formell das Wort erteilt; vgl. Oncken, II, 167.

²²⁾ In diesem Sinne drückte sich auch der Abgeordnete Dr. Karl-Georg Pfeleiderer in einem Vortrag „Kritik des Parlamentarismus“ in der Evangelischen Akademie Tutzing am 23. Juli 1954 aus.

²³⁾ Rt. 25. 2. 67 — 1, 3 ff.

²⁴⁾ Dr. Ernst Müller-Meinungen, Parlamentarismus, Berlin, 1926, S. 131.

Darbietungen vorbehalten sein müsse, was natürlich praktisch undurchführbar war.²⁵⁾

Einer der wenigen deutschen Parlamentarier, die ihre Gedanken über den parlamentarischen Stil niedergeschrieben haben, der freisinnige Abgeordnete Dr. Ernst Müller-Meiningen, äußert sich zu dieser Frage: „Zu kürzeren polemischen Bemerkungen ist das Sprechen vom Platz von Vorteil: der Redner hat den stärksten Zusammenhang mit seinen Freunden und braucht diesen. Der Zwang, sich an das Rednerpult zu begeben, trägt auch einen Teil der Schuld an den beklagten langen, ermüdenden Vorlesungen. Beim Sprechen vom Platz aus sorgen die Parteigenossen viel leichter und besser dafür, daß lange Reden unterbleiben.“²⁶⁾

Der englische Unterhaussaal ist so klein, daß nicht alle Mitglieder gleichzeitig in ihm sitzen können.²⁷⁾ In der erwähnten Denkschrift kommentiert Churchill: „Das Parlament sollte nicht groß genug sein, um alle seine Mitglieder auf einmal aufnehmen zu können, ohne das Gefühl der Überfüllung hervorzurufen und es ist durchaus nicht erforderlich, daß jeder Abgeordnete einen festen Platz erhält. Wäre das Unterhaus nämlich groß genug, um alle seine Mitglieder aufzunehmen, so würden neun Zehntel der Debatten in der bedrückenden Atmosphäre eines fast leeren oder halbleeren Raumes geführt werden. Andererseits ist das Hauptmerkmal einer guten Unterhausrede der Konversationston und die Gelegenheit zu schnellen, unzeremoniellen Unterbrechungen und Wortgefechten. Ansprachen von einem Rednerpult aus bieten nur einen schlechten Ersatz für diesen leichten Unterhaltungston, in dem sich soviel Arbeit erledigen läßt. Er verlangt allerdings einen entsprechend kleinen Raum. Bei wichtigen Anlässen endlich sollte sich durch den überfüllten Saal das Gefühl allgemeiner Anteilnahme, der Dringlichkeit des Anlasses vermitteln.“²⁸⁾

Das Gebot parlamentarischer Schicklichkeit, den Präsidenten anzusprechen, was schon in der korrekten Anrede: „Herr Präsident! Meine Herren!“ zum Ausdruck kommt, läßt sich in der deutschen Anordnung nicht durchführen.²⁹⁾ Der Redner wendet dem Präsidenten den Rücken zu und spricht zum Hause, wobei er sich meist nicht einmal an den Gegner wendet, um ihn zu überzeugen, sondern lediglich an die Mitglieder der eigenen Fraktion, deren Beifall ihm sicher ist.

Von der Raumnot des Norddeutschen Reichstags war schon die Rede. Bebel schrieb seiner Frau am 8. März 1867: „Schrap und ich bilden die äußerste Linke und wir sitzen dementsprechend. Weiter nach links zu rücken,

²⁵⁾ Rt: 27. 3. 67 — 20, 394.

²⁶⁾ Dr. Ernst Müller-Meiningen, *Parlamentarismus, Betrachtungen, Lehren und Erinnerungen aus deutschen Parlamenten*. Leipzig, 1926 (im Text als „Müller-Meiningen“ zitiert) S. 131 ff.

²⁷⁾ Außer in England und Italien haben alle Abgeordneten in Europa feste Sitzplätze. Eine Änderung ist angesichts des Papierkrames, den die Abgeordneten heute bewältigen müssen, in Deutschland nicht zu befürworten.

²⁸⁾ Über die Geschichte der Rednertribüne in der franz. Revolution, wo durch öffentliche Abstimmung vom Rednerpult aus ein besonderer Druck ausgeübt wurde, vgl. Braun, S. 39 ff.

²⁹⁾ vgl. Bemerkung des Abgeordneten v. Vincke (Z) 25. 2. 67 — 1, 3.

verhindert uns die Wand, die wollen wir aber doch nicht mit dem Kopf einrennen.“³⁰⁾

In einer Karikatur der „Kreuzzeitung“, die im Jahre 1849 in Frankfurt die Runde machte, wird von Bismarck folgendes berichtet: „Herr von Bismarck-Schönhausen hat den Baumeister des Sitzungsgebäudes³¹⁾ gefragt, ob es denn gar nicht möglich wäre, die Wand an der rechten Seite noch einige Fuß weiter hinauszurücken; sie ist ihm nicht rechts genug.“ Der Baumeister versprach, in der nächsten Session eine Nische einzuschneiden — falls Bismarck wiedergewählt werde.³²⁾

Im Zollparlament saßen zur allgemeinen Heiterkeit der Frankfurter Millionär Rothschild und Liebknecht nebeneinander, bis sich der Bankier einen anderen Platz anweisen ließ.³³⁾

An der Eröffnung des ersten deutschen Vollreichstags konnte Bebel nicht teilnehmen. „Als ich in den Reichstag trat, waren die Plätze auf der Linken besetzt, nur auf der äußersten Rechten waren noch solche frei. Dorthin begab ich mich, obgleich mir die Nachbarschaft der ehrenwerten Herren der äußersten Rechten nicht sehr sympathisch war. Aber sie begriffen mein Unglück und ließen es mich nicht entgelten, daß ich als Saul unter die Propheten geraten war. Sie benahmen sich durchaus als Gentlemen, obgleich auch ihnen meine Nachbarschaft sicher unangenehm war. Manchmal entstand im Hause Heiterkeit, wenn die Linke gegen die Rechte stimmte und ich auf der äußersten Rechten mich erhob. Unter Larven die einzig fühlende Brust.“³⁴⁾

Als letztes Kuriosum bezüglich der Sitzordnung sei erwähnt, daß es im Abgeordnetenhaus einen Zentrumsabgeordneten gab, den Kolonialwarenhändler Fransen aus Köln, der so dick war, daß er auf den engen Bänken des Saales nicht Platz nehmen konnte. „Er saß mit Vorliebe auf dem Stühlen, welches an das Rednerpult wie ein Schwalbennest angeklebt war.“³⁵⁾

Neben diesen grundsätzlichen Raumeinteilungen gibt es aber noch viel trivialere Stilmomente, die fast ebenso wichtig sind. Der Parlamentssaal braucht viel frische Luft, damit keine Treibhausatmosphäre entsteht, in der sich die Gemüter leichter erhitzen.³⁶⁾ Gleichzeitig darf aber kein Zug herrschen. Lasker beschwerte sich einmal über knarzende Bänke, welche die Verständigung behinderten und forderte eine Untersuchung durch Sachverständige.³⁷⁾ Eine andere Sorge brachte Windthorst am 19. Mai 1873 zur

³⁰⁾ Bebel, II, S. 139.

³¹⁾ gemeint ist der Vereinigte Preuß. Landtag.

³²⁾ Poschinger (Bd. II, S. 4) hat die Geschichte übernommen, als ob es sich um ein wirkliches Gespräch gehandelt habe. In Wirklichkeit war es nur ein gut erfundener Ulk (Hermann Wagener, Erlebtes, 2 Teile, Berlin, 1884 (= Wagener) Teil I, S. 45.

³³⁾ Bebel, II, S. 154.

³⁴⁾ Bebel, Bd. II, S. 217.

³⁵⁾ Aus Dr. Julius Bachem, Erinnerungen eines alten Publizisten und Politikers, Köln, 1913, welches eine reizende Plauderei über die Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses (mit Karikaturen) enthält. Gleichzeitig ein Beispiel für die versöhnliche Haltung auch politischen Gegnern gegenüber. (= Bachem).

³⁶⁾ Müller-Meinigen, S. 134 ff.

³⁷⁾ Rt: 12. 5. 69 — 40, 944.

Sprache, als er feststellte, „daß wir uns hier in letzter Zeit in einer gewissen Lebensgefahr befinden. Es ist nämlich fort und fort von der Decke dieses Saales bald Glas, bald Anderes hinunter gefallen (Heiterkeit links) und hat sehr scharf eingeschnitten. Es ist das gar nicht lächerlich. Denn wenn das letzte Stück, welches auf den Platz des Herrn v. Puttkammer herunterfiel, auf den Kopf des Herrn v. Puttkammer gefallen wäre, so hätte es wahrscheinlich den Stirnschädel des verehrten Kollegen eingeschlagen. Das ist doch nicht gleichgültig. (Heiterkeit.)“³⁸⁾

³⁸⁾ Rt: 19. 5. 73 — 35, 744 ff.

Die Hauptakteure

Das äußerlichste Hilfsmittel, um diejenigen Abgeordneten festzustellen, die dem Parlament das eigentliche Gepräge geben, ist die Rednerliste. Freilich läßt die Anzahl der Worterteilungen nicht auf die Länge der Reden schließen. Lasker kam im verfassungsberatenden Reichstag 40mal zu Wort, hielt aber nur neun längere Reden. Andererseits sagt die Länge der Rede nichts über Inhalt und politisches Gewicht. Eine von Laskers bedeutsamsten Reden, diejenige gegen das Zentrum am 4. Dezember 1874, dauerte nur wenige Minuten, während viele seiner mehrstündigen Darlegungen rein sachlichen Charakter hatten und keinerlei politischen Zündstoff enthielten. Bismarcks wichtige Erklärung vom 30. 3. 67, daß die verbündeten Regierungen der Gewährung von Diäten unter keinen Umständen zustimmen würden, ist 10 Zeilen lang und beschäftigte das Parlament vierzig Jahre.

Bennigsen, der Führer der Nationalliberalen, erscheint niemals in der Reihe der Redner, die am meisten sprachen. Treitschke war taub und sprach daher selten — „allein es waren gewaltige Reden. Der Eindruck wurde ... erhöht durch den ganz eigentümlichen, für das Ohr völlig schmerzhaften Ton seiner lauten Stimme, deren eiserner Klang zeigte, daß er sich selbst nicht hörte. Es war daher immer ein Ereignis, wenn Treitschke auftrat.“¹⁾

Einer der bedeutendsten deutschen Bürger des 19. Jahrhunderts, der Frankfurter Bankier v. Rothschild, ergriff als Abgeordneter nur ein einziges Mal das Wort. Bei einer Debatte über die Börsensteuer am 22. 5. 1869 meldete er sich nach Schluß der Debatte zu einer persönlichen Bemerkung. „Das ... in Auflösung begriffene Haus verfiel wie mit einem Ruck in Grabesstille. Es herrschte solche Lautlosigkeit im Sitzungssaal, daß man hätte das Zusammenfallen einer Banknote hören können.“²⁾

Wenn man aber berücksichtigt, daß von den 297 Mitgliedern des verfassungsberatenden Reichstags 142, also etwa die Hälfte, niemals zu Worte kamen, so erscheint die Gesamtzahl der Worterteilungen doch als ein ausreichendes Kriterium für den Grad der Wirksamkeit eines Abgeordneten im Plenum. Auch in einer normalen Session, wie etwa 1880, saßen 235 Abgeordnete von 397 als Statisten im Sitzungssaal, ohne sich jemals an der Debatte zu beteiligen.

Nun ein Blick auf die Hauptredner von 1867 an.

¹⁾ Mohl, Bd. II, S. 195.

²⁾ Rt: 22. 5. 69 — 44, 1049; Robolsky, S. 120.

Verfassungsberatender Norddeutscher Reichstag 1867

An erster Stelle (57 Worterteilungen in 30 Sitzungen): Georg v. Vincke, Z., Jurist, 56 Jahre alt. (geb. 1811), 1848 Frankfurter NV, seither fast ununterbrochen AH-Mitglied.³⁾

An zweiter Stelle: Lasker.

Dann folgen: Graf v. Schwerin-Putzar, NL, 1848 preuß. Kultusminister, 1859 preuß. Innenminister, 63 Jahre alt (geb. 1804), 1848 Frankfurter NV, seither AH-Mitglied, davon 7 Jahre als Präsident.

Graf v. Bethusy-Huc, FK, Gutsbesitzer, 38 Jahre alt. (geb. 1829), ohne parlamentarische Erfahrung.

Dr. Karl Braun (Wiesbaden), NL, Jurist und Schriftsteller, 45 Jahre (geb. 1822), ab 1849 im LT von Nassau, davon 5 Jahre als Präsident.

Franz Leo Waldeck, altliberal, 65 Jahre (geb. 1802), 1848 in der preuß. NV, seit 1860 AH.

Norddeutscher Reichstag, Session 1867

Hauptredner Lasker. (57 Worterteilungen in 30 Sitzungen.) Mit Abstand hinter ihm: Waldeck, Braun (Wiesbaden) und Schwerin-Putzar.⁴⁾ Ferner:

Dr. Otto Michaelis, NL, Journalist, 41 Jahre alt. (geb. 1826), seit 1861 AH, aber bereits 1848 wegen revolutionärer Artikel aus dem Justizdienst entlassen.

August Grumbrecht, NL, Jurist und Bürgermeister von Harburg, 56 Jahre alt, (geb. 1811), seit 1848 Abgeordneter, auch in der Frankfurter NV.

Carl Twesten, NL, Jurist, 47 Jahre, (geb. 1820), seit 1862 AH.

Julius v. Hennig, NL, Stadtverordneter, ehemals Rittergutsbesitzer, 45 Jahre alt, (geb. 1822), seit 1852 AH.

Dr. Hermann Becker, altliberal, Schriftsteller, 47 Jahre, (geb. 1820), seit 1862 AH, aber 1848 schon wegen politischer Tätigkeit zu mehrjähriger Festungshaft verurteilt.

Session 1868

Hauptredner Twesten: 50 Worterteilungen in 28 Sitzungen. An zweiter Stelle Lasker. Ferner hervorgetreten: Hennig, Schwerin-Putzar, Becker. Zu ihnen rücken auf:

Johannes Miquel, NL, Jurist und Bürgermeister von Osnabrück, 40 Jahre alt. (geb. 1828), seit 1852 Abgeordneter, aber schon 1848 politisch hervorgetreten.

Moritz v. Blanckenburg, K, Rittergutsbesitzer, 53 Jahre alt, (geb. 1815), Abgeordneter seit 1852.

³⁾ Daten aus Hirths Parlamentsalmanachen. Abkürzungen: NL: nationalliberale Partei, K: konservative Partei, FK: freikonservative Partei, F: Fortschrittspartei, NV: Nationalversammlung, AH: preußisches Abgeordnetenhaus.

⁴⁾ Adelstitel und akademische Grade werden nur bei erstmaliger Erwähnung eines Abgeordneten angeführt.

Session 1869

Hauptredner Lasker: 150 Worterteilungen in 56 Sitzungen. Hinter ihm Hennig, dann in weitem Abstand Schwerin-Putzar, Becker, Miquel und Grumbrecht. In die erste Reihe der Redner treten außerdem:

Ludolf v. Luck, K, Jurist und Hauptmann a. D., 52 Jahre (geb. 1817), Abgeordneter seit 1862.

Freiherr v. Hoverbeck, F, Gutsbesitzer, 47 Jahre (geb. 1822), Abgeordneter seit 1858.

Dr. Otto Bähr, NL, Ober-Appellationsgerichtsrat, 52 Jahre (geb. 1817), Abgeordneter seit 1867.

Session 1870

Hauptredner Lasker: 192 Worterteilungen in 54 Sitzungen. Weit hinter ihm Hoverbeck, Hennig, Miquel und Luck. Außerdem noch Justizrat Dr. Hinrich Meyer (Thorn), NL, 44 Jahre (geb. 1826), ohne parlamentarische Erfahrung.

Die zwei außerordentlichen, kriegsbedingten Sessionen von 1870 gaben nur 64 von den 297 Mitgliedern Gelegenheit, überhaupt die Rednertribüne zu besteigen. Hauptwortführer sind Lasker und Hoverbeck, gefolgt von Miquel und dem 30jährigen Drechsler August Bebel.

Deutscher Reichstag, 1. Legislaturperiode: 1871 - 1873

In allen 4 Sessionen der ersten Legislaturperiode ist Lasker derjenige Abgeordnete, der am meisten in Erscheinung tritt. Hinter ihm rangieren jeweils Hoverbeck und der Zentrumsführer Ludwig Windthorst, Staatsminister a. D., geb. 1812, Abgeordneter seit 1849. In den Vordergrund treten ferner: Miquel, Grumbrecht, Ludwig Bamberger (NL, Schriftführer und Rentier, geb. 1823, 1843 politisch tätig, anschließend bis 1866 im Ausland) und Eugen Richter (F, Schriftsteller, 33 Jahre alt, geb. 1838, Abgeordneter seit 1869).

2. Legislaturperiode: 1874 - 1876

Die Rednerspitze bleibt unverändert. In der Session 1874/75 wird Lasker erstmals durch Windthorst von der Spitze verdrängt und rückt an die zweite Stelle. Weit dahinter dann Miquel, Bamberger, Hoverbeck, Richter und der nationalliberale Redakteur Dr. Wilhelm Wehrenpfennig (geb. 1829, Abgeordneter seit 1868, aber vorher schon als politischer Schriftsteller hervorgetreten).

1875/76 ist Windthorst eindeutig wortführend. Lasker, von schwerer Krankheit erst kurz genesen, steht zusammen mit Wehrenpfennig, Bamberger und Grumbrecht in der zweiten Reihe.

Neu treten hinzu: Dr. August Reichensperger, Z, Jurist, geb. 1808, Abgeordneter seit 1848.

Heinrich Rickert, NL, Verleger, geb. 1833, Abgeordneter seit 1870.

In der Session von 1876 bleibt Windthorst der häufigste Redner, gefolgt von Lasker, Miquel, Dr. Albert Hänel (F, Staatsrechtslehrer, geb. 1830, Abgeordneter seit 1867) und dem sächsischen Generalstaatsanwalt Dr. Friedrich Schwarze (Reichspartei, geb. 1816, Abgeordneter seit 1849).

3. Legislaturperiode: 1877 - 1878

Hauptsprecher 1877 ist Dr. Wehrenpfennig, gefolgt von Richter, Lasker, Rickert, Reichensperger und Grumbrecht.

Hauptsprecher 1878 ist erstmals unbestritten Eugen Richter. Hinter ihm rangieren Windthorst, Lasker, Rickert, Grumbrecht, ferner Dr. Friedrich Hamacher (NL, Rentier, geb. 1824, Abgeordneter seit 1864, 1848 wegen politischer Betätigung aus dem Staatsdienst entlassen).

4. Legislaturperiode: 1878 - 1881

In der ersten Session des neuen Reichstags wird lediglich das Sozialistengesetz beraten. In den 17 Sitzungen kann sich kein Redner besonders hervortun. Wortführer ist Windthorst vor Lasker und Schwarze.

In der nächsten Session 1879 gibt es drei ebenbürtige Spitzenredner: Lasker, Windthorst, Richter. Erst mit Abstand folgen weitere Redner, darunter Exminister Delbrück und der Konservative v. Kardorff, Führer der Schutzzollbewegung (geb. 1828, Abgeordneter seit 1866).

Richter und Windthorst dominieren auch in der Session von 1880, in der zweiten Reihe folgt Lasker, der inzwischen aus der nationalliberalen Partei ausgeschieden ist, mit Rickert und dem deutschkonservativen Rittergutsbesitzer v. Maltzahn-Gültz (geb. 1840, Abgeordneter seit 1871).

Neben die aufgeführten Spitzenredner treten 1881 noch der Deutschkonservative Freiherr v. Minnigerode (Rittergutsbesitzer, 1840 geboren, Abgeordneter seit 1867).

5. Legislaturperiode: 1881 - 1883

In der Session 1881/82 bestreiten Richter, Windthorst und Minnigerode den Löwenanteil der Debatte. Erst dahinter folgt Lasker.

1882/83, in der letzten Session seiner Parlamentstätigkeit, zählt Lasker erstmals seit 17 Jahren nicht zu den fünf häufigsten Sprechern des Hauses. Richter führt jetzt eindeutig, gefolgt von Windthorst, Maltzahn-Gültz, Minnigerode, Kardorff und dem deutschkonservativen v. Köller (geboren 1841, Landrat seit 1868, Parlamentsneuling).

Innerhalb von 17 Jahren waren es also nicht mehr als drei Dutzend Redner, die im Reichstag mit weitem Abstand vor allen anderen Abgeordneten das Wort führten. Sicher waren unter ihnen nicht die bedeutendsten Redner, aber durch ihr häufiges Auftreten wurde der Debattenstil des Parlaments wesentlich durch sie bestimmt. Viele von ihnen sind kaum noch mit Namen bekannt. Lasker war der einzige von ihnen, der sein ganzes Leben hindurch ununterbrochen zur ersten Rednergarnitur gehörte und so ist es auch durch die formale Worterteilungs-Statistik zu rechtfertigen, daß im Folgenden Lasker als der erste Parlamentarier der Jahre 1867 bis 1883 betrachtet wird.

Zwischen Grundsatz- und Kompromißpolitik

Die Regierung bringt einen Entwurf ein, der Entwurf ist schlecht. Soll der gewissenhaft prüfende Volksvertreter ihn ablehnen auf die Gefahr hin, daß er überstimmt und der schlechte Entwurf zum Gesetz wird, oder soll er durch Anträge versuchen, aus dem schlechten Entwurf einen weniger schlechten zu machen? Was nützte es der Fortschrittspartei, gegen die Verfassung gewesen zu sein? Die Geschichte registriert keine Motive und Gesinnungen, sondern Tatsachen; das einmal verabschiedete Gesetz ist wirksam. Wie dient man denn überhaupt dem Vaterland? Man kann mit dem Deutschlandlied auf den Lippen aufrecht in den Kugelregen des Erbfeindes marschieren. Man kann auch in den langweiligen Parlamentskommissionen einen Kleinkrieg für Recht und Freiheit führen. Das eine ist ehrenvoll und rühmlich, das andere im höchsten Falle nützlich.

Lasker entschied sich für den parlamentarischen Kleinkrieg und verachtete die heroische Geste, die nichts bewirkte. Er wehrte sich gegen die Zahl „altgebildeter Politiker“, die mit religionsartigem Eifer die schroffen Grundsätze verehrte und die ausgleichenden Naturen zurückwies.¹⁾ Er setzte sich ein für das Anwendbare, für das Erreichbare. „Nützlich ist nur, was für das Leben verwertbar ist.“²⁾ Er lehnte das Umfassende, das Allgemeine als leer und undefinierbar ab. „In das Studium der Einzelheiten müssen wir uns vertiefen.“³⁾ Der unsympathischste Ausdruck des Verschwommenen war ihm die Phrase. In ihr, „dem Wort ohne den Ernst, etwas zu bewirken“, so sagte er, „liegt die verächtlichste Loslösung von der Tat.“⁴⁾

Was er verlangte, war Präzision, Genauigkeit. Sein schärfster Einwand gegen ein Gesetz war, daß es unpräzise formuliert sei. In seinem ganzen parlamentarischen Leben hat Lasker diesen Grundsatz verfolgt. Er verlangte Tatsachen, konkretes Material, — und lieferte sie auch selbst, wenn er sich für etwas einsetzte.

Gleichzeitig aber war er kein Opportunist, der sein Mäntelchen in jeden Wind hängte. Er war ein Gegner der „virtuosen Geschicklichkeit“, welche des Tages Bedürfnis mit einem knappen Tagesvorrat versorgt.“⁵⁾ Verständlich, daß eine solch schmale Bahn ebenso schwer einzuhalten ist wie von außen her zu verstehen.

¹⁾ Lasker, Essays, S. 35.

²⁾ dto., S. 16.

³⁾ dto., S. 38.

⁴⁾ dto., S. 232.

⁵⁾ dto., S. 37.

Möglich war eine solche Haltung nur auf dem Boden eines unerschütterlichen Optimismus, eines festen Glaubens an die Höherentwicklung der Kultur. Hinter dem Antrag auf Einfügung eines einzigen Wortes in einen Gesetzesartikel noch das Ideal des Rechtsstaates zu sehen, ist schwierig. Lasker konnte es. Er glaubte, daß der unvermeidbare Fortschritt aus der Summierung geleisteter Einzelakte bestand. Als Ziel sah er vor sich die Zeit, in der die Todesstrafe oder der Krieg durch den hohen Stand der Kultur unnötig und unmöglich waren.

Der innere und äußere Konflikt zwischen Grundsatz- und Gewissenspolitik äußerte sich bereits bei der Beratung der norddeutschen Bundesverfassung. Lasker war als Gegner der Vorlage eingetragen, als er in der 10. Sitzung erstmals zu einer größeren Rede im Reichstag das Wort nahm. Er begrüßte die Einigung Norddeutschlands — unter Preußens Führung —, bemängelte dann aber das Fehlen einer verantwortlichen Regierung und der Verankerung von Parlamentsrechten. Außer dem Interpellations- und Petitionsrecht vermißte er den Schutz der Redefreiheit und die Garantie für straffreie Parlamentsberichte in der Presse. Insbesondere schien ihm auf dem Gebiet der Heeresverfassung das Budgetrecht nicht gewahrt.⁶⁾ Zum Schluß sagte er: „Ich bin mit meinem Votum über den Verfassungsentwurf noch nicht fertig, aber ich kann versichern, daß ich mit dem ersten Willen herangehe, daß das Werk zustandekomme, aber auch zugleich, daß durch unseren Rat das abgeändert werde, was keine gewählte Volksvertretung dem Volk zumuten darf.“⁷⁾

Wenn Lasker einen Antrag stellte, erwog er immer, ob Aussicht auf Annahme bestand. „Wenn wir vor einer entscheidenden Abstimmung standen“, berichtet Bamberger, „bei der alles mit Herzklopfen wartete, wie es gehen würde, wobei es sich oft um wenige Stimmen handelte, da hatte er sein Tableau schon gemacht und berechnet, wie jeder stimmen mußte, und selten hat er sich betrogen.“⁸⁾

„Ich werde gegen den Antrag stimmen“, rief Lasker ärgerlich der Fortschrittspartei zu, die einen Antrag eingebracht hatte, der keine Aussicht auf Verwirklichung besaß. „Lediglich die Tatsache, daß irgendein Antrag in sich gerechtfertigt ist und daß seine Annahme vielleicht auch nützlich sein könnte, rechtfertigt noch nicht, daß in jedem Augenblick eine Debatte im Reichstag erhoben und dadurch die Majorität gezwungen werde, gewissermaßen ein theoretisches Votum abzugeben.“ Würden sich diese theoretischen Voten vermehren, dann würden sowohl die Regierung wie das Publikum die Beschlüsse des Hauses mißachten.⁹⁾

⁶⁾ Ein Beispiel für Laskers exakte Arbeits- und Denkweise: er schätzte in seiner Rede die Höhe der Ausgaben, die auf den Norddeutschen Bund übergehen würden, auf 77—78 Millionen Taler, davon würde nach seiner Ansicht das Militärbudget 67,5 Mill. ausmachen. Die Gesamtausgaben betrugen tatsächlich im Jahre 1868 72,1 und 1869 77,7 Mill., der Heeresetat jeweils 66,4 Mill. Daß der Reichstag bei „eisernem Heeresbudget“ faktisch nur über 12 Mill. verfügen durfte, ist bei Laskers späterem Kampf gegen die Methode des unantastbaren Heeresbudgets zu berücksichtigen. (Budgetangaben nach Robolsky, S. 56.)

⁷⁾ Rt-Rede: 11. 3. 67 — 10, 124 ff.

⁸⁾ Bamberger, II, 110.

⁹⁾ Rt: 5. 6. 68 — 16, 263.

So sehr Lasker sich für Verständigung mit der Regierung über umstrittene Vorlagen einsetzte, so hart und unerbittlich blieb er in Fragen, in denen er keinen Grund zum Nachgeben sah. Er stimmte gegen die eigene Fraktion für die Festlegung der Ministerverantwortlichkeit in der Verfassung.¹⁰⁾ Daß die Regierungen die Diäten verweigern wollten, erschien ihm willkürlich und so stimmte er trotz Bismarcks Drohung, er werde die Verfassung an der Diätenfrage scheitern lassen, gegen die Fraktion für Diäten.¹¹⁾

Erbittert war er, wenn er merkte, daß die Regierung den Kompromißwillen einer Gruppe durch die Mahnung, man werde unter Umständen das Gesetz im Bundesrat scheitern lassen, zu erzwingen suchte. Bei der Beratung des Gesetzentwurfes über das Postwesen war Lasker für die bedingungslose Wahrung des Postgeheimnisses eingetreten. Der Kommissar des Bundesrats hatte erklärt, wenn diese Forderung in das Gesetz aufgenommen würde, könne er für die Haltung des Bundesrats keine Garantie übernehmen. „Ich muß mein tiefstes Bedauern darüber aussprechen“, trat ihm Lasker entgegen, „daß bei den gleichgültigsten Dingen uns damit gedroht worden ist, daß ein Gesetz von der erheblichsten Wichtigkeit nicht zustande kommen werde.“ (Lebhafter Beifall.) In verschiedenen Angelegenheiten habe die Regierung ja ein Recht, das Haus zu warnen. „Wenn es aber zur Sitte wird, daß uns bei jeder Kleinigkeit diese Drohung vorgerückt wird, dann weiß ich nicht, ob man glauben wird, daß wir frei verhandeln, oder daß wir unsere Beschlüsse unter den Drohungen der Regierungen fassen.“ (Lebhafter, anhaltender Beifall.) Das Briefgeheimnis wurde gegen 94 Stimmen im Gesetz verankert.¹²⁾

Unter Umständen war Lasker auch bereit, ein Gesetz ganz scheitern zu lassen. 1868 hatte Bismarck ein Beamtengesetz vorgelegt. Die Nationalliberalen forderten die Einfügung eines Artikels, der die schuldrechtliche Verantwortung von Beamten festlegen sollte. Lasker begründete diesen Antrag. Er wurde mit 131:114 Stimmen angenommen und Bismarck zog den Entwurf sofort zurück.¹³⁾ Roon empfand dies als empfindliche Schlappe der Regierung.¹⁴⁾

Auch an der Festsetzung der geschäftsordnungsmäßigen Voraussetzungen einer Verständigung mit der Regierung war Lasker maßgebend beteiligt. Gleich nach Zusammentritt des verfassungsberatenden Reichstags legte er eine Geschäftsordnung vor, in der als wesentlichste Änderung das System der drei Lesungen enthalten war.¹⁵⁾ Um dem Reichstag ohne Verzögerung eine geordnete Geschäftsabwicklung zu ermöglichen, verzichtete er

¹⁰⁾ Rt: 26. 3. 67 — 19, 373; Laskers Verteidigungsrede der Ministerverantwortlichkeit 19, 365 ff.

¹¹⁾ Die Diäten waren am 30. 3. 67 (23, 481 ff.) mit 136:130 trotz Bismarcks „Unannehmbar“ angenommen worden und wurden in der Schlußberatung am 15. 4. 67 (33, 711 ff.) unter Druck mit 178:90 wieder beseitigt.

¹²⁾ Rt: 19. 10. 67 — 24, 523.

¹³⁾ Rt: 22. 4. 68 — 10, 159 ff.

¹⁴⁾ Graf v. Roon, Denkwürdigkeiten, 3. Aufl., Breslau, 1892 (im Text als „Roon“ zitiert), 2 Bde., Bd. II, S. 382.

¹⁵⁾ Anlagen zu den Verhandlungen des Reichstags, 1867, Drucksache Nr. 6, S. 1 ff.

jedoch auf sofortige Diskussion seines Entwurfes. Es wurde provisorisch die bisherige Geschäftsordnung des Preußischen Abgeordnetenhauses übernommen,¹⁶⁾ die nach v. Unruh als eine „Sammlung der Fehler von Geschäftsordnungen der verschiedensten Länder“ war.¹⁷⁾

Erst in der Session von 1868 kam der Reichstag dazu, sich mit Verbesserungsvorschlägen zu befassen. Am 6. Juni 1868 wurde der Abänderungsantrag, den Lasker zusammen mit Twesten eingebracht hatte, angenommen. Bisher hatte man bei der Behandlung von Vorlagen nur die Vorberatung und die Schlußberatung gekannt, wobei die Vorberatung sowohl im Plenum wie in der Kommission stattfinden konnte.¹⁸⁾ Jetzt wurde jede Vorlage drei Lesungen unterworfen. Zunächst fand im Plenum die Generaldebatte, die Diskussion über die Grundsätze der Verfassung statt. Dann entschied sich das Haus, ob die Vorlage an eine Kommission gehen oder in zweiter Lesung vom Plenum behandelt werden sollte. Bei der zweiten Lesung wurden die Spezial- und Einzelfragen erörtert. Schließlich bot die dritte Lesung die Möglichkeit der Korrektur. Lasker begründete diese Änderung damit, daß man dem Bundesrat zuerst in einer vorläufigen Form zu erkennen geben müsse, was man zu bewilligen geneigt sei. Die Zeit zwischen zweiter und dritter Lesung diene dann der Verständigung und dem Ausgleich mit dem Bundesrat.¹⁹⁾ Dieses System der drei Lesungen hat sich bis heute als das vorteilhafteste erwiesen.²⁰⁾

Für die Art, in der Lasker selbst das Antragsrecht handhabte, gibt die Abstimmung über die Rechtskompetenz des Bundes bei der Verfassungsberatung ein gutes Beispiel. Sie beleuchtet das System der gleitenden Amendments, welches Lasker bis zur Meisterschaft anzuwenden wußte und welches darin bestand, zunächst alles zu verlangen und dann schrittweise zurückzugehen, bis der Punkt erreicht war, an dem sich eine knappe Mehrheit finden ließ. Nach dem Regierungsentwurf sollten unter die Kompetenz des Bundes fallen: die Zivilprozeßordnung, das Konkursverfahren, das Handels- und das Wechselrecht. Lasker war für eine Ausdehnung der Bundeskompetenz auf möglichst weite Rechtsgebiete. Zu den fundamentalen Begriffen der Nationalität gehörte für ihn die gemeinsame Rechtsüberzeugung.²¹⁾ Nun beantragte zunächst Miquel eine Übernahme des gesamten

¹⁶⁾ Annahme der provisorischen Geschäftsordnung: Rt: 25. 2. 1867 — 1, 5.

¹⁷⁾ Rt: 6. 6. 68 — 17, 294.

¹⁸⁾ Anlagen zu den Verhandlungen des Reichstags, 1867, Drucksache Nr. 7, S. 6 ff, Art. 14—16.

¹⁹⁾ Begründungsrede Laskers 6. 6. 68 — 17, 288 ff., Annahme seines Antrags 17, 295. Die wichtigste andere Änderung der G.O. war die Abschaffung der Rednerliste, von der man sich eine Verringerung der Zahl der präparierten Reden erhoffte. (17, 298 ff.) vgl. dazu auch Laskers Bemerkung vom 18. 12. 1876 (33, 865): „Ich, als ursprünglicher Abfasser der Geschäftsordnung, welche die zweite und dritte Lesung überhaupt im deutschen Parlamente eingeführt, habe die neue Art der Verhandlungen damit begründet, daß ein Zwischenraum geschaffen werden müsse, während dessen die Verständigung vorbereitet werde, wie in dritter Lesung endgültig entschieden werden soll.“

²⁰⁾ vgl. die G.O. des deutschen Bundestages, §§ 77 ff., die am gleichen Prinzip festhält.

²¹⁾ vgl. seine Rede vom 20. 3. 67 — 16, 258 ff., ferner seine Rede zum Justizgesetzgebungskompromiß vom 18. 12. 76 (33, 865): „Es sind nur die idealsten der Nation, welche genau wissen, was das Rechtsleben für die Nation bedeutet, daß es gleich hinter der Sprache kommt in Einigung der nationalen Gefühle.“

bürgerlichen Rechts; sie wurde abgelehnt. Nun kam Laskers Eventualantrag zur Entscheidung; dieser fügte der Regierungsvorlage noch hinzu: das Obligationsrecht, das Strafrecht und das Gerichtsverfahren. Dieser Antrag fand die Majorität des Hauses. Damit war die verfassungsrechtliche Grundlage für das Strafgesetzbuch und für das Gerichtsverfassungsgesetz geschaffen. Dabei wußte Lasker ganz genau, daß bei der Verflechtung der Rechtsmaterien des bürgerlichen Rechts das Obligationenrecht nur der kleine Finger war, dem bald die ganze Hand nachfolgen mußte. Für den Fall der Ablehnung des Lasker'schen Amendements hatten die Nationalliberalen noch einen dritten Antrag bereit, dem zufolge der Regierungsvorlage wenigstens noch das Wort „Obligationenrecht“ hinzugefügt werden sollte.²²⁾

Dieses Abstimmungsverfahren ist allerdings nur möglich, in einem Parlament, in dem die sachliche Überzeugung entscheidet und in dem sich die Abgeordneten von Abstimmung zu Abstimmung frei entscheiden können. Im heutigen System der Fraktionsblöcke wäre eine solch genaue Auspendelung des Mehrheitswillens nicht mehr möglich. Wie sehr Lasker durch seine Anträge das Plenum beherrschte, geht schon aus einer formalen Bemerkung des Präsidenten hervor. „Wer gegen den Lasker'schen Antrag ist, den bitte ich, aufzustehen“, sagte der Präsident häufig, die Annahme also als sicher voraussetzend.²³⁾

Von Laskers Forderung nach präzisen Gesetzestexten wurde schon gesprochen. Er stellte sie erneut bei den Beratungen des Strafgesetzbuches im Jahre 1870. Wieder versuchte er, die Rechtsstaatsidee durch kleine und kleinste Anträge zu festigen. Manchmal baten die Regierungsvertreter, man möge doch diese oder jene Strafbestimmung grundsätzlich genehmigen, die Regierung würde sich dann für eine milde Anwendung einsetzen. So wurde beispielsweise auch in der Frage der Todesstrafe argumentiert. Aber darauf ließ sich Lasker nicht ein. Er war, nach den liberalen Rechtsstaatsgrundsätzen, der Meinung, daß Vertrauen nicht in ein Gesetz gehöre, sondern Recht, eindeutiges, geschriebenes Recht. „In der milden Praxis der Regierung dürfen Sie nicht den geringsten Ersatz für den Mangel des gesetzlichen Schutzes suchen.“²⁴⁾

Jedem einzelnen Wort maß Lasker Bedeutung bei. Bei der Einbringung eines seiner zahllosen Amendements sagte er: „Ich habe vergangenes Mal, bei der zweiten Beratung, mir vorbehalten, für die dritte darüber nachzudenken, ob eine Ergänzung des Ausdrucks „Privatrechtstitel“ notwendig sei, und bei reiflichem Nachdenken bin ich dazu gekommen, daß die Intention, welche ich durch meinen Antrag verfolgt habe, am besten erreicht wird, wenn der Ausdruck „lästige“ hinzugefügt und dadurch auch der Rest des Zweifels beseitigt wird, wofür eine Entschädigung gezahlt werden soll

²²⁾ Die Beratungen über die Rechtskompetenzen des Bundes fanden statt am 20. 3. 67 — 16, 285 ff.

²³⁾ z. B. Rt. 8. 4. 70 — 38, 777. vgl. dazu ein Gegenbeispiel aus dem ersten Bundestag, wo Präsident Dr. Köhler hin und wieder über sinnlose KPD-Anträge abstimmen ließ, indem er sagte: „Wer gegen den Antrag ist, den bitte ich sitzenzubleiben.“ Beispiele dafür, wie auch die formalen präsidentialen Regiebemerkungen Stimmungen ausdrücken können.

²⁴⁾ Rt. 29. 3. 67 — 22, 439 ff.

und wofür nicht.“ Selbstverständlich wurde der zur Debatte stehende Antrag angenommen.²⁵⁾

Bei Massendemonstrationen sollte die Macht zum Eingreifen in die Hand „eines Befehlshabers“ gelegt werden. Lasker setzte durch, daß aus dem vagen Befehlshaber der zuständige Befehlshaber wurde.²⁶⁾ Nicht wer zu Feindseligkeiten gegen die Obrigkeit aufrufe, solle bestraft werden, denn Feindseligkeit sei ein innerer Tatbestand, sondern nur, wer zu Gewalttätigkeiten anrege, das sei definierbar.²⁷⁾ Selbst bei einer so abseits gelegenen Materie wie bei den Bestimmungen über Tierseuchen fand Lasker Anlaß, die Freiheit zu verteidigen. Man dürfe die betroffenen Gebiete nicht zu rigoros isolieren, weil dadurch die persönliche Freiheit beschränkt werde.²⁸⁾

Bei politischen Vergehen setzte sich Lasker für eine besondere Behandlung ein, da nicht immer Ehrlosigkeit mit ihnen verbunden sein müsse. Sein Antrag, für gewisse Verbrechen dieser Kategorie auch Festungshaft zuzulassen, scheitert mit einer Stimme.²⁹⁾ Nicht Ungehorsam dürfe bestraft werden, denn dazu habe der freie Mensch ein Recht, sondern höchstens Widersetzlichkeit.³⁰⁾

Bei fast allen Bestimmungen sucht er dem Richter die Möglichkeit in die Hand zu geben, auf mildernde Umstände zu erkennen. Das veranlaßt den Bundesratskommissar Wedemeyer zu der Bemerkung, nach der Methode Lasker werde der Dieb bald noch etwas dazubekommen, wenn er stehle.³¹⁾

Gegen die Todesstrafe hielt er eine seiner größten Reden, unter deren Eindruck die Todesstrafe trotz Bismarcks Warnung, das Strafgesetzbuch werde dadurch für die Regierungen unannehmbar, in zweiter Lesung mit 118:81 Stimmen abgeschafft wurde.³²⁾ Bei der Schlußabstimmung kam es zu einer dramatischen Trennung Laskers von der Fraktion. Unter dem Druck der Regierung wurde die Todesstrafe mit 127:119 Stimmen wieder in den Entwurf aufgenommen. Lasker befand sich bei der Minorität.³³⁾ Einen Tag nach der Abstimmung wurde das gesamte STGB ohne namentliche Abstimmung mit großer Majorität verabschiedet.³⁴⁾

An die hier geschilderte Arbeitsweise möge man sich erinnern, wenn später die Vorwürfe des „sturen Doktrinarismus“, des „unrealistischen Theoretisierens“ auftauchen. Die hier zusammengestellten Beispiele scheinen aber schon ausreichend, um Lasker als einen ideal denkenden Realpolitiker *par excellence* zu charakterisieren.

²⁵⁾ Rt.: 13. 5. 69 — 41, 964.

²⁶⁾ Rt.: 21. 3. 70 — 25, 434.

²⁷⁾ dto. 25, 439.

²⁸⁾ Rt.: 13. 3. 69 — 7, 71.

²⁹⁾ Rt.: 17. 3. 70 — 22, 358.

³⁰⁾ Rt.: 19. 3. 70 — 24, 408.

³¹⁾ Rt.: 8. 4. 70 — 38, 757, dazu Grenzboten, 1879, 2. Quartal, Die nationalliberale Partei und der Abgeordnete Lasker (Verf. unbekannt), S. 525 ff.: „Lasker ... der unermüdliche Vorkämpfer aller jener übertreibenden Bestimmungen, die ... die Wehrlosigkeit des Staates gegen den Verbrecher herbeiführen.“

³²⁾ Laskers Todesstrafenrede am 28. 2. 70 — 11, 112; Abstimmung 1. 3. 70 — 12, 136.

³³⁾ Schlußabstimmung am 24. Mai 1870 (52, 1140) vgl. dazu Böttcher, S. 100 ff. Als der nat.lib. Abgeordnete Blum seine Stimme für die Todesstrafe abgab, ertönten von der Linken laute Pfuirufe. Er war der einzige Abgeordnete aus Sachsen, wo die Todesstrafe seit 1868 abgeschafft war, der für sie stimmte und außerdem der Sohn des standrechtlich erschossenen Robert Blum. (vgl. dazu Bebel, II, 162) Bismarck dankte dafür dem „abtrünnigen“ Blum in privatem Gespräch (vgl. Poschinger II, 107 ff).

³⁴⁾ Schlußabstimmung 25. 5. 70 — 54, 1187.

Gesetzgeberische Zwischenbilanz

Was Lasker bei der Beratung der Bundesverfassung erreicht hatte, war die Erweiterung der Bundeskompetenz auf verschiedene Rechtsgebiete, die Garantie der freien Parlamentsberichterstattung und der Passus, wonach der etwaige Eintritt der süddeutschen Staaten in den Bund auf dem Wege der Bundesgesetzgebung erfolge, also den Charakter eines innenpolitischen Vorgangs habe und damit in Bezug auf das Ausland dem Grundsatz der Nichtintervention unterliege. Gefallen waren seine Anträge hinsichtlich der Einführung von Bundesministerien und des parlamentarischen Rechtes auf Einsetzung von Untersuchungskommissionen. Auch das Adressen-, Interpellations- und Petitionsrecht wurde nicht, wie Lasker gewollt hatte, in die Verfassung aufgenommen, aber von allen Seiten als gültig betrachtet.¹⁾

In den beiden Hauptstreitpunkten in der Schlußberatung, die Diäten und die Heeresverfassung betreffend, blieb Lasker unnachgiebig. In der Diätenfrage befand er sich in der Minderheit. Bezüglich der Heeresverfassung erreichten die Nationalliberalen, daß der Etat nur für eine bestimmte Zeit, nämlich bis 1871, dem Bewilligungsrecht des Reichstags entzogen bleiben sollte, während die Regierung mit Unterstützung der Konservativen die Unantastbarkeit des Etats „bis zum Erlaß eines Gesetzes“, also auf unbestimmte Zeit, gefordert hatte.²⁾ In der Session 1867 trennte sich Lasker wieder einmal in der Abstimmung von der Fraktion, als es um das Verhältnis der Matrikularbeiträge der Einzelstaaten zu den Kriegskosten ging.³⁾ Im Zuge der Einführung der Gewerbefreiheit setzte Lasker am 10. Oktober die Aufhebung der Beschränkung des Zinsfußes bei Darlehen durch. Lasker beabsichtigte damit dem kleinen Geschäftsmann, dem zum niedrigen gesetzlichen Zinsfuß niemand kleinere Beträge leihen wollte und der dann heimliche Wucherzinsen bezahlen mußte, zu helfen.⁴⁾ Bei der Beratung des Koalitionsgesetzes setzte Lasker den höchst modernen Antrag durch, der den Koalitionszwang verbietet.⁵⁾

Im Abgeordnetenhaus wurde zur gleichen Zeit die Schlacht um die Redefreiheit, von der Affäre Twesten ausgelöst, geschlagen. Am 8. Januar 1868 sprach sich das Haus für die Redefreiheit aus. Am 15. Februar vernichtete das Herrenhaus diesen Beschluß. Lasker gab sich nicht geschlagen.

¹⁾ Eintritt der süddeutschen Staaten: 10. 4. 67 — 32, 690; Komm.Recht: 29. 3. 67 — 22. 449.

²⁾ Klein-Hattingen bezeichnet die Erfolge der Liberalen als „sehr gering“. (S. 319 ff.) Die von den Liberalen erreichte Beseitigung des eisernen Militäretats hält er für eine „große Selbstverständlichkeit“.

³⁾ 4. 10. 67 — 14, 263.

⁴⁾ Lasker-Rede: 10. 10. 67 — 17, 345.

⁵⁾ 3. 3. 68 — 7, 77 ff. Bismarck: 7, 85.

Kaum war der Reichstag wieder zusammengetreten, als er denselben Antrag wieder einbrachte. Der Bund müsse auch die Redefreiheit der Landtagsabgeordneten gewährleisten. Die Konservativen sahen in dem Antrag einen Übergriff auf das Recht der Einzelstaaten und suchten ihn vergeblich zu beseitigen. Bismarck hielt den Antrag für ein Übel, weil er einigen Bürgern das Recht gebe, „in gewissen Räumen und bei gewissen Gelegenheiten die anderen zu beleidigen, ohne daß diese dafür Remedur finden können.“⁶⁾ Lasker verteidigte sich. Redefreiheit sei nicht das Privileg eines Einzelnen, sondern ein Privileg der Volksvertretung. Und er definiert die Aufgabe eines Parlaments: „Was wir zu tun haben, berechtigt uns zur Redefreiheit: die Kontrolle über die Verwaltung, das Recht, Beschwerden freimütig vorzutragen und Abhilfe zu fordern, über alle Beamten des Staates ohne Unterschied, auch über das Amt des Bundeskanzlers und seiner Funktionäre zu wachen.“⁷⁾ Nach einem Exkurs in die englische Geschichte erfolgt die Abstimmung: 119:65 Stimmen für Lasker.

Am 22. April 1868 kam Laskers erste Interpellation zur Beratung, die sich mit Verletzungen des Prinzips der Freizügigkeit befaßte.⁸⁾ Die Session endete mit der Annahme des von Lasker und Miquel eingebrachten Notgewerbegesetzes, welches bereits die Grundlage der späteren, heute noch bestehenden Gewerbeordnung, enthielt, hauptsächlich die Prinzipien der Freizügigkeit und der Gewerbefreiheit.⁹⁾ Im Abgeordnetenhaus wurde der Laskersche Redefreiheitsantrag am 20. November angenommen und am 17. Dezember vom Herrenhaus verworfen.¹⁰⁾ Lasker verglich diesen Gesetzentwurf mit der Taube, die nach der Sintflut ausfliegt, um festzustellen, ob die Wasser der Reaktion schon abgelaufen sind. 1869 wurde er im Reichstag erneut zur Sprache gebracht, angenommen und im Bundesrat begraben.¹¹⁾ Auch der Kampf um Einbeziehung des gesamten bürgerlichen Rechts in die Bundeskompetenz wurde von Lasker und Miquel unermüdlich fortgeführt.

Der Reichstag beschloß die Erweiterung am 5. Mai 1869,¹²⁾ der Bundesrat lehnte sie am 25. Juni ab. Wirksame Gelegenheit zur Verteidigung der Privilegien eines Abgeordneten bot sich am 3. Mai, als der sozialistische Abgeordnete Mende verhaftet wurde. Mit Unterstützung der Nationalliberalen wurde seine Freilassung bewirkt.¹³⁾

⁶⁾ 14. 10. 67 — 19, 415.

⁷⁾ 3. 6. 68 — 7, 87, Lasker konnte bei seinen Anträgen die späteren Mißbräuche der Redefreiheit und der Immunität nicht voraussehen, die Dr. Theodor Heuß als „Flucht aus der Verantwortung“ bezeichnete. (Rt-Rede vom 9. 2. 31, S. 845). In der Weimarer Zeit kündigte die NSDAP auf Plakaten eine Versammlung an: „Sprechen wird der Parteigenosse Dr. Goebbels, genannt der Bandit von Berlin. I.d.l. (Inhaber der Immunität), kann also reden, was er will.“

⁸⁾ 22. 4. 68 — 10, 139.

⁹⁾ 19. 6. 68 — 27, 573 (Schlußabstimmung), dazu Böttcher, S. 91.

¹⁰⁾ Eine gute Zusammenfassung der Landtagsdebatten von 1867—70 mit Kurzfassung aller wesentlichen Reden findet sich bei Klein-Hattingen, I, S. 361 ff.

¹¹⁾ 16. 3. 69 — 8, 88.

¹²⁾ 5. 5. 69 — 35, 835.

¹³⁾ 3. 5. 69 — 33, 761 (Abstimmung).

Im Oktober beginnt im Abgeordnetenhaus die Vorberaterung der Kreisordnung, an deren Fassung Lasker neben Miquel an fñhrender Stelle beteiligt war. Die Beratungen, die sich bis 1870 hinzogen, scheiterten zunñchst an der nationalliberalen Forderung, die Stelle des Amtshauptmanns durch Wahl, nicht durch kñnigliche Verfñgung zu besetzen.¹⁴⁾ Im Verlauf der Kreisordnungsdebatte wurde Finanzminister v. d. Heydt am 27. Oktober 1869 durch Camphausen ersetzt, ein weiterer Schritt auf dem Weg in die liberale Ära.

Das Hauptwerk der Session von 1870 war die Beratung des Strafgesetzbuches.¹⁵⁾ Gleichzeitig beantragte Lasker eine Revision des Militarstrafgesetzes, die er in einer groöen Rede begrñndete. Dem Kriegsminister v. Roon, der den Antrag bekñmpfte mit der Bemerkung, er sei seit 50 Jahren in der Armee und kñnne keine Änderungsgrñnde fñr das Verfahren erblicken, entgegnete er ziemlich scharf: „Allgemein dem Redner den Vorwurf zu machen, es sei nicht alles richtig und sich dabei auf eine fñnfzigjähriqe Erfahrung berufen, das ist eine autoritative Redeweise, durch welche die Debatte nichts gewinnt. Ich bin besorgt, daö . . . der Herr Kriegsminister v. Roon . . . nicht mit ganzer Aufmerksamkeit dem Gegenstande gefolgt ist.“ (Hört!)¹⁶⁾

Die Behandlung des Lasker-Antrages gibt ein typisches Beispiel fñr den Stil des geschäftsordnungsmäßigen Verfahrens. Die Konservativen versuchten den Antrag zunñchst, „in Erwägung, daö eine Revision . . . in Aussicht genommen ist“, durch Übergang auf die Tagesordnung zu beseitigen. Als dies miölang, versuchten sie die Forderung milder zu fassen, indem sie den Bundeskanzler anstatt „aufzufordern“ nur „ersuchen“ wollten und ferner nicht auf „baldmöglichster Vorlage“ beharrten. Mit 117:73 wurde Laskers Antrag schließlich angenommen.¹⁷⁾

Mit diesem Nachtrag über die gesetzgeberische Tätigkeit Laskers über die in den vorhergehenden Abschnitten nicht erwähnten Erfolge haben wir seine Rolle im Norddeutschen Reichstag in groben Umrissen gezeichnet. Die Darstellung war etwas ausführlich, weil in diesem Zeitabschnitt die Grundlagen fñr das heute noch bestehende Rechtsgebäude gelegt wurden und weil Lasker darin als einer der Väter des gesamtdeutschen Rechtslebens sichtbar wird.¹⁸⁾

¹⁴⁾ Klein-Hattingen, S. 380.

¹⁵⁾ Bei Beginn der Beratungen spottete Dr. Braun (NL): „Jeder von den Juristen, namentlich von den jungen Juristen, hofft auf dem Pferd dieses STGB und seiner Beratung mitten in die Unsterblichkeit hineinzureiten.“ (22. 2. 70 — 8, 49).

¹⁶⁾ 30. 3. 70 — 31, 570.

¹⁷⁾ Rt: 30. 3. 70 — 31, 574.

¹⁸⁾ Eine Gesamtübersicht über die gesetzgeberische Arbeit des Rt von 1867—1870 mit Kurzkommentaren findet sich in Hirth, Deutscher Parlamentsalmanach, Berlin, 1871 (9. Ausgabe), S. 120 ff. Die wichtigsten Gesetze sind übersichtlich und sachlich bei Klein-Hattingen, S. 402 ff zusammengestellt.

Bismarck und Lasker

1. Grundsätzliches Verhältnis

Weder Lasker noch Bismarck haben über ihr gegenseitiges Verhältnis etwas ausgesagt. Aus Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ erfährt man von der Existenz eines Politikers namens Lasker nur durch eine Stelle in einem Bismarck-Brief vom 4. August 1879 an den bayerischen König, in welchem Lasker in einem Atemzug mit Eugen Richter als Revolutionär bezeichnet wird, mit dem es für Anhänger der Monarchie keine politische Gemeinsamkeit mehr geben könne.¹⁾

Aber auch in Laskers Nachlaß findet sich kaum ein Wort über Bismarck.²⁾ 1883, als Bismarck nicht einmal mehr den Schein persönlicher Achtung vor Lasker zu wahren suchte, schrieb Lasker die einzigen Sätze über den Kanzler nieder: „Dem ungeduldigen Temperament und dem auf die großen Gesichtspunkte gerichteten Wesen Bismarcks widerstrebte jedes Eingehen in die ihm als nebensächlich erscheinenden Dinge, wenn diese auch zur Durchführung des Ganzen unumgänglich notwendig waren. Hieraus entstanden zwischen ihm und den leitenden Personen der ausschlaggebenden Parteien im Parlament die meisten Irrungen.“

Bei der lebhaften und persönlich angeregten Natur Bismarcks gestaltete sich nämlich jede sachliche Einwendung zu einem persönlichen Renkontre zwischen den Vertretern der beiden in Frage stehenden Ansichten, wie auch in der Tat an jedem aus dem Parlament kommenden Antrag ihn zunächst die Person interessierte, von welcher der Antrag ausging. Infolgedessen spiegelte sich eine Anzahl gerade der sachlichst gestimmten Personen im Parlament in seiner Vorstellung als persönliche Gegner ab; ihr Eingreifen, sowie ihr Einfluß auf die Entscheidungen des Parlaments verleiteten ihn geradezu die Verhandlungen. Auf diese Weise bildete sich mit der Zeit sein Widerwillen gegen die parlamentarische Kleinarbeit bis zu einem förmlichen Antagonismus gegen die parlamentarische Verhandlungsweise heraus.“³⁾

Angesichts dessen, was Lasker im Laufe seines Lebens von Bismarck alles einstecken mußte, ein bemerkenswert verständnisvolles und mildes Urteil. Während Bismarck Lasker haßte, hat Lasker niemals seine Ehrerbietung für den eisernen Kanzler verleugnet.

Mit Ausnahme der angeführten Stellen sind wir bei der Darstellung des Konfliktes der beiden gegensätzlichen Männer fast ausschließlich auf

¹⁾ Gedanken und Erinnerungen von Otto Fürst v. Bismarck, Stuttgart, 1922, Bd. I, S. 395.

²⁾ Über die Dürftigkeit des Nachlasses hinsichtlich des Verhältnisses zu Bismarck vgl. die Bemerkung des Nachlaßverwalters Dr. Cahn zu Poschinger (Poschinger II, S. 211).

³⁾ Lasker, Nachlaß, S. 103.

die Parlamentsstenogramme angewiesen und die sind von der Geschichtswissenschaft bis heute fast völlig vernachlässigt.⁴⁾ Nur so ist es zu erklären, daß die gesamte Bismarck-Literatur von Blum bis Ziekursch bisher an der Tatsache vorübergegangen ist, daß das Verhältnis Bismarck-Lasker eine ganze Parlamentsepoché charakterisiert. Erst Erich Eyck hat in seiner Bismarck-Biographie erstmals den großen Kanzler und den kleinen Juden als die eigentlichen Antipoden der Jahre nach 1866 herausgestellt.

„Lasker hatte“, schreibt Eyck, „zwei Ideale, die ihm in eines zusammenfloßen: die Einigung Deutschlands und seine Entwicklung zum Rechtsstaat. Wenngleich sein Ideal der Einigung grundsätzlich unitarischer war als das Bismarcks, so war doch auf diesem Gebiet in den ersten Jahren meist eine Verständigung möglich. Der Rechtsstaatsidee hingegen stand Bismarck völlig fremd gegenüber. Wurde sie aber gar dazu verwandt, die Rechte des Volkes und der einzelnen Bürger gegenüber der Obrigkeit auszubauen, so wurde er mißtrauisch und empfindlich.“

Und noch ein zweiter Gegensatz bestand. Die Feindschaft Bismarcks gegen Lasker war im Grunde die „Feindschaft gegen jeden Versuch, die Macht des Parlaments in Preußen und Deutschland zu stärken. In Lasker sah Bismarck mit gutem Grund den Vorkämpfer einer solchen Politik innerhalb der nationalliberalen Partei. Während die Politik Bismarcks darauf ausging, Parlament, Bundesrat und Kaiser jeweils für seine eigenen Zwecke einzusetzen und gegeneinander auszuspielen, wollten Lasker und seine Freunde das Parlament stark genug machen, um sich im Notfall auch gegen den leitenden Staatsmann behaupten zu können. Zwischen diesen beiden Standpunkten gab es von Zeit zu Zeit Ausgleichsmöglichkeiten, aber keine dauernde Versöhnung.“⁵⁾

In Lasker und Bismarck haben sich die geistesgeschichtlichen Gegensätze zwischen Wort und Tat, zwischen Autoritäts- und Diskussionsprinzip herauskristallisiert. Lasker ist, anders als Windthorst und Richter, nicht nur Taktiker, Parteiführer, Oppositioneller, sondern eben zuerst Parlamentarier.

Veit Valentin beurteilt das Verhältnis ähnlich. „The cooperation of these two men“, faßt er zusammen, „their competition, their mutual respect and their final hatred embodies to the historian the old fight between might and right, between expansionism and civilization, between the spirit of aggression and that of humanitarianism.“

The New Reich was the platform where the curious couple met. For years they were cooperating for the very best of German constitutional, legal, and civilized life; and then they became adversaries, enemies, and that even beyond Lasker's grave. The development of this feud is an amazing chapter of German political psychology.“⁶⁾

Die parlamentarische Auseinandersetzung zwischen Bismarck und Lasker, in der viele Zeitgenossen den Kampf zwischen Siegfried und Mime sahen, wird im Folgenden ausführlich dargestellt werden. Nach Veit Valen-

⁴⁾ der gleichen Meinung über Vernachlässigung der Parlamentsprotokolle ist Gerhard Stoltenberg, *Der deutsche Reichstag 1871—1873*, Düsseldorf, 1955, S. 7.

⁵⁾ Eyck, Bd. III, S. 44 ff.

⁶⁾ Valentin, S. 401 ff.

tin gliedert sich das Verhältnis der beiden Politiker in drei Phasen. Die erste ist gekennzeichnet "by Laskers's admiration and Bismarck's tolerant criticism". Sie beginnt 1866 und endet mit dem erbitterten Wortgefecht über Volksrechte am 16. Juni 1873.⁷⁾

Kühle Zusammenarbeit mit häufigem Aufflackern von grundsätzlichen Gegensätzen charakterisieren die zweite Phase! "While personal relations remained on a level of courtesy, resentment was lurking in the background." Die Periode der Neutralität endet — wir weichen in der Datierung von Valentin etwas ab —⁸⁾ an jenem 9. März 1878, an dem Bismarck vor versammeltem Reichstag aufbraute und sagte, daß Lasker seine Arbeit mehr erschwere als irgendein anderer Parlamentarier in Deutschland.⁹⁾

Von diesem Tag an setzt die dritte Phase des "definite hatred" ein, die noch über Laskers Tod hinaus andauern sollte.¹⁰⁾

Diese drei Phasen in Laskers Leben stehen in verblüffender Parallelität zu anderen Entwicklungskurven seiner Zeit. Die nationalliberale Partei, 1866 unter Beteiligung Laskers gegründet, erlebt bis 1874 einen ständigen Aufschwung, gerät in der Frage des Heeresbudgets 1874 erstmals mit Bismarck aneinander und verliert langsam an Boden. Nach den Parlamentarisierungsverhandlungen von 1877 vollständiger Bruch mit dem Kanzler, seit 1879 vom Zentrum aus der führenden Stellung im Parlament verdrängt, schließlich bis 1884 Abstieg und Zerfall.

Das Wirtschaftsleben sah vom preußisch-österreichischen Krieg bis 1873 eine Hochkonjunktur mit niedagewesener Blüte von Gründungen, der Freihandel dominierte; 1873, unter Mitwirkung Laskers, erste Stagnation, Gründerkrise, dann, bis 1879, langsamer Übergang zu Wirtschaftskrise und Schutzzollpolitik.

Im Parlament herrschte bis 1874 Hochstimmung, deutsche Rechtseinheit wird verwirklicht, dann Verschärfung der Parteikämpfe, wachsende Intoleranz, Antisemitismus, seit 1879 zunehmender Überdruß am parlamentarischen Leben, Zerfall aller Mehrheiten, Versuche Bismarcks, Parlamentsrechte einzuschränken. Höhepunkt Bennigsens Mandatsniederlegung 1884, am gleichen Tag, an dem auch Lasker abtritt.

Das politische Leben des deutschen Volkes, durch das Erlebnis der Reichsgründung wachgerufen, pulsiert einige Jahre schneller und lebendiger, stagniert dann langsam und verfällt schließlich in neue Lethargie. Und ein Symbol dieser geistesgeschichtlichen Entwicklungskurve ist das Leben Eduard Laskers.

2. Erste Reibereien

Die Kette der Konflikte zwischen Lasker und Bismarck begann im verfassungsberatenden Reichstag mit einem kleinen Vorgeplänkel. Die Nationalliberalen beantragten die Einführung verantwortlicher Bundesministerien. Bismarck äußerte, er könne diesen Antrag „mit dem Vertrauen, welches

⁷⁾ 16. 6. 73 — 53, 1177 ff., später noch ausführlich dargestellt.

⁸⁾ Valentin setzt den Wendepunkt am 13. 3. 77 (8, 129 ff.) an.

⁹⁾ 9. 3. 78 — 17, 416 ff.; dieser Vorfall bei Valentin, S. 406, Fußnote 19, falsch datiert.

¹⁰⁾ Valentin, S. 403 ff.

von so vielen Seiten auf die richtige Leitung der preußischen auswärtigen Angelegenheiten bisher ausgesprochen worden ist, nicht in Einklang bringen.“¹¹⁾

Lasker erwiderte, der Kanzler verlege sein Hauptgebiet auf das außenpolitische Geschehen. „Es fällt mir nicht entfernt ein, von dem großen Vertrauen zurückzukommen, welches ich . . . zur auswärtigen Leitung des Grafen von Bismarck gehabt habe und noch in ungeschwächtem Maße besitze.“ Aber in der Innenpolitik müsse er den Kanzler skeptischer beurteilen. „Ich besorge allerdings, daß er die Entwicklung der Freiheit und die Ausbildung der Volksrechte, wie wir sie . . . wünschen, nicht in demselben Grade wahrzunehmen strebt, wie wir es tun.“ Nicht um dem Kanzler das Mißtrauen zu bekunden, sondern um ihm von seiner schweren Arbeit etwas abzunehmen, habe man die Forderung auf Bundesministerien erhoben und erhalte sie auch aufrecht.¹²⁾ Bismarck mußte noch einmal mit dem Scheitern der Verfassung drohen, um den Reichstag zu veranlassen, die Anträge mit 140:124 Stimmen fallen zu lassen.¹³⁾

Zwei Tage später fand er Gelegenheit, seinem Unmut gegen Lasker erstmals freien Lauf zu lassen. Lasker wollte in die Verfassung einen Absatz aufgenommen haben, durch den die Straffreiheit von Parlamentsberichten in der Presse garantiert würde, denn die wahre Öffentlichkeit des Parlamentslebens könne nur durch eine unabhängige Presse gewährleistet werden. Sich dabei auf die Milde der Behörde zu verlassen, sei töricht, denn man werde beim ersten unbequemen Widerstand die schwer erzwungene Höflichkeit fallen lassen.¹⁴⁾

Ziemlich unvermittelt knüpfte Bismarck in seiner Antwort an diese Bemerkung an und richtete einen massiven Ausfall gegen Lasker: „Wenn man fünf Jahre schwer gekämpft hat um das zu erreichen, was hier vorliegt, wenn man seine Zeit, die beste Zeit seines Lebens, seine Gesundheit dabei geopfert hat, wenn man sich der Mühen erinnert, die es gekostet hat, oft einen ganz kleinen Paragraphen, eine Interpunktionsfrage zwischen 22 Regierungen zu entscheiden, wenn man nun auf den Punkt gekommen ist, wie er hier vorliegt, dann treten Herren, die von allen diesen Kämpfen wenig erfahren haben, von den amtlichen Vorgängen nichts wissen, in einer Weise auf, die ich nur damit vergleichen kann, daß einer in meine geschlossenen Fenster einen Stein hineinwirft, ohne zu wissen, wo ich stehe . . . Er weiß nicht, wo er mich trifft, er weiß nicht, welche Geschäfte er mir im Augenblick erschwert, die vorliegen, und die mir durch diesen Widerstand unmöglich werden. Er weiß nicht, welche auswärtigen Fragen im Augenblicke schweben, (Hört! Hört!) die bei energischer Unterstützung der Regierung

¹¹⁾ Rt: 27. 3. 67 — 20, 388.

¹²⁾ dto. — 20, 391 ff.

¹³⁾ Rt: „Wenn Sie auf kleinliche Änderungen, nachdem sie sich für die Regierungen als unannehmbar erwiesen haben, fest bestehen, selbst auf die Gefahr hin, das ganze Werk zum Scheitern zu bringen, dann wird sich die Nation Ihrer Namen wohl erinnern, meine Herren!“ Ein gutes Beispiel für den Umgangston B's mit dem Parlament. (Rt: 27. 3. 67 — 20, 397) Abstimmung: 20, 401.

¹⁴⁾ Rt: 29. 3. 67 — 22, 439 ff.

vonseiten des Parlaments eine andere Behandlung gestatten würden, als in einem Falle, wo man sieht, daß das Parlament nicht unbedingt mit der Regierung geht und nur sehr kleine Anlässe nötig sind, um eine ernste tiefgehende Spaltung zu erzeugen. Dann kommt man sehr leicht... in eine Stimmung, die ich dem Herrn Abgeordneten nicht besser charakterisieren kann, als wenn ich ihm empfehle, in einer der ersten Szenen von Heinrich IV. nachzulesen,¹⁵⁾ was Heinrich Percy für einen Eindruck hatte, als der dort besagte Kammerherr kam, ihm die Gefangenen abforderte und ihm, der wund und kampfes müde war, eine längere Vorlesung über Schußwaffen und innere Verletzungen hielt. Die Stelle steht am Anfang des Stücks und fängt mit den Worten an: "I remember that when the fight was over, there came a certain Lord usw." So ungefähr wie Percy ist mir zu Mute, wenn ich über Dinge, für die ich gelitten und gekämpft habe, die ich besser kennen muß, solche Reden höre.¹⁶⁾

Mit dieser Rede, übrigens ein gutes Beispiel für die elegante Zitierkunst jener Jahre,¹⁷⁾ hatte der Kanzler einmal seinem grundsätzlichen Grimm über den parlamentarischen Betrieb Luft gemacht. Er konnte allerdings nicht verhindern, daß der Lasker-Antrag in die Verfassung aufgenommen wurde, wo er bis heute noch steht.¹⁸⁾

Ein seltenes Bild des Einklangs erlebte der Reichstag am 16. April 1869. Die Nationalliberalen hatten ihren Antrag auf Einführung verantwortlicher Bundesministerien erneuert. Lasker begründete ihn sehr diplomatisch und gab ihm eine Auslegung, als sei er nur darauf gerichtet, dem Bundeskanzler Hilfskräfte zur Seite zu stellen, ihn aber andererseits nicht der verantwortlichen Oberleitung zu entbinden. Bismarck war von der Rede so gefangen, daß er sagte: „Ich freue mich, daß dem Herrn Vorredner noch das Wort gestattet worden ist, indem ich aus seiner Rede wiederum habe er-

¹⁵⁾ Rt: 29. 3. 67 — 22, 422. Shakespeare, The first part of King Henry IV, 1. Akt, 3. Auftritt. Der Erzähler ist Henry Percy jr., im Stück „Hotspur“ genannt.

¹⁶⁾ Rt: 29. 3. 67 — 22, 442.

¹⁷⁾ Während damals im Parlament zur Begründung der Todesstrafe die Heilige Schrift im griechischen Urtext zitiert wurde — wie überhaupt griechische Zitate sehr häufig waren — und der Abg. v. Diest von der Rednertribüne zur Begründung einer Idee eine halbe Shakespeare-Szene rezitierte, muß der heutige Parlamentsredner, der eine über den Status quo hinausgehende lateinische Formulierung gebraucht, damit rechnen, daß man ihm indigniert zuruft: „Deutsch!“ (vgl. etwa v. Diest am 1. 3. 70 — 12, 134 ff.). Dazu ein Abschnitt aus dem grundlegenden Artikel von Fritz Brühl über den Parlamentsstil (die Sprache der Sprachlosen im Parlament, Feuilleton der Süddeutschen Zeitung vom 8. Mai 1954); wo festgestellt wird, „wie fragwürdig das klassische Zitat überhaupt geworden ist. Für ganz bestimmte Altersschichten des Hauses (Bundestag) bedeutet ein Schiller- oder ein Goethe-Wort noch die Wiederbegegnung mit Bildungsgut, das verläßlich zu erwerben man sich seinerzeit einiges an Geld hatte kosten lassen. Tritt aber ein Hinweis auf Lessings „Nathan“ und die drei Ringe hinzu, oder auch ein Wort von Herder, Klopstock oder Winckelmann, dann verengt sich der Kreis der Wissenden (und damit der Genießenden) fast zu einer kleinen Verschwörergemeinschaft. Das parlamentarische Zitat ist weltfroher, aktueller, vielseitiger, aber auch flacher geworden. Mit jedem Jahr vermehrt sich die Generation, die nichts mehr weiß von Joseph und seinen Brüdern.“

¹⁸⁾ Art. 22, 2 der Verfassung: „Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen des Reichstages bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei.“ Annahme 29. 3. 67 — 22, 443.

sehen können, daß man sehr häufig in seinen Meinungen sich viel näher steht, als man vor der Diskussion geglaubt hat.“ Durch Laskers Rede sei ihm die Tendenz des Antrages viel näher gerückt. Unter allgemeiner Heiterkeit wiederholte er dann: „Wir sind vielleicht über viele Dinge einverstanden, ohne daß wir es für den Augenblick wissen.“ Unter dem Eindruck der Debatte wurde mit 111:100 Stimmen die Einführung der Bundesministerien gefordert.¹⁹⁾

Aber schon beim nächsten Zusammenstoß der beiden Männer im Mai 1869 wurden die unüberbrückbaren Gegensätze wieder sichtbar.

3. Der Wert der Beredsamkeit

Finanzminister v. d. Heydt hatte dem Reichstag einen niederschmetternden Bericht über die Finanzlage des Bundes zugeleitet, nachdem er zuerst versucht hatte, das Defizit zu verheimlichen.²⁰⁾ Gleichzeitig kamen eine Serie von Gesetzesentwürfen, welche der Ebbe in der Bundeskasse abhelfen sollten. Angesichts der gespannten Lage mit Frankreich und der herrschenden Kriegsfurcht waren die Forderungen aber weitaus übertrieben. Die Liberalen stimmten ausnahmslos gegen die neuen Steuern, von denen schließlich nur zwei kleine Reste übrigblieben.²¹⁾

Lasker, der am 12. Juni den liberalen Standpunkt darlegte, begann mit einem scharfen Angriff gegen den Finanzminister: „Er hat gegen sich selbst das Zeugnis abgelegt, daß er nicht fähig ist, die Finanzen eines großen Staatswesens mit Nutzen zu leiten.“ Das war der schärfste Ton, der bis dahin jemals im Reichstag gegen einen Minister angeschlagen worden war. Lasker meinte, man dürfe aus den schlechten Einnahmen eines Jahres noch keine Rückschlüsse auf das ganze System ziehen; mit der Bewilligung neuer Steuern müsse das Parlament vorsichtig sein. Die Rede, die mit Zahlen aus den vorhergehenden Haushaltsjahren reichlich gespickt war, machte in ihrer leidenschaftslosen Sachlichkeit auf das Haus großen Eindruck, so daß sich Bismarck veranlaßt sah, sofort hinter Lasker einzugreifen: „Meine Herren, wir verlangen von Ihnen Brot und Sie geben uns Steine.“ In der Nichtbewilligung von Geldern sah er den Versuch des Parlaments, auf die Regierung einen Druck auszuüben. Dann müsse das Parlament auch die Regierung übernehmen. „Sind Sie dazu bereit?“ Grollend wandte er sich gegen den „Dilletantismus“ der Abgeordneten, der darin bestehe, daß „man vier Monate im Jahr sich mit der Politik des Landes beschäftigt und den Staat ordentlich beim Kragen packt und ihn schüttelt und ihn so hinstellt, wie man meint, daß er weiter gehen soll, die übrigen acht Monate aber geht man nachhause und überläßt es der Regierung, die bei dem Geschäft bleibt, die etwa zerrissenen Kleidungsstücke zurechtzuflicken, wie sie kann, ohne ihr die Mittel dazu zu bewilligen. Die Masken, die wir augenblicklich tragen, sind vorübergehende; ich bin heut Minister, Sie sind heute Abgeordnete, das kann morgen umgekehrt sein, wir zahlen ebenso gut Steuern wie

¹⁹⁾ Rede Laskers am 16. 4. 69 — 20, 409 ff., Antwort Bismarcks: 20, 411. Abstimmung: 20, 412.

²⁰⁾ vgl. zu diesen Vorgängen Braun, S. 16 ff.

²¹⁾ Die Aufhebung von mißbräuchlichen Portofreiheiten und eine einheitliche Stempelsteuer für das Reich, welche bei der Ausstellung von Quittungen und Rechnungen erhoben wurde.

Sie — aber wir haben für jetzt in höherem Grade das Gefühl der Verantwortlichkeit für die Fortführung der Geschäfte.“ Dann aber wendet er sich direkt gegen Lasker und gegen die Macht der Beredsamkeit: „Sie beschließen hier unter dem Einflusse einer so ausgezeichneten Rede, wie wir sie eben gehört haben, vielleicht in der Bewegung des Augenblicks, während, wenn Sie dieselbe Rede langsam zuhause nachlesen, oder wenn Sie auch Gegner derselben mit derselben Geschicklichkeit sprechen hören würden, wie sie der Herr Vorredner entwickelt hat, Sie doch vielleicht stützig würden und sagen würden, für das Andere läßt sich auch Vieles sagen. Sie beschließen in der Fraktion im Voraus dasjenige, über was Sie abstimmen wollen und unter dem Einflusse der bedeutendsten Redner unter Ihnen; es ist die Rednergabe etwas sehr Gefährliches, das Talent hat seine hinreißende Macht, ähnlich wie bei der Musik und bei der Improvisation. Es muß in jedem Redner, der auf Zuhörer wirken soll, ein Stück von einem Dichter stecken, und soweit das der Fall ist, soweit er als Improvisator Sprache und Gedanken beherrscht, soweit hat er die Gabe, auf seine Zuhörer zu wirken. Ist aber der Dichter und Improvisator gerade derjenige, dem das Steuerrad des Staates, welches volle kühle Überlegung erfordert, anzuvertrauen wäre? Und doch ist er derjenige, von dessen Beredsamkeit augenblickliche Entschlüsse des Parlaments abhängig werden.“²²⁾

Robolsky berichtete über diese denkwürdige Sitzung in der Weserzeitung, Laskers Rede habe einen gewaltigen Eindruck hinterlassen. „Das im Publikum und in nächster Nähe dieses Abgeordneten wiederholt auftauchende Mißtrauen gegen diejenige Art von parlamentarischen Leistungen, welche die auf Rinderpest bezügliche Gesetzesmaterie in gleicher Weise umfassen, wie Gewerbeordnung und Staatsfinanzwesen,²³⁾ schien durch die eine Rede von heute wie niedergeschlagen.“ Die Rede habe allerdings fast an eine Ausbeutung der Redefreiheit grenzt und dadurch den Kanzler veranlaßt, „in pikiertester Weise“ zu einer Gegenrede anzutreten. Robolsky muß zugeben, daß Lasker der einzige Redner war, der nicht im Negativen verharrete. „Er machte in Bezug auf die von allen Seiten vorgeschlagenen Ersparnisse positive Vorschläge. Die Herren am Bundestisch machten lange Gesichter, aber der animierte Reichstag klatschte.“ Von Bismarck muß der Korrespondent bekennen: „Er hat selten so viel gestockt und gestammelt als heute.“²⁴⁾

Diese Bemerkungen Robolskys sind von entscheidender Bedeutung, weil sie einen Hinweis darauf enthalten, daß Laskers Reden, die sich oft trocken und langatmig lesen, einen stärkeren Einfluß auf die Debatte ausübten als die Reden Bismarcks, die man beim Lesen oft als Meisterwerke der Prosa empfindet. Bismarck wußte das auch und seine ständigen Ausfälle gegen gute Redner scheinen geradezu auf einen Minderwertigkeitskomplex hinzu-

²²⁾ 21. 5. 69 — 43, 1011 ff.

²³⁾ Robolsky, S. 114 ff., ein typisches Beispiel für übelwollende Parlamentsberichterstattung: kann man dem Redner nicht Einseitigkeit und Spezialistentum, Borniertheit vorwerfen, so tadelt man seine Vielseitigkeit.

²⁴⁾ Robolsky, S. 117 ff.

deuten, der ihn in Bezug auf seine Rednergabe beseelte. Andererseits versuchte er doch selbst immer wieder mit Erfolg, durch durchschlagende Reden das Parlament zu beeinflussen und umzustimmen.

Auch am Tage nach dieser Auseinandersetzung stand noch alles unter dem Eindruck der Rede Laskers. Graf v. Kleist, der für die Konservativen gegen Lasker sprach, erwähnte die „lautlose und feierliche Stille“ des Hauses während der Debatte vom Vortage.²⁵⁾ Der Kanzler selbst sprach noch zweimal, aber seine üble Laune schien verfliegen. „Gottseidank, er wird witzig“ raunten sich die Abgeordneten aufatmend zu.²⁶⁾ Im Gegensatz zu Lasker besaß Bismarck die Fähigkeit, über Unstimmigkeiten hinwegzugehen, sie nach ihrer Beilegung zu verzeihen, wenn er sie auch nicht vergaß.

So ist es zu verstehen, daß sich der Kanzler wenige Wochen darnach, auf der parlamentarischen Soiree vom 12. Juni 1869 in kleinstem Kreise, in Gegenwart Laskers, beim Berliner Aktienbier wieder von seiner versöhnlichsten und offensten Seite zeigte. „Mit rückhaltloser Offenheit wurden gegenseitig Gedanken getauscht, Zustände der Vergangenheit und Gegenwart, Hoffnungen und Befürchtungen für die Zukunft besprochen.“²⁷⁾ Dieser unvermittelte Wechsel zwischen Anerkennung und Gegnerschaft sollte sich noch öfters wiederholen.

Bei der Beratung des Strafgesetzbuches lagen sich die beiden Männer schon wieder in den Haaren. Lasker hatte am 28. Februar 1870 seine große Rede gegen die Todesstrafe gehalten. Am Tag darauf fühlte sich Bismarck veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß „der Bundesrat für oratorische Eindrücke auf seine Überzeugungen nicht empfänglich sei.“²⁸⁾ In der darauffolgenden Woche versuchte Lasker, das Immunitätsrecht des Abgeordneten in das Strafgesetzbuch aufnehmen zu lassen. Die freie Rede des Parlamentariers sei seine eigentliche Waffe, sein Mittel zur Wirksamkeit „und wenn wir auch von dem Platze in meiner Nähe (nach der Bank des Bundesbevollmächtigten zeigend) aus dem Munde des leitenden Staatsmannes, der selbst des rednerischen Effektes sich gerne bedient und ihn auf die Versammlung wirken läßt, immer und immer wiederholen hören, daß er oratorischen Einflüssen unzugänglich sei, so erkläre ich auch dies nur für eine rednerische Wendung. In Wahrheit steht uns ein anderes Mittel der Verständigung im Parlament gar nicht zu Gebote, als daß wir durch Worte unsere Gedanken austauschen.“²⁹⁾ Das Prinzip der Redefreiheit der Abgeordneten wurde auf Laskers Rede hin in das Gesetz aufgenommen.³⁰⁾

Hatte Bismarck vorher erklärt, gegen Beredsamkeit immun zu sein, so traf Lasker dieselbe Feststellung für sich am 29. März 1870. Dem Kanzler rief er in Bezug auf ein übertriebenes Wortbild zu: „Es war gewiß nur eins der rhetorischen Überredungsmittel, deren sich der Herr Bundeskanzler häufiger

²⁵⁾ Rt: 22. 5. 69 — 44, 1022.

²⁶⁾ Robolsky, S. 117 ff.

²⁷⁾ Schilderung der Soiree bei Poschinger, I, S. 41, über Laskers Teilnahme dto. S. 59.

²⁸⁾ 1. 3. 70 — 12, 131.

²⁹⁾ 8. 3. 70 — 16, 227.

³⁰⁾ Abstimmung 16, 233.

bedient, (Heiterkeit) denen aber, wie mir eben mein Nachbar sagt, weder dieser, noch viele seiner Genossen zugänglich sind.“³¹⁾

Drei Tage darauf hatte Bismarck Geburtstag. An diesem Tag wurde er von Lasker im Reichstag wegen der Verrechnung von 30 000 Talern Kriegskosten scharf kritisiert. In höchster Erregung erwiderte ihm der Kanzler: „Der Herr Vorredner hat seiner Gewohnheit entsprechend in dem weiten Rahmen, den er mit der Diskussion über diese kleine Angelegenheit ausgefüllt hat, eine Anzahl von Nadelstichen gegen meine Person aufgenommen; ich kann ihm darauf erwidern mit denselben Worten, mit denen er neulich mir antwortete, daß auch seine oratorischen Arabesken mir keinen Eindruck machen, ebensowenig wie die meinigen ihm.“³²⁾

Im Anschluß an diesen kleinen Zusammenstoß kam dem Kanzler der Gedanke, das „partikularistische Junkertum“ des ultrakonservativen Justizministers a. D. zur Lippe mit Laskers angeblichem „parlamentarischem Junkertum“ in Beziehung zu setzen. Diese Idee war so ausgefallen, daß sogar Busch, der servile literarische Stiefelputzer des Kanzlers, kopfschüttelnd zugeben mußte, daß er sie nicht verstanden habe. Als treuer Diener seines Herrn saugte sich Busch schließlich folgenden Vergleich aus den Fingern:

„Beide sind doktrinär, beide jagen Ideen nach, die nicht aus der lebendigen Natur der Dinge geschöpft sind, beide verschmähen, dem Kultus von Theorien, ja von bloßen Einfällen frönend, Rücksicht zu nehmen auf die tatsächlichen Verhältnisse. Beide sind gewohnt, alles durch die juristische Brille zu sehen, ... aber bei beiden steht das Recht außerhalb des Lebens.“ Er sprach ferner von Laskers Redseligkeit und seiner unpraktischen Rechtshaberei, die seine Partei auf den Hund bringen werde.

Ein paar Tage später äußerte Bismarck bereits erstmals den Wunsch, die „Fraktion Lasker“ unschädlich zu machen und die Nationalliberalen zu spalten.³³⁾

³¹⁾ Rt: 29. 3. 70 — 30, 558.

³²⁾ Rt: 1. 4. 70 — 32, 587.

³³⁾ Busch, Tagebücher, Bd. I, S. 22 ff. und S. 25.

Volkvertretung und Außenpolitik

1. Gibt es öffentliche Außenpolitik?

Die Rolle des deutschen Reichstags im deutsch-französischen Krieg wirft die Frage auf, inwieweit sich eine Volkvertretung überhaupt in öffentlichen Verhandlungen mit Fragen der auswärtigen Politik befassen kann und darf. Lothar Bucher, Mitglied der Nationalversammlung von 1848 und später einer von Bismarcks literarischen Schildknappen, wußte schon 1854: „Eine Versammlung von 500 bis 600 Mitgliedern kann die auswärtige Politik nicht kontrollieren, so wie sie heute ist.“¹⁾ Das Parlament kann in groben Zügen Richtlinien geben, aber die Befolgung seines Willens weder kontrollieren noch erzwingen. Und eine Regierung, die Weltpolitik betreibt, kann nicht über alle ihre Ziele und Mittel öffentlich Rechenschaft ablegen, noch weniger sich an Beschlüsse darüber binden. „Nur einzelne Mitglieder des Parlaments, allenfalls kleine Gruppen, können sich mit auswärtiger Politik beschäftigen.“

Bucher beschreibt den Gang der auswärtigen Politik in einem parlamentarisch regierten Staat ebenso spöttisch wie treffend: „Der Minister des Auswärtigen knüpft im tiefsten Geheimnis Verhandlungen an, erteilt Instruktionen an Gesandte und Admirale, zeichnet Punktationen. Nach einiger Zeit wird vom Ausland her etwas ruchbar, jemand verlangt Auskunft, interpelliert. Der Minister enthält die Auskunft vor. Wie er das macht, hängt von seinem Temperament, seiner Geschicklichkeit ab. Der eine verweigert rundweg die Antwort ‚aus hohem Pflichtgefühl‘, im Bewußtsein der Verantwortlichkeit‘, im Interesse der Diplomatie‘. ‚Die Sache schwebt‘, der diplomatische Hexenkessel kocht, die Massen sind in Fluß, das Gold ist beinahe fertig; ein vorzeitiges Wort, ein profaner Blick — und alles wäre verdorben, der Stein der Weisen würde zu Kohle. Hohes Haus bebt in abergläubischem Schauer zurück und ergibt sich in seine Unwissenheit.

Lord Palmerston erreicht denselben Zweck auf eine andere lustigere Weise. Er springt mit Behendigkeit auf, als habe er die Interpellation gar nicht erwarten können. Er ist ‚äußerst dankbar, ja glücklich, daß sein ehrenwerter Freund, wenn er denselben so nennen darf‘, — ehrenwerter Freund, in der Regel ein junges Mitglied, errötet — ‚die Sache vor das Haus gebracht, dessen Weisheit die Geschicke Englands leitet.‘ Er beeilt sich, ‚mit Vergnügen die vollständigste Antwort zu geben.‘ Und er sagt entweder eine faktische Unrichtigkeit oder einen sorgfältig erwogenen Doppelsinn oder eine Abgeschmacktheit oder eine Insolenz.“²⁾

¹⁾ Lothar Bucher, *Der Parlamentarismus, wie er ist*. 2. Auflage, Stuttgart, 1881 (erstmalig 1854 veröffentlicht) (= Bucher), S. 204 ff.

²⁾ Bucher, S. 193 ff.

Im deutschen Reichstag war die Lage nicht anders. Ganz abgesehen von der bis heute diskutierten Frage nach der Legitimation des Wählers, durch seine Designation eines Volksvertreters auch über Fragen des außenpolitischen Kurses mitzubestimmen, war damals, im Zeichen der Hochblüte von Geheimdiplomatie und Geheimverträgen, eine ernst zu nehmende Debatte nicht möglich.

Nach Ansicht des liberalen späteren Justizministers Schiffer hatte man sich im Lande und im Reichstag während der gesamten Kaiserzeit von der auswärtigen Politik völlig ausschalten lassen. „Sie galt als eine Geheimwissenschaft, von der allein die Eingeweihten in der Wilhelmstraße etwas verstanden. Die ‚Kunst‘ der Außenpolitik lag bei Bismarck in den besten Händen, ihm sollte man nicht ins Handwerk pfuschen. Er hatte sein Volk durch seine Erfolge geblendet und eingeschüchtert. Seine großen politischen Auslandsreden waren nicht Diskussionsgrundlagen, um mit der Volksvertretung gemeinsam zu überlegen, sondern empfangsbedürftige Willenserklärungen gegenüber dem In- und Auslande. Die außenpolitischen Debatten im Reichstag standen auf einem recht niedrigen Niveau.“³⁾

Ein ähnliches Urteil fällt der spätere Vizekanzler v. Payer über den Reichstag. „Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik kam er beim besten Willen über schwächliche Versuche, sich zu beteiligen, nicht hinaus.“⁴⁾

Verfassungsrechtlich war die Lage so, daß der Kaiser das Reich völkerrechtlich vertrat. Bei der Erklärung des Krieges war er an die Zustimmung des Bundesrates, nicht aber des Reichstages gebunden, eine Vorschrift, die von der Fortschrittspartei schon 1871 bekämpft wurde.⁵⁾ Verträge mit auswärtigen Staaten brauchten dem Reichstag nur vorgelegt werden, wenn sie Gegenstände der Reichsgesetzgebung betrafen. So kam es, daß der Reichstag zwar über die internationale Konvention zur Bekämpfung der Reblaus beschließen durfte, nicht aber über den auf dem Berliner Kongreß 1878 abgeschlossenen Vertrag. Alle wichtigen Abkommen wurden ihm lediglich „zur Kenntnisnahme“ überreicht. Die Thronrede enthielt in der Regel einen kurzen Abschnitt über außenpolitische Fragen, der in den damals üblichen Floskeln die Friedensbereitschaft der Regierung ausdrückte und über die tatsächlichen Verhältnisse nicht den geringsten Rückschluß zuließ.⁶⁾

Angesichts dieser formalen Machtlosigkeit wurden die Etatsberatungen jedesmal zu außenpolitischen Erörterungen benützt, wenn es etwa darum ging, Botschaftergehälter zu erhöhen oder dergleichen. So ist auch der

3) Eugen Schiffer, Ein Leben für den Liberalismus, Berlin, 1951 (= Schiffer), S. 24.

4) Friedrich v. Payer, Von Bethmann-Hollweg bis Ebert, Erinnerungen und Bilder, Frankfurt, 1923 (= Payer), S. 11. Payer war Reichstags-Abgeordneter seit 1877 und langjähriger Landtagspräsident von Württemberg. Er gehörte Naumanns fortschrittlicher Volkspartei an.

5) v. Hoverbeck im Rt: 4. 11. 71 — 14, 119.

6) Am 14. 2. 70, fünf Monate vor Kriegsausbruch, lautete der entsprechende Abschnitt der Thronrede: „Als ich im vorigen Jahre von dieser Stelle zu Ihnen sprach, habe ich dem Vertrauen Ausdruck gegeben, daß Meinem aufrichtigen Streben, den Wünschen der Völker durch Verhütung jeder Störung des Friedens zu entsprechen, der Erfolg unter Gottes Beistand nicht fehlen würde. Es tut Meinem Herzen wohl, heute bekunden zu können, daß Mein Vertrauen seine volle Berechtigung hatte.“

häufige, heftige Streit um anscheinend kleine Etatsposten zu erklären. Auch die Beratung des Heeres- und Marine-, später auch des Kolonialstats bot Gelegenheit, außenpolitische Dinge anzuschneiden. Schließlich stand noch der, in auswärtigen Fragen selten benutzte Weg der Interpellation offen, wobei in den meisten Fällen eine vorherige Verständigung mit der Regierung stattfand.

Es ist ein allen national gesinnten Parlamenten eigenes Charakteristikum, daß sich alle Parteien, so uneins sie untereinander sein mögen, sich gegen das Ausland zu einer gemeinsamen Front finden. Eine Ausnahme davon machten in Deutschland nur die nationalen Minderheiten und, in verschiedenen Fragen, die Sozialdemokraten.

Schon bei der Beratung der Verfassung hatte Carl Braun dieser Stimmung Ausdruck verliehen: „Sollte der Fall eintreten, daß wirkliche direkte Verwickelungen mit dem Auslande heranziehen, dann werden wir, so hoffe ich, ohne irgend einen Unterschied der Parteien, der ganze Reichstag von links bis rechts zeigen, daß wir den Interessen der Nation wenigstens vorübergehend sogar die Freiheit opfern, und daß uns das Vaterland höher steht als jede Partei.“⁷⁾

Ähnlich äußerte sich v. Bennigsen, als er am 1. April 1867, an Bismarcks Geburtstag, die erste Interpellation im deutschen Reichstag begründete. Anlaß dazu waren Gerüchte über das Schicksal Luxemburgs. Die parlamentarische Aktion erfolgte im Einverständnis mit Bismarck. Bennigsen sagte: „Die Interpellation ist ausgegangen von der liberalen Seite des Reichstags, weil wir ein Bedürfnis gefühlt haben, kund zu geben, daß in solchen Fällen der auswärtigen Politik, wo es gilt, deutschen Boden zu verteidigen gegen ungerechte Gelüste des Auslandes, keine Parteien im Hause existieren dürfen (Bravo), daß die Schwierigkeiten, welche sich in den letzten Wochen bei einzelnen Fragen des Ausbaus der inneren Verfassung gezeigt haben, daß sie nicht den geringsten Einfluß äußern werden auf die Haltung des ganzen Reichstages, wo es gilt, mutig und entschlossen dem Auslande gegenüber zu stehen. (Lebhaftes Bravo!) Wir werden den Krieg nicht scheuen! (Enthusiastisches Bravo!) Gefahr von außen wird das Bedürfnis der Verständigung bei uns steigern.“ Nach Schluß der Rede hörte man lebhaftes Bravo von allen Seiten. Eine Besprechung der Interpellation wird abgelehnt. So spielte sich eine außenpolitische Debatte ab.⁸⁾

Bismarcks ablehnende Haltung gegen irgendwelche öffentliche Besprechungen von auswärtigen Angelegenheiten ist schon in einem anderen Abschnitt angeklungen, als er am 29. 3. Lasker beschuldigt hatte, Steine in seine geschlossenen Fenster geworfen zu haben. In der gleichen Sitzung wehrte er sich dagegen, dem Parlament Rede und Antwort stehen zu müssen. „Ich weiß nicht, welche Gewalt, welche parlamentarische wenigstens, mich zwingen könnte, zu reden, wenn ich schweigen will.“⁹⁾

⁷⁾ Rt: 29. 3. 67 — 22, 445.

⁸⁾ Rt: 1. 4. 67 — 24, 487 ff.

⁹⁾ Rt: 29. 3. 67 — 22, 445.

2. Die Baden-Interpellation

Lasker war es auch auf diesem Gebiete beschieden, Bismarck zur Grobheit zu verführen. Am 24. Februar 1870 stand der Vertrag zwischen Baden und dem Norddeutschen Bund über gegenseitige Rechtshilfe auf der Tagesordnung. Baden war in seinen Einigungsbestrebungen den anderen süddeutschen Staaten weit voraus, und so forderte Lasker den Reichstag auf, folgenden Antrag anzunehmen: „Der Reichstag spricht den unablässigen nationalen Bestrebungen, in denen Regierung und Volk des Großherzogtums Baden vereinigt sind, seine dankende Anerkennung aus; der Reichstag erkennt in diesen Bestrebungen den lebhaften Ausdruck der nationalen Zusammengehörigkeit und nimmt mit freudiger Genußtuung den möglichst ungesäumten Anschluß an den bestehenden Bund als Ziel derselben wahr.“¹⁰⁾

Moritz v. Blankenburg war wohl für den Inhalt des Antrages, fand ihn aber zu einer ungelegenen Zeit gestellt, und geeignet, die übrigen Staaten mit Mißtrauen zu erfüllen.¹¹⁾

Bismarck erteilte sich: „Der Umstand, daß der Antrag, der uns gedruckt vorliegt, von Namen unterschrieben ist, deren Träger mir ihr Vertrauen häufig ausgesprochen, mitunter auch bewiesen haben, nötigt mich zu der öffentlichen Erklärung, daß ich diesem Antrag völlig fremd bin, daß er mir im höchsten Grade unerwünscht gekommen ist, daß ich im Anfang geneigt war, ihn für einen politischen Fehler zu halten und daß ich es nach der Rede des Herren Abgeordneten Lasker wieder bin.

Ich bedaure die Tendenz, die hiermit dem Antrag gegeben ist, aus zwei Gründen: einmal, weil sie mir von neuem den Beweis liefert, wie schwer es ist für große parlamentarische Versammlungen, dasjenige Maß von Selbstbeschränkung im eigenmächtigen, unverabredeten Hineingreifen in die auswärtige Politik zu erreichen, welches allein die exekutive Gewalt befähigt, in der ununterbrochenen und intimen Anlehnung mit dem Parlament, wie wir es wünschen, auswärtige Politik zu betreiben.“ Zweitens befürchte er, die Interpellation sei bestellt, und zwar nicht von Preußen. Wenn man ohne Rücksprache mit ihm derlei Anträge plötzlich zur Diskussion bringe — „in dieser Weise können wir keine gemeinsame Politik treiben.“ Der Antrag enthalte ein Mißtrauensvotum gegen seine Politik. „So werde ich es von denjenigen, die Vertrauen zu meiner Leitung der Geschäfte haben, als eine Bekundung desselben ansehen, wenn sie für diesen Antrag nicht stimmen.“

Miquel verteidigt den Antrag und fordert Bismarck zu weiteren grundsätzlichen Äußerungen heraus: „Ich kam heute hierher noch im Zweifel, ob ich mir es überhaupt gefallen lassen sollte, über Fragen der auswärtigen Politik in dieser Weise öffentlich interpelliert zu werden, ob ich dem Mißbrauch Vorschub leisten sollte, daß beliebige aus irgendeinem äußeren

¹⁰⁾ Rt. 24. 2. 70 — 9, 58 ff. vgl. Robolsky, S. 139 ff.

¹¹⁾ Interessant die Bemerkung Blankenburgs: „Das weiß Herr Lasker ganz genau, daß das Land, wenn er erst wird Bundeskanzler geworden sein (Heiterkeit, Widerspruch) wird ganz beruhigt sein können. Warum wundern Sie sich darüber, wenn ich sage: daß Herr Lasker Bundeskanzler sein wird? Die Sache ist doch ganz ernstlich gemeint.“ (24. 2. 70 — 9, 65).

Grunde die große Politik — ich sage nicht nur die deutsche, sondern auch die europäische — zum Gegenstand öffentlicher Diskussion gemacht wird.“ Nur die falschen Darstellungen des Sachverhaltes hätten ihn überhaupt zu einer Erwiderung gezwungen. „Solange ich Bundeskanzler und auswärtiger Minister bin, so muß die Politik nach meiner Einsicht gemacht werden.“ Der Reichstag könne nicht beanspruchen, Hofkriegsrat für außenpolitische Fragen zu sein. „Verstehen Sie die Sache besser, so müssen Sie Bundeskanzler werden; denn die öffentliche Politik Deutschlands kann von den Stühlen nicht geleitet werden, sie muß von hier geleitet werden; wissen Sie alles besser wie ich, so setzen Sie sich hierher, und ich werde mich auf jene Stühle setzen und will diejenige Kritik üben, die mir eine 20jährige Erfahrung in den Geschäften deutscher Politik an die Hand geben wird (Große Heiterkeit), aber ich versichere Sie, mein Patriotismus wird mich schweigen lassen, wenn ich fühle, daß Sprechen zur Unzeit ist.“¹²⁾

Nach Beendigung der Diskussion zieht Lasker seinen Antrag zurück, weil die Aussprache die von ihm gewünschte Klärung der vorliegenden Fragen erbracht habe und sich alle Parteien in der Bestätigung der Dankbarkeit gegenüber Baden einig gezeigt hätten.

Am gleichen Abend ist Bismarck immer noch verstimmt und äußert sich gegenüber Moritz Busch: „Daß die Leute nicht abwarten können, immer alles vom Parteistandpunkte aus behandeln müssen und als Redner! Recht unerfreulich, solches Reden, um nicht zu sagen, solches Geschwätz beantworten zu müssen. Wenn einer das Unglück hat, beredt zu sein, da hält er zu lange Reden und zu oft.“ Wenige Tage später kommt er nochmals auf die Angelegenheit zurück. Die Nationalliberalen hätten in der Baden-Affäre ihren Unverstand bewiesen. Sie bestünden eigentlich aus zwei Fraktionen: Bennisgen und Forckenbeck seien vernünftig; „Lasker ist Redner mit zersetzendem Wesen, kein Politiker.“ Man müsse versuchen, die beiden Gruppen zu sprengen.¹³⁾

3. Laskers Ansicht

Bei der Beratung über die Bildung eines Reichskriegsschatzes, nach dem Kriege, bekräftigte Bismarck noch einmal seine Ansicht: „Die ganze schwierige und gefährliche Operation einer Politik kurz vor Ausbruch eines Krieges, der vielleicht noch verhindert werden kann, würde gelähmt durch die Nötigung der Regierung zu einer öffentlichen Darlegung und Diskutierung der Frage. Ich glaube, Sie würden eine Regierung, die das täte, nicht lange über sich dulden, Sie würden das als eine gefährliche Öffentlichkeit finden.“ Bei dieser Anschauung blieb Bismarck, auch als ihm Freiherr v. Hoverbeck erwiderte, daß „diese Ausführung nur eine Variation über das Thema ist, daß der Absolutismus die bequemere Regierungsform für den Krieg sei.“¹⁴⁾

Lasker hatte von Außenpolitik eine sehr moderne Auffassung. Er drückte sie bei den Etatberatungen des Jahres 1869 dahingehend aus: „Die Richtung unserer auswärtigen Politik geht dahin, daß nach und nach — ich

¹²⁾ Rt. 24. 2. 70 — Bism. 9, 66 ff. und 9, 71 ff.

¹³⁾ Busch, Tagebücher, Bd. I, S. 4 ff.

¹⁴⁾ Rt. 4. 11. 71 — 14, 122 ff.

will nicht sagen in einer nächst schon ins Auge fassenden Zeit — die gesamte Politik öffentlich vor den Augen des Volkes geführt werden wird, und wenn man auch anfangs nur behutsam vorgeht, so muß doch auch die halbe Öffentlichkeit, selbst die spielweise (sic!) Öffentlichkeit der wahren vorangehen.“¹⁵⁾ Wenn man bedenkt, daß das Prinzip der Öffentlichkeit der Außenpolitik erst wieder ein halbes Jahrhundert später durch Wilson in das Licht der Diskussion gerückt wurde, erscheinen diese Worte sehr kühn. Sie entsprechen dem Fortschrittsoptimismus, der an das Nahen einer Zeit glaubt, in der es dank der Höhe der Kultur überhaupt keine Kriege mehr geben wird.

Resigniert muß Lasker jedoch bei der Beratung des Heeresetats im Jahre 1871 zugestehen: „In meiner langen parlamentarischen Praxis — und ich habe wirkliche Kriegsjahre im Parlament mitgemacht — habe ich mich gehütet, über auswärtige Angelegenheiten und über Krieg und Frieden zu sprechen, weil ich gefunden habe, daß sämtliche Redner, sowohl die, welche im Hause, als die, welche am Tisch des Bundesrats sitzen, mit Ausnahme von einem oder zweien, nicht wissen, wie es mit Krieg und Frieden steht. (Heiterkeit)“¹⁶⁾

Noch ausführlicher geht Lasker bei einer Etatsdiskussion im Jahre 1876 auf dieses Problem ein: „Es wird keinem Menschen einfallen, dem deutschen Volke Mangel an Teilnahme oder Mangel an Kenntnis zuzuschreiben, wie wichtig die Vorgänge sind, welche in diesem Augenblick den diplomatischen Verhandlungen unterliegen. Wenn wir die Überzeugung gewönner, daß durch unsere Diskussion die Erledigung dieser Angelegenheiten besser besorgt werden könnte, als dies gegenwärtig der Fall ist, so seien Sie gewiß, daß wir, die wir für so vieles Reden und Hören Zeit haben, auch hierzu Zeit und Kräfte aufgewendet haben würden. Aber wir sind überzeugt, daß derartige Besprechungen uns keinen Schritt vorwärts bringen. Nur zu oft setzen sie sich zusammen aus orakelhaften Sprüchen, die niemand außer dem Redner selber recht versteht. (Heiterkeit)“ Er habe allen bisherigen Debatterednern aufmerksam gelauscht. „Ich habe gefunden, daß, wenn ich selbst nach einiger Belehrung begierig war, was ich über die orientalischen Angelegenheiten denken soll, ich auch nicht um einen Deut klüger geworden bin, als ich vorher war. (Heiterkeit)“.

Man könne die Regierungen während entscheidenden Verhandlungen nicht zu Mitteilungen drängen. „Dagegen sind wir darüber gewiß, daß in jedem irgendwie zweifelhaften Falle, in welchem der Ausdruck der deutschen Vertretung für die Interessen des deutschen Reiches erforderlich sein mag, wir von der Regierung aufgerufen werden, sie in ihrer Politik zu unterstützen.“ Außerdem sei es ein „Segen der Vorsehung“, daß in der gegenwärtigen Krisis Bismarck an der Spitze stehe, der das vollste Zutrauen verdiene. Ein Redeturnier, an dem sich die Regierung nicht voll beteilige, würde nicht zur Erhöhung des Ansehens der Volksvertretung beitragen.

¹⁵⁾ Rt: 22. 4. 69 — 24, 510.

¹⁶⁾ Rt: 29. 11. 71 — 34, 614

„In der vollen Erkenntnis des jetzigen gesellschaftlichen und Regierungszustandes, welcher dem Volke noch nicht vergönnt, außer in einzelnen ganz brennenden und völlig klarliegenden Situationen in den Gang der öffentlichen Ereignisse unmittelbar einzugreifen, in dem Bewußtsein, daß wir diesem Zustande nicht durch noch so gelungene Reden abzuhelpen im Stande sind, sondern wir müssen eine ganze Kulturentwicklung abwarten, ehe dies anders werden wir, und endlich in der Überzeugung, daß für jetzt selbst aus dem Munde beredtester Männer nichts beigetragen werden kann, was uns einem erstrebten Ziele oder auch nur dem Verständnis der Dinge näher bringt — lediglich aus diesen Gründen haben wir gemeint, wir tun besser, wir verschonen das Land mit Debatten, welche einen besseren oder bestimmten Gang der Politik vorzuschreiben nicht im Stande sein würden. Und es gipfelt dieses unser ganzes Verhalten in dem Zutrauen, welches wir zu der auswärtigen Politik des Herrn Reichskanzlers haben.“¹⁷⁾ Dieser Abschnitt, ein gutes Beispiel für Laskers geschraubten und geschachtelten Sprechstil, ist eine der Widerlegungen der These, Lasker habe immer nur gegen Bismarck gewühlt und ihm in allen entscheidenden Momenten die Unterstützung versagt. Selten hat der Kanzler im Reichstag so rückhaltlose Vertrauenszusagen bekommen wie von Lasker in diesem Falle.

Windthorst donnerte dann natürlich gleich auf Lasker los, der sich — wie immer — bedingungslos dem Reichskanzler unterworfen habe. Lasker meine, man solle auf die Kulturentwicklung warten. „Ich bin der Meinung, daß selbst auf der geringsten Stufe der Kultur — und auf dieser müssen wir uns nach seiner Ansicht ja noch befinden (Heiterkeit) — jede Nation, welche mit ihrem Blute und mit ihrem Vermögen einzustehen hat für das Vaterland, das Recht hat, zu wissen, wie die öffentlichen, namentlich die auswärtigen Dinge geführt werden, und daß auf allen Stufen geschichtlicher Entwicklung keine Nation, die das Bewußtsein ihrer Würde hatte, sich das Recht, auch in den Fragen der auswärtigen Politik mitzusprechen, hat nehmen lassen.“

Während sich Lasker sonst vor den verzwicktesten Fragenkomplexen nicht fürchtete, ergriff ihn zeitlebens im Angesicht der Weltpolitik eine gewisse Zaghaftigkeit. Tatsächlich hat er in auswärtigen Dingen fast nie das Wort ergriffen.¹⁸⁾

¹⁷⁾ Rt: 6. 11. 76 — 5, 39 ff.

¹⁸⁾ Über die materielle Beteiligung des Reichstags an der Außenpolitik vgl. Detlev Albers, Reichstag und Außenpolitik von 1871—1879, in Historische Studien, Berlin, 1927, Heft 170.

Krieg und Reichseinigung

1. Kriegsausbruch

Am 13. Juli 1870 übergab Bismarck die Emser Depesche der Presse. Der Reichstag wurde in Anbetracht des erwarteten Kriegsausbruchs auf den 19. Juli einberufen.

Eduard Lasker war auf einer Erholungsreise am 18. Juli in Meran eingetroffen. „Ich ging sofort auf das Telegrafienamt und erfuhr dort, daß ein Telegramm mich schleunigst nach Berlin zurückrief; die Kriegserklärung stehe jeden Augenblick bevor.“¹⁾ Ohne zu zögern, bestieg Lasker den nächsten Postwagen, um zurückzureisen. „Ich eilte mit der größten Ungeduld den Weg nachhause. Mich trieb der heftige Wunsch, bei der Eröffnung des außerordentlichen Reichstags anwesend zu sein. Nicht einen Augenblick der großen geschichtlichen Handlung wollte ich abwesend von dem Sitze meines parlamentarischen Berufes versäumen. Noch viel mächtiger trieb mich ein politischer Gedanke zur Eile. Der Reichstag wird eine Adresse an den König richten, vermutlich mit der Schnelligkeit, welche die Zeit gebot; es lag mir viel daran, daß in diese Adresse ein Satz aufgenommen werde, nämlich: daß das Volk aus diesem Kriege die Einheit des Reiches erwarte.“ Zwar werde es Widerspruch von Partikularisten und Allzuklugen geben, die durch das offene Aussprechen des Endzieles den Süden zu verschnupfen fürchteten. Aber „die Adresse war der Platz, an welchem das Volk sich selbst laut verkündet: ‚Der Krieg mit Frankreich ist die Einheit des Reiches.‘ Ich konnte zu dem Ausspruch beitragen, vielleicht schadete meine Abwesenheit; dies trieb mich zur Eile.“

Auf der Rückreise stellte Lasker überall nationale Begeisterung fest. In München sprach er am 19. Juli mit Marquard Barth, einem Führer der dortigen national gesinnten Liberalen, der meinte, der Reichstag solle sich über die Einheit nicht äußern, dadurch könne der Süden mißtrauisch werden. Lasker erwiderte, daß er gerade das Gegenteil wolle. „Ich versprach jedoch seine Bedenken den Freunden in Berlin zu berichten, mit dem Vorbehalt, für meine Person sie gleichzeitig mit dem Bericht zu entkräften.“²⁾

Aber Lasker kam zu spät. Während er in München weilte, wurde in Berlin der Reichstag eröffnet. „Niemand sah der Weiße Saal die Abgeordneten zahlreicher versammelt. Da war ein allgemeines, herzliches Sichbegrü-

¹⁾ Über die Tätigkeit Laskers während des Krieges gibt sein Briefwechsel mit Parteifreunden und Staatsmännern Aufschluß, welcher im Laufe des Jahres 1892 in neun Fortsetzungen in der Deutschen Revue veröffentlicht wurde und von Laskers Hand ein Vorwort enthält. Bei Briefzitatzen im vorliegenden Kapitel bedeutet die römische Ziffer den Quartalband der Dt. Revue 1892, gefolgt von der Seitenzahl.

²⁾ Revue, 1892, II, S. 46 ff.

ßen, alle Parteiunterschiede schienen geschwunden. Tiefbewegt verlas König Wilhelm die Thronrede, unterbrochen von dem einmütigen rauschenden Beifallsrufe der feierlich-ernsten Versammlung.“³⁾

Der König betonte seinen Friedenswillen; man habe dem deutschen Volk das Schwert in die Hand gezwungen, jetzt werde es seine Ehre und seine Unabhängigkeit verteidigen. „Wir werden“, so schloß die Rede, „nach dem Beispiel unserer Väter für unsere Freiheit und für unser Recht gegen die Gewalttat fremder Eroberer kämpfen und in diesem Kampf, in dem wir kein anderes Ziel verfolgen, als den Frieden Europas dauernd zu sichern, wird Gott mit uns sein, wie er mit unseren Vätern war.“⁴⁾ „Der König“, berichtet der fraktionslose Bonner Rechtslehrer Hüffer, „war so erregt, daß er die Thronrede kaum zu lesen vermochte. Schon bei den ersten Worten zitterte seine Stimme, mehrmals mußte er mit der Hand sich die Tränen von der Wange wischen.“ Auch vielen Zuhörern standen die Tränen in den Augen.⁵⁾

Vom Schloß aus begaben sich die Abgeordneten in den Reichstag, wo nach rascher Konstituierung die Kriegsanleihe in erster und zweiter Lesung erledigt wurde. Um 12 Uhr hatte die Eröffnung im Weißen Saal stattgefunden, um ein Uhr 45 übergab der französische Geschäftsträger im Auswärtigen Amt die offizielle Kriegserklärung Napoleons.⁶⁾ Bismarck eilte sofort in den Reichstag, wo Simson soeben die Sitzung geschlossen hatte, und bat ums Wort. „Er sah erhitzt und erregt vom schnellen Gehen aus“⁷⁾ Simson eröffnete sofort die Sitzung von neuem und Bismarck teilte mit, daß der Krieg ausgebrochen sei. „Minutenlanger Zuruf begleitete diese Ankündigung. Ein unbeschreiblicher Zug hoher Begeisterung, gepaart mit fester Entschlossenheit, ging durch die Versammlung.“⁸⁾ Das Haus, welches die Rede stehend entgegengenommen hatte, „brach in lautes, vielstimmiges Hurra aus“ und begleitete jeden Satz Bismarcks mit lautem Jubel. „Volksvertretung und Regierung fühlten sich eins. Es ging ein mächtiger Zug der Eintracht und patriotischer Erhebung durch das Ganze.“⁹⁾

In der zweiten Sitzung am darauffolgenden Tag beschloß das Haus eine Adresse an den König, die von Miquel verfaßt war. Das Volk werde nicht dulden, „daß der fremde Eroberer dem deutschen Mann den Nacken beugt. Wir vertrauen auf Gott, dessen Gericht den blutigen Frevel strafft.“ Auch des Hauptanliegens von Lasker war gedacht: „Das deutsche Volk aber wird endlich auf der behaupteten Wahlstatt den von allen Völkern geachteten Boden friedlicher Einigung finden. Euer Majestät sehen uns wie unsere Brüder im Süden bereit.“¹⁰⁾

³⁾ Böttcher, S. 109.

⁴⁾ Schilderung der Eröffnungsfeierlichkeiten bei Robolsky, S. 159 ff.

⁵⁾ Hermann Hüffer, Lebenserinnerungen, hrsg. von Ernst Sieper, Berlin, 1914 (= Hüffer), S. 238 ff.

⁶⁾ Busch, Tagebuch, Bd. I, S. 43.

⁷⁾ Bismarck-Erinnerungen des Staatsministers Freiherrn Lucius v. Ballhausen, Stuttgart, 1920 (= Lucius), S. 4 ff.

⁸⁾ Hüffer, S. 239; Böttcher, S. 109.

⁹⁾ Lucius, S. 5.

¹⁰⁾ Oncken, Bd. II, S. 170; Robolsky, S. 160.

Am 21. Juli wurden die außerordentlichen Geldmittel in Höhe von 120 Millionen Talern genehmigt, und zwar einstimmig. Die Opposition, die bei der Abstimmung über die Verfassung noch 53 Anhänger gezählt hatte, war von der nationalen Begeisterung verschlungen. Bebel und Liebknecht enthalten sich der Stimme. Bebel legt eine Motivierung seiner Abstimmung zu den Akten. Die Geldmittel könne er nicht bewilligen, weil damit ein Vertrauensvotum für die preußische Regierung verbunden wäre. Ebenso wenig könne er sie verweigern, da dies als Billigung der verbrecherischen Politik Bonapartes aufgefaßt werden könnte.¹¹⁾

Nach der Geldmittelbewilligung und nachdem der Reichstag sein Mandat angesichts der Lage verlängert hatte, überbrachte Bismarck den „warmen und herzlichen Dank“ des Königs für die Schnelligkeit und Einmütigkeit, mit welcher der Reichstag den Bedürfnissen des Vaterlandes Rechnung getragen habe. Dann wurde der Reichstag geschlossen.

Präsident Simson verabschiedete die Volksvertreter mit den Worten: „Die Arbeit der Volksvertretung ist somit für diesmal vollbracht; nun wird das Werk der Waffen seinen Lauf nehmen. Möge der Segen des Allmächtigen Gottes auf unserem Volke ruhen in diesem heiligen Kriege. Der oberste Bundesfeldherr der deutschen Heere, König Wilhelm von Preußen, er lebe hoch.“ Dr. Simson sprach diese Sätze „unter dem erschütternden Applaus des Hauses und der Tribünen. Das Hoch wollte kein Ende nehmen und es war wohl das einzige Mal in der Geschichte unserer Parlamente, daß es den Tribünen unverwehrt blieb, sich in die Debatte des Hohen Hauses zu mischen. Sonst war die leiseste Interpellation verpönt, selbst die Teilnahme an der Heiterkeit der Parlamentarier. Diese Sitzung war nach Robolsky „einer der größten Momente in unserer vaterländischen Geschichte.“¹²⁾

2. Laskers Tätigkeit während des Krieges

Während des Krieges entfaltete Lasker eine rastlose Tätigkeit, um im Inneren die Einheit Deutschlands vorbereiten zu helfen. Zunächst aber bot er dem Herzog v. Ujest seine Dienste zur Inspektion der Organisation der freiwilligen Krankenpflege an der Front an.¹³⁾

Am 15. August 1870 schrieb Lasker an Bismarck über das Endziel des Krieges. „Die Grenzerweiterung war nicht der deutsche Zweck des Krieges und wird nicht der Preis sein, welcher die Nation befriedigt.“ Das Volk fordere die Staatseinheit und richte sein ganzes Vertrauen auf Bismarck. „Die wir aus inniger Überzeugung die Staatseinheit für den allein würdigen Ausgang des Nationalkrieges halten, werden nicht ermüden, unsere Dienste dieser großen Sache zu widmen. Aber unsere Arbeit würde doppelt fruchtbar sein, wenn wir über Art und Inhalt uns in Übereinstimmung mit Ihnen wüßten.“ Bismarck möge zu erkennen geben, ob er die Bestrebungen gutheiße, und auf welche Art er sie vorangetrieben sehen wolle.¹⁴⁾

¹¹⁾ Bebel, Bd. II, S. 178.

¹²⁾ Robolsky, S. 181.

¹³⁾ Revue 1892, Brief v. 24. 8. 70, II, 63.

¹⁴⁾ Revue 1892, II, S. 51.

Dieser Brief, der nicht beantwortet wurde, legt Zeugnis ab von Laskers ehrlichem Willen zur Zusammenarbeit und ist besonders hinsichtlich der späteren Vorwürfe der „Wichtigmacherei“ und „Voreiligkeit“ Laskers zu beachten.

Um der Volksstimmung Ausdruck zu geben, beriefen die Nationalliberalen am 30. August eine Versammlung in Berlin ein, in der Lasker zwei Resolutionen vorlegte. Die eine war an den König gerichtet und enthielt neben der Versicherung der Treue den Wunsch, der König möge sich durch Einmischung fremder Staaten nicht in der Schöpfung der Reichseinheit beirren lassen. Zusammen mit dieser Adresse wurde ein „Aufruf an das Volk“ verabschiedet. Deutschland fordere „ein freies, einiges Reich und geschützte Grenzen.“ Alle Deutschen wurden aufgefordert, durch ihre Unterschrift dem König die Gesinnung des ganzen Volkes zu bekräftigen. Lasker, der Verfasser beider Aufrufe, begründete sie in der Versammlung. Zu den Unterzeichnern gehörten: Mommsen, Miquel, Unruh, Stauffenberg, Carl Braun, Oppenheim, ferner die Fortschrittler Virchow, Löwe-Calbe und Duncker, außerdem der Berliner Oberbürgermeister Seydel. Tatsächlich brachte die Aktion eine Lawine von Unterschriften ins Rollen. Die Konservativen wollten zuerst eine selbständige Adresse entwerfen, da ihnen angeblich in der Versammlung kein Mitspracherecht eingeräumt worden war; Lasker gelang es aber, in einem offenen Brief die konservativen Bedenken zu zerstreuen. Die offiziöse Norddeutsche Allgemeine druckte den Brief ab und fügte hinzu: „Nach den obigen Erklärungen des Herrn Assessor Lasker ... hegen wir die Hoffnung, daß sich alle Parteien dieser Adresse anschließen mögen, einer Adresse, welche Wünsche ausspricht, die auch im Herzen Aller Widerhall finden.“¹⁵⁾

Lasker war sich bewußt, daß die Agitation für die Einheit nicht zu einer Parteidemonstration werden durfte. Ungeduldig, mahnend, beratend hatte er brieflich die süddeutschen Freunde bearbeitet. Er spürte die Widerstände und glaubte, durch eine persönliche Reise in den Süden die Fronten auflockern zu können. Wieder bemühte er sich, mit anderen Parteien zusammenzuarbeiten. Er lud den Zentrumsabgeordneten Peter Reichensperger zu der Fahrt ein¹⁶⁾ und nahm Verbindung mit Staatsminister Delbrück auf. Reichensperger lehnte ab, ebenso die Konservativen, die ihn darüberhinaus in der Kreuzzeitung noch des „einseitigen und voreiligen Operierens“ bezichtigten.¹⁷⁾

Nachdem eine größere Delegation nicht zustandekommt, reisen Lasker und Bennigsen am 9. September allein nach München. Vom 10. bis 15. September schlugen sie ihr Hauptquartier im Gasthof Marienbad auf und führen Verhandlungen mit Parteifreunden und Regierungsmitgliedern. Marquard Barth hatte eine Liste der Konzessionen entworfen, die man Bayern beim Eintritt in den Bund machen müsse. Lasker präzisiert die äußerste Grenze dieser Konzessionen in zehn Punkten, welche dann der bayerischen Regie-

¹⁵⁾ Revue 1892, II, 169 ff.

¹⁶⁾ Ludwig v. Gerlach, Erinnerungen, Bd. II, S. 364.

¹⁷⁾ Oncken, Bd. II, S. 180 ff. Dort auch Darstellung der Süddeutschlandreise.

rung, zugleich aber auch dem preußischen Gesandten in München übergeben werden.¹⁸⁾

In München veranlaßt Lasker die Einberufung einer Notabelnversammlung nach dem Berliner Vorbild. Es wird eine Adresse an König Ludwig beschlossen, der König wird aufgefordert, auf der Grundlage der Norddeutschen Bundesverfassung die Reichseinheit zu bejahen. Verfasser der Adresse ist Lasker.¹⁹⁾

Inzwischen werden die Vertrauensmänner des Reichstages nach Frankreich berufen, darunter Bennigsen und Bamberger. Lasker ist nicht dabei, wird aber von seinen Fraktionskollegen laufend unterrichtet und um Rat gefragt.²⁰⁾

Die Verhandlungen gehen zäh vor sich. In Stuttgart zögert der König. Endlich, am 19. November, unterschreibt er die Vollmacht für Mitnacht: der Minister darf den Einheitsvertrag unterzeichnen. Frohlockend meldet Elben diese Botschaft an Lasker: „Ein glücklicher Deutscher schreibt Ihnen: wir sind Deutsche, eingetreten in den vollen Bund unserer Brüder. Welch Glück, in solchen Tagen ein Deutscher zu sein, solch große Zeit zu erleben, im gleichen glückgekrönten Streben mit den Edelsten seines Volkes.“²¹⁾

3. Die Verträge mit den Südstaaten

Für den 24. November ist der Reichstag zu einer zweiten Sondersitzung einberufen, um die Einheitsverträge zu beraten und weitere Geldmittel zu bewilligen. Delbrück ist aus dem Hauptquartier zur Eröffnung gekommen und verliest die Thronrede: „Es würde Sr. Majestät zu hoher Befriedigung gereicht haben, heute in Ihrer Mitte zu sein, um an dieser Stelle Gott für die Erfolge zu danken, mit welchen die Waffen der deutschen Heere gesegnet worden sind und um Ihnen auszusprechen, welchen Anteil die nationale Haltung und Einmütigkeit des Reichstags an diesen Erfolgen gehabt haben.“ Delbrück berichtet von der Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls zwischen Nord und Süd und über die Ansätze zu einer gesamtdeutschen Verfassung. „Sie werden mit diesem Werk eine Tätigkeit würdig abschließen, wie solche wenigen gesetzgebenden Versammlungen vergönnt gewesen ist.“

Lasker ist es darum zu tun, daß die Verträge nicht ohne Verständigung mit den süddeutschen Freunden beraten werden. Er veranlaßt deshalb die Entsendung von Vertrauensmännern nach Berlin.²²⁾

Am Abend der Reichstageröffnung bekommt Lasker aus dem Hauptquartier einen Brief von Bamberger. Die bayerische Regierung habe sich bei den Verhandlungen mit Bismarck auf Laskers 10 Punkte berufen und der Kanzler habe über die weitgehenden Zugeständnisse getobt, welche Lasker ohne sein Wissen und Einverständnis gemacht habe. Immer wenn er baye-rische Forderungen mit dem Hinweis zurückgewiesen habe, der Reichstag

¹⁸⁾ Revue 1892, III, 292; 10 Punkte III, 287 ff.

¹⁹⁾ Revue, II, 301.

²⁰⁾ Revue, III, 159, 168, 173.

²¹⁾ Revue, 1892, III, 176.

²²⁾ dto. III, 283 ff.

würde dazu niemals seine Zustimmung geben, hätten sich die Bayern auf Zugeständnisse der Nationalliberalen berufen.²³⁾ Etwas ungehalten schreibt Lasker zurück: „Sind die Vereinbarungen mit Bayern auf Grundlage der 10 Punkte zustandegekommen, so will ich uns Allen herzlich Glück wünschen.“ Er fürchte aber, Bismarck habe weit schlimmere Konzessionen auf dem Gebiet der Rechtseinheit, der Kriegs- und Finanzverwaltung gemacht, auf deren einheitlicher Behandlung man in München aufs hartnäckigste beharrt habe.²⁴⁾ Mit dieser Befürchtung hatte Lasker vollständig recht, die bayerischen Sonderrechte gingen weit über das von ihm befürwortete Maß hinaus. Das hinderte Bismarck aber nicht, die ganze Schuld an dem schlechten Vertrag Lasker in die Schuhe zu schieben. Nach der Schilderung von Busch sagte er am 21. 11. beim Frühstück über die bayerischen Verträge: „Wir hätten sie eher gehabt. Aber das ist der Delbrück, her hat seine guten Freunde und Gesinnungsverwandten nach München geschickt, und die haben geringere Zugeständnisse für genügend erklärt.“²⁵⁾ Offenbar machte ihm dieser Gedanke Spaß und so spann er ihn wenige Tage später dem freikonservativen Graf Fred Frankenberg gegenüber noch weiter aus: er glaube nicht an die Annahme des bayerischen Vertrags im Reichstag. „Ich habe zwar mehr erreicht als Bennigsen-Lasker gefordert hatten, als sie in München waren. Eigentlich haben sie mir durch zu billige Bedingungen das Geschäft verdorben. Das wird sie aber jetzt gar nicht hindern zu behaupten, ich hätte zu wenig durchgebracht.“²⁶⁾ Diese Darstellung ist angesichts der tatsächlichen Zugeständnisse, insbesondere der Geheimabkommen, eine Unverfrorenheit ohne staatsmännische Größe.

Als die Unterzeichnung des Vertrages feststeht, berichtet Bamberger darüber erleichtert an Lasker und fügt hinzu: „Nicht minder freut es mich als feststehend ansehen zu können, daß ihre Initiative und Vorarbeit ein höchst beträchtliches Stück zu der schließlichen Vereinbarung geführt, ja vielleicht ihr überhaupt das Fundament bereitet hat.“²⁷⁾

Nun beginnt der Kampf im Reichstag. Am 26. November wird über die Bewilligung von weiteren Mitteln zur Kriegführung verhandelt. Nachdem Reichensperger der nationalen Stimmung der Zentrumsfraktion Ausdruck verliehen hat, kommt Bebel zu einer der schärfsten Oppositionsreden zu Wort, die ein deutsches Parlament je gehört hat. Man habe, so argumentiert er, Krieg geführt gegen Napoleon. Napoleon sei jetzt gefangen, also könne man doch Frieden schließen. Nach häufigen Unterbrechungen wendet er sich an die Versammlung: „Meine Herren, wir stehen hier zwei gegen zweihundert und einige achtzig — hören Sie uns ruhig an, Sie werden hinlänglich Gelegenheit haben, uns zu widerlegen.“ Dann wendet er sich gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen: „Wenn wir heute das Selbstbestimmungsrecht mit Füßen treten, wenn wir heute, was uns beliebt, ohne Ausnahme

²³⁾ Revue, 1892, III, 287 ff.

²⁴⁾ dto. III, 291 ff.

²⁵⁾ Busch, Tagebuch, I, S. 419.

²⁶⁾ Poschinger, Bd. II, S. 143 ff.

²⁷⁾ Revue, 1892, III, 296; über die Rolle Bambergers bei den Verhandlungen im Hauptquartier, insbesondere hinsichtlich Laskers zehn Punkten, vgl. Bamberger, Bd. I, S. 417 ff.

nehmen können, dann vergeben wir uns damit das eigene Selbstbestimmungsrecht, dann müssen wir es uns ebenso gut gefallen lassen, wenn andere, wo die Gelegenheit sich bietet, auch Stücke unseres Landes nehmen.“ An dieser Stelle verzeichnet der stenographische Bericht „Große Heiterkeit“. Während der Gedanke, Deutschland selbst könne einmal zu den Verlierern, zu den Enteigneten zählen, nur die Heiterkeit der Versammlung erweckt, trifft Bebel das Nationalgefühl mitten ins Herz, als er sich gegen diejenigen „Patrioten“ wendet, die, bevor sie finanzielle Opfer für das Vaterland bringen, immer erst abwarten, „ob ihnen auch die nötigen Prozente in die Tasche fallen.“ Das Stenogramm vermerkt an dieser Stelle: „Allgemeine Mißbilligung. Zischen. Ruf: Pfui, Hinaus! Hinaus mit ihm!“ Der Präsident greift ein: „Hat denn der Herr Redner auch gar kein Gefühl dafür, daß er sich herausnimmt, unser eigenes Volk in dieser seiner Vertretung zu beschimpfen! (Allseitiges Bravo! Großer Lärm. Ruf: Hinaus mit ihm!) Ich wiederhole Ihnen, Herr Bebel, daß, wenn Sie sich in diesem Stile fortzuführen, nicht entblöden, ich auf meine Verantwortung vor diesem Haus Ihnen das Wort entziehen werde. (Allseitiges Bravo) Sie wissen jetzt, woran Sie sind, nachdem ich eine Schonung und Nachsicht ohne Beispiel gegen Sie darum geübt habe, weil Sie hier in so geringer Zahl sind.“²⁸⁾

Die Rede Bebels erweckte nach seinen eigenen Worten „einen Sturm, wie ich ihn seitdem nie wieder mit einer Rede hervorrief. Ein großer Teil des Hauses hatte einen förmlichen Tobsuchtsanfall, man überschüttete uns mit Schimpfworten, Dutzende von Mitgliedern drangen mit erhobenen Fäusten auf uns ein und drohten uns hinauszuerwerfen.“²⁹⁾ Es war der schwerste Tumult, den der Reichstag bis dahin erlebt hatte.

Nach dieser erregenden Rede Bebels kommt Lasker zu Wort: „Nicht etwa, daß wir nicht Achtung hätten vor jeder Meinung — gewiß, keine Versammlung in der Welt würde derartige Reden so lange mit Ruhe angehört haben, als es diese Versammlung den Reden des Herrn Bebel gegenüber getan hat. (Sehr wahr.)“ Dann wendet sich Lasker der politischen Lage zu. Frankreich müsse bestraft werden, „denn nichts ist gefährlicher als das ungesühnte Verbrechen. Wenn die französische Nation ungestraft aus diesem Kriege hervorgeht, so wird die Lust in ihr erhalten werden, später wieder so zu handeln, wie sie einmal bereits gehandelt hat. (Stimme: Einmal? Vier mal! Eine andere Stimme: Hundert mal!) Seit lange sind wir gewohnt, als einzigen Unruhestifter in Europa das Land Frankreich zu kennen mit seinen Eigenschaften, welche ich unedel im höchsten Grade nenne, weil sie gegründet in Eitelkeit und Ruhmsucht, welche das Recht des Nachbarn mißachtet. (Sehr richtig! Bravo!) Die ererbte und tiefeingewurzelte Krankheit dieser Nation ist nur zu heilen, wenn sie erfährt, daß das französische Gebiet nicht sicher ist vor Zerstückelung und nicht sicher vor dem verderblichen Schicksal eines unglücklichen Volkes, welches seine Selbständigkeit mißbraucht hat.“³⁰⁾

²⁸⁾ Rt: 26. 11. 70 — 2, 9 ff.

²⁹⁾ Bebel, Bd. II, S. 193 ff.

³⁰⁾ Rt: 26. 11. 70 — 2, 13 ff.

Laskers Rede, die ein merkwürdiges Licht auf seine mangelnde Urteilsfähigkeit in außenpolitischen Dingen wirft, war nichtsdestoweniger ein großer Erfolg, denn sie entsprach der damaligen Volksstimmung. Seltsam ist nur, daß Lasker, der sonst von Volksstimmungen völlig unabhängig war, in diesem Falle ebenfalls in einen patriotischen Rauschzustand verfiel. Am 28. November wurden die Geldmittel gegen acht Stimmen bewilligt.³¹⁾

Nun waren die Verträge an der Reihe. Die Stimmung war nicht gut, der bayerische Vertrag insbesondere schien unannehmbar.³²⁾ Wohl wissend, wie viel von Laskers Haltung abhängt, drängt sich alles um den kleinen Assessor. Bismarck, in höchster Sorge um das Schicksal der Vorlagen, schickt Roggenbach und Bamberger von Versailles aus nach Berlin, um sich für die Zustimmung des Reichstages in die Bresche zu werfen.³³⁾ Bamberger, in Ausführung des Bismarck'schen Auftrags, legt Lasker dringend ans Herz, keine Amendements einzubringen, welche das Werk gefährden könnten.³⁴⁾ „Caveant consules!“ telegraphiert ihm ein besorgter Bürger aus Karlsruhe.³⁵⁾ Der württembergische Staatsminister Jolly läßt Lasker durch den badischen Nationalliberalen Kiefer beschwören, seine Zustimmung zu erteilen.³⁶⁾ Der bayerische Finanzminister v. Riedel schreibt ihm einen persönlichen Brief: Lasker möge „dem deutschen Genius rückhaltlos und vollständig vertrauen“ und „Ja“ sagen. Ebenso höflich wie deutlich schreibt Lasker zurück, die Verhandlungen hätten „das traurige Aussehen eines geschäftlichen Feilschens und grenzenlosen Mißtrauens“. Die „demütigenden Verabredungen“ mit Bayern seien „ein schlimmer Gruß zum Eingang“ und hinterließen einen „bitteren Beigeschmack“.³⁷⁾

4. Schlechte Regie: der „Kaiserschmerz“

Am 5. Dezember bringt Delbrück die Verträge im Reichstag ein. Seine trockenen Ausführungen gipfeln in dem Wunsch, man möge trotz aller Bedenken nicht das Erreichbare dem Wünschenswerten opfern.³⁸⁾ Einer der nächsten Redner, der Zentrumsabgeordnete Friedenthal, wendet sich nach vielen Wenn und Aber an den Bundesratstisch: „Ich glaube, meine Herren, nicht indiskret zu sein, wenn ich an den Bundesratstisch die Frage richte, ob die gegenwärtige Phase der deutschen Dinge dazu führen wird, in kürzester Frist dem deutschen Volk ein Oberhaupt zu geben, ob nicht im gegenwärtigen Augenblicke Tatsachen vorliegen, die uns in dieser Richtung Gewißheit verschaffen.“ Delbrück erhebt sich: „Auf die von dem Herrn Vorredner hierher gerichtete Frage nehme ich keinen Anstand, folgendes zu erwidern: Seine Kgl. Hoheit Prinz Luitpold von Bayern hat vorgestern Seiner Majestät dem

³¹⁾ Rt: 28. 11. 70 — 3, 32 ff.

³²⁾ Böttcher, S. 111.

³³⁾ Moritz Busch, Bismarck und seine Leute, Berlin, 1940, S. 252 f.

³⁴⁾ Revue, 1892, III, 296 ff.

³⁵⁾ dto. IV, 60.

³⁶⁾ dto. IV, 60 f.

³⁷⁾ dto. IV, 63 ff.

³⁸⁾ Rt: 5. 12. 70 — 6, 67 ff.

König von Preußen ein Schreiben Seiner Majestät des Königs von Bayern übergeben, das folgendermaßen lautet: —³⁹⁾

An dieser Stelle soll nun die Verlesung des welthistorischen Briefes folgen, zu dem Bismarck Ludwig II. veranlaßt hatte. Zum ersten Male wird in der deutschen Volksvertretung das Wort „Kaiser“ erwähnt werden, die Erfüllung aller Kyffhäuserträume. Ein Höhepunkt des politischen und parlamentarischen Lebens! Und an dieser Stelle findet Delbrück den Brief nicht. Er blättert hastig in seinen Dokumenten, das Haus wird unruhig und beginnt zu lachen. „Schließlich“, beschreibt Bebel die peinliche Szene, „fand er den Brief, aber die Wirkung war verpufft.“⁴⁰⁾

Das Stenogramm verzeichnet bei der Nennung des Titels „Kaiser“ ein einsames Bravo, verschweigt aber die andauernde Heiterkeit. Nach Robolsky allerdings steht das „Bravo“ für „minutenlangen lauten Beifall. Einige Abgeordnete verließen ihre Plätze, um Delbrück ihre Glückwünsche darzubringen.“⁴¹⁾ Hohenlohe berichtet, daß die Verlesung „großen Eindruck“ machte, „trotzdem man die Behandlung dieser folgenreichen Tatsache kleinlich fand.“⁴²⁾ Der sächsische Bevollmächtigte v. Friesen bemängelt die „würdelose Form“ des Antrags und äußert den Verdacht, Delbrück habe sich mit Friedenthal abgesprochen,⁴³⁾ was nach Hohenlohe tatsächlich der Fall war.⁴⁴⁾

Im Hauptquartier machte die Angelegenheit einen denkbar schlechten Eindruck. Kronprinz Friedrich notiert am 9. 12. in sein Tagebuch: „Ich erfahre Delbrücks Vorbringen der Kaiserfrage, das über alles Maß schwach, matt und trocken; es war kläglich, als ob er die Kaiserkrone in altes Zeitungspapier gewickelt aus der Hosentasche gezogen, es ist unmöglich, in diese Leute Schwung zu bringen.“ Der König, der sich über die Sitzung berichten läßt,⁴⁵⁾ „ist erregt über Delbrücks Verfahren.“⁴⁶⁾

Auch Bismarck ist verärgert. „Dieser Kaiserscherz (sic!)“, sagte er, „mußte einen geschickteren Regisseur haben, es mußte eine wirksame mise en scène stattfinden. Es hätte einer auftreten müssen, um seine Unzufriedenheit mit den bayerischen Verträgen auszusprechen. Es fehlte dieses, und es mangelte jenes. Dann mußte er sagen: Ja, wenn sich ein Äquivalent für diese Mängel gefunden hätte, etwas, worin die Einheit ausgesprochen wäre, das wäre was andres, und nun mußte man den Kaiser hervorziehen.“⁴⁷⁾

Die Kaiserepisode ist für den Stil deshalb von Wichtigkeit, weil sie die Frage aufwirft, inwieweit im Parlament Regie geführt werden darf und muß. Wenn das Parlament nur Stimmungen zu spiegeln hat, nur den Strom des

³⁹⁾ Rt: 5. 12. 70 — 6, 76 ff.

⁴⁰⁾ Bebel, Bd. II, S. 200.

⁴¹⁾ Robolsky, S. 177.

⁴²⁾ Hohenlohe, Bd. II, S. 32.

⁴³⁾ Richard Freiherr v. Friesen, *Erinnerungen aus meinem Leben*, 3 Bände, Dresden, 1910 (= Friesen), Bd. III, S. 221.

⁴⁴⁾ Hohenlohe, Bd. II, S. 32.

⁴⁵⁾ Heinrich Abeken, *Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit*, Berlin, 1898 (= Abeken), S. 466.

⁴⁶⁾ Kaiser Friedrich III, *Tagebuch*, hrsgg. von E. Engel, Berlin, 1919 (= Kaiser Friedrichs Tagebuch), S. 125 f.

⁴⁷⁾ Busch, *Tagebücher*, Bd. I, S. 525.

politischen Lebens mit allen Tiefen und Untiefen sichtbar machen soll, sind Absprachen abzulehnen. Ist es jedoch Aufgabe des Parlaments, die Argumente aus der Biertischatmosphäre herauszuheben, sie gefiltert, geordnet, ausgewogen zur Geltung zu bringen, so sind Absprachen zwischen den Fraktionen, Aufteilung des zu behandelnden Stoffes innerhalb der Fraktionen zu begrüßen. Im ersten Fall gerät das Parlament leicht in den Vorwurf des niedrigen Niveaus, der Pöbelelei, im zweiten Fall in den Vorwurf des Theaterspielens. Nun ist aber das Parlament weder eine einstudierte Aufführung noch ein Abbild der Straße, es ist eher, wenn schon ein Vergleich Geltung haben soll, ein Schachspiel, ein Duell, in dem unter Beachtung genau definierter Regeln Entscheidungen fallen. Der geschilderte Fall deutet schon darauf hin, daß eine wirksamere Regie nicht unbedingt Heuchelei oder Komödie gewesen wäre, sondern eher Unterstreichungen und Vertiefungen. Zur Beherrschung des parlamentarischen Stils wird immer die Kunst gehören, ein Wort zum gegebenen Zeitpunkt richtig zur Geltung zu bringen, würdevoll oder provozierend, und dazu bedarf es eines Mindestmaßes an Steuerung und Regie.

Nach der mißglückten Ankündigung des Kaisertitels im Plenum spricht Windthorst gegen die Vorlagen. Ihm entgegnet Lasker mit einem Bekenntnis zur Einheit, fügt aber eine rücksichtslose Kritik am bayerischen Vertrag hinzu. Der wesentlichste Punkt seines Vortrages: die Initiative zur Reichseinkünfte sei vom Volke und nicht von den Regierungen ausgegangen.⁴⁸⁾ Die Rede machte starken Eindruck; man empfindet, daß Windthorsts Einwände entkräftet sind.⁴⁹⁾

Trotz seiner Erbitterung über Bayerns kleinliches Verhalten war Lasker fest entschlossen, den Vertrag anzunehmen um des großen Zieles willen.⁵⁰⁾ „Häßlich ist das Mädels, aber geheiratet werden muß es doch!“ sagte er und hatte damit eines seiner wenigen geflügelten Worte in Umlauf gesetzt, das auch Bismarcks volle Zustimmung fand.⁵¹⁾ Gegen 32 Stimmen wird der Vertrag am 9. Dezember verabschiedet.⁵²⁾ Bismarck entkorkt in Versailles, als die Annahme feststeht, erleichtert eine Flasche Sekt.⁵³⁾

5. Die Reichstagsdelegation nach Versailles

Im Hauptquartier macht man sich Gedanken, in welcher Form der Reichstag an der formellen Kaiserproklamation beteiligt werden soll. Mitte Oktober war man auf den Gedanken verfallen, den ganzen Reichstag nach Versailles zu berufen. Der Reichstag, so hatte Bismarck argumentiert, könne nicht ohne ihn, den Kanzler gehalten werden, und er nicht ohne den König sein; denn wenn ihm der König solche Vollmachten gäbe, daß er frei mit dem Parlament verhandeln könne, so erscheine der König als überflüssig; der König aber könne sich nicht vom Kriegsschauplatz entfernen, weil sonst die Generale untereinander Streit bekämen — also müsse das Parlament unbedingt zum König.⁵⁴⁾

⁴⁸⁾ Rt: 5. 12. 70 — 6, 81 ff.

⁴⁹⁾ Hohenlohe, Bd. II, S. 32.

⁵⁰⁾ Revue, 1892, IV, 66.

⁵¹⁾ Unruh, S. 322.

⁵²⁾ Rt: 9. 12. 70 — 10, 164.

⁵³⁾ Abeken, S. 465.

⁵⁴⁾ Bamberger, Bd. I, S. 437.

Bamberger war gegen den Plan. Unter der Wucht der in Versailles konzentrierten militärischen Macht würde die Volksvertretung eine untergeordnete und peinliche Stellung einnehmen. Auch Lasker widersetzt sich energisch. „Das Ausland, die unmittelbare Nähe des Gefechtsfeldes, die strengste Herrschaft des Kriegsgesetzes sind keine passende Situation für parlamentarische öffentliche Verhandlungen.“ Wenn schon nicht in Berlin, dann möge man in Offenburg, Freiburg, Karlsruhe, unter Umständen auch in Straßburg oder Köln tagen.⁵⁵⁾ Aber während die Diskussion noch in vollem Gange war, hatte der Kronprinz — am 3. November — schon in sein Tagebuch notiert, daß der Plan fallen gelassen worden sei.⁵⁶⁾

So blieb nur noch die Möglichkeit einer Adresse. Lasker entwarf sie, begründete sie im Plenum mit einer vielbejubelten patriotischen Rede und setzte ihre Annahme gegen sechs Stimmen durch.⁵⁷⁾ In dem Schriftstück heißt es, daß die Nation ihrer dauernden Einigung entgegensehe. „Vereint mit den Fürsten Deutschlands naht der Norddeutsche Reichstag mit der Bitte, daß es Ew. Majestät gefallen möge, durch Annahme der deutschen Kaiserkrone das Einigungswerk zu weihen.“ Mit dieser Adresse, meint Lasker, „haben wir uns neben die Fürsten gestellt und die deutsche Krone ist nicht durch sie allein, sondern durch sie und das Volk gemeinschaftlich geschaffen.“⁵⁸⁾ Er ersucht auch die süddeutschen Freunde zu einer ähnlichen Adresse zu bewegen: „der Kaiserkrone wird dadurch der populäre Ursprung aufgedrückt.“⁵⁹⁾

Die Adresse soll durch eine Deputation von 30 Abgeordneten nach Versailles gebracht werden. Die Mitglieder werden nach der Geschäftsordnung ausgelost. Lasker ist nicht dabei. Nach Beendigung der Verlosung wird der Reichstag geschlossen.⁶⁰⁾

„Ei“, sagte der König, als er von der Abordnung erfuhr, „da verdanke ich Herrn Lasker ja eine rechte Ehre!“⁶¹⁾ Er war von der Sache nicht sehr angetan. „Er fürchtet die Deputation“, schreibt der Kronprinz, „weil es aussähe, als ob die Kaisersache vom Reichstag ausgehe, und will sie nicht empfangen, bis er die Zustimmung sämtlicher Staaten hat.“⁶²⁾

Am 13. Dezember reist die Abordnung von Berlin ab, am 16. abends trifft sie in Versailles ein.⁶³⁾ „Der König will nichts vom Empfang der Abgeordneten hören, doch lebt er sich mehr in die Sache ein.“⁶⁴⁾ In der Umgebung des Königs blickt man geringschätzig auf die Zivilisten. „Eine Deputation von 30 Kerls, das ist schrecklich“, meinte der Geheime Legationsrat

⁵⁵⁾ Revue, 1892, III, 160 ff.

⁵⁶⁾ Kaiser Friedrichs Tagebuch, S. 112 ff.

⁵⁷⁾ Rt: 10. 12. 70 — 12, 182 ff, vgl. auch v. Friesen, S. 230, Robolsky, S. 179 ff.

⁵⁸⁾ Revue, 1892, Lasker an Marquardsen, 12. 12. 70 — IV, 67.

⁵⁹⁾ dto. Lasker an Elben, 17. Dezember 70 — IV, 72.

⁶⁰⁾ Rt: 10. 12. 70 — 12, 184 ff.

⁶¹⁾ Busch, Tagebücher, Bd. I, S. 514.

⁶²⁾ Kaiser Friedrichs Tagebuch, S. 127 ff.

⁶³⁾ Ein Bericht der Deputation befindet sich als „Besondere Beilage zu dem stenographischen Bericht über die 12. Sitzung“ bei den Rt-Stenogrammen.

⁶⁴⁾ Kaiser Friedrichs Tagebuch, S. 127 ff.

vom Stabe Bismarcks, Heinrich Abeken.⁶⁵⁾ Schon erwägt man, ein Mitglied der Delegation „erkranken“ zu lassen, bis die unausgesprochenen Mißstimmungen behoben sind, da lenkt der König ein. Am Samstag, den 17. 12. gibt er bekannt, daß er die Volksvertreter am Sonntag um zwei Uhr empfangen werde.

Am anderen Morgen vereinigten sich Fürsten, Generale und Abgeordnete mit dem König und seinem Gefolge zu einem Militärgottesdienst. „Die Predigt von Rogge“, berichtet der Kronprinz, „ließ mich merken, daß dem Empfang doch Gewicht beigelegt werde; Fürsten und Generale baten mich, dabei sein zu dürfen, was ich sofort nach der Kirche dem König sagte, der ganz erstaunt darüber.“ Pünktlich um zwei Uhr gruppierten sich die Abgeordneten in alphabetischer Ordnung halbkreisförmig um den König, der zu seiner Rechten die Prinzen des Hauses, zu seiner Linken die Regierenden Fürsten hatte.

Es war ein erhebender Moment, als Simson um die Erlaubnis bat, die Adresse vorlesen zu dürfen. Unter seinem Vorsitz hatte die Frankfurter Nationalversammlung am 28. März 1849 den Bruder des jetzigen Königs, Friedrich Wilhelm IV., zum Kaiser gewählt. Er hatte im Auftrag dieser Versammlung die Krone nach Berlin gebracht und war abgewiesen worden. Unter seinem Vorsitz hatte 1850 das Erfurter Parlament getagt, an seiner Seite war Bismarck als Jugendschritfführer gesessen. Nun brachte der jüdische Rechtsgelehrte aus Königsberg abermals die Zustimmung des Volkes zur Erneuerung des Kaisertitels.

Die Versammlung war aufs höchste ergriffen. „Simsons Meisterrede entlockte mir helle Tränen“, bekennt der Kronprinz, „es ist eigentlich kein Auge trocken geblieben.“ Die Antwort des Königs ist kurz. „Ich nehme gern aus Ihren Worten den Ausdruck des Vertrauens und der Wünsche des Norddeutschen Reichstags entgegen.“ Gleichzeitig aber fügt er hinzu: „Nur in der einmütigen Stimme der deutschen Fürsten und freien Stände und in dem damit übereinstimmenden Wunsche der deutschen Nation und ihrer Vertreter werde ich den Ruf der Vorsehung erkennen, dem ich mit Vertrauen auf Gottes Segen folgen darf.“⁶⁶⁾

„Die Antwort des Königs erfolgte mit einigem Stocken, da er nicht mehr leicht ohne Brille liest, aber auch vor Rührung mußte er einige Male innehalten.“⁶⁷⁾ „Die schlichte, natürliche und zugleich würdige Antwort des Königs ging zu Herzen und wirkte rührend. Ihm selbst standen die Tränen in den Augen und vielen von uns auch. Der Moment war ein großer erhebender.“⁶⁸⁾

Inzwischen setzte sich Lasker von Berlin aus mit Briefen und Telegrammen für die Annahme der Verträge in den Landtagen ein. Er verhandelt mit

⁶⁵⁾ Busch, Bismarck und seine Leute, S. 274.

⁶⁶⁾ Die Antwort des Königs war von Abeken entworfen und von Bismarck redigiert worden. (Busch, Bismarck und seine Leute, S. 298).

⁶⁷⁾ Kaiser Friedrichs Tagebuch, S. 128 ff.

vgl. dazu Carl Braun, Eduard Simson, in „Nord und Süd“, 37. Band, 1886, S. 364 f.

⁶⁸⁾ Unruh, S. 317 ff.

Freund und Feind und kurz nach Weihnachten erreicht ihn die erste Erfolgsmeldung aus Stuttgart: „Soeben Vertrag angenommen, Deutschland Hoch! Elben.“⁶⁹⁾ Lasker antwortet ihm zur Jahreswende, endlich einmal den erzwungenen sachlichen Ton preisgebend: „Die Geschichte kennt keine ‚deutsche‘ Frage mehr. Heil dem Jahre 1870, das, wie viel Leid es auch dem Einzelnen brachte, nunmehr mit der so lang ersehnten Größe des geliebten Vaterlandes abschließt.“⁷⁰⁾

Nachdem im Laufe des Monats Januar alle Hindernisse beseitigt sind, gratuliert Forckenbeck dem unermüdlichen Lasker: „Die Verträge sind also angenommen. Vor allen Dingen möchte ich Ihnen dazu herzlichste Glückwünsche abstatten, da Sie so wesentlich zu der endlich erlangten Einheit beigetragen haben.“⁷¹⁾ Eduard Lasker war zu dieser Zeit der dienstälteste und schlechtbezahlteste Gerichtsassessor der gesamten preußischen Monarchie. Ende 1870 quittierte er den Staatsdienst und ließ sich als Rechtsanwalt eintragen.

Zum 31. Dezember 1870 wurde der Norddeutsche Reichstag aufgelöst; die Wahlen zum ersten Vollreichstag fanden am 3. März statt.

⁶⁹⁾ Revue, 1892, Elben an Lasker, 28. 12. 70 — IV, 75.

⁷⁰⁾ Revue, Lasker an Elben, 29. Dezember 1870 — IV, 76.

⁷¹⁾ dto. Forckenbeck an Lasker, 21. Januar 71 — IV, 194.

Monarch und Volksvertretung

1. Stellung des Kaisers

„Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc., verordnen hiermit im Namen des Deutschen Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages, was folgt: — —.“ Mit diesen Worten beginnen alle Gesetze des neuen Kaiserreiches.¹⁾ Aus dieser Eingangsformel ist die komplizierte Struktur der Reichsregierung ersichtlich.

Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches von 1871 war der Kaiser. In Preußen war er König von Gottes Gnaden, im Reich jedoch Kaiser auf Grund eines Bündnisvertrages mit den übrigen deutschen Fürsten. Mit Recht wird deshalb die Frage aufgeworfen, ob dieses Reich überhaupt eine Monarchie war, oder ob nicht die Stellung des Kaisers lediglich diejenige eines Präsidenten gewesen sei.²⁾

Die einzigen unbeschränkten Rechte des Kaisers im Reich war die Ernennung des Reichskanzlers und die Führung des Reichskriegswesens. In der preußischen Verfassung ist dem König ein eigener Abschnitt gewidmet, worin unter anderem die Unverletzlichkeit der königlichen Person festgestellt ist. Eindeutig sagt der Artikel 45: „Dem König allein steht die vollziehende Gewalt zu.“³⁾ Das Verhältnis des Monarchen ist also zum Reichstag ein anderes als zum preußischen Landtag. Im Reiche hat der König die Befugnis, den Reichstag zu berufen, zu eröffnen, zu vertagen und zu schließen. Doch sind auch diese Rechte nur formaler Natur, da sie den Wünschen des Parlaments entsprechend ausgeübt wurden.⁴⁾

Der Kaiser kann den Reichstag nicht ohne den Bundesrat auflösen. Er hat kein Veto gegen Reichstagsbeschlüsse, kann allerdings über den Bundesrat, wo der von ihm ernannte Kanzler den Vorsitz führt, und wo gegen die 17 preußischen Stimmen keine Verfassungsänderung durchgesetzt werden kann, Gesetze verhindern oder verzögern. Das offizielle Verbindungsglied zwischen Regierung und Parlament ist allein der Kanzler.

¹⁾ vgl. dazu die heutige Eingangsformel: Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrats das folgende Gesetz beschlossen: — —

²⁾ vgl. dazu Hans Helfritz, Wilhelm II. als Kaiser und König, Zürich, 1954, S. 23 ff. Dort wird das Kaiserreich als Republik bezeichnet. Die Konservativen waren mit der Bezeichnung des preußischen Königs als „Präsident“ auch durchaus nicht einverstanden. Moritz v. Blankenburg: „Glauben Sie nicht, daß diejenigen, die für das Königstum gekämpft haben seit undenklicher Zeit, sich nicht verletzt fühlen könnten durch den Ausdruck Präsident?“ (Widerspruch, Heiterkeit: Bravo rechts.) Rt. 27. 3. 67 — 20, 386.

³⁾ Artikel 43 bis 59 der preuß. Verfassung. Vgl. dazu Lasker, Der König in der Verfassung (1863) in: Zur Verfassungsgeschichte Preußens, Leipzig, 1874, S. 385 ff. (= Verf.Gesch.).

⁴⁾ Bismarck im Rt. 13. 6. 73. — 51, 1116.

Das Verhältnis des Kaisers zum Reichstag ist der markanteste Fall von parlamentarischem Brauchtum in der deutschen Parlamentsgeschichte; denn die Verfassung sagt über das Verhältnis überhaupt nichts, die Geschäftsordnung nur wenig. Dem Kaiser muß die Konstituierung des Reichstags und das Ergebnis der Präsidentenwahl angezeigt werden. (§ 12, G.O.) Ferner regeln zwei Paragraphen den Verkehr durch Adressen und Deputationen. (§§ 67, 68 G.O.) Aber nirgends steht, daß der Kaiser den Reichstag durch eine Thronrede zu eröffnen oder zu schließen habe. Auch der parlamentarische Grundsatz, die Person des Monarchen nicht in die Debatte zu ziehen, entbehrt der formalen Rechtsgrundlage.

Fast unnötig erscheint die Feststellung, daß es außer den Sozialdemokraten keine anti-monarchistisch gesinnte Partei gab. Die Grundlagen des Königtums standen außerhalb der Diskussion. Nach Lasker ist der Grundbegriff der verfassungsmäßigen Regierung „eine innige Verschmelzung der königlichen und parlamentarischen Macht.“ Und Regierung ist nichts anderes „als die fortwährende Betätigung der Staatsordnung, welche auf der Harmonie zwischen König und Volk beruht.“⁵⁾

2. Die Thronrede

Offiziell verkehrt der Kaiser mit der Volksvertretung durch die Thronreden zu Beginn oder am Ende einer Session. Der äußere Ablauf vollzieht sich nach einem strengen Zeremoniell. Durch kaiserliche Verordnung werden die Abgeordneten in die Reichshauptstadt berufen. Am Morgen des Eröffnungstages finden die Gottesdienste statt, anschließend begeben sich die Mitglieder des Bundesrates in den grünen, die Reichstagsmitglieder und die Beamten in den weißen Saal des königlichen Schlosses. In den Logen des weißen Saales sitzen die Diplomaten und die weiblichen Mitglieder der königlichen Familie. Sind die Abgeordneten versammelt, so betritt der Zug der Bundesratsmitglieder, voran der Reichskanzler, den Raum und gruppiert sich links vom Thron. Der Reichskanzler meldet dem Kaiser, daß alles zum Empfang bereit ist. Seine Majestät erscheint mit ihren Söhnen nebst Allerhöchstem und Höchstem Gefolge. Beim Eintritt des Monarchen bringt der Reichstagspräsident, nach einer Neuwahl der Alterspräsident, ein Hoch aus. Das Gefolge ordnet sich zur Rechten des Thrones, der Kronprinz steht auf der mittleren Thronstufe. Der Kanzler tritt vor, verneigt sich und überreicht das gedruckte Konzept der Thronrede. Der Kaiser setzt den Helm auf, erhebt sich und beginnt zu lesen. Nach der Verlesung tritt der Kanzler vor den Thron und spricht die Eröffnungsformel: „Auf Befehl S. M. des Kaisers erkläre ich im Namen der hohen verbündeten Regierungen den Reichstag für eröffnet.“ Den Hochruf am Schluß bringt ein außerpreussisches Mitglied des Bundesrates aus, im Norddeutschen Reichstag der Bevollmächtigte von Sachsen, seit 1871 der bayerische Bundesbevollmächtigte. „Huldvoll nach allen Seiten grüßend“, manchmal wohl auch ein paar Worte mit den Abgeordneten wechselnd, verläßt der Kaiser den Saal.

Als Wilhelm, der spätere Kaiser, am 24. Februar 1867 erstmals vor den Reichstag trat, war er bereits siebenzig Jahre alt. Aber seine wohlklingende,

⁵⁾ Lasker, Verfassungsgeschichte, S. 374.

herzgewinnende Stimme und seine hohe Gestalt waren noch immer achtunggebietend.⁶⁾ Zum letztenmal trat er dem Parlament gegenüber am 20. November 1884. Die Thronrede war in großen, mehreren Zentimetern hohen Buchstaben gedruckt, die beim Umwenden auch für den weiter entfernt Stehenden sichtbar wurden. „Gleichwohl vermochte der Kaiser nur stockend zu lesen.“ Beim Herabsteigen vom Thron geriet er ins Schwanken und konnte nur mühsam das Gleichgewicht bewahren.⁷⁾

In der zwischen diesen beiden Etappen liegenden Zeit trat er 21 Mal vor den Reichstag. Den norddeutschen Reichstag eröffnete und schloß er regelmäßig persönlich, mit Ausnahme der zweiten außerordentlichen Kriegssession von 1870. Da weilte der Kaiser im Felde und ließ sich von Delbrück vertreten. Vor dem Zollparlament erschien Wilhelm viermal; zweimal schickte er Delbrück. Nach der Reichsgründung bekamen ihn die Volksvertreter in den 24 Sessionen bis zu seinem Tode noch zehnmal zu Gesicht.

Mit besonderem Prunk wurde der erste deutsche Vollreichstag im März 1871 eröffnet. Am Dienstag, dem 21. März 1871 vereinigten sich die anwesenden deutschen Fürsten, die Minister und Generale und die Abgeordneten, soweit sie evangelisch waren, in der Schloßkapelle, um der Predigt von Hofprediger Dr. Hoffmann zu lauschen. Er sprach über Josua, Kapitel 21, Vers 45: „Und es fehlte nichts an allem Guten, das der Herr dem Hause Israel verheißen hatte. Es kam alles.“

Über den weiteren Verlauf der Eröffnungsfeierlichkeiten heißt es in den stenographischen Berichten: „Nach beendigtem Gottesdienst begaben sich die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften nach der Roten Sammetkammer; die Hofchargen sowie die zum Tragen der Reichsinsignien befohlenen Personen versammelten sich in der Bildergalerie. Durch eine Abordnung der Gardes du Corps wurden die Reichsinsignien übergeben. Inzwischen versammelten sich im weißen Saal in den verschiedenen Ecken die Generäle, die Wirklichen Geheimen Räte, die Räte erster Klasse, die vortragenden Räte und die Volksvertreter. Der erste Zeremonienmeister empfing die Gesandtschaften und das diplomatische Korps.

„Sobald die Aufstellung vollendet und der Bundesrat unter Vortritt des Bundeskanzlers seine Plätze eingenommen hatte, wurde Sr. Majestät dem Kaiser und Könige durch den Bundeskanzler davon Anzeige gemacht. Se. Majestät geruhten darauf Allerhöchst sich unter Vortritt der Obersten Hof-, der Oberhof- und Hofchargen und gefolgt von den General- und Flügeladjutanten nach dem Weißen Saal zu begeben. Den Zug eröffneten die Hof-Fouriere, ihnen folgten der Oberzeremonienmeister, dann paarweise, die dem Patent nach jüngsten voran, die Hof- und Oberhofchargen, der Oberhof- und Hausmarschall, der Oberstmarschall mit dem großen Stabe, begleitet vom Oberstschenk und vom Oberstruchseß und endlich unmittelbar vor Sr. Majestät dem Kaiser und Könige die Träger mit den Reichsinsignien paarweise. Dem General der Infanterie, Grafen v. Moltke, welcher das entblößte Reichsschwert aufrecht trug, ging zur rechten Seite der General der Infanterie v. Peucker mit dem Reichsapfel auf einem Kissen von

⁶⁾ vgl. Hüffer, S. 180.

⁷⁾ Poschinger, Bd. III, S. 156.

drap d'argent, dem General der Infanterie und Kriegsminister v. Roon mit dem Szepter auf einem Kissen von drap d'or ging zur rechten Seite der Oberstkämmerer Graf v. Redern, der die Krone auf einem Kissen von drap d'or trug. Zunächst Sr. Majestät schritt der Generalfeldmarschall v. Wrangel mit dem Reichspanier voraus, geleitet von den Generallieutenants v. Kameke und v. Podbielski.“

Hinter dem Kaiser betraten der Kronprinz, die regierenden deutschen Fürsten und die übrigen Prinzen des kaiserlichen Hauses den Saal. Szepter, Krone und Reichsapfel wurden auf Podesten vor dem Thron niedergelegt, v. Wrangel trat mit dem Reichspanier rechts, v. Moltke mit dem Reichsschwert links hinter den Thron.⁸⁾ Man hatte aus Goslar den alten Thron von Heinrich III. herbeigeschafft — ein Marmorsitz auf eisernen Füßen mit einer Bronzelehne. Bismarck mischte sich gutgelaunt, händeschüttelnd vor und nach der Zeremonie unter die Abgeordneten. Den besten Eindruck machte der Kronprinz, nach Lucius „wohl einer der schönsten Männer, welche man sehen konnte.“ Der Kaiser verlas die Thronrede mit bewegter, aber fester und vernehmlicher Stimme.⁹⁾ Während der Verlesung entblöbte er sein Haupt, eine Ehrung, die den Abgeordneten später nie wieder zuteil wurde. Mit den Worten: „Das walte Gott“ schloß die Rede und nachdem Bismarck die offiziellen Eröffnungsworte gesprochen hatte, entfernte sich der farbenprächtige Zug.

Die Eröffnungsthronrede enthielt das Programm für die Volksvertretung. Es war allgemein bekannt, daß der Kaiser für den Inhalt nicht selbst verantwortlich war. Die einzelnen Sätze waren von den Leitern der Ressorts, von Beamten oder von Bismarck selbst ausgearbeitet. Äußerlich wurde diese Unverantwortlichkeit des Kaisers dadurch dokumentiert, daß der Kanzler, wenn alle Abgeordneten versammelt waren, vortrat und dem Kaiser die Rede zum Vorlesen übergab.

Die Thronreden während des nationalen Aufschwungs von 1867 bis etwa 1872 waren gekennzeichnet durch einen herzlichen Ton, der später einem sachlichen Platz machte. Die Abgeordneten des konstituierenden Reichstags wurden noch als „erlauchte, edle und geehrte Herren“ angesprochen, aber schon 1867 waren sie nur noch „geehrte Herren“.¹⁰⁾ Die allererste Thronrede am 24. Februar 1867 begann: „Es ist ein erhebender Augenblick, in welchem ich in Ihre Mitte trete. — — Daß es mir vergönnt ist, in Gemeinschaft mit einer Versammlung, wie sie seit Jahrhunderten keinen deutschen Fürsten umgeben hat, diesen Hoffnungen Ausdruck zu geben, dafür danke ich der göttlichen Vorsehung. Ich hege das Vertrauen zu Gott, daß unsere Kinder mit Dank auf diesen Reichstag als den Begründer der Deutschen Einheit, Freiheit und Macht zurückblicken werden.“ Der Ton der

⁸⁾ Rt: 21. 3. 71 — Eröffnungssitzung, S. 1 ff. Die Eröffnung im Schloß wird bei der fortlaufenden Numerierung der Sitzungen in den Protokollen nicht mitgezählt.

⁹⁾ Lucius, S. 6.

¹⁰⁾ Die Thronreden im Norddeutschen und im Deutschen Reichstag sowie im Zollparlament, vom 24. 2. 67 bis zum 5. 12. 1894 sind abgedruckt im „Generalregister zu den stenogr. Berichten über die Verhandlungen und den amtlichen Drucksachen vom Jahre 1867 bis zum 24. Mai 1895“. Berlin, 1896, S. 311 ff.

Thronrede gab immer den Barometerstand für die politische Wetterlage an. Nach der ersten nationalen Begeisterungswelle stand das Barometer meist auf kühl oder veränderlich.

Friedrich Wilhelm IV. hatte zwar 1847 vor dem ersten Vereinigten Landtag in Preußen erklärt, daß es ein herrliches Vorrecht der Könige sei, die Dinge jederzeit und unerschrocken bei ihrem rechten Namen zu nennen, aber die Reden seines Nachfolgers zeichnen sich alle durch vorsichtige Formulierung aus. Die Thronreden wurden behandelt wie die diplomatischen Noten eines fremden Staates, sie wurden Wort für Wort und Satz für Satz interpretiert, ausgelegt und kommentiert. Im Reichstag galt es als hohe Rednergabe, wenn man sich zur Motivierung eines Antrages auf ein Wort oder eine Andeutung aus der Thronrede stützen konnte. Besonders die Opposition entwickelte darin viel Geschick, so etwa Bebel, der im Kriege 1870 seine Forderung auf sofortige Einstellung der Kampfhandlungen und auf Ablehnung weiterer Kriegskredite aus der königlichen Eröffnungsansprache zu begründen suchte.¹¹⁾

Ein typisches Beispiel dafür, wie sorgfältig eine Thronrede gelesen, studiert und analysiert wird, gibt Laskers Rede anläßlich seines Baden-Antrages vom 24. Februar 1870. In der Thronrede vom 14. Februar hatte der König versichert, daß „die Anbahnung der ... Verständigung über die nationale Verbindung des Norddeutschen Bundes mit den Süddeutschen Staaten“ der Gegenstand seiner unablässigen Aufmerksamkeit sei. Er sprach ferner davon, daß die Verträge mit dem Süden dem Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit ihr Dasein verdanken. Lasker befaßte sich mit diesen knappen Andeutungen wie folgt:

„Es kann niemandem, der die Stilisierung der Thronrede ernstlich verfolgt, entgehen, daß in den drei verschiedenen Abschnitten, welche sich mit dem Gegenstande beschäftigen, die Aufforderung an die Nation liegt, dem Gegenstande volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, und daß die gewählten Worte nicht allein berichten, was vorgegangen ist, sondern daß sie auch erhebliche Grundsätze deutschen Rechtes, vielleicht sogar Andeutungen deutscher Politik zu enthalten scheinen. So hat die gesamte Presse des Auslandes, welche sich mit den deutschen Angelegenheiten beschäftigt, den betreffenden Passus der Thronrede aufgefaßt, so ist auch der unmittelbare Eindruck auf mich und gewiß auch auf die meisten Anderen gewesen. Wenn seitdem nichts getan und keine Erklärung gegeben worden ist, welche über die letzte Absicht der Stilisierung Aufschluß gibt, so glaube ich allerdings mich auch nicht vertiefen zu dürfen in die etwaigen Absichten deutscher Politik.“ Wenn man eine Vertiefung gewollt hätte, wäre eine Adreßdebatte der richtige Weg gewesen. Man habe diesen Weg nicht gewählt und damit einen „stillschweigenden und negativen“ Beschluß gefällt, der ihm den Fingerzeig gebe, den Reichstag nicht zur Aufstellung eines öffentlichen Programms herauszufordern. „Dagegen, meine Herren, habe ich mit großen Freuden begrüßt, daß in dem einen Abschnitt der Thronrede ein Ausspruch getan ist, welcher unser Verhältnis zu dem übrigen Deutschland und die

¹¹⁾ Rt: 26. 11. 70 — 2, 10 ff.

Ansprüche, welche unsere Nation sowohl an Deutschland wie auch gegen das Ausland zu richten hat, in vorzüglich nationalem Sinne definiert. Nicht allein die Verträge sind es, auf denen wir fußen — ich folge hierin nur der Erläuterung, wie mir der Wortlaut der Thronrede dazu Veranlassung gibt — nicht allein die Verträge binden die Nord- und Süddeutschen Staaten so fest aneinander, daß von einer eigentlichen Trennung gar nicht die Rede sein kann, sondern noch weit höher ist der Gesichtspunkt und gerade dieser Gesichtspunkt in der Thronrede hat mich besonders erfreut, darin bestehend, daß die Verträge selbst erst etwas Sekundäres sind, daß aber das ursprüngliche Recht und das ursprüngliche Fundament in der nationalen Zusammengehörigkeit besteht. Ich finde diesen Ausdruck mit lobenswerter Deutlichkeit betont und finde, daß hierin mit Entschiedenheit der Standpunkt eingenommen ist des natürlichen und göttlichen Rechts der Nationalität, welches eigentlich der Versicherung durch Verträge nicht bedarf.“¹²⁾

Die Sorgfalt der Interpretation entspricht der Sorgfalt der Formulierung. Insofern sind die Thronreden wesentliches Merkmal des parlamentarischen Stils der Frühzeit. Abgeordnete und Politiker waren noch darin geschult, zwischen den Zeilen zu lesen, Andeutungen zu verstehen, aus einem winzigen Hinweis, ja aus einem Verschweigen Schlüsse zu ziehen. Die Kunst der Rede, am Ministertisch wie im Hause, war weitgehend die Kunst der Unterbreitung, der Verschlüsselung. Jedes einzelne Wort wurde auf die Goldwaage gelegt. Das ist zu berücksichtigen, wenn man verstehen will, in welchen Sätzen sich damals politische Sensationen ankündigten.

Der Übergang von der Freihandels- zur Schutzzollpolitik, wohl das wichtigste innenpolitische Ereignis der gesamten Bismarck-Ära, schlug sich in der Thronrede vom 12. Februar 1879 folgendermaßen nieder: „Ich halte es für meine Pflicht, dahin zu wirken, daß wenigstens der deutsche Markt der nationalen Produktion insoweit erhalten werde, als dies mit unseren Gesamtinteressen verträglich ist, und daß demgemäß unsere Zollgesetzgebung den bewährten Grundsätzen wieder nähertrete, auf welchen die gedeihliche Wirksamkeit des Zollvereins fast ein halbes Jahrhundert beruht hat, und welche in unserer Handelspolitik seit dem Jahre 1865 in wesentlichen Teilen verlassen worden sind. Ich vermag nicht zu erkennen, daß tatsächliche Erfolge dieser Wendung unserer Zollpolitik zur Seite gestanden haben.“

Auch die so heftig umkämpfte Einführung des Tabakmonopols fand ihren ebenso wirksamen wie undramatischen Ausdruck in den Thronreden. Am 6. Februar 1878 wurde angedeutet: „Den verbündeten Regierungen erscheint es nicht ratsam, die Deckung des Mehrbedarfs durch Erhöhung der Beiträge der einzelnen Staaten herbeizuführen. Vielmehr weist die finanzielle Gesamtlage Deutschlands auf Verstärkung der eigenen Einnahmen des Reiches hin.“ Erst vier Jahre später, am 27. April 1882, wurde dieser Hinweis verdeutlicht: „Unter den zur Besteuerung durch das Reich geeigneten Gegenständen steht der Tabak an erster Linie, nicht hierüber, sondern nur über die Form, in welcher eine höhere Besteuerung herbeizuführen sei, gehen die Meinungen auseinander. Die Mehrheit der Verbündeten Regie-

¹²⁾ Rt. 24. 2. 70 — 9, 59 ff.

rungen — dieser Ausdruck weist auf Uneinigkeit unter den Regierungen hin — hält die Form des Monopols für diejenige, welche die Interessen der Konsumenten und der Tabaksbauer am meisten schont und dabei an Ergiebigkeit alle anderen Formen der Besteuerung übertrifft. Sie würde daher zu anderen Vorschlägen erst übergehen, wenn sie die Aussicht auf Zustimmung der Volksvertretung zum Monopol aufzugeben genötigt wäre.“ Nach diesem Ultimatum erfolgt ein ebenso selten gebrauchter wie wirkungsvoller Appell unter Bezugnahme auf die persönlichen Gefühle des Kaisers. Wenn die Regierung die Unterstützung des Reichstags nicht findet, „so würde sie mit Bedauern und zum Schmerze Seiner Majestät des Kaisers für jetzt auf die Reformen der Steuerverfassung des Reichs und der Einzelstaaten verzichten müssen, welche als Bedürfnis der Bevölkerung seit Jahren erkannt und von Sr. Majestät dem Kaiser verheißen sind.“ Nur in Ausnahmefällen wurde das Parlament in dieser Weise direkt angesprochen, im allgemeinen blieb das Verhältnis von Regierung und Parlament in der Thronrede unberücksichtigt. Aber Lob und Tadel brauchten auch nicht in so deutlicher Weise ausgesprochen werden. Schon die formalen Kriterien der Thronrede gab den geschulten Politikern Hinweise auf die Stimmung bei Hofe.

Der Kaiser konnte die Thronrede selbst verlesen oder sich vertreten lassen. Von der Vertretungsmöglichkeit machte er vor 1871 nur ein einziges Mal Gebrauch, nämlich als er sich auf dem Kriegsschauplatz befand. War er wirklich durch Krankheit verhindert, dann ließ er sein Bedauern in sorgfältiger Abstufung ausdrücken. So schickte der Präsident des Reichskanzleramtes, Hofmann, am 30. 10. 1876 der eigentlichen Thronrede einige Grußworte voraus: „Se. Majestät der Kaiser haben mich zu beauftragen geruht, Sie ... willkommen zu heißen und zugleich das lebhafteste Bedauern Seiner Majestät darüber auszudrücken, daß es Allerhöchstdemselben nicht möglich gewesen ist, die anfänglich gehegte Absicht, den Reichstag persönlich zu eröffnen, in Ausführung zu bringen.“ Beruhte die Verhinderung jedoch auf einem politischen „Unwohlsein“, dann entfielen diese huldvollen Worte und der Reichstag durfte dies als allerhöchste Kritik an seinem Verhalten auffassen.

Ein besonderer Fall war die Eröffnung am 9. September 1878, als nach den Attentaten auf den Kaiser der Kronprinz die Regierungsgeschäfte übernommen hatte. An diesem Tage eröffnete der stellvertretende Reichskanzler Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode die Sitzungen „im Namen seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen des deutschen Reichs und von Preußen“. Vorangegangen waren heftige Erörterungen, ob es dem Kronprinzen zustehe, den Reichstag persönlich zu begrüßen. Mit Rücksicht auf einige Regierungen hatte man dann einen Reichsbeamten vorgeschickt.¹³⁾ Zu Beginn der nächsten Session konnte der greise Kaiser wieder selbst zu den Abgeordneten sprechen: „Indem ich Sie willkommen heiße, drängt es mich, auch von dieser Stelle meinen Dank für Gottes Gnade zu wiederholen, die mich in Gefahr beschirmt und von schwerem Leiden geheilt hat. Ich

¹³⁾ Braun, S. 147 ff.

spreche zugleich meinem Sohn, dem Kronprinzen, nochmals meine Anerkennung seiner Führung der Regierungsgeschäfte aus.“¹⁴⁾

Von der Möglichkeit, sich vertreten zu lassen, machte der König im deutschen Reichstag erstmals Gebrauch am 8. April 1872, was allseitiges Aufsehen hervorrief, besonders, da keine Erläuterung dazu gegeben wurde. Die Zeitschrift „Die Grenzboten“ knüpfte an das Ereignis die Betrachtung: „Wir werden uns daran gewöhnen müssen, das persönliche Wort des Monarchen nur zu vernehmen, wenn der Anlaß bedeutungsvoll, wenn das kaiserliche Wort die Nation zu einer erhöhten Lebensäußerung ruft oder den Abschluß einer solchen verkündet.“¹⁵⁾

Von den insgesamt 27 Thronreden im deutschen Reichstag unter der Regierungszeit von Wilhelm I. verlas der Kaiser persönlich 10; in den übrigen Fällen wurde er vertreten durch den Reichskanzler Bismarck (dreimal),¹⁶⁾ durch den stellvertretenden Reichskanzler v. Stolberg-Wernigerode (dreimal),¹⁷⁾ durch die Präsidenten des Reichskanzleramtes Delbrück und Hofmann sowie durch Finanzminister Camphausen je einmal;¹⁸⁾ vom 27. April 1882 an fungierte Staatsminister von Boetticher als ständiger Vertreter (insgesamt achtmal).¹⁹⁾

3. Schluß der Session

Noch mehr beachtet wurden die Zeremonien am Ende der Session. Im preußischen Abgeordnetenhaus und im Norddeutschen Reichstag wurden die Sessionen regelmäßig auch durch Thronreden geschlossen, in denen die Tätigkeit der Volksvertretung einer Würdigung unterzogen wurde. Auch die erste Session des deutschen Reichstags wurde durch das Wort des Kaisers beendet, aber am Schluß der zweiten Session, am 1. 12. 1871, wurde von diesem Brauch erstmals Abstand genommen. Minister Delbrück erklärte dazu: „Die verbündeten Regierungen glauben, daß sie den Wünschen des Reichstags entgegenkommen, namentlich solcher Mitglieder, welche Preußen nicht angehören und parlamentarische Pflichten auch in ihren Heimatländern zu erfüllen haben, wenn sie, von der herkömmlichen Form abweichend, die Session des Reichstags jetzt und in diesem Saal schließen.“²⁰⁾ Seither bedeutete es eine besondere Anerkennung für den Reichstag, wenn der Kaiser vor Beginn der Ferien noch einmal das Wort ergriff. Wilhelm I. tat das während seiner Regierungszeit noch zweimal, einmal am 26. 4. 1874, nachdem unter

¹⁴⁾ 12. 2. 1879.

¹⁵⁾ Die Grenzboten, 31. Jhgg., 1872, I. Semester, I. Band, S. 156.

¹⁶⁾ Selbst erschien der Kaiser am 21. 3. 71, 15. 6. 71 (Schluß der Session), 16. 10. 71, 12. 3. 73, 26. 4. 74 (Schluß), 29. 10. 74, 22. 12. 76, 22. 2. 77, 12. 2. 79 und am 20. 11. 84. Bismarck übernahm die Eröffnung am 8. 4. 72, 5. 2. 74 und am 17. 11. 81.

¹⁷⁾ Am 9. 9. 78, 12. 2. 80 und am 15. 2. 81.

¹⁸⁾ Delbrück am 27. 10. 75, Hofmann am 30. 10. 76 und Camphausen am 6. 2. 78.

¹⁹⁾ v. Bötticher eröffnete vom 27. 4. 82 mit Ausnahme vom 20. 11. 84, wo der Kaiser selbst noch einmal auftrat, ständig. Finanzminister v. Scholtz war am 14. 4. 83 mit der Verlesung einer kaiserlichen Botschaft im Reichstag beauftragt. Im Norddeutschen Reichstag eröffnete und schloß der Kaiser, wie bereits erwähnt, alle Sessionen persönlich, nur am 24. 11. 70 wurde er von Delbrück vertreten.

²⁰⁾ Rt: 1. 12. 71 — 36, 665.

endlosen Schwierigkeiten der Kompromiß über die Heeresverfassung zustande gekommen war und am 22. Dezember 1876 nach Verabschiedung der Justizgesetze.²¹⁾

Hatte die Session erfreuliche Ergebnisse gezeitigt, wie etwa diejenige des Winters 1871, so sprach der Beauftragte in kurzen Worten den Dank des Monarchen aus: „Gestatten Sie mir, meine Herren, dieser Allerhöchsten Botschaft nur wenige Worte hinzuzufügen. Es sind Worte des Dankes, welche ich auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers und im Namen der verbündeten Regierungen an Sie zu richten habe für die aufopfernde Tätigkeit, mit welcher Sie in einer patriotischen Hingebung, die alle Meinungsverschiedenheiten in diesem Saal beherrscht hat, während einer arbeitsvollen Session die Entwicklung der Reichsgesetzgebung gefördert, das Finanzwesen des Reiches auf feste Grundlagen gestellt und die Wehrkraft Deutschlands gesichert haben.“²²⁾

Die dankenden Schlußbemerkungen halten an, solange das Verhältnis zwischen Regierung und Parlament leidlich ist. Sie entfallen erstmals am 10. Mai 1880, als v. Stolberg-Wernigerode den Reichstag ohne Würdigung der Arbeit in die Ferien schickt.²³⁾ Schon in der vorhergehenden Session war neben dem Lob auch auf die bestehenden Meinungsverschiedenheiten Bezug genommen worden.²⁴⁾ Auch alle folgenden Sessionen wurden formlos zu Grabe getragen. Interessanterweise wurde auch der Reichstag von 1878, der das erste Sozialistengesetz hatte fallen lassen, für seinen Eifer und seine Ausdauer während einer anstrengenden Session gelobt,²⁵⁾ wenn auch nur mit dürren Worten. Eingeschränktes Lob wurde auch dem nachfolgenden Reichstag, der das Sozialistengesetz verabschiedete, gespendet.²⁶⁾

4. Adressen

Das Parlament besaß die Möglichkeit, auf die Thronreden mit einer Adresse zu antworten. Zu diesem Zweck sah die Geschäftsordnung eine eigene Kommission von 21 Mitgliedern vor. Sollte eine Deputation entsandt werden, so beschloß das Haus nach Vorschlag des Präsidenten über die zu entsendende Zahl; dann wurden die Teilnehmer ausgelost. Der Präsident war automatisch sowohl Mitglied der Kommission wie der Delegation und führte bei der Überreichung allein das Wort.

Zu Lebzeiten Kaiser Wilhelms beschloß das Parlament vier Adressen. Am 24. September 1867 erklärte sich das Parlament gegen 58 Stimmen für eine „den Süden und Norden umfassende nationale Verbindung.“²⁷⁾ Lasker ergriff in der Debatte das Wort, um darzulegen, daß zu den in der Adresse erwähnten geistigen und sittlichen Gründen des Volkes auch die Verfassung

²¹⁾ Wilhelm II. machte noch zweimal von der Möglichkeit Gebrauch, eine Session selbst zu schließen, am 25. 1. 90 und am 6. 5. 98. So endeten im Kaiserreich insgesamt nur 5 Sessionen durch Thronreden.

²²⁾ 1. 12. 71 — 36, 665.

²³⁾ Rt: 10. 5. 80 — 50, 1323.

²⁴⁾ Rt: 12. 7. 79 — 80, 2365.

²⁵⁾ Rt: 24. 5. 78 — 56, 1557.

²⁶⁾ Rt: 19. 10. 78 — 17, 389.

²⁷⁾ Adreßdebatte am 24. 9. 67 — 7, 69 ff. Abstimmung und Adressentext 7, 90 f. Eine Übersicht über alle Adressen befindet sich im Generalregister für die Jahre von 1867—94, S. 23 ff.

gehöre Auch Verfassungsfragen, wie etwa das Budgetrecht, hätten mit der Selbstbestimmung und damit der sittlichen Vollkommenheit der Nation zu tun.²⁸⁾ Die Adresse wurde von Präsident Simson am 3. Oktober auf der Burg Hohenzollern dem König überreicht.²⁹⁾

Das Zollparlament wurde wegen einer Adresse beinahe gesprengt. Die nationalgesinnten Parlamentarier, die im Zollparlament eine Vorstufe des Vollparlaments³⁰⁾ sahen, wollten in einer Adresse ihre Verbundenheit mit dem preußischen König bekunden und die Hoffnung auf baldige Einigung Deutschlands ausdrücken. Die Partikularisten aber widersprachen und so fiel der Entwurf am 7. Mai 1868 durch Übergang zur Tagesordnung mit 186 zu 150 Stimmen, die nationalen Kreise in deprimierter Stimmung zurücklassend.³¹⁾

Die zweite Adresse, von Miquel verfaßt, wurde bei Kriegsausbruch 1870 an den König gerichtet. Die dritte überbrachte die Zustimmung der Nation zur Erneuerung der Kaiserwürde und wurde von Lasker entworfen. Ihre Übergabe erfolgte in Versailles. Beide Adressen sind in dem Kapitel über die Reichsgründung behandelt.³²⁾

Im deutschen Reichstag kam es unter Wilhelms Regierung nur noch zu einer Adresse. Sie sprach den Dank der Volksvertretung an Kaiser und Heer für militärische Erfolge und innere Einigung aus. Die Ultramontanen bemängelten den Satz, daß die Zeiten der Einmischung in die Angelegenheiten fremder Völker vorbei seien, weil sie auf eine deutsche Aktion zugunsten des enteigneten Papstes hofften.³³⁾ Sie brachten daher einen eigenen Entwurf ein, der aber abgelehnt wurde, während der Entwurf der Nationalliberalen gegen 63 Stimmen angenommen wurde. Die Adresse trug die Anrede: „Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser, Allergnädigster Kaiser und Herr!“ und die Unterschrift: „Eurer Kaiserlichen Majestät alleruntertänigste, treuehorsaamste, der deutsche Reichstag!“ (sic)

5. Außerparlamentarische Beeinflussung

Nur ein einziges Mal bediente sich der Kaiser eines anderen Mittels als der Thronrede, um offiziell mit der Volksvertretung zu verkehren. Das war am 14. April 1883, als sich mitten in einer Beratung der Gewerbeordnung der preußische Finanzminister Scholz erhob und eine Allerhöchste Botschaft zum Stand der Sozialgesetzgebung verlas.

Schon in der Thronrede vom 17. 11. 1881 hatte der Kaiser mit ungewöhnlich eindringlichen Worten auf die Fortführung des Gesetzgebungs-

²⁸⁾ Rt: 24. 9. 67 — 7, 89.

²⁹⁾ Simsons Abreise angekündigt 1. 10. 67 — 12, 191; sein Bericht über die Reise: 7. 10. 67 — 15, 267; vgl. dazu auch Carl Braun, Eduard Simson, in „Nord und Süd“, Jhgg. 1886, Bd. 37, S. 363 ff.

³⁰⁾ In diesem Gegensatz ist der Spitzname des Zollparlaments — Leerparlament — zu sehen, der sich auf den schlechten Besuch bezieht.

³¹⁾ Zollparlament, 7. 5. 68 — 7, S. 85 ff.; vgl. Robolsky, S. 79 ff.; Böttcher, S. 102 ff.

³²⁾ Die nächsten beiden Adressen wurden anläßlich des Ablebens von Kaiser Wilhelm und Kaiser Friedrich am 20. 3. 88 bzw. am 26. 6. 88 angenommen.

³³⁾ vgl. Paul Majunke, Geschichte des Kulturkampfes, Paderborn, 1890 (= Majunke), S. 39 ff. Böttcher, S. 117 ff.; Ketteler, S. 18 ff.

werkes drängen lassen. „Wir halten es“, so hatte es in der Botschaft geheißen, „für Unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstag diese Aufgabe (Heilung sozialer Schäden) von neuem ans Herz zu legen, und würden Wir mit umso größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtbar gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dermaleinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen.“ Die Abgeordneten hatten diese Worte ohne den sonst üblichen Beifall sehr kühl aufgenommen. Inzwischen war das Tabaksmonopol gefallen, bei der Beratung der Gewerbeordnung kämpfte Lasker um jeden Paragraphen und so sah sich der Kaiser zu persönlichem Eingreifen veranlaßt.

Die Sozialgesetzgebung, so hieß es in der Botschaft vom 14. April, dürfe sich nicht allein auf strafrechtliche Maßnahmen gegen Staatsfeinde beschränken, sondern müsse auch das Wohl der Arbeiter fördern. Er, der Kaiser, habe die Verhandlungen über die Vorlagen genau verfolgt und wisse die geleistete Arbeit zu würdigen. Es erfülle ihn mit Sorge, daß einige Entwürfe noch nicht weiter gediehen seien. Angesichts seines hohen Alters habe er nicht mehr viel Zeit, um seine Pläne zu verwirklichen. „Darum wollen Wir dem Reichstag durch diese unsere Botschaft von neuem und in vertrauensvoller Anrufung seines bewährten treuen Sinnes für Kaiser und Reich die baldige Erledigung der hierin bezeichneten wichtigen Vorlagen dringend ans Herz legen.“

Sofort nach Bekanntgabe der Botschaft forderte Eugen Richter die Besprechung des Aufrufes. Er regte an, eine Antwortadresse zu beschließen. Der Präsident kam jedoch auf diese Anregung nicht zurück.³⁴⁾

Da der Kaiser oberster Kriegsherr war, zeigte er sich an den Heeresverhandlungen immer besonders interessiert. Als 1874 die Heeresverfassung scharf bekämpft wurde, wählte er einen besonderen Weg, um seine Gedanken zu äußern. An seinem Geburtstag, dem 22. März, hielt er vor seinen Generälen eine kurze Ansprache. Er wolle als väterliches Vermächtnis für seinen Sohn die Wehrverfassung gesichert hinterlassen. Durch die Schwierigkeiten, die der Reichstag dem Gesetz bereite, werde der Abend seines Lebens getrübt. Selbstverständlich hatte diese inoffizielle Ermahnung die gleiche Wirkung im Lande wie eine formale Botschaft.³⁵⁾

Noch ein zweites Mal äußerte sich der Kaiser zur parlamentarischen Lage und zwar durch einen königlichen Erlaß vom 4. Januar 1882, der zwar formell nur an Preußen gerichtet war, aber dennoch im ganzen Reich Aufsehen erregte. Der Erlaß brachte in Erinnerung, daß der König trotz Gegenzeichnungspflicht der Minister die Politik Preußens nach eigenem Ermessen zu leiten befugt sei. „Es ist deshalb Mein Wille, daß über Mein Recht zur persönlichen Leitung der Politik kein Zweifel gelassen werde.“ Er wolle zwar keine Wahlbeeinflussung betreiben, müsse aber daran erinnern, daß sich

³⁴⁾ Rt: 14. 4. 83 — 66, 1956 ff.

³⁵⁾ Schulthess' Geschichtskalender für 1874, S. 98.

der Treueid seiner Beamten auch auf deren Tätigkeit im Parlament erstreckte.³⁶⁾ Eugen Richter sah in diesem Aufruf die Herausforderung, „klar zum Gefecht“ zu machen im Kampf zwischen wirklicher parlamentarischer Regierung und Scheinkonstitutionalismus.³⁷⁾ Bei der Generaldebatte über den Haushalt nahmen die Volksvertreter zu diesem Erlaß Stellung. Auf den Vorwurf der Fortschrittspartei, der Erlaß sei nötig geworden, weil sich die höchsten Staatsbeamten immer durch die unverantwortliche Person des Kaisers zu decken versuchen würden, antwortete Bismarck mit einer seiner heftigsten Reden. „Sie haben Reden ohne Risiko gehalten, und jemand, der 20 Jahre lang für das Königstum auf der Bresche stand, dem werfen Sie vor, er deckt sich mit dem König!“ rief er unter anderem und verwahrte sich gegen den Vorwurf der Feigheit.³⁸⁾

6. Der König in der Debatte

In all den angeführten Debatten über das Recht des Monarchen taucht die in der Geschäftsordnung nicht geregelte Frage auf, inwieweit es überhaupt gestattet ist, die Person des Staatsoberhauptes in die Debatte zu ziehen. Grundsätzlich darf wohl gelten, was der Präsident am 13. Dezember 1876 zu dem Abgeordneten v. Schulte sagte, als er nur den Namen des Kaisers erwähnte: „Ich muß den Herrn Redner darauf aufmerksam machen, daß es nicht Sitte dieses Hauses ist, die Person Seiner Majestät des Kaisers in die Diskussion einzumischen.“³⁹⁾

Dennoch gibt es viele Ausnahmen von diesem Brauch. Am 26. November 1870 erklärte Bebel, die Thronrede habe Unwahrheiten enthalten, ohne dafür gerügt zu werden.⁴⁰⁾ Zwei Tage darauf erzählte sein Parteifreund Mende, daß auch während der Inquisition die Gotteslästerung erlaubt gewesen sei. „Und hier sollte ein Vertreter der ganzen Nation nicht eine Regierung und einen König lästern können?“ (Große Unruhe und Heiterkeit.) Auch er wurde vom Präsidenten nicht zurechtgewiesen.⁴¹⁾

Bei der Beratung von Geldzuwendungen an berühmte Heerführer sprach Bismarck davon, daß die Dotationen ein Akt königlicher Freigiebigkeit seien, für den Se. Majestät den Reichstag um Zustimmung bitte. „Es ist ein ungewöhnlicher und seltener Fall, in welchem ich Ihre Nachsicht dafür in Anspruch nehme, daß ich mich von der konstitutionellen Tradition, die Personen der Souveräne nicht zu erwähnen, in etwas entferne.“⁴²⁾ Bismarcks Beispiel folgend, äußern sich dann auch mehrere andere Abgeordnete über den Monarchen und seine Dotationsabsicht.

Ähnlich war die Lage am 11. Dezember 1874. Der Abgeordnete Dr. Lucius hatte gesagt: „Es stehe dem Reichstag wohl wenig an, dem deutschen Kaiser zu versagen, was der König von Preußen stets unbestritten

³⁶⁾ Schulthess, 1882, S. 3.

³⁷⁾ Rt: 12. 1. 82 — 23, 569 ff.

³⁸⁾ Rt: 24. 1. 82 — 33, 888 ff.

³⁹⁾ Rt: 13. 12. 76 — 30, 790; über die juristische Verbindlichkeit dieses Grundsatzes vgl. Kurt Perels, Das autonome Reichstagsrecht, Berlin. 1903.

⁴⁰⁾ Rt: 26. 11. 70 — 2, 10.

⁴¹⁾ Rt: 28. 11. 70 — 3, 32.

⁴²⁾ Rt: 13. 6. 71 — 55, 1175.

besessen hat.“ Darauf erhob sich Hoverbeck, der sich bei der Handhabung der Geschäftsordnung des öfteren päpstlicher als der Papst zeigte, und legte Protest dagegen ein, daß „ein Element in die Diskussion gezogen ist, das, was ich meine, auf nicht vollkommen erlaubte Weise hier hineingetragen ist.“ Dr. Lucius wehrt sich, der Präsident kann keinen Grund zum Einschreiten finden. Bismarck sagt etwas später: „Ich kann mich dem von Seiten des Herrn Abgeordneten v. Hoverbeck so streng akzentierten Verbot, von Seiner Majestät dem Kaiser zu sprechen, nicht fügen; die Verfassung spricht vom Kaiser, und wir kommen sehr häufig in die Lage, die persönliche Willensmeinung Sr. Majestät des Kaisers hier erwähnen zu müssen, weil es sich eben gar nicht umgehen läßt, von der hohen Persönlichkeit, die das höchste und entscheidendste Amt und das höchste Kommando der Reichsarmee hat, zu sprechen.“⁴³⁾

Den bereits von Bebel unternommenen Versuch, eine Regierungshandlung unter Bezugnahme auf ein Kaiserwort zu kritisieren, unternahm am 18. Mai 1878 auch Windthorst. Es ging um die Festsetzung der Sonntagsruhe in der Gewerbeordnung. „Wir haben“, plädierte Windthorst, „in neuerer Zeit aus höchstem Munde gehört, wie wichtig es sei, das Volk zur Religion zurückzuführen. Und in dem Moment, wo wir verlangen, daß der Sonntag geheiligt wird, kommt die Regierung und sagt, dieses Verlangen bekämpfen wir.“ Staatsminister Hofmann wandte sich gegen die Absicht, einen Widerspruch zwischen Regierungs- und Kaiserwort zu konstruieren. „Ich bezweifle, daß es ein richtiges und gegenüber der Person Seiner Majestät des Kaisers ein angemessenes Verfahren war.“ Darauf Windthorst: „Für mich ist die Person Sr. Majestät keine konstitutionelle Fiktion, sondern eine lebendige Autorität, und diese Autorität zu zitieren, wird doch hoffentlich im deutschen Parlament immer noch recht bleiben.“ (Nein! links.) Der Präsident antwortet: „Die allgemeine parlamentarische Regel lautet: Die Person des Monarchen darf nicht unehrerbietig in die Verhandlungen gemischt werden. Die Regel hier im Hause ist, daß die Person Seiner Majestät des Kaisers überhaupt nicht in die Diskussion hineingemischt werde.“ Richter meldet gegen diese Ansicht Widerspruch an. Kaiserliche Äußerungen, die vom Minister gegengezeichnet seien, könnten durchaus zum Gegenstand von Besprechungen gemacht werden. Da der Präsident eine weitere Stellungnahme ablehnt, wird die Diskussion abgebrochen.“⁴⁴⁾

Nicht einmal gelobt werden darf der Kaiser. Als Windthorst am 23. Februar 1880 ausrief: „Wir verdanken es der hochherzigen Intervention Seiner Majestät des Kaisers, daß beim Ordensgesetz die Krankenpflegeordensgenossenschaften wenigstens gerettet worden sind“, muß er sich belehren

⁴³⁾ Rt: 11. 12. 74 — 28, 617 ff. Bismarck: 28, 623. Wie schwierig die Befolgung dieser ungeschriebenen Regeln ist, wird deutlich, wenn man weiß, daß Hoverbeck selbst ein halbes Jahr vorher (19. 6. 73 — 56, 1242) eine direkte Aufforderung an den Kaiser gerichtet hatte, nämlich mehr bürgerliche Offiziere in die feudalen Regimenter zu versetzen, ohne daß jemand davon Notiz genommen hatte.

⁴⁴⁾ Rt: 10. 4. 80 — 27, 632 ff.

lassen, daß selbst eine solche Erwähnung der Sitte des Hauses nicht entspreche.⁴⁵⁾

7. Persönliche Beziehungen

Eine Ausnahme machen selbstverständlich die zahlreichen Glückwünsche, die das Haus bei Geburtstagen, Hochzeiten oder Geburten in der kaiserlichen Familie ausspricht. Dann erhebt sich das ganze Haus bei der Nennung des Kaisers, während die Überbringung der Glückwünsche eine Angelegenheit des Präsidiums ist.⁴⁶⁾ Auch bei den Hochrufen bei Schluß jeder Session erheben sich alle Abgeordneten bis auf die Sozialdemokraten, die entweder sitzenbleiben oder fluchtartig den Saal räumen.⁴⁷⁾

Der persönliche Verkehr zwischen dem Monarchen und der Volksvertretung war denkbar gering. Die Deputation von Versailles war zur königlichen Tafel geladen worden. Nach Zusammentritt des konstituierenden Reichstags lud der König alle Abgeordneten durch folgendes Schreiben des Oberhofmarschallamts an den Präsidenten ein: „Euer Exzellenz beeile ich mich im Allerhöchsten Auftrage hierdurch ganz ergebenst Mitteilung zu machen, wie Se. Majestät der König wünschen, daß die Herren Mitglieder des Reichstags nach dem heute im hiesigen Königlichen Schlosse stattfindenden Diner nach den betreffenden Ländern oder Provinzen sich in dem Rittersaale gruppieren möchten, indem Seine Majestät die Herren in dieser Weise sich vorstellen lassen wollen.“⁴⁸⁾

Auch am Tage nach der feierlichen Eröffnung des ersten deutschen Reichstags fand ein Essen für den Reichstag im Schloß statt.⁴⁹⁾ Sonst waren die Abgeordneten nie mehr gemeinsam bei ihrem Staatsoberhaupt zu Gast. Weitere Berührungspunkte ergaben sich bei der Grundsteinlegung des neuen Reichstagsgebäudes 1884 und bei der Einweihung des Kaiser-Wilhelm-Kanals.

⁴⁵⁾ Rt: 23. 2. 80 — 6, 82.

⁴⁶⁾ zb. 8. 5. 82 (Geburt eines Enkels) — 5, 43.

⁴⁷⁾ vgl. Liebknecht am 17. 3. 79 — 21, 448.

⁴⁸⁾ Rt: 25. 2. 67 — 1, 6.

⁴⁹⁾ Hohenlohe, Bd. II, S. 44.

Reichsfrühling und Parlamentsflitterwochen

Es ist selten, daß man den Durchbruch einer Stimmung in der Geschichte zeitlich genau bestimmen kann. Aber der Tag, an dem im deutschen politischen Leben das Pendel auf die Seite des Reichsgedankens ausschlug, ist bekannt. Es war der 18. Mai 1868.

Der Norddeutsche Reichstag war ein fleißiges Parlament.¹⁾ Aber trotz Entschlossenheit und Fleiß war die Stimmung nicht glänzend. Die Verfassungsberatungen fanden „in nüchternster Stimmung“ statt, „die kühle Erwägung hatte die Oberhand.“²⁾

Auch im Zollparlament war es nicht anders. Die süddeutschen Mitglieder waren mit großem Mißtrauen gegen Preußen erfüllt und der Partikularismus triumphierte. Nach der mißglückten Adreßdebatte vom 7. Mai 1868 sank die Stimmung auf den Nullpunkt. Mutlosigkeit und Verstimmung griffen um sich. Da entfesselte wenige Tage später eine Debatte über die hessische Weinsteuer die nationale Begeisterung. Bamberger verlangte, die hessische Weinsteuer müsse den niedrigeren Steuern im Reiche angeglichen werden. Die Süddeutschen bestritten dem Zollparlament das Recht, sich in die Verhältnisse der Einzelstaaten einzumischen. Ein Abgeordneter warnte gar vor einer Intervention des Auslandes. Da erhob sich Bismarck, der bis dahin noch nicht das Wort ergriffen hatte und hielt seine berühmte Rede, daß ein Appell an die Furcht im deutschen Herzen niemals ein Echo finde. Dem Kanzler sekundierte der nationalliberale Augsburger Abgeordnete Völk: „Jetzt ist Frühling geworden in Deutschland, und wenn auch einzelne sich mit Schneebällen werfen, das wird nicht mehr lange dauern und der fortschreitende Frühling wird dafür sorgen, daß zu Schneebällen bald das Material ausgeht. Auch ich will schließen mit den Worten: „Es ist Frühling geworden in Deutschland.“³⁾ Die Wirkung dieser Debatte war eine durchschlagende. „Wie eine Tat der Befreiung wirkte dieser Tag.“ Und die Hochstimmung pflanzte sich fort — „überall die gleiche helle Freude, das zuversichtliche Gefühl, es gehe vorwärts mit den vaterländischen Dingen.“⁴⁾ Auch Bismarck kam beim Schlußbankett des Zollparlaments noch einmal auf das Wort vom Frühling zurück.⁵⁾

Dann kam der Krieg und die nationale Begeisterungswelle, die Otto Elben Lasker zurufen ließ: „Welch Glück, in solchen Tagen ein Deutscher

¹⁾ Braun, S. 5.

²⁾ Böttcher, S. 89.

³⁾ Zollparlament, 18. 5. 68 — 14, 252 ff. vgl. dazu Robolsky, S. 82 ff. Elben S. 167, 186.

⁴⁾ Böttcher, S. 103 f.

⁵⁾ Robolsky, S. 84.

zu sein, solch große Zeit zu erleben.“⁶⁾ Am 19. Oktober 1871 prägte Vizepräsident v. Hohenlohe-Schillingsfürst das Wort von den „Flitterwochen“ des Reichstags.⁷⁾ Diese Flitterwochen sollten nicht sehr lange dauern, aber einige Zeit lag doch der Geist der Menschlichkeit, der Versöhnlichkeit, der Toleranz, der gegenseitigen Achtung über dem parlamentarischen Kampffeld.

Dieser Geist äußerte sich in vielen kleinen Dingen. Etwa darin, daß sich die Abgeordneten aller Parteien zwanglos jeden Mittwoch abends bei einem Glas Bier im „Leipziger Garten“ versammelten.⁸⁾ Lasker unternahm Versuche, die Politik und die Kultur in Abendgesellschaften zusammentreffen zu lassen.⁹⁾

Der Mensch und der Politiker waren noch getrennt. Die Berliner Börsenzeitung schrieb nach einer blutrünstigen Brandrede Bebels: „Bebel ist eine zierliche Erscheinung. Sieht Bebel, den man nach seiner Rede für den deutschen Haus- und Gebäude-Nero halten möchte, wie seine Rede aus? Bebel raucht nicht, Bebel zündet keine Zigarre an — und er sollte Paläste anzünden? So haben wir also Bebel von seiner Rede zu trennen.“¹⁰⁾

Die gleiche Beobachtung, daß sich nämlich jeder Parlamentarier in eine menschliche und eine offizielle Hälfte teilt, macht Müller-Meiningen wiederholt. Er beschreibt den späteren Führer der Konservativen, Freiherrn v. Heydebrand als „den Typ des herrschsüchtigen, preußischen Junkers“, als „einen Todfeind moderner demokratischer Staatsideen“. Aber persönlich war Heydebrand „ein netter, harmloser Mensch, liebenswürdig, wie die echten preußischen Junker in näherem Verkehr durchweg sind“. Über den Konservativen v. Kardorff, den Führer der Schutzzollbewegung, urteilt er: „Im Parlament spielte er den grimmigen Junker und Reaktionär. Im persönlichen Verkehr gewann er wie so viele von den echten preußischen Junkern ungemein.“ Von Liebknecht berichtet Müller-Meiningen, daß dieser „ein wahres Kind im persönlichen Umgang“ gewesen sei. „Bestieg er aber die Rednertribüne, so floß er förmlich in Blut und Vernichtung.“¹¹⁾

Da war der Freiherr v. Thimus, ein Jurist und Musikfreund aus dem Zentrum, der in seiner Freizeit über die Harmonik des Altertums schrieb. „Es war merkwürdig“, berichtet sein Fraktionskollege Bachem, „wie grimmig der sonst so milde und verbindliche Mann während der Kulturkampfdebatten sein konnte.“ Da war der Zentrumsführer Peter Reichensperger, ein Jurist von hohen Graden, der in der Eisenbahn auf der Fahrt zum Reichstag — mitten im Kulturkampf — spanische Vokabeln memorierte, um den Don Quichote in der Ursprache lesen zu können. In der kirchenpolitischen Debatte geriet der gleiche Literaturfreund einmal so in Feuer, daß er mit der Faust das Rednerpult entzweischlug.¹²⁾

⁶⁾ Elben an Lasker, 19. 11. 70; Dt. Revue 1892, III, 176.

⁷⁾ Rt. 19.10. 71 — 5, 14.

⁸⁾ Hohenlohe, S. 55, 57; Elben, S. 199.

⁹⁾ Rodenberg, S. 449.

¹⁰⁾ Bebel, Bd. II, S. 224 ff.

¹¹⁾ Müller-Meiningen, Heydebrand: S. 178, Kardorff, Liebknecht: S. 191 ff.

¹²⁾ Bachem, S. 74 bzw. 71.

Die Gegnerschaft der Parteien hatte noch etwas Menschliches. Man halte sich nur das Gefängnis-Idyll des Staatsfeindes Nr. 1, August Bebel, vor Augen. Mit einem Kanarienvogelkäfig und schweren Bücherkisten entstieg er in Hubertusburg dem Zug, um seine Festungshaft anzutreten, während die Schaffner auf dem Bahnsteig salutierten. In der Zelle las er philosophische Werke, schrieb Bücher und ließ sich von seinem Mitgefangenen Liebknecht Sprachunterricht geben. Im Festungsgarten baute er Radieschen. Bei der Nachwahl in seinem Wahlkreis weigerte sich sein Gegenkandidat Schulze-Delitzsch, Wahlversammlungen abzuhalten, da auch Bebel daran verhindert sei.¹³⁾

Auf der entgegengesetzten Seite von Bebel saß, allerdings erst nach Laskers Tod, der grimmige Elard von Oldenburg-Januschau, ein Junker von echtem Schrot und Korn, für den Deutschland nur ein erweitertes Preußen war und für den der Staat auf den Säulen einer gesunden Landwirtschaft und eines starken Heeres ruhte. Von ihm stammt das Wort, der König müsse jederzeit in der Lage sein, „zu einem Leutnant zu sagen: Nehmen Sie 10 Mann und schließen Sie den Reichstag“. Er machte das Wort des alten Wrangel: *vox populi, vox Rindvieh*, wieder populär. Und auch er, der das Parlament verachtete, achtete seinen Gegner. Und er gab selbst den Schlüssel zu seinem Verhalten, als er lange nach der Revolution und lange nach Bebels Tod, im Jahre 1930, der damaligen Volksvertretung zurief: „Ich habe hier 12 oder 15 Jahre gegen den alten Bebel gefochten. Wir haben das getan als ehrliche Gegner und in anständiger Form.“ Das war es, was die alten Parlamentarier untereinander noch verbunden hatte: die Wahrung der Formen und die ehrliche Gegnerschaft.¹⁴⁾

Kardorff, der Führer der Schutzzollbewegung, veröffentlichte 1875 eine neue Streitschrift. Eines der ersten Exemplare sandte er mit einem freundlichen Schreiben an seinen Hauptwidersacher Lasker. Er unterzeichnete seinen Brief: „In aufrichtiger Hochachtung trotz aller Gegnerschaft.“¹⁵⁾

„Die Form des Parlamentarismus ist verbraucht“, ist Spenglers Analyse im Jahre 1920. „Er war in England schon im Niedergehen, als deutsche Narrheit ihn herüberholte. Er hat seine beste Zeit vor Bismarck gehabt. Es war eine alte, reife, vornehme, unendlich verfeinerte Form, die den ganzen Takt des englischen Gentleman von guter Herkunft erforderte, um in Vollendung beherrscht zu werden. Die Voraussetzung war eine selbstverständliche Übereinstimmung in so vielen Fragen, daß Differenzen die Höflichkeit nicht in Gefahr brachten. Der parlamentarische Kampf hatte etwas von den guten Formen eines Duells unter Aristokraten an sich. Gröbere Menschen — gröbere Fragen — und alles ist zu Ende. Aus dem Duell wird eine Schlägerei. Mit den Menschen alter Zucht gehen auch die gefühlten Formen, der Takt zu Ende.“¹⁶⁾

¹³⁾ Bebel, dB. II, S. 260 ff.

¹⁴⁾ Erinnerungen an Elard v. Oldenburg-Januschau, Leipzig, 1936 (= Oldenburg).

¹⁵⁾ Wentzke, S. 150.

¹⁶⁾ Oswald Spengler, *Preußentum und Sozialismus*, München, 1920, S. 66 f.

Zur Charakterisierung der parlamentarischen Flitterwochen gehören auch einige Schnappschüsse aus dem Parlament selber. Etwa von dem polnischen Landtagsabgeordneten Kiol Bassa, der ans Barfußgehen gewöhnt war und sich während der Sitzung die Stiefel auszuziehen pflegte,¹⁷⁾ oder von dem Dichter Friedrich Wilhelm Weber, der nie zuhörte und sein Epos „Dreizehnlinden“ während der Sitzungen auf der Rückseite der Parlamentsdrucksachen niederschrieb;¹⁸⁾ oder von dem konservativen Hofrat Ackermann, der in Erwartung seiner Wahl zum Vizepräsidenten auf einem gewissen Örtchen seine Antrittsrede übte und dabei belauscht wurde.¹⁹⁾ Es gehört hierher die Geschichte von dem nationalliberalen Abgeordneten Grumbrecht, dessen Frau immer, wenn er sprach, mit einem Strickstrumpf bewaffnet, auf der Tribüne saß. Einmal bittet Grumbrecht energisch ums Wort, er habe es schon vor einer Stunde gefordert. „Jawohl, Herr Abgeordneter“, erwidert Präsident Simson mit einem Seitenblick zur Zuschauertribüne, „ich habe ‚sie‘ gesehen.“²⁰⁾ Es gehört zu den Ausdrucksformen sympathischer Art auch das Duell, das damals in Parlamentskreisen üblich war, und immerhin etwas Ehrlicheres an sich hatte als die gefälschten Briefe, die heute als Waffe im politischen Kampf dienen.²¹⁾

Die Memoiren damaliger Abgeordneter, von Wagener, Oldenburg, Bebel, Bachem sind ohne Ausnahme Zeugnisse von versöhnlichem Geist. Beschimpfungen des Gegners finden sich nirgends.

Ein wichtiger Bestandteil des Flitterwochenstils sind schließlich noch die parlamentarischen Abende und Frühschoppen, die Bismarck regelmäßig veranstaltete und bei denen sich Abgeordnete aller Fraktionen zwanglos trafen. Ein Abgeordneter urteilte über diese Soireen: „Es ist doch eine Freude, in dieser Zeit zu leben und ein Deutscher zu sein. In unserer Jugend standen uns die Pitt, die Burke, die Fox, die Sheridan vor Augen. Wir brauchen nicht mehr nach England neidisch auf politische und parlamentarische Größen zu blicken. Unser gewaltiger Staatsmann überragt alle. Aber Männer, wie die kleine Exzellenz (Windthorst) sind auch Leute, deren Namen in der Geschichte unvergessen bleiben werden.“²²⁾

Der Frühling dauerte an, so lange Bismarck mit Unterstützung der Nationalliberalen das parlamentarische Leben in der Hand hatte und gipfelte in dem Versuch von 1877, Minister aus der Parlamentsmehrheit zu nehmen. Er endete, als die nationalen, idealen Fragen den wirtschaftlichen Platz machten und anstelle des Kampfes der Persönlichkeiten und Ideen der Kampf der Sachverständigen, Interessenten und Statistiken trat.

¹⁷⁾ Hermann Wagener, *Erlebtes*, 2 Teile, Berlin, 1884 (= Wagener), Teil 1, S. 30.

¹⁸⁾ Bachem, S. 82.

¹⁹⁾ Richter, Bd. II, S. 145.

²⁰⁾ Wermuth, S. 39.

²¹⁾ Bismarck duellierte sich am 26. 3. 1852, nachdem er tags zuvor das Abendmahl genommen hatte, mit dem späteren Zentrums-Abgeordneten Georg v. Vincke. Dieser hatte ihn ironisch einen namhaften Diplomaten genannt und sich später dahingehend berichtigt, daß er außer einer brennenden Zigarre von B. keine diplomatischen Leistungen gesehen habe. Das Duell endete ohne Verletzungen. (Poschinger, Bd. II, S. 13.) Friedlicher Natur waren die Verletzungen, die Bismarck als Student dem späteren Abgeordneten Bode zufügte. (Poschinger, II, S. 88.) Jedoch waren die von Bismarck erhaltenen Schmisze Bodes großer Stolz.

²²⁾ Eine genaue Darstellung aller parlamentarischen Soireen bei Bismarck findet sich in dem dreibändigen Werk von Poschinger. (Poschinger, Bd. I, S. 259.)

Nach der Reichsgründung

Trotz nationaler Hochstimmung begann der erste deutsche Vollreichstag mit einem Schauspiel der Zwietracht, als das Zentrum dem national-liberalen Adressenentwurf seine Zustimmung versagte. Die 63 Gegenstimmen bezeichnen die Stärke der Opposition im ersten Reichstag.¹⁾

Daß der Norddeutsche Reichstag die entscheidende Vorarbeit geleistet hat und daher bei einer Darstellung deutscher Parlamentsereignisse nicht außer Acht gelassen werden kann, ergibt sich bei allen folgenden Beratungen. Die Norddeutsche Bundesverfassung wird ohne Debatte über wesentliche Punkte zur Reichsverfassung. Lasker erklärte für sich und seine Freunde: „Es ist nicht unsere Absicht, gegenwärtig mit etwas Anderem uns zu beschäftigen, als was strikte Redaktion der Verfassung ist.“ Durch diese Redaktion dürfe das abgeschlossene, bestehende Recht in keiner Weise verändert werden. „Ich meine, daß jede Nation einmal eines Ruhepunktes bedarf, in dem sie sich freut der Dinge, die sie vollendet hat, (sehr wahr!) besonders Deutschland, das so lange gerungen hat, um überhaupt eine Verfassung zu erhalten, wenn auch eine Verfassung mit Mängeln, wie jedem menschlichen Werk eigentümlich sind. Gegenwärtig . . . ziemt es der Nation, einige wenige Tage wenigstens sich zu erholen, den Streit ruhen zu lassen und sich dessen zu freuen, was sie zu erreichen gewußt hat durch Festigkeit und Bescheidenheit. Dies ist mein Standpunkt, weshalb ich mich enthalten werde, in jede materielle Debatte mich zu mischen, . . . welche zu einem Streit Veranlassung geben könnte.“ (Lebhaftes Bravo!)

Der Reichskanzler erklärte in einem Satz, daß er den beredten Worten Laskers in voller Überzeugung zustimme.²⁾ Der einzige wichtige Änderungsvorschlag materieller Art geht vom Zentrum aus und fordert die Einbeziehung von Grundrechten in die Verfassung. Er fällt gegen 59 Stimmen.³⁾ Ohne namentliche Abstimmung, gegen sieben oder acht Stimmen, wird die Gesamtverfassung am 14. April 1871 verabschiedet.⁴⁾

Die Diätenfrage wird nicht im Zusammenhang mit der Verfassungsberatung aufgeworfen, sondern durch einen besonderen Gesetzentwurf der Fortschrittspartei. Die Diäten werden mit Unterstützung Laskers erneut mit 186 zu 126 Stimmen angenommen, aber vom Bundesrat verworfen.⁵⁾

¹⁾ Rt: 25. 4. 71 — 22, 381.

¹⁾ Abstimmung über Adresse: Rt: 30. 3. 71 — 7, 71.

²⁾ Rt: 1. 4. 71 — 9, 95.

³⁾ Abstimmung — Rt: 4. 4. 71 — 11, 155; vgl. dazu Majunke, S. 41 ff. und Ketteler, S. 28 ff.

⁴⁾ Rt: 14. 4. 71 — 15, 223.

Mitten in den Beratungen, am 12. Mai 1871, betritt der Kanzler, von den Friedensverhandlungen aus Frankfurt kommend, den Plenarsaal. Das Haus erhebt sich spontan und jubelt ihm zu.⁶⁾

Mit genausowenig Aufwand wie die Verfassung wird das Strafgesetzbuch zum Reichsgesetz erhoben. Für die Nationalliberalen sagt Kanngießer: „Das aktuelle deutsche Reichs-Staatsrecht soll in der Form der Gesetze die gewonnene Staatseinheit zu sinnlicher Anschauung bringen.“ Am 9. Mai wird das STGB Reichsgesetz, ohne daß länger als eine Stunde debattiert worden wäre.⁷⁾

Eine der Hauptaufgaben der Session ist die Vereinigung von Elsaß-Lothringen mit dem Reich. Lasker ist in der Kommission zur Vorbereitung des diesbezüglichen Gesetzentwurfes.⁸⁾ Zusammen mit Stauffenberg beantragt er, daß auch die Finanzmittel für die neue Provinz durch den Reichstag bewilligt werden müssen. Das Haus schließt sich diesem völlig natürlichen Antrag an.⁹⁾ Da ergreift Bismarck bei der dritten Beratung das Wort und behauptet, er könne dieses Amendement nur als Mißtrauensvotum ansehen. „Ich werde wie ein leichtfertiger Schuldenmacher dem Lande hingestellt.“¹⁰⁾ Lasker verteidigt sich; von Mißtrauen könne nicht die Rede sein. Der Kanzler dürfe die moralische und unerschütterliche Gewißheit haben, „daß keiner in diesem Haus sitzt, mit wenigen Ausnahmen vielleicht, die sich ganz außerhalb dieses Kreises gestellt haben, der nicht erfüllt ist von dem Bewußtsein der großen Dienste, die er dem Vaterlande geleistet hat.“ (Lebhaftes Bravo!) Er möge also das persönliche Element wieder aus der Diskussion entfernen, damit nicht die Mitglieder wider ihre Überzeugung nur ihm zuliebe eine Entscheidung fällen würden, welche nicht vom Sachlichen beherrscht ist.¹¹⁾

Bismarck meint, er könne sich über Mangel an Anerkennung nicht beklagen. Aber „daß ich dieses Vertrauen, welches ich glaube, mir erworben zu haben, hier nicht wiederfand, diesen Eindruck kann selbst eine so geschickte Interpretation und ein so gewandter Redner wie der Herr Vorredner mir nicht nehmen. Es ist ja nicht das erste Mal, daß der Herr Vorredner und seine Parteigenossen mir erklärt haben, daß sie unbedingtes Vertrauen zu mir hätten, daß sie es aber in ihren Voten und Anträgen nicht zu betätigen für gut befunden haben, und die Tatsache bleibt auch hier für mich bestehen: die Herren mögen Vertrauen zu mir nach anderen Richtungen haben, hier haben Sie das Vertrauen zu mir nicht.“¹²⁾

Man empfand in liberalen Kreisen die auffallende Schärfe dieser Äußerungen. Zwar konnte der strittige Punkt in der Kommission bereinigt werden, aber der Vorfall stimmte bedenklich. Auf das erste selbständige Auftreten des Reichstags hatte der Kanzler mit hochgradiger Verdrießlichkeit reagiert.¹³⁾ Am 15. Juni ging die erste Session zu Ende.

⁶⁾ Rt: 12. 5. 71 — 33, 665.

⁷⁾ Kanngießer: 5. 5. 71 — 29, 556; Schlußabstimmung: 9. 5. 71 — 31, 601.

⁸⁾ Rt: 5. 5. 71 — 29, 546.

⁹⁾ Rt: 22. 5. 71 — 40, 858.

¹⁰⁾ Rt: 25. 5. 71 — 43, 921 ff.

¹¹⁾ Rt: 25. 5. 71 — 43, 926.

¹²⁾ dto. 43, 928.

¹³⁾ vgl. Böttcher, S. 122.

In der Wintersession erneuerte Lasker seinen Antrag, das gesamte bürgerliche Recht dem Reich zu unterstellen. Die Annahme erfolgte wieder mit großer Mehrheit, konnte aber den Bundesrat nicht umstimmen.¹⁴⁾

Ende 1871 lebt der Streit über die Heeresverfassung wieder auf. Das im Norddeutschen Reichstag abgeschlossene Komprobiß bedarf der Erneuerung. Man hört, daß die Regierung das Pauschquantum auf weitere drei Jahre verlängern lassen will, Stephani berichtet von einer lebhaften Fraktionssitzung am 24. Dezember: „Sehr große Erregtheit über die Frage der dreijährigen Verlängerung. Die Mehrheit, an der Spitze Bennigsen und Forckenbeck, ist dafür, Lasker ist leidenschaftlich dagegen.“ Mit 46:25 Stimmen entscheidet man sich innerhalb der Fraktion für die dreijährige Dauer.¹⁵⁾ Die Aussichten einer Fraktionsspaltung steigen. Nach Stephani ist die Stimmung „äußerst gespannt und gereizt und leider ein Bruch nicht ganz unmöglich. Persönliche Antipathien kommen ins Spiel, Laskers Eitelkeit und Rechthaberei spielt eine große Rolle.“¹⁶⁾

Lasker begründet seinen angeblichen Starrsinn. Pauschquanten bedeuten nach seiner Ansicht „Vollmacht für die Regierung, Organisationen vorzunehmen, welche ihr belieben, die Verwaltung völlig frei zu führen, ohne jede parlamentarische Kontrolle“, während es doch gerade Aufgabe des Parlaments sei, „zu revidieren, in welcher Weise die Gelder verteilt werden und Kontrolle darüber zu haben, was an Neubildungen (von Heeresformationen) stattfindet“. Außerdem müsse der Etat noch dem jetzt versammelten Reichstag vorgelegt werden, damit er nicht wieder bei den Wahlen als Wahlkampfobjekt diene. Deshalb fordere er den zweijährigen Etat. Es sei aber unsinnig, daraus einen Angriff gegen die deutsche Wehrkraft herauslesen zu wollen. Der Antrag auf zweijährigen Etat wird mit 190:84 Stimmen abgelehnt und der dreijährige Etat mit 150:134 Stimmen angenommen. Lasker befindet sich mit 44 Fraktionsmitgliedern in der Minderheit; Bennigsen mit 51 Nationalliberalen in der Mehrheit.¹⁷⁾

Das Jahr 1872 steht im Zeichen des Kulturkampfes, an dem sich Lasker kaum beteiligt. Im preußischen Abgeordnetenhaus beginnen 1872 die Beratungen über die Kreisordnung, an denen Lasker fleißig teilnimmt, so daß Minister Eulenburg am 23. November 1872 im Abgeordnetenhaus sagt, die besten Teile des Gesetzes seien durch die Lasker'schen Änderungen zustande gekommen. Bekanntlich konnte dieser liberalen Kreisordnung nur durch Ernennung von 25 neuen Herrenhausmitgliedern, dem sogenannten Pairsschub, zum Sieg verholfen werden.¹⁸⁾

Im Reichstag liegt Laskers Haupttätigkeit in der Kommission für das Militärstrafgesetz. Lasker fordert eine Angleichung des Militärrechts an das zivile Strafrecht. Ihm gebührt nach Richters Ansicht „das Hauptverdienst um

¹⁴⁾ Rt: 15. 11. 71 — 21, 290.

¹⁵⁾ Böttcher, S. 126 ff. Nach Martin Philippson, Max v. Forckenbeck, Dresden, 1898, war die Abstimmung 43:26 (= Philippson).

¹⁶⁾ Böttcher, S. 126.

¹⁷⁾ Lasker: 29. 11. 71 — 34, 611 ff.

Abstimmungen: 30. 11. 71 — 35, 641 ff.; 1. 12. 71 — 36, 656 (Schluß).

¹⁸⁾ vgl. Philippson, S. 246 f.

die gegen die Regierung durchgesetzten Milderungen". Bei der Schlußabstimmung im Plenum sei er jedoch „in gewohnter Weise“ vom rechten Flügel verlassen worden und habe einige Verbesserungen wieder fallen lassen müssen.¹⁹⁾ Der Kladderadatsch zeichnet Lasker als „lieb Kind bei der ganzen Armee“, wie ihn einige freudige Soldaten auf dem Arm tragen.²⁰⁾

Der Lasker-Antrag auf Erweiterung der Rechtskompetenz des Reiches findet abermals eine große Mehrheit.²¹⁾

Nach der Annahme des Jesuitengesetzes am 19. Juni 1872 geht der Reichstag in die Ferien.

¹⁹⁾ Richter, Bd. I, S. 56.

²⁰⁾ Parlamentsalbum des Kladderadatsch, Hrsg. von Wolfgang Hofmann, Berlin, 1928, S. 66.

²¹⁾ Rt: 31. 5. 72 — 32, 632.

Zentrum und Kulturkampf

Das Zentrum hatte sich im Jahre 1870 neu formiert und bei den Wahlen zum ersten deutschen Reichstag 57 Sitze errungen.¹⁾ Es war nach Meinung der reichstreuen Politiker „unfraglich das unholdeste Erzeugnis dieser Frühlingstage, welche Kaiser und Reich zu schaffen vermocht hatten.“²⁾

Der „Kladderadatsch“ sah die neuerstandene Fraktion im Jahre 1871 folgendermaßen:

„Was glänzt dort im Reichstag im Mondenschein
der kahl geschorenen Glatzen?
Sie sitzen gescharet in düsteren Reih'n,
die einen fanatisch, mit dürrer Gebein,
die andern gemästet zum Platzen.
Und wenn ihr die frommen Gesellen fragt —
das ist Pii³⁾ schwarze verlogene Jagd.“⁴⁾

Bismarck selbst hielt es für „eine der ungeheuerlichsten Erscheinungen auf politischem Gebiete, daß sich eine konfessionelle Fraktion in einer politischen Versammlung bildete.“⁵⁾ Elben fand den Namen „Zentrum“ völlig verfehlt. Nach seiner Meinung zerstörte das Erscheinen dieser Fraktion die traditionelle Parteigruppierung von links nach rechts.⁶⁾

Das Zentrum rekrutierte sich hauptsächlich aus Süddeutschen und Rheinländern. Unter seinen Fittichen fanden aber auch Polen, Elsässer und Partikularisten Zuflucht. Es war bis zum Jahre 1879 die eigentliche, „reichsfeindliche“ Opposition.

Durch das Zentrum wurde eine neue Auffassung des Parlamentsmandates in die Volksvertretung getragen. Die klerikalen Abgeordneten negierten ganz offen den Verfassungsartikel, daß jeder Abgeordnete das ganze Volk vertrete und fühlten sich nur ihrer katholischen Wählerschaft, ohne Rücksicht auf Standesunterschiede, verantwortlich. An dieser konfessionellen Mandatsauffassung änderten auch einige evangelische Aushängeschilder wie Ludwig v. Gerlach nichts.

Ein weiteres Kennzeichen des Zentrums war seine völlige Isolierung. Es konnte jahrelang weder Wahlbündnisse noch Abstimmungskartelle mit anderen Parteien des Hauses eingehen.⁷⁾

¹⁾ Bergsträßer, S. 100 ff.

²⁾ Blum, S. 15.

³⁾ von 1846 bis 1878 saß Pius IX. auf dem Papst-Thron.

⁴⁾ Kladderadatsch-Album, S. 64.

⁵⁾ Klein-Hattingen, Bd. II, S. 21.

⁶⁾ Elben, S. 185.

⁷⁾ und ⁸⁾ Lasker, Nachlaß, S. 70 ff.

Schließlich war das Zentrum die erste größere Partei in Deutschland, die im Reichstag — obwohl sie sich in ihrem Programm ausdrücklich gegen den Fraktionszwang ausgesprochen hatte — das Schauspiel einer stets geschlossen stimmenden Fraktion bot. Bis zum Jahre 1877 gab es nur eine einzige, unwichtige Abstimmung, in der das Zentrum zersplittert war.⁸⁾

Lasker sah im Zentrum „eine zu jeder Art von Opposition bereite Fraktion; es richtete die Verhandlungen im Plenum wesentlich nach außen hin, nahm mit jeder Art von Opposition Fühlung und veränderte mit der Präzision eines wohleingeübten taktischen Verbandes seine Kombination je nach der Zuträglichkeit des Augenblicks.“⁹⁾

Politisch widersetzte sich das Zentrum hauptsächlich einer starken Reichsgewalt, wie sie die Liberalen wünschten. Sie waren Laskers Hauptgegner in seinem Kampf um eine erweiterte Gesetzgebungskompetenz des Reiches. „Das liberale System“, urteilt der Abgeordnete Ketteler, Bischof von Mainz, „ist lediglich ein abstrakter Begriffsformalismus, es enthält eine beschränkte Zahl von Gemeinplätzen, ohne Idee, ohne Volksgeist, ohne Tiefe, ohne Sitte, ohne Religion. Daher kommt auch die Erscheinung, daß ein Hauptvertreter diese angeblich liberalen Germanentums das Judentum ist. Das deutsche Volk geht jetzt zu den Juden und läßt sich von ihnen belehren, was deutsches Wesen ist.“¹⁰⁾ Dieser Ausfall ist deutlich gegen Lasker gemünzt.

Dabei war Lasker an der Entstehung des Kulturkampfes überhaupt nicht beteiligt. Er wollte die Freiheit des Glaubens gewahrt sehen, wandte sich aber gegen den weltlichen Herrschaftsanspruch der klerikalen Hierarchie. So sehr er auf der einen Seite die Staatsaufsicht für die Schule wünschte, so heftig bekämpfte er Sonderbestimmungen und Gesetze, welche nicht juristischen Erwägungen, sondern politischen Tagesbedürfnissen entsprachen. Daß er gegen alle Ausnahmebestimmungen, oft im Widerspruch zur eigenen Fraktion stimmte, trug ihm keinen Dank ein. Für die Klerikalen war er Regierungsknecht, so wie die Regierung in ihm den unbequemen Querulanten und Oppositionellen sah. Diener,¹¹⁾ Handlanger¹²⁾ und Günstling Bismarcks,¹³⁾ so wurde Lasker von den Ultramontanen beurteilt. Mit dem Wunsch nach Ausgleich saß er, wie fast dauernd in seinem Leben, zwischen zwei Stühlen und wurde von allen Seiten gleichmäßig angefeindet. Einen besseren Beweis für seine echte Unabhängigkeit gibt es wohl nicht.

Die Reibungen zwischen Staat und Kirche schlugen sich im Parlament erstmals nieder bei der Adreß-Debatte vom 30. März 1871 und bei dem Streit über den Grundrechtsantrag des Zentrums am 4. April 1871. Der eigentliche Kulturkampf beginnt in Preußen mit der Aufhebung der evangelischen und der katholischen Abteilung im preußischen Kultusministerium (Juli 1871).

⁸⁾ Schulte, Das Abstimmungsverhalten des Zentrums im Parlament, Deutsche Revue, 1877, 1. Band, S. 1 ff., gemeint ist die Abstimmung vom 13. 12. 76 über Eisenzölle.

⁹⁾ Ketteler, S. 10 f.

¹¹⁾ Otto Pfülf, S. J., Hermann v. Mallinckrodt, Freiburg, 1901 (= Pfülf), S. 347.

¹²⁾ Pfülf, S. 447.

¹³⁾ Dr. Eduard Hüsgen, Ludwig Windthorst, Köln, 1907, (= Hüsgen), S. 241.

Obwohl sich der Hauptteil des Kulturkampfes im preußischen Abgeordnetenhaus abspielt, greift er doch auf den Reichstag über. Im November fordern die Regierungen vom Reichstag eine Änderung des Strafgesetzbuches, durch welche der Mißbrauch des geistlichen Amtes zur Agitation gegen den Staat unter Strafe gestellt werden soll. Bei der Debatte über diesen sogenannten Kanzelparagraphen beteiligt sich Lasker nicht. Er stimmt bei der Schlußabstimmung als einziger Nationalliberaler gegen ihn, ohne seine Annahme mit 179:108 Stimmen verhindern zu können.¹⁴⁾

Am 17. Januar 1872 wird der liberale Jurist Dr. Adalbert Falk anstelle von Mühlerr Kultusminister in Preußen. Im Abgeordnetenhaus wird am 13. Februar das Schulaufsichtsgesetz verabschiedet, durch welches alle Schulen der geistlichen Aufsicht entzogen und dem Staat unterstellt werden. Lasker ist für das Gesetz. Als Windthorst behauptet, nur die kirchliche Schulleitung gewährleiste gediegenes Bildungswesen, weist ihm Lasker an Hand von umfangreichen Statistiken nach, daß es die meisten Analphabeten in katholischen Ländern gebe. Er schließt seinen Zahlenüberblick: „Es gibt Redner, zu denen gehört Windthorst, welche ohne die geringste Kenntnis über Dinge sprechen...“ An dieser Stelle wird er durch heftige Protestrufe aus dem Zentrum unterbrochen. Elegant geht Lasker auf die Zurufe ein: „Sie werden doch den Abgeordneten Windthorst nicht so beleidigen, daß Sie annehmen, er hätte die von mir angeführten Zahlen vorher gekannt und seine Behauptungen also wider besseres Wissen aufgestellt.“ Dann faßt er seine Meinung zusammen: „Alles Recht, das wir zu schützen haben, wird allein vom Staate abgeleitet; deshalb dürfen wir niemals zulassen, daß sich im Innern des Staates eine Macht etabliert, welche diesem selbst Hohn spricht.“¹⁵⁾

Im Mai ernennt der Kaiser den Kardinal Fürst Hohenlohe, einen Bruder des späteren Kanzlers, zum deutschen Gesandten am päpstlichen Stuhl. Der Papst verweigert seine Zustimmung zu dieser Ernennung. Diesen Vorfall, der in Deutschland große Erbitterung hervorruft, bringt Bennigsen am 14. Mai im Reichstag zur Sprache. Formell geht es um die Frage, ob der Etatsposten von 19 000 Talern für die Gesandtschaft beim Vatikan gestrichen werden soll, aber wieder einmal weitet sich die Etatsdebatte zur Grundsatzdebatte aus. Bismarck spricht sein berühmtes Wort: „Seien Sie außer Sorge, nach Canossa gehen wir nicht, weder körperlich noch geistig.“ (Lebhaftes Bravo!)¹⁶⁾

Wenige Tage darauf muß sich der Reichstag auf Grund zahlreicher Petitionen für und gegen den Orden mit den Jesuiten beschäftigen. Das Zentrum sucht vergeblich, die Debatte zu verhindern. Sein Antrag auf Übergang zur Tagesordnung wird abgelehnt. Dagegen wird ein Antrag, der die Regierung zur Vorlage eines Gesetzes auffordert, durch welches Verstöße des Ordens gegen Verfassung und Recht bestraft werden können, mit 205:84 Stimmen angenommen.¹⁷⁾ Schon einen Monat später ist der Entwurf fertig.

¹⁴⁾ Rt: 28. 11. 71 — 31, 545.

¹⁵⁾ Nach Klein-Hattungen, Bd. II, S. 34 ff., dort, S. 9 ff. auch eine knappe Übersicht über den Gesamtverlauf des Kulturkampfes.

¹⁶⁾ 14. 5. 72 — 21, 356.

¹⁷⁾ 16. 5. 72 — 23, 427; vgl. dazu Richter, Bd. I, S. 54 ff.

Eine Kommission hat den Entwurf ausgearbeitet. Als man diesen der nationalliberalen Fraktion unterbreitet, „stieß man auf einen unerwartet leidenschaftlichen Widerstand Laskers. Es kam zu den peinlichsten Auftritten. Lasker blieb indes fast vollständig isoliert.“¹⁸⁾ Bei der dritten Lesung teilte Lasker dem Hause seine Bedenken mit: „Ich habe heute die Ansicht einer kleinen Minderheit zu vertreten, die zu ihrem eigenen Leidwesen sich getrennt sieht von ihren Kampfgenossen, mit denen sie ... auch in den Fragen der beklagenswerten kirchlichen Streitigkeiten Hand in Hand gehen möchte. Wir sind der Meinung, daß durch den Kampf selbst ersichtlich sein muß das einzige Endziel, welches wir alle im Auge haben sollen: die Aussöhnung der Gemüter. (Sehr gut! im Zentrum.) Es kann nicht die Absicht sein, die kirchlichen Streitigkeiten durch eine gewaltsame Unterdrückung entgegenstehender Meinungen zu Ende zu bringen. (Sehr gut! Sehr richtig! im Zentrum.)“ Das Gesetz stelle einen Verstoß gegen die Idee des Rechtsstaates dar, inhaltlich und formal.¹⁹⁾

Am 19. Juni findet die Schlußabstimmung statt. Das Gesetz, durch welches der Jesuitenorden aufgelöst wird, findet Annahme mit 181 zu 93 Stimmen. Von den Nationalliberalen stimmen die beiden Juden Lasker und Bamberger und der Kasseler Abgeordnete Bähr mit der Minderheit.²⁰⁾

Oppenheim beglückwünscht Lasker zu seiner festen Haltung und bekommt folgende Antwort: „Die guten Freunde wollen durchaus einen bedeutenden Menschen aus mir machen, und jeder derartige Versuch bedrückt mich mit dem Gefühle der Unzulänglichkeit, an welchem ich nicht leide, wenn ich nicht herausgefordert werde. In der Jesuitenfrage habe ich mit dem vollsten Vorbedacht mich entschieden, in dem völlig klaren Bewußtsein, daß ich gegen die stark strömende Tagesmeinung mich stemme — und ohne unmittelbaren Erfolg. Nicht einen Augenblick habe ich das Votum bereut, so peinlich mir die Trennung war.“²¹⁾

Der Zentrumsführer Peter Reichensperger fühlt sich zu folgendem Schreiben an Lasker veranlaßt: „Indem ich mir nochmals den Gang der Jesuiten-debatte im Reichstag vergegenwärtige, drängt es mich, Ihnen herzlichen Dank für die Unterstützung auszusprechen, welche Sie, unbeirrt durch *ardor civium prava iuventium* der Sache des Rechts und der Freiheit gewährt haben.“²²⁾

Einige Monate später stellt sich Lasker dem ehemaligen Rundschauer der Kreuzzeitung, dem evangelischen Zentrums-Aushängeschild v. Gerlach vor. Nach Gerlach entspinnt sich folgendes Gespräch: „Ich: er habe bei mir Kredit, daß er gegen das Jesuitengesetz gestimmt habe. Er: sein Gewissen habe es gefordert. Ich: er möge von mir, dem Greise, die Mahnung annehmen, auf diesem Wege zu bleiben.“²³⁾

¹⁸⁾ Böttcher, Bd. I, S. 132.

¹⁹⁾ Rt: 19. 6. 72 — 48, 1123 ff.

²⁰⁾ Rt: 19. 6. 72 — 48, 1150; Abstimmungsergebnis bei Böttcher, S. 132, falsch angegeben.

²¹⁾ Wentzcke, S. 55.

²²⁾ Wentzcke, S. 56.

²³⁾ Gerlach, Bd. II, S. 360.

Nach der Annahme des Jesuitengesetzes geht der Reichstag in die Ferien.

Die Jahre 1873 und 1874 bringen in Preußen die Serie der Maigesetze und das Gesetz, durch welches die obligatorische Zivilehe eingeführt wird. Der Reichstag verabschiedet am 25. April 1874 das sogenannte Expatriierungsgesetz, welches ermöglicht, daß Geistliche, die trotz staatlichen Verbotes ihr Amt ausüben, aus dem Reich ausgewiesen werden können. Lasker beteiligt sich an der Diskussion nicht, stimmt aber für das Gesetz.²⁴⁾

Als bei der Anwendung der Maigesetze in Preußen ein Rechtsbruch vor kommt und das Zentrum eine Interpellation einbringt, steht Lasker hinter dem ungerecht behandelten Bürger und greift Minister Falk scharf an. Rechtsbruch sei ein Fall, „in dem wir alle verbunden sind, die gemeinsame Freiheit zu verteidigen.“²⁵⁾

Am 4. Dezember 1874, als das Zentrum den Kanzler angreift, steht er wieder auf Seiten der Regierung und bezichtigt die Ultramontanen des Verrats am Vaterland. Aber kaum eine Woche darauf setzt er sich ebenso leidenschaftlich für den inhaftierten Zentrums-Abgeordneten Majunke ein.²⁶⁾

Das letzte kirchenpolitische Gesetz wird in Preußen am 7. Juni 1876 erlassen. Lasker bedauert inzwischen die Schärfe, die der Kulturkampf angenommen hat und setzt sich am 22. Februar 1877 für eine Beilegung des Konfliktes ein. Er fügt hinzu, daß er leider nur für sich allein sprechen könne. Virchow spottet über diese „sentimentalen Abwandlungen“. Im Nachruf der Zeitschrift „Nord und Süd“ wird Lasker später diese „weinerliche Rede“ ebenfalls zur Last gelegt. Sie habe die Liberalen gespalten und die Stoßkraft der reichstreuen Kräfte gegen das Zentrum geschwächt. Im gleichen Atemzug muß der Biograph allerdings zugeben: „Die spätere Regierungspolitik hat ihm ja recht gegeben, aber...“²⁷⁾

Wie so oft, war auch Lasker in diesem Falle dem offiziellen Regierungskurs um einige Monate voraus und das genügte, um wieder Vorwürfe auf ihn zu häufen.

Nach den Wahlen von 1878 konnte August Reichensperger erstmals aufatmen und ausrufen, daß der Bann der Reichsfeindlichkeit gebrochen sei.²⁸⁾ Bekanntlich hat der Kulturkampf dem Zentrumsturm im Parlament nicht das geringste anhaben können. Es stieg trotz Kulturkampf von 1871 bis 1874 von 58 auf 91 Mandate und blieb mit geringen Schwankungen bis zum Jahre 1932 auf diesem Stand.²⁹⁾

²⁴⁾ Rt: 25. 4. 74 — 41, 1154 ff.

²⁵⁾ Pfülf, S. 516 ff.

²⁶⁾ Beide Vorfälle sind an anderer Stelle geschildert.

²⁷⁾ Nord und Süd, Jhgg. 1884, X 29. Bd., S. 122 ff. Verfasser unbekannt.

²⁸⁾ Pastor, Bd. II, S. 174.

²⁹⁾ Das umfassendste Spezialwerk über das Zentrum ist Karl Bachem, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumsparlei, Köln, 1926, 6 Bände.

Lasker auf dem Gipfel: die Gründungsrede

Bei allen Parlamentariern und Staatsmännern kann man die verschiedensten Betrachtungen anstellen, wann sie wohl den Höhepunkt ihrer Laufbahn erreichten. Bei Bennigsen, bei Windthorst, bei Miquel dürfte es aussichtslos sein, bestimmen zu wollen, welche Rede ihre beste, ihre wirkungsvollste gewesen sei. Dagegen läßt sich auf die Stunde genau sagen, wann Lasker die Krönung seines parlamentarischen Wirkens erlebte. Sein Ruhm und sein Ansehen erreichten den Zenith am 7. Februar 1873 durch seine Rede im preußischen Abgeordnetenhaus gegen den Gründungsschwindel.¹⁾

Bismarck hatte voll Verstimmung gegen Ende des Jahres 1872 sein Amt als preußischer Ministerpräsident niedergelegt und General v. Roon war am 1. Januar 1873 sein Nachfolger geworden. Roon war in seinem Amtsessel noch nicht richtig warm und auch über die laufenden Geschäfte nicht orientiert, als Lasker am 14. Januar im Abgeordnetenhaus einige allgemeine Vorwürfe gegen den Geheimrat Wagener, gegen Handelsminister v. Itzenplitz und gegen die schwindelhaften Gründungen von Eisenbahngesellschaften richtete. Dieser Angriff bewirkte zwar wenige Tage später eine Regierungsvorlage über die Beteiligung von Staatsbeamten an Erwerbsgesellschaften, brachte aber gleichzeitig in der offiziellen Presse einige geharnischte Dementis hervor, in denen Lasker der Unverantwortlichkeit, ja der Verleumdung bezichtigt wurde. Nun war Lasker gegen nichts so empfindlich als gegen den Vorwurf der Unwahrheit oder Unehrllichkeit. Ohne seinen engsten Freunden ein Wort zu sagen, verschwindet er einige Tage aus dem Parlament und wühlt von früh bis nachts in den Archiven der Handelsgerichte, um die nach dem Aktiengesetz jedermann zugänglichen Akten über einige Eisenbahngründungen einer Prüfung zu unterziehen.

Inzwischen richtet v. Roon ein Schreiben an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Forckenbeck, in dem Lasker in ziemlich verletzender Weise wegen angeblich falscher Behauptungen zurechtgewiesen wird. Man ist allgemein davon überzeugt, daß das Schreiben der Feder des angegriffenen Wagener entstamme. Das vom 31. Januar datierte Schriftstück kommt am 7. Februar zur Verlesung, nicht ohne daß Forckenbeck den Freund vorher informiert hätte. In dem Brief ist unter anderem angedeutet, daß Lasker als Rechtsanwalt Beziehungen zu einer Firma haben solle, die sich selbst um den Bau einer Eisenbahn beworben habe. Dieser Angriff ist ebenso plump wie unhaltbar, so daß v. Roon sofort nach Verlesung des Briefes aufsteht und sich kurz für diesen Satz entschuldigt. Er habe sich zu einer Äußerung verleiten lassen, von der er einsehe, daß sie besser unterblieben

¹⁾ Die Bedeutung dieser Rede rechtfertigt wohl das Abweichen von dem Prinzip dieser Arbeit, nur Laskers Tätigkeit im Reichstag darzustellen.

wäre. Weshalb er dann den Brief nicht rechtzeitig korrigierte, bleibt unverständlich. Jedenfalls sind die Sympathien des ganzen Hauses sofort auf seiten Laskers, dessen persönliche Integrität weder von Freund noch von Feind jemals in Zweifel gezogen worden ist. Ohne besondere Erregung meldet sich Lasker zu Wort, und betritt, mit einigen wenigen Notizen bewaffnet, das Rednerpult zu einer dreistündigen Rede.²⁾

Er danke dem Herrn Ministerpräsidenten, daß er den Angriff auf seine Ehre gemildert habe. „Ich muß jedoch zur vollen Klarheit dem Hause mitteilen, daß, seitdem ich Rechtsanwalt bin, ich niemals ein Rechtsanwalts-geschäft vollzogen habe, (Heiterkeit) — ich, als jener Passus des ministeriellen Schreibens mir vorgelegt wurde, nicht einmal gewußt habe, welche Firma damit gemeint sein könnte. Meine Herren, ich habe — und das muß ich vorausschicken, wenn es darauf ankommen wird, Glaubwürdigkeit gegen Glaubwürdigkeit zu setzen — ich habe mein ganzes Leben darauf eingerichtet, daß jeder meiner Schritte die öffentliche Prüfung in Beziehung auf Geldangelegenheiten bestehen kann, daß ich alles zurückgewiesen habe, was nicht allein in direktem Widerspruch, sondern überhaupt in irgendeine Konkurrenz mit meiner öffentlichen Tätigkeit treten könnte.“ (Sehr wahr, links.) Vor der Wahl sei er auch in Meinungen gefragt worden, ob er sich für eine Eisenbahn in seinem Wahlkreis einsetzen werde. Er habe es abgelehnt, sich darüber zu äußern, sei aber trotzdem gewählt worden. „So viel Sinn war noch unter den Wählern vorhanden, wie ein Abgeordneter sich von allen diesen Dingen fernhalten soll.“ (Bravo!)

In dem Brief hieß es ferner, Lasker habe frühere Vorwürfe gegen den Prinzen Biron zurücknehmen müssen, weil sie unhaltbar gewesen seien. Lasker hatte allerdings nach seinem Angriff gegen den Prinzen in unglaublicher Fairneß den Prinzen nicht nur beraten, wie er sein Dementi zur Kenntnis des Hauses bringen könne, sondern dieses Dementi selbst verlesen, allerdings mit dem Hinweis, er werde auf die Frage zurückgreifen. „Die Höflichkeit wird mir nun gelohnt, daß in einer offiziellen Zuschrift des Herrn Ministerpräsidenten behauptet wird, ich hätte eine Unrichtigkeit zurückgenommen, als ich nicht mehr anders gekonnt.“

Prinz Biron bestreite, eine Abfindung für seine Mithilfe an der Gründung der Breslau—Warschauer Bahn bekommen zu haben. Das sei richtig. Das Geld habe er nicht erhalten; die Gesellschaft habe es ihm zuerst versprochen und ihn hinterher betrogen. (Hört, hört!)

Er habe sich erst nach langer Überlegung entschlossen, diese Dinge zur Sprache zu bringen, „als jahrelang sich in diesem Haus keine Stimme erhob, was in Gruppen hier viele Jahre durchweg erzählt worden ist. (Sehr richtig! Sehr wahr!) Seit ich in dies Haus eingetreten, hat man mich wohl für den neutralsten Mann in Beziehung auf die Eisenbahnverwaltung gehalten. Jedes Mitglied des Hauses und die Vertreter der Regierung werden mir bezeugen, daß ich, ein sonst nicht gar seltener Sprecher (Heiterkeit) in Eisenbahnverhandlungen bis zu dieser Session niemals das Wort genommen hatte.“ Gerüchte über unsaubere Machenschaften seien immer in Umlauf

²⁾ Abgeordnetenhaus, 7. 2. 73; Brief Roons, 39, 933 f., Rede Laskers, 39, 934—951.

gewesen und da sich niemand um sie kümmerte, habe er sie in allgemeiner Form zur Sprache gebracht. „Der Handelsminister verlangte Tatsachen und Namensangabe. Damit war ich zum ersten Schritt gezwungen, gezwungen, mit Namen und Personen hervorzutreten. Und in der Tat, wenn ich Beschuldigungen vorbringe, so liebe ich es immer, nicht mit Insinuationen und hinterherum auf Unbekannte den Verdacht zu leiten, sondern ganz direkt zu bezeichnen, wen und was ich meine. Das ist, meine ich, die Art, wie öffentliche Verhandlungen geführt werden.“ Nun könne er sich ja, was den Fall Wagener anbeträfe, damit begnügen, zu sagen, er habe seine Mitteilungen von einem höchst achtbaren Mitglied des Hauses und zwar von einem Parteigenossen des Herrn Wagener.³⁾ Auch dann würde er schon die Glaubwürdigkeit der Tatsache, daß Wagener eine Geldabfindung bekommen habe, beanspruchen dürfen. „Aber ich bleibe auf dem formellen Standpunkt nicht stehen. Ich will der Regierung und diesem Haus gestehen, daß ich von dem Tage ab, an welchem ich auf Grund sehr glaubhafter Mitteilungen Namen und Personen genannt habe, viele der allerschlimmsten Tage meines Lebens deswegen zugebracht habe, weil ich fortwährend bedacht sein mußte, Material zu sammeln für die heutige Sitzung und dieses Material zu sichten, um Ihnen Glaubwürdiges anzuführen. Daß mir ein solches Geschäft nicht sonderlich zusagt in Verbindung auch damit, daß ich den übrigen höchst wichtigen Verhandlungen des Hauses, mehr als mir gut tut, entzogen worden bin, werden Sie mir alle glauben. Ich habe keine Freude daran, mit Anschuldigungen vorzugehen; ich wünsche allein, daß die Schäden des Landes hier verhandelt werden, daß man nicht von Mund zu Mund sich die schlimmsten Dinge erzählt und die Volksvertretung nimmt keine Notiz davon.“

Es sei kein Zweifel, daß die Artikel in der offiziellen Presse von Wagener selbst geschrieben worden seien. „Ich kenne seine Wendungen und ich führe auch die Mitteilung derjenigen Tatsachen, auf Grund derer der Brief an das Haus gerichtet worden ist, zum Teil auch die stilistischen Wendungen auf die Person des Herrn Wagener zurück und es wird mir zur großen Freude gereichen, nachdem Herr Wagener im wirklichen Lichte bei diesem Handel erscheinen wird, ihn völlig zu trennen von den Mitgliedern der Regierung.“

Wagener lasse durch den Ministerpräsidenten bestreiten, eine Konzession verkauft zu haben. Er habe sie allerdings nicht verkauft, sondern nur eine Geldabfindung dafür erhalten, welche im Gegensatz zum Verkauf nicht genehmigungspflichtig sei. Der Ministerpräsident „würde mir beigestimmt haben, wenn er den ganzen Sinn dieser Sache verstanden hätte.“ (Große Heiterkeit.) Das sei allerdings — „ich sage es zur Ehre des Herrn Ministerpräsidenten“ — nicht ganz einfach. An dieser Stelle versucht die Rechte, durch Zwischenrufe die Rede zu unterbrechen. Der persönliche Angriff gegen einen anderen Abgeordneten sei nicht erlaubt. Lasker weist darauf hin, daß Wagener im Reichstag sitzt und nicht hier und fährt fort.

³⁾ In der Presse wurde später der Konservative v. Arnim-Heinrichsdorf als Gewährsmann Laskers genannt, z. B. von der Allgemeinen Zeitung (München) — im Text als AZ zitiert — v. 13. 2. 72, S. 703.

Wagener hatte bestritten, daß er selbst Inhaber der Konzession sei; diese gehöre vielmehr einer Aktiengesellschaft. Lasker verliest ein Schreiben, in welchem Wagener unter Berufung auf seinen Status als einziger persönlicher Konzessionär einen Protest bei Gericht einlegte. „Damit Sie, meine Herren, die Quellen kennen, aus welcher ich das urkundliche Material habe, so sage ich sofort, die Akten liegen beim hiesigen Stadtgericht in den Beiakten zum Handelsregister, und ich füge hinzu, daß diese Beiakten nach einer Instruktion des Ministers öffentlich sind und von Jedermann eingesehen werden können, damit nicht die Meinung herrsche, daß ich durch Indiskretion zu meiner Kenntnis gekommen sei.“

Nun schildert Lasker anhand der Dokumente die dunkle Gründungsgeschichte der in Frage stehenden Gesellschaften. Wagener hatte mit zwei Herren namens Oder und Schuster eine Aktiengesellschaft gegründet, sich mit diesen Herren zum Verwaltungsrat gemacht und das Statut der Gesellschaft vier Tage vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes über Aktiengesellschaften, von der Regierung bestätigen lassen. Eine Reihe gesetzlicher Schwierigkeiten umschiffte Wagener durch Verfügungen aus dem Handelsministerium. Einzelheiten dieser Affäre sind heute nicht mehr wichtig, jedenfalls waren die Zeichnungen auf das Grundkapital größtenteils fingiert, die Generalversammlung bestand aus Strohmännern, die Verwaltungsratsmitglieder ließen sich unerlaubt hohe Summen bewilligen, die Baufirmen wurden zum Teil mit Aktien bezahlt, die sie zu einem wucherischen Kurs annehmen mußten, und dergleichen mehr.

Mitten in der Darstellung dieser wichtigen Anklage macht Lasker eine Kunstpause: „Jetzt bitte ich Sie, meine Herren, mir zu gestatten, die Person Wageners zu trennen von zwei erlauchten Personen, auf welche das Vaterland mit Stolz sieht: Der eine ist der Fürst Bismarck, auf dessen Büro Herr Wagener so lange gewesen ist, der andere ist der Ministerpräsident Generalfeldmarschall Graf v. Roon, auf dessen Büro Herr Wagener gegenwärtig noch der höchste Beamte ist.“

Schlag auf Schlag, wie bei einer Gerichtsverhandlung, geht die vernichtende Beweiserhebung weiter. Lasker berichtet, daß er Drohungen erhalten habe. „Man werde mit Namen hervortreten, die zu meinen politischen Freunden gehören, man werde den Skandal so groß wie möglich zu machen suchen, denn falle einer, so sollen viele mitfallen. Meine Herren, ich habe dieser Drohungen gespottet! Wer ein gutes Gewissen hat, braucht sich um solche Dinge gar nicht zu kümmern und wenn, was Gott verhüten möge, in die Reihe der anständigen Männer sich solche eingeschlichen haben sollten, die nicht in diesem Kreise sich zu bewegen verdienen, dann hinaus mit ihnen! (Lebhafte Zustimmung.) Die gute Gesellschaft scheidet sie aus von sich, und sie sind vergessen und die Moral des Volkes geht unverletzt weiter.“ (Wiederholter Beifall.)

Dann flicht Lasker eine geschickte Bemerkung ein, daß er, von Ausnahmen abgesehen, den Beamten keinen Vorwurf machen könne. „Hier und vor dem Lande möchte ich feststellen: was früher als Gerücht umgegangen und mir selbst zu Ohren gekommen ist, als ob Charakterschwäche bis zur Korruption in den Beamtenkreisen vorkäme, sogar bis in hohe Beamtenkreise hinein, das weise ich weit zurück.“ Diese Ehrenerklärung für

das Beamtentum erwies sich bei den folgenden Erörterungen als sichere Rückendeckung.

Nach Beendigung seiner sachlichen Darlegungen kündigt Lasker an, daß er eine parlamentarische Untersuchungskommission beantragen werde. „Heute will ich abschließen damit, daß ich das Haus bitte, es möge mir verzeihen, daß ich begonnen habe und weiter gezwungen bin durch Gewissen und Pflicht, dergleichen Schäden, welche gewissen Kreisen nicht zur Ehre gereichen, die aber jetzt noch ohne Schaden für das ganze Land aus der öffentlichen Gesellschaft ausgestoßen werden können, zur Kenntnis des Landes und des Hauses zu bringen, und daß ich an das Haus die Bitte richte, es möge jetzt das Seinige tun, wie ich glaube, bisher das Meinige getan zu haben.“ (Lebhaftes Bravo!)

Die Rede schlug im Abgeordnetenhaus und im ganzen deutschen Reich wie ein Blitz ein. Von der Wucht der Tatsachen erschlagen, entschuldigt sich der alte, ehrliche Roon vor dem Hause für seinen Brief, den er nicht geschrieben haben würde, wenn er die von Lasker geschilderten Verhältnisse gekannt hätte. Der völlig vernichtete Handelsminister v. Itzenplitz wird bei seinem stotternd vorgebrachten und inhaltslosen Rechtfertigungsversuch von dem empörten Haus überhaupt nicht angehört; die eigenen Ministerkollegen verlassen den Saal, als er zu sprechen beginnt. Der Triumph Laskers ist unüberbietbar.

„Es ist nicht möglich“, berichtet der Korrespondent der Allgemeinen Zeitung nach München, „den Eindruck auch nur annähernd zu schildern, welchen die Laskerschen Enthüllungen in den weitesten Kreisen hervorgebracht haben.“⁴⁾ Alle deutschen Zeitungen drucken die Rede im Wortlaut nach; bei Duncker erscheint innerhalb von zwei Wochen die vierte Auflage eines Sonderdrucks.⁵⁾ Das Staatsministerium tritt zu einer Sondersitzung zusammen. Der König sieht sich durch die allgemeine Unruhe veranlaßt, in einer Botschaft vom 14. Februar eine genaue Untersuchung zu versprechen. Vor dem Abgeordnetenhaus stauen sich Menschengruppen, die an den Sitzungen teilnehmen wollen in der Hoffnung, Lasker reden zu hören. Tribünenkarten zu Wucherpreisen finden reißenden Absatz. Am 12. Februar reicht Itzenplitz sein Entlassungsgesuch ein, am 23. April (!) wird er beurlaubt und am 13. Mai entlassen.

Lasker ist der Held der Stunde. Dem einfachen Bürger und Beamten wird er zum Wahrer der deutschen Tugenden; sie sehen in ihm den Staatsanwalt des Volkes. Bismarck, Moltke und Lasker — das sind die drei Säulen des Reiches.⁶⁾

Von allen Seiten bekommt Lasker zustimmende Zuschriften. Der Schriftsteller Adolf Stahr schreibt: „Ich habe soeben... Ihre Rede gelesen, mit der Sie den Wirklichen Geheimen Oberpiraten in den Grund gebohrt haben (Ausdruck eines der rechten Seite angehörnden Mitglieds des Abgeordnetenhauses). Nur ein Mann, ein Charakter wie Sie, so fleckenlos und spiegelrein, von dem mit vollem Recht gesagt werden mag, was Goethe von sich

⁴⁾ AZ v. 11. 2. 1873, S. 628.

⁵⁾ dto. 16. 2. 73, S. 742. Auch die übrigen Angaben entstammen größtenteils der AZ.

⁶⁾ Rodenberg, S. 444.

selber sagt: daß „Uneigennützigkeit in allem seine höchste Lust, seine Maxime sei“, nur ein solcher ganz dem Allgemeinen und dessen Wohle hingebener konnte diese Tat tun.“

Besonders freut sich Stahr, der mit der jüdischen Schriftstellerin Fanny Lewald verheiratet ist, darüber, daß ein Jude die Machenschaften entlarvte, die der Volksmund so gerne Juden in die Schuhe schiebt.⁷⁾

Eduard Stephani, der manche inneren Reserven gegen Lasker hatte und in seinen Tagebüchern oft sehr kritische Dinge über ihn sprach, ging in ganz ungewohnter Herzlichkeit aus sich heraus: „Nachdem Sie die Herkules-Arbeit vollzogen haben, den Augiasstall der Eisenbahn-Konzessionen zu räumen, da kann ich mich nicht mehr halten und Sie müssen sich schon gefallen lassen, daß ich Ihnen nun heute in herzlicher Verehrung und Dankbarkeit die Hand drücke. Sie haben in dieser Session wiederholt nicht nur Ihren politischen Scharfblick, Sachkenntnis und unermüdlichen Fleiß bewährt: Sie haben sich zum Anwalt des sittlichen Bewußtseins Deutschlands gemacht. Sie haben die Luft gereinigt von den beginnenden Miasmen der Korruption und haben hunderttausenden von ehrlichen Leuten wieder Mut gemacht, sich zur Ehrlichkeit zu bekennen und von den Spitzbuben sich zu scheiden. Das ist ein hohes Verdienst, wofür ich Ihnen nicht genug danken kann mit Tausenden.“⁸⁾

Aus Straßburg meldet sich der Führer der Katheder-Sozialisten, Gustav Schmoller: „Ihre Rede, Ihr Mut, Ihr Angriff ist ein Segenswerk für alle die, welche schon beginnen wollten, an unserer Zeit und an ihrem Parlamentarismus zu verzweifeln. Sie haben das erlösende Wort gesprochen.“ Aber Schmoller kennt die Wankelmütigkeit des Erfolgs und fügt noch hinzu: „Sie werden vielfach heftig dafür angegriffen und verfolgt werden.“⁹⁾

Im offiziellen Blätterwald hört man kein Rascheln. Bis auf die Norddeutsche Allgemeine wagt es keine Zeitung, die Angegriffenen in Schutz zu nehmen. Selbst die offiziöse „Provinzialkorrespondenz“ spricht von Laskers „eindringlichem Weck- und Mahnruf“, der „tiefgehenden Eindruck und lebhaft Erregung“ hervorgebracht habe. Alle Blätter sind sich einig, daß Lasker selbst mit völlig sauberen Händen dastehe.

Und was tut Bismarck? Am Abend der Rede besucht er demonstrativ den erkrankten Wagener.¹⁰⁾ Lucius, der ebenfalls die Rede als Sensation empfindet, trifft abends ebenfalls mit Bismarck zusammen. „Bismarck äußerte, er fände die Rede zu wenig sachlich und zu aggressiv persönlich. Es sei nicht loyal und unerlaubt, solche Anklagerede zu halten über Privatpersonen und Verhältnisse, wo eine Entgegnung und Verteidigung nicht möglich sei.“¹¹⁾

Nach einer anderen Version wird Lasker einmal wegen seiner Gründungsrede am Tisch Bismarcks angegriffen, worauf der Kanzler jovial und

⁷⁾ Wentzcke, S. 74 f.

⁸⁾ Wentzcke, S. 75.

⁹⁾ Wentzcke, S. 76.

¹⁰⁾ Kohl, Bismarck-Regesten, Bd. II, S. 1873.

¹¹⁾ Lucius, S. 28; über den Eindruck der Gründungsrede vgl. auch Philippson, S. 247 f.

lachend erwidert: „Schimpft mir nicht auf meinen Lasker, er ist eine Seele von Mensch, nur von Politik versteht er nichts.“¹²⁾

Aber trotz Bismarcks Unterstützung ist Wagener nicht zu halten. Er wird zunächst beurlaubt und ersucht am 20. Juni um seine Pensionierung, die ihm am 8. Juli gewährt wird. In seinen Erinnerungen, die nach dem Tode Laskers erschienen, versucht er eine Rechtfertigung. Das Verfahren der Scheinzeichnungen sei damals „allgemein üblich und bekannt“ gewesen. Im übrigen habe man ihn, den kleinen Beamten, als Sündenbock in die Wüste geschickt und die fürstlichen Personen, die das Gleiche getan hätten, mit anderem Maß gemessen. Infolge der Enthüllungen machte Wageners Pommer'sche Zentralbahn Konkurs. Wagener als Begründer wurde zur Zahlung von 1 600 000 Talern verurteilt, wodurch er ein armer Mann wurde. Verbittert und enttäuscht zog er sich zurück, von den Freunden gemieden, von den Gegnern verachtet. Mit ihm verschwindet einer der eigenwilligsten und klügsten Redner aus dem Parlament. Kennzeichnend auch für ihn und seine im Grunde anständige Gesinnung ist seine Würdigung von Lasker, die frei von persönlicher Gehässigkeit ist.¹³⁾

Kennzeichnend für die von Tragik überhauchte Existenz Laskers ist es, daß der Höhepunkt seiner politischen Geltung mit einer keineswegs rühmlichen Episode in seinem Privatleben zusammenfällt, die hier der Vollständigkeit halber kurz erwähnt werden soll.

Von Laskers überspannten Beziehungen zum schöneren Geschlecht war schon die Rede. Seit der Reichsgründung gehörte seine Liebe seiner Cousine Lina Ehrlich. Die schwerreichen Eltern sahen die Verbindung sehr gern, aber Lasker stieß das um 20 Jahre jüngere Mädchen, das ihn ebenfalls sehr liebte, durch seine unbegreifliche Zurückhaltung immer wieder zurück. Im März 1873 entschloß sich Lina, nachdem ihre Eltern noch einmal vergeblich versucht hatten, Lasker zu einer klaren Stellungnahme zu bewegen, einen Legationsrat im Auswärtigen Amt zu heiraten — nämlich Dr. Wilhelm Cahn, den Mann, der später auf Grund dieser persönlichen Verknüpfung zum Nachlaßverwalter Laskers wurde. Wenige Wochen nach Laskers triumphalem Gründer-Sieg fand die Hochzeit statt und warf Lasker in eine verzweifelte Stimmung.¹⁴⁾

Lasker entlud seine gedrückte Stimmung dadurch, daß er eine rührselige, pathetische Geschichte über sein Lieben und Leiden niederschrieb, die Berthold Auerbach ohne Nennung des Autors unter dem Titel „Bekenntnisse einer Mannesseele“ erscheinen ließ. Trotz Auerbachs Vorbemerkung,

¹²⁾ August Stein, Es war alles ganz anders, Frankfurt, 1922, S. 36 f. Diese Äußerung stellt Schwab (S. 1. und S. 165) an Anfang und Ende seiner Dissertation, um darzutun, daß Bismarck Lasker mit der überlegenen Gönnerhaftigkeit des unfehlbaren Staatsmanns gegenübergetreten sei. Auch Otto Jöhlinger (Bismarck und die Juden, Berlin, 1921, S. 70) zitiert diese Stelle.

¹³⁾ Hermann Wagener, Erlebtes, Teil 2, S. 55 ff. Auf die Charakteristik Laskers wird später eingegangen.

¹⁴⁾ Bamberger, Tagebücher, S. 282.

das Werk werde „von dauerndem Wert in der deutschen Literatur sein“, erntete diese poetische Autobiographie nur Spott und Hohn.¹⁵⁾

Auf bisher unbekannte Weise wurde schnell bekannt, daß es sich bei dem Verfasser um den berühmten Politiker handelte. Der Berliner Volksmund gab dem Buch den Untertitel: „Oder die Kunst, ewig ein Junggeselle zu bleiben“. Es erschienen Parodien und in politischen Leitartikeln war häufig in hämischer Weise von Laskers „Mannesseele“ die Rede. Karl Marx nannte das Werk eine Waschlappenodyssee¹⁶⁾ und Lasker blieb nichts anderes übrig, als das Büchlein aus dem Buchhandel zu ziehen. Sein Bruder, der in Freiburg Fabrikant war, kaufte alle erreichbaren Exemplare auf und die Beziehungen zwischen Auerbach und Lasker blieben längere Zeit etwas getrübt, obwohl Auerbach versicherte, an der Indiskretion unschuldig zu sein. Köster nennt dieses Werk mit Recht eines der merkwürdigsten menschlichen Dokumente, die wir von einem Politiker der Neuzeit besitzen.¹⁷⁾

¹⁵⁾ vgl. dazu Berthold Auerbach, Briefe an J. Auerbach, Frankfurt, 1884, 2 Bände, Bd. II, S. 147; ferner die Vorbemerkungen zu diesem Briefwechsel von Friedrich Spielhagen, Bd. I, S. XVI, wonach er mit Rücksicht auf Lasker die auf diese Affäre bezüglichen Briefe Auerbachs weggelassen habe.

¹⁶⁾ Briefwechsel zwischen Karl Marx und Engels, Stuttgart, 1913, Bd. IV, S. 381.

¹⁷⁾ vgl. Köster, S. 15 ff.

Nachspiele der Gründungsrede

1. Das Schicksal der Untersuchung

Lasker hatte ursprünglich eine parlamentarische Untersuchungskommission beantragt. Die Regierung sollte eingeladen werden, an der Untersuchung mitzuwirken. Natürlich stießen sich alle Königstreuen an dieser Formulierung, die nach Parlamentsherrschaft roch und nach Erlaß der königlichen Botschaft zog Lasker am 15. Februar seinen Antrag zurück. Besorgt hatte der Kaiser am 9. Februar an seinen alten Freund Roon geschrieben: „Ich finde den Antrag Lasker ein Prezedenz, das weit führen kann.“¹⁾ Deshalb wurde eine Regierungskommission gebildet, der zwei Abgeordnete angehören sollten. Lasker wurde mit 196 von 301 Stimmen in diese Kommission gewählt.

Die Rede Laskers steigerte seine Popularität zu einer Höhe, wie sie nie wieder ein deutscher Parlamentarier erreicht hat.²⁾ Sie entfesselte aber gleichzeitig ein Kesseltreiben des Neides und der Mißgunst, dem Lasker zehn Jahre später, an Körper und Geist gebrochen, erliegen sollte. Der Spott Bebels, der Lasker „den deutschen Cato“ und „Miniatur-Robespierre“ nannte, war noch milde.³⁾

Nach einiger Zeit hieß es, Lasker habe nur Staub aufgewirbelt, um das schändliche Treiben seiner Freunde zu verhüllen. Seine Rede habe er gehalten, um Kursänderungen an der Börse hervorzurufen und gewissen Bankiers in die Hände zu spielen. Er sei ein frecher Lügner, ein bezahlter Commis von Börsenspekulanten, und ein scheinheiliger Advokat seiner jüdischen Gründer-Stammesgenossen. Der berüchtigte Bankdirektor Schuster, dessen Handwerksbank die betrügerischen Geldmanipulationen gedeckt hatte, rehabilitierte sich mit der Phrase, er habe doch nur die armen Handwerker von der finanziellen Abhängigkeit von den Juden befreien wollen.⁴⁾

Aber auch gewiegte Politiker wie Ernst Ludwig v. Gerlach fingen an, Laskers Schritt zu verurteilen. Tiefere Ursache der Korruption in Deutschland war nach Gerlach „die gesamte liederlich-liberale Politik Laskers in Staat und Kirche“.⁵⁾ Schon einige Wochen nach der „Laskerschlacht“ hielten viele

¹⁾ Roon, Bd. II, S. 591 ff.

²⁾ Eyck, Bd. III, S. 63.

³⁾ Die Sozialdemokratie im deutschen Reichstag, Hrsg. August Bebel, Berlin, 1909; S. 57 und S. 119.

⁴⁾ Diese Lesart verteidigte besonders Dr. Rudolph Meyer in seinem 1877 erschienenen Buch: Politische Gründer und die Korruption in Deutschland. Die angeführten Beschimpfungen finden sich auf den Seiten 33, 75, 89, 114 f., 122.

⁵⁾ Aufzeichnung Gerlachs vom 14. 2. 73 aus seinem bisher unveröffentlichten Tagebuch im Gerlach-Archiv, Erlangen.

Leute Lasker für einen dummen, schwachsinnigen Trottel,⁶⁾ der die Wirtschaftspolitik seiner eigenen Partei verurteilt habe. Eigentlich sei sein Angriff nur gegen die Gewerbefreiheit gerichtet gewesen und die habe er selbst eingeführt. Man behauptete ferner, Lasker habe mit seinem Untersuchungsausschuß das Recht des Königs schmälern wollen und damit die unumschränkte Parlamentsherrschaft gefordert.⁷⁾

Die Lasker-Kommission hielt während des Sommers unter Laskers Vorsitz 56 Sitzungen ab. Der Bericht der Kommission wird am 17. Juli 1873 dem Kaiser und im November 1873 beiden Häusern des preußischen Landtags übergeben.⁸⁾ Der Kaiser äußert sich zu dem Ergebnis nicht; im Landtag verzögert sich die Drucklegung des Berichtes bis zum Frühjahr 1874.

Auch die Beratung im Plenum zögert sich immer weiter hinaus. Auch 1875 wird wegen Laskers Krankheit nicht darauf zurückgegriffen. Die Gegner Laskers machen sich diese Verzögerung zunutze. Sie behaupten, die Diskussion werde absichtlich vermieden, weil auch Freunde und Glaubensgenossen Laskers schwer belastet seien. Offenbar seien die Anschuldigungen doch zu weit gegangen. Endlich, am 15. Februar 1876, beantragen die Konservativen eine Besprechung des Untersuchungsergebnisses. Am 23. Februar 1876 verteidigt Lasker sich und die Arbeit der Kommission, am 29. März wird der Bericht des Ausschusses verhandelt. Die Debatte ist lustlos, unerquicklich und enttäuschend. Die Zeit hat den Mantel des Vergessens über die Gründergeschichten gebreitet. Man spürt die Abneigung gegen eine weitere Enthüllungswelle. Selbst unter Laskers Parteifreunden gibt es Widerstände. So wird der Kommissionsbericht ein zweites Mal begraben.⁹⁾

Mit Entsetzen hatte Lasker 1873 entdecken müssen, daß seine Rede der Auftakt zu einer schmutzigen Verleumdungswelle geworden war. Er erhielt hunderte von Briefen, in denen dieser und jener, ohne Angabe von Beweismaterial, Beschuldigungen vorbrachte. In der Presse entspann sich ein offener und anonymer Kampf gegen falsche und echte Gründer. Eine Saat des Mißtrauens und der Niedertracht ging auf. Die Lasker freundlich gesinnten „Grenzboten“ fühlten sich zu einer Verteidigung aufgerufen: „Wenn man die lauten und begeistertsten Zujäucher dieser Tage mit dem Löffel abschöpfte, würde man schwerlich den Rahm der deutschen Tugend auffangen. Beeilen wir uns zu sagen: der Redner vom 7. Februar steht hoch über den meisten seiner improvisierten Verehrer, und wenn ihn nicht Klarheit und Unerschrockenheit allein führten, so wäre zu besorgen, daß der maßlose Beifallsturm einer zweideutigen Claque, die sich an seinem Rockschuß ins Paradies einschmuggeln möchte, ihn irre machen könnte.“¹⁰⁾

Der Angriff gegen den Gründungs- und Aktienschwindel greift auch auf den Reichstag über. Am 4. April 1873 bringt Lasker eine Interpellation

⁶⁾ Meyer, S. 33.

⁷⁾ vgl. Robolsky, S. 313; Wagener, II, S. 59 ff.

⁸⁾ Nr. 11 der Drucksachen des Abgeordnetenhauses, Session 1873/74 vgl. dazu und zu dem folgenden Oncken, Bd. II, S. 287 ff.

⁹⁾ Eine Zusammenfassung von Laskers Bestrebungen gegen den Gründungsschwindel befindet sich bei Schultheß, 1876, S. 79.

¹⁰⁾ Blum, 1873, S. 441; vgl. Laskers Rt.-Rede am 5. 2. 76 — 46, 1193 ff.

über Mißstände im Aktienwesen ein. In der Begründung kommt er auf die Ergebnisse der Untersuchungskommission zu sprechen: „Ich kann sagen, daß kaum eine einzige Angabe von denen, die ich im Abgeordnetenhaus über einzelne Gegenstände gemacht habe, unerhärtert geblieben ist.“ In seiner Rede, die oft von großer und anhaltender Heiterkeit unterbrochen wird, sagt er unter anderem: „Sie müssen sich leider die Börse vorstellen als eine Schule, in der man in alle derartigen Umgehungen des Gesetzes auf das Beste eingeführt (große Heiterkeit), als eine Akademie für die Übertretungen der Gesetze.“ (Erneute Heiterkeit.)¹¹⁾ Dieser Ausspruch über die Börse wird zum geflügelten Wort, auch die Witzblätter greifen es auf.¹²⁾ Das „gesunde Volksempfinden“ reinigt sich später von diesem Vorwurf durch die Behauptung, daß die unsauberen Geschäfte an der Börse ja doch nur von Juden gemacht werden.

2. Stümperhafte Nachahmer

Ein stümperhafter Nachahmer Laskers, der die Enthüllungen als solche durch seine niederträchtige Kampfesweise in Mißkredit brachte, war der altkonservative Abgeordnete v. Ludwig, der in allen kirchenpolitischen Fragen mit dem Zentrum ging. Dieser richtete seine Angriffe hauptsächlich gegen liberale Mitglieder des Hauses, insbesondere gegen Bennigsen und Miquel. Im Abgeordnetenhaus war ihm schon einmal das Wort wegen Vorbringens von haltlosen Behauptungen verleumderischer Art entzogen worden. Die Zentrumsfraktion, bei der er hospitierte, hatte ihn fallen lassen, so daß er unter die „Wilden“ gehen mußte.¹³⁾ Auch im Reichstag führte er seine Methode ein. Unter heftiger Unruhe des Hauses, insbesondere der Linken, verbreitete er sich am 5. Februar 1876 über Gerüchte, nach jeder Gemeinheit hinzufügend, er habe das nur gehört und wolle es auch gar nicht behaupten. „Schweigen Sie, wenn Sie nichts wissen“, ruft man ihm zu und „Namen! Tatsachen nennen!“ Darauf v. Ludwig: „Jawohl, ich nenne Herrn Abgeordneten Miquel als dasjenige Mitglied — ich weiß nicht, welche Zeitungen ihn als Verwaltungsrat, als Direktor, als Gründer bezeichnen — so wird er genannt, ich selbst weiß davon natürlich nichts.“ (Große Unruhe, Gelächter.) Da er in diesem Stile fortfährt, wird er von Vizepräsident Dr. Hänel zweimal zur Ordnung gerufen. Nach Schluß seiner Rede besteigt Lasker in heller Empörung das Rednerpult: „Ich gehöre zu denjenigen, welche eine offene Kritik, auch wenn sie tief einschneidet und Namen bezeichnet von sonst geachteten Personen, nicht scheuen. Aber ich weise jede Gemeinschaft zurück mit denjenigen, welche nicht den Mut haben und nicht die Verpflichtung fühlen, die Personen zu nennen, die Tatsachen zu bezeichnen und die volle Verantwortlichkeit für ihre Anschuldigungen zu übernehmen. (Sehr richtig!) Meine Herren, es ist eine sehr schwierige Aufgabe des Volksvertreters, in der Kritik schonungslos zu verfahren und dabei die unüber-schreitbare Linie einzuhalten, welche den Ankläger trennt von der verwor-

¹¹⁾ Rt: 4. 4. 73 — 15, 213 ff.

¹²⁾ z. B. Kladderatsch-Album, S. 69, wo ein fingiertes Vorlesungsverzeichnis der Akademie für Gesetzesübertretungen zu finden ist.

¹³⁾ vgl. dazu Bachem, S. 83 ff.

fensten Klasse der Verleumder." Man beziehe sich bei diesen Enthüllungen immer auf sein Vorbild. „Meine Herren, ich habe damals für mich allein gehandelt und für keine Partei und ich wiederhole nochmals, daß nicht eine der von mir berichteten Tatsachen unbestätigt geblieben ist.

Meine Herren, wer öffentliche Kritik übt, der wird im selben Augenblick nicht nur zum Ankläger, sondern auch zum Angeklagten. Er selbst muß dafür sorgen, daß er freigesprochen werde, indem jedes einzelne von ihm behauptete Wort als Wahrheit sich erweist. Und wenn er den Beweis nicht erbringen kann, so geht er verurteilt aus der Verhandlung hinaus. (Sehr wahr! links.)

Während die leichtfertigen und falschen Anschuldigungen einen allgemeinen Widerwillen gegen diese öffentliche Erörterung anregen, reiben sich die Schuldigen vergnügt die Hände und schleichen lächelnd davon, weil niemand die Lust hat, mit ihnen sich noch zu beschäftigen." (Sehr richtig!)

Gegen Schluß der Rede bedauert er, daß „sogar über die Schwelle des Reichstags die Methode der gewöhnlichen Klatschverleumdung ihren Eingang findet." Für diese Äußerung ereilt ihn ein Ordnungsruf, der zweite und letzte seines Lebens.¹⁴⁾

3. Die Ära-Artikel

Nachdem die Untersuchungen verschleppt wurden und scheinbar ergebnislos blieben, faßten die angegriffenen konservativen Kreise neuen Mut. Das beste Mittel, die Aufmerksamkeit von sich selbst abzulenken, schien ihnen ein massiver Gegenangriff. Im Juni 1875 erschienen in der „Kreuzzeitung" drei Artikel von einem anonymen Verfasser unter der Überschrift: „Die Ära Bleichröder—Delbrück—Camphausen". In diesen sogenannten Ära-Artikeln wurde nicht mehr und nicht weniger behauptet, als daß der Staat und die Wirtschaft sich in der Hand einiger weniger Juden befänden. Im Grunde waren diese Artikel auch gegen Bismarck und sein Regierungssystem mit liberaler Unterstützung gerichtet. Den drei Artikeln folgten am 7. Juli noch zwei weitere, in denen der jüdisch-liberalen-kapitalistischen Regierungskombination die Parlamentsära „Lasker—Bamberger—Oppenheim" gleichgesetzt wurde. Wörtlich hieß es unter anderem, „daß unsere Mitbürger semitischer Rasse und mosaischen Glaubens zugleich die intellektuelle Führung der Gesetzgebung in unseren Vertretungskörpern übernommen haben. Die Herren Lasker, Bamberger und der beiden engbefreundete Oppenheim sind ja Juden und sind die eigentlichen Führer der sogenannten nationalliberalen Majorität des Reichstages und der preußischen zweiten Kammer." Diese drei Männer besorgen mit Hilfe der natürlich ebenfalls jüdischen Presse die Geschäfte der jüdischen Hochfinanz und leiten die Politik des Reiches nach ihren Börseninteressen.¹⁵⁾ Die Artikel, als deren Verfasser sich später ein unbedeutender konservativer Journalist aus Rostock namens Perrot entpuppte, waren so schlau abgefaßt, daß eine gerichtliche Verfolgung der niederträchtigen Verleumdungen unmöglich war.

¹⁴⁾ Rt: 5. 2. 76 — 46, 1193 ff.

¹⁵⁾ Die Ära Bleichröder—Delbrück—Camphausen; (Separatabdruck der 5 Ära-Artikel aus der Kreuzzeitung), Berlin, 1876; Ausschnitte aus den Artikeln finden sich bei Robolsky, S. 317 ff.

In einer Abwandlung sprach man auch von der Ära „Lasker-Bleichröder-Falk“. Fanatische Protestanten und Katholiken fanden sich zusammen, um „das oberflächliche und widerchristliche Denken eines Laskers“, dem das Bürgertum sich in die Arme geworfen habe, zu verdammen.¹⁶⁾

Lasker fand am 5. Februar 1876 Gelegenheit, sich im Parlament von den falschen Enthüllern abzugrenzen. In dieser Rede kam er auch auf die Hetzkampagne der Kreuzzeitung und anderer Blätter zu sprechen: „Meine Herren, wie man Bravi in Italien dinge kann, so kann man bei uns schriftstellerische Verleumder dinge; (Sehr richtig!) und wenn man noch in der naiven Auffassung sich befindet, daß alles, was schwarz auf weiß gedruckt ist, einen Schatten von Wahrheit haben müsse, dann gibt es allerdings nichts leichteres, als den Charakter eines Menschen herunterzuziehen. Hat denn der Angegriffene die Zeit, jeden Augenblick vor den Richter zu laufen?“

Wen sich eine Mehrheit von Zeitungen und Schriften zu täglichen Angriffen ausgewählt hat, dem ist es gar nicht möglich, die Verfasser oder Verbreiter fortwährend vor das Gericht zu ziehen. Ist denn einer von uns imstande, von jenen anonymen Blättern — ich nenne sie anonym, obschon namenlose Namen darunter stehen (Heiterkeit) — Kenntnis zu nehmen, um auch nur zu wissen, welche Anschuldigungen gegen ihn im Laufe sind? Wer von uns möchte seine knappe Muße zu solch herzkränkender Lektüre (Heiterkeit) verwenden?

Meine Herren, ich würde jene ganz tief unten liegenden Preßproduktionen gar nicht erwähnen, wenn ich nicht leider sagen müßte, daß durch Mitschuld in den besten Gesellschaftskreisen an die schlechtesten Leidenschaften in Deutschland appelliert wird, an die Mißgunst, an den Hang und die Neigung in vielen Menschen, Geklätsch zu glauben und weiter zu tragen. Hat doch das Hauptorgan einer hochachtbaren Partei — denn ich achte jene konservative Partei, wie geringfügig an Zahl sie auch hier vertreten sein mag, als eine gewaltige Macht in Preußen und in Deutschland — hat doch das Hauptorgan jener hochachtbaren Partei es nicht verwerflich gefunden, fünf Artikel zu veröffentlichen, in welchen verdienteste Männer der Regierung in Verbindung gebracht worden sind mit einer kaufmännischen Firma, um auszuführen, daß die Verwaltung des Reichs nur zum Nutzen dieser kaufmännischen Firma geführt werde!¹⁷⁾

Bismarck bleibt in dieser Sache nichts anderes übrig, als Lasker zu Hilfe zu kommen. Einige Tage später erklärt er dem Haus: „Wenn ein Blatt wie die Kreuzzeitung, die für das Organ einer weitverbreiteten Partei gilt, sich nicht entblödet, die schändlichsten und lügenhaftesten Verleumdungen über hochgestellte Männer in die Welt zu tragen, in solcher Form, daß sie nach dem Urteil der höchsten juristischen Autoritäten gerichtlich nicht zu fassen sind, aber doch derjenige, der sie gelesen, den Eindruck hat: hier wird den Ministern vorgeworfen, daß sie unredlich gehandelt haben — wenn ein solches Blatt so handelt, und in monatelangem Stillschweigen verharret, trotzdem das alles Lügen sind, und nicht ein peccavi oder erravi spricht, so ist das eine ehrlose Verleumdung, gegen die wir alle Front machen sollten, und

¹⁶⁾ Robolsky, S. 233 ff.

¹⁷⁾ S. 2. 76 — 46, 1195 ff.

niemand sollte mit einem Abonnement sich indirekt daran beteiligen. Von einem solchen Blatte muß man sich lossagen. Jeder, der es hält und bezahlt, beteiligt sich indirekt an der Lüge und Verleumdung.“¹⁸⁾

Der Erfolg dieser Rede ist, daß mehrere Hundert konservativer Anhänger, darunter viele intime Freunde des Kaisers, in öffentlicher Anzeige ihr Abonnement auf die Kreuzzeitung erneuern. Ein konservativer Abgeordneter behauptet angeblich: „Wir werden Bismarck so klein machen, daß er jedem ehrlichen pommerschen Krautjunker aus der Hand fressen möchte.“¹⁹⁾

Zwar findet Lasker überall Verteidiger, verschiedene Zeitungen bezeichnen es als Frechheit, einen Mann wie Lasker in Reih und Glied mit „Jobbermännern“ zu nennen,²⁰⁾ aber das alte Sprichwort: semper aliquid haeret, bewahrheitet sich auch hier. Die Flut der Schmähschriften hält unvermindert an.

¹⁸⁾ 9. 2. 76 — 49, 1326 ff.

¹⁹⁾ dazu und zu der ganzen Affäre vgl. Poschinger, Bd. II, S. 201 ff., ferner Robolsky, S. 316 ff.

²⁰⁾ vgl. Sonderdruck Ära-Artikel.

Die Jahre der Ernte

Nach der Gründungsrede sah es zunächst so aus, als sei Laskers Sieg unanfechtbar. Das wirkt sich auch auf Laskers Persönlichkeit aus, die in den nächsten zwei Jahren ihre höchste Strahlungskraft erreicht. Er befindet sich nicht mehr im Angriff und in der Verteidigung, sondern er sitzt fest im Sattel. Seine Reden lassen eine größere Gelassenheit, Gelöstheit und Überlegenheit spüren; und mit der Überlegenheit kommt die Nachsicht. Während man sonst in Laskers Reden vergeblich nach heiteren Wendungen sucht, spricht er jetzt oft mit versöhnlichem oder ironischem Humor.

Wenige Wochen nach der Gründungsrede gelang Lasker der wohl sachlich größte Erfolg seines Lebens: am 2. April wurde sein Antrag, das gesamte bürgerliche Recht der Kompetenz des Reiches zu übertragen, mit großer Mehrheit angenommen, obwohl Windthorst der Regierung vorwarf, sie lege die Justizhoheit der Länder zu Füßen des Antrages Lasker nieder.¹⁾ Auch der Bundesrat erteilte diesmal, am 12. Dezember, seine Zustimmung. Dieser Erfolg war die Veranlassung dazu, daß ihm die juristische Fakultät der Universität Leipzig im Mai 1873 das Ehrendoktordiplom verlieh. Die hohe und seltene Auszeichnung wurde ihm zuteil als dem „erfahrenen, beredten und ausdauernden, vom Beifall des ganzen deutschen Volkes begleiteten Fürsprecher eines durch die vereinten Kräfte der tüchtigsten Männer zu begründenden, für das ganze Vaterland gleichmäßig geltenden deutschen Gesetzbuches.“²⁾

Am 13. Juni setzte Lasker durch, daß der Reichstag in Zukunft im November einberufen werden sollte. Die Sitzungen während des Sommers hatten sich durch schlechten Besuch ausgezeichnet. Das Präsidium mußte 100 Depeschen an unentschuldigte Abgeordnete versenden, um überhaupt zu einem beschlußfähigen Haus zu kommen.

Am 14. Juni wurde die Gründung eines Reichseisenbahnnamtes nach den Vorschlägen Laskers beschlossen. Laskers parlamentarisches Ansehen war unbestritten. Bismarck suchte nach einer Gelegenheit, seinen Groll gegen Lasker zu entladen. Sie bot sich am 16. Juni bei der Beratung des Pressegesetzes. Lasker sprach von der Terminnot des Reichstages. Aber man müsse sich unbedingt so viel Zeit nehmen, „um auch solche Anträge, in

¹⁾ Rt: Windthorst: 2. 4. 73 — 13, 170; Lasker: dto. — 13, 167 und 180 f.

²⁾ vgl. dazu Eduard Lasker, Seine Biographie und letzte öffentliche Rede, ferner drei Gedenkblätter von Heinrich Rickert, Albert Hänel, Rudolf Gneist; sowie Nekrolog von Karl Baumbach, Stuttgart, 1884 (im Text als „Baumbach“ zitiert), S. 11. Für Überlassung dieses Büchleins, das in ganz Deutschland nicht mehr nachweisbar ist, danke ich der Wiener Library in London. Die Gedenkblätter von Rickert, Hänel und Gneist sind zu finden in Th. Barths Wochenschrift „Die Nation“ von 1884.

denen einmal etwas von Volksrechten die Rede ist, zur Beratung ins Plenum zu bringen.“ Den Pressegesetzentwurf machte er sehr schlecht. „Nach sorgfältigen Erkundigungen darf ich sagen, daß diese Vorlage nicht auf die Zustimmung von zwei Dutzend Mitgliedern dieses Hauses zählen darf.“ Jedermann wußte, daß mit dieser Bemerkung das letzte Wort über die Vorlage gesprochen war.

Bismarck war schlechter Laune und knüpfte an Laskers beiläufige Erwähnung von „Volksrechten“ einen Anpfeiff, man solle doch sachlich diskutieren „und nicht mit einer deklamatorischen Abschweifung auf die Frage (oh! oh! links) ob wir bereit sind, Volksrechte zu diskutieren oder nicht. Das sind Reden aus vergangener Zeit, (nein, nein! links) die ich berechtigt bin, deklamatorische zu nennen.“ (Große Unruhe links.) Der Präsident bittet um Ruhe und Bismarck ereifert sich weiter: „Volksvertreter sind alle Herren, die hier sitzen, und zum Volke gehören wir alle, ich habe auch Volksrechte, zum Volke gehört auch Seine Majestät der Kaiser; wir sind alle Volk, nicht die Herren, die gewisse alte traditionell liberal genannte und nicht immer liberal seiende Ansprüche vertreten. Das verbitte ich mir, den Namen Volk zu monopolisieren und mich davon auszuschließen.“ (Murren links.)

Windthorst besteigt ärgerlich die Tribüne. Lasker habe wahrheitsgemäß festgestellt, daß der Gesetzentwurf nicht angenommen werde. „Wenn das ein Volksvertreter nicht mehr sagen darf, dann wäre es, glaube ich, richtig, daß wir die Boutique schlossen.“ (Heiterkeit. Sehr wahr!)

Nach einer Reihe von anderen Rednern kommt Lasker in höchster Erregung zu Wort: „Ich habe nur das Wort erbeten, um eine persönliche Auseinandersetzung zu halten mit dem Herrn Reichskanzler. (Unruhe rechts.) Ja, meine Herren, es ist doch nicht Ihre Meinung, daß ein Mitglied des Hauses von der höchsten Autorität des Bundesrates angegriffen wird und sich bescheiden soll, nichts dagegen zu erwidern. Ich werde nichts dazu beitragen, um diesen Ton, der, ich weiß nicht, ob auch durch mein Verschulden, sich dieser Diskussion bemächtigt hat, etwa noch höher zu steigern; aber ich glaube — der Herr Reichskanzler möge mir dies verzeihen — er hat den Streit doch vom Zaune gebrochen.“ Er habe mit keiner Silbe das Volk monopolisieren wollen. Er habe gesagt, daß es Gesetze gebe, an denen die Volksvertretung stärker interessiert sei als die Regierung. „Ist das wahr oder nicht wahr? (Stimme: wahr!) Sind dies bloß Reminiszenzen aus einer vergangenen Zeit? (Stimme: Nein!) Ich weiß nicht, mit welchem Recht mir der Reichskanzler die Neigung zuschreibt, daß ich das Monopol für einzelne liberale Forderungen in Anspruch nehme. Ich glaube nicht im Laufe meiner parlamentarischen Tätigkeit gerade zu dieser Bemerkung besondere Veranlassung gegeben zu haben (Zustimmung) und wenn der Herr Reichskanzler die erste Gelegenheit, das bloße Wort ‚Volk‘ benutzt hat, — mehr war nicht in meinen Worten, an welche er seine Apostrophe knüpfte, als das Wort „Volksrechte“ — um mich in einer, wie ich allerdings glaube, sehr erregten Weise abzukanzeln (Große Heiterkeit), so hat ihm hiezu jede Veranlassung gefehlt.“ Das Verhältnis zwischen Kanzler und Parlament sei so gelagert, „daß sie sich wechselseitig eine vollständig freie Unterstützung geben, wenn sie meinen, im Interesse des Landes zusammenhalten zu sollen und daß sie sich wechselseitig Opposition machen, wenn sie glauben, daß die Wege

des anderen nach ihrer eigenen Anschauung nicht dahin führen. Hierin nehme ich meine vollste Selbständigkeit in Anspruch, und auch meine äußere Stellung in jedem Punkte der Ehre, die auf ganz gleicher Stufe steht, wie die des Herrn Reichskanzlers. (Sehr richtig! links) Wir befinden uns hier auf dem Fuße völliger Gleichheit.“ Wenn der Kanzler glaube, auf einen Abgeordneten herabsehen zu können, so müsse er dies zurückweisen. Noch einmal wendet er sich an das Haus: „Habe ich mir in irgendeiner Silbe zu dieser Betrachtung Veranlassung gegeben?“ (Stimmen: Nein!)

Sofort nach Lasker ist Bismarck wieder an der Reihe. Lasker habe kein Recht, sich als Richter über den guten Ton aufzuspielen. Das Haus möge entscheiden, ob nicht er es gewesen sei, der den gereizten Ton eingeführt habe. (Stimmen links: Nein!)

„Der Herr Vorredner hat nicht die Art, wenn er seinen Gegner verletzt, die Stimme zu erheben, zu schreien oder sonst heftige Gebärden zu machen; aber er hat die Gewohnheit und das große Geschick, seine Pfeile so zuzuspitzen, daß sie — ich will nicht sagen: Gift — aber einen ätzenden Saft mit sich führen.“ In Laskers Worten liege eine Tendenz, „die ich allerdings von dem Herrn Abgeordneten, von der Fraktion, der er angehört, von seiner bisherigen Teilnahme an der Gründung und Befestigung des Reiches in keiner Weise erwartet habe und die mich allerdings — ich kann sagen: verletzt.“ Mit Bezugnahme auf seine schwache Gesundheit und unter dem Beifall der Rechten schließt Bismarck.³⁾

Hohenlohe notiert an diesem Tag: „Heute Reichstagssitzung, am Schluß der große Spektakel zwischen Bismarck und Lasker. Beide hatten unrecht. Bismarck fehlte in der Form.“⁴⁾ Der Kladderadatsch bringt eine Zeichnung von Lasker als bärtigem, unbekleidetem Amor mit Flügeln, wie er im Gebüsch seine Pfeile mit ätzendem Saft bestreicht.⁵⁾

Fünf Tage später lud Bismarck persönlich Lasker zu der am gleichen Abend stattfindenden parlamentarischen Soiree ein. Nach dem Diner sah man die beiden in lebhaftem Gespräch, der Friede war also zumindestens formell wieder geschlossen.⁶⁾ Am 25. Juni ging der erste deutsche Reichstag zu Ende, der Lasker auf den Gipfel seines Ruhmes gebracht hatte.

Es war nicht zuletzt Laskers Popularität, welche den Nationalliberalen bei den Wahlen am 10. Januar 1874 mit 152 Sitzen den höchsten Stand ihrer Geschichte einbrachte. Die liberale Ära hatte den Höhepunkt erreicht. Die Mehrheitsrechnung von Eugen Richter sah folgendermaßen aus: Zentrum und Fortschritt brauchten zur Mehrheit noch 15 Stimmen, in der abgelaufenen Periode waren es etwa 60 gewesen. Da Lasker häufig gegen die eigene Fraktion mit der Linken gestimmt hatte, glaubte man dort auf ihn und seine engeren Freunde zählen zu können. „Die Entscheidung war also von den Nationalliberalen um Bennigsen auf diejenigen um Lasker übergegangen.

³⁾ Rt: 16. 6. 73 — 53, 1177 ff.

⁴⁾ Hohenlohe, Bd. II, S. 102.

⁵⁾ Kladderadatsch-Album, S. 70.

⁶⁾ Poschinger, Bd. I, S. 59.

Lasker beherrschte wie kein Abgeordneter zuvor in den nächsten Sessionen den Reichstag und das Abgeordnetenhaus.“⁷⁾

Der Reichstag beginnt mit der schon zur Gewohnheit gewordenen Bewilligung der Diäten für Abgeordnete, diesmal mit der beachtlichen Majorität von 229 zu 79. Der Bundesrat läßt sich jedoch auch von einer solch erdrückenden Mehrheit nicht umstimmen.

In die ersten Sitzungen der Session fällt das erste Auftreten der Abgeordneten aus dem Elsaß, so daß im deutschen Reichstag nunmehr drei nationale Minderheiten vertreten sind.

⁷⁾ Richter, Bd. I, S. 75.

Die nationalen Minderheiten

1. Die Polen

Die älteste Minderheitsvertretung in deutschen Parlamenten waren die Polen. Sie gehörten dem preußischen Landtag seit 1848 an und hatten schon im Abgeordnetenhaus regelmäßig ihre Proteste zu Protokoll gegeben. Die Fraktion bestand fast ausschließlich, wie später auch im Reichstag, aus adeligen Rittergutsbesitzern.

1867 erschienen die Polen auch im konstituierenden norddeutschen Reichstag. Bei Artikel 1 der Verfassung kam der Rittergutsbesitzer Kantak zu Wort. Er begann sehr versöhnlich: „Meine Herren, wenn ich hier in Ihrer Mitte die Tribüne des Reichstages betrete, dann bin ich mir der Größe der Aufgabe für Sie und das deutsche Volk, das hinter Ihnen steht, voll bewußt. Wie auch Ihre Ansichten verschieden sein mögen, über eines, glaube ich, sind Sie sich einig, daß dieser Entwurf der Anfang sein soll zu einer Einigung Deutschlands. Um gleich den Standpunkt, den ich mit meinen Landsleuten annehme, klar zu machen, erkläre ich Ihnen, daß wir Ihre Bestrebungen verstehen, billigen und anerkennen; mehr, meine Herren, daß wir offen und ehrlich wünschen, daß Ihre Bestrebungen von Erfolg gekrönt sein mögen.“ Er sei aber leider gezwungen, einen Mißton in die Harmonie bringen zu müssen, „weil Sie das gerechte Werk nationaler Einigung im Begriffe sind zu beginnen mit einem Unrecht einem anderen Volksstamm gegenüber.“ Man spreche von deutscher Vergangenheit, deutscher Bildung, deutscher Sitte, deutschem Recht und deutscher Zukunft. „Für Sie sind das Bindemittel, uns gegenüber, meine Herren, sind es Gegenstände der Trennung.“ Nun verschärft sich der Ton zusehends. Die Erklärung endet mit den Worten: „Wir legen hiermit feierlichst Protest ein gegen die Kompetenz des Reichstages, durch einseitigen Beschluß die ehemals polnischen Landesteile Preußens in den norddeutschen Bund einzuverleiben.“ Bismarck erteilt Kantak sofort eine lebhaft bejubelte Antwort, die sich allerdings lediglich darauf beschränkt, den Polen und der katholischen Geistlichkeit in Polen Wahlbeeinflussung und Deutschenhaß vorzuwerfen.¹⁾

Die Polen beteiligen sich kaum an den Verfassungsberatungen und stimmen am 16. April 1867 geschlossen gegen den Entwurf. Nach der Abstimmung meldet sich Kantak zur Geschäftsordnung: „Nachdem wir in der Sitzung am 18. März gegen die Kompetenz dieser Versammlung Protest eingelegt haben, dessen ungeachtet jedoch durch die definitive Annahme des Verfassungsentwurfs diese Einverleibung ausgesprochen ist, und wir durch unsere Abstimmung das letzte uns zu Gebote stehende Mittel, unsererseits

¹⁾ 18. 3. 67 — 14, 206.

diesen Gewaltakt zu verhindern, erschöpft haben, haben wir unsere Pflicht erfüllt und legen hiermit unser Mandat nieder.“ (Allgemeine große Unruhe, lebhafter Widerspruch.) Präsident: „Durch diese Niederlegung des Mandats entziehen Sie sich zugleich meinem Ordnungsruf, welcher Sie unfehlbar für das Unternehmen getroffen haben würde, einen Beschluß dieses hohen Hauses mit dem Wort „Gewaltakt“ zu brandmarken. Mich dünkt, die Geschichte wird über diesen Protest zur Tagesordnung übergehen, wie über alle bisher von Ihnen eingelegten Proteste.“ (Lebhafte allseitige Zustimmung.)²⁾

Die Worte des Präsidenten und die Reaktion des Hauses zeigen deutlich die Einheitsfront gegenüber den sogenannten Reichsfeinden. Selbst der Präsident ist von seiner Pflicht zur Unparteilichkeit entbunden und wird zum Sprecher der nationalen Empfindungen. Die Mandatsniederlegung hat rein demonstrativen Charakter, denn am andern Tag löst sich die Versammlung ohnehin auf.

Die parlamentarische Tätigkeit der Polen kann sich naturgemäß nur darin erschöpfen, stets die gleichen Reden und die gleichen Proteste zu wiederholen. An den Verhandlungen beteiligen sich die polnischen Abgeordneten höchst selten, wenn sie mitstimmen, dann mit dem Zentrum gegen die Regierung. Regelmäßig kommt das deutsch-polnische Verhältnis zur Sprache bei den Wahlprüfungen, wo sich beide Seiten gegenseitig unerlaubter Wahlbeeinflussung bezichtigen.

In regelmäßigen Abständen bringen die Polen Anträge ein, die sich mit der Wahrung der Nationalität befassen. So beantragt der Abgeordnete v. Taczanowski 1875: „Der Reichstag wolle beschließen: die preußische Regierung aufzufordern, daß die den ehemaligen polnischen Landesteilen zustehenden Rechte hinsichtlich der Nationalität, insbesondere der Sprache, aufrecht erhalten und die denselben widersprechenden Erlasse aufgehoben werden.“

Alle diese Anträge haben keinerlei Aussicht auf Annahme und die Antragsteller geben sich darüber keiner Täuschung hin. Sie stellen Anträge, um zu beweisen, daß sie nur der Gewalt unterliegen. „Wir stellen diesen Antrag schließlich, damit unsere Nachkommen wissen, daß wir als Polen in diesem Parlament unsere Schuldigkeit getan und nach Kräften gegen ein System protestiert haben, welches die Ausrottung unserer Nationalität zum Zwecke hat.“³⁾

Meist kommt es zu keiner Debatte über derartige Anträge, sondern es wird der Übergang zur Tagesordnung beschlossen, sofern nicht andere Oppositionsparteien ein Interesse haben, den Antrag als Waffe gegen die Regierung zu benutzen. Von Regierungsseite aus lautet die Entgegnung meist so wie die des Kanzlers am 25. Mai 1871 auf eine Angriffsrede: „Befürchten Sie nicht, daß ich dem Herrn Vorredner antworte; Sie werden alle mit mir das Gefühl teilen, daß seine Rede in diesem Saal einer Antwort nicht bedarf.“ (Sehr richtig!)⁴⁾ Trotzdem gehörten die Polen nach Bismarcks Ver-

²⁾ 16. 4. 67 — 34, 729.

³⁾ 20. 1. 75 — 48, 1136.

⁴⁾ 25. 5. 71 — 43, 921 f.

söhnung mit dem Zentrum eine zeitlang zur Regierungsmehrheit, als man für gewisse Vorlagen ihre Zustimmung erkaufte hatte.

Die polnische Bevölkerung äußerte sich zur Unterstützung ihrer Abgeordneten häufig in Petitionen. Einmal beschlossen mehrere Tausend Polen, sich beim Reichstag über irgendetwas zu beklagen. Sie verfaßten eine Petition, aber überreichten diese nicht etwa ihren Abgeordneten polnischer Nationalität, sondern — Eduard Lasker, von dessen Eintreten für Unterdrückte sie sich mehr erhofften.⁵⁾

2. Die Dänen

Nach 1864 erscheinen auch dänische Vertreter im Parlament. Im preussischen Abgeordnetenhaus kann man sie leicht von politischer Wirksamkeit fernhalten, weil sie sich weigern, den Eid auf den König abzulegen. Daraufhin verlieren sie ihre Mandate, werden wiedergewählt, verweigern den Eid und so weiter. Dem Abgeordneten Ahlemann wurde dieses Spiel mit der Zeit zu dumm, er siedelte am 1. November 1875 nach Dänemark um.

Dänischer Vertreter im Reichstag war lange Jahre der Gutsbesitzer Hans Andersen Krüger aus Beftoft, ein früheres Mitglied des dänischen Reichsrats. Während seiner öffentlichen Tätigkeit sorgte er nur einmal für eine Sensation, als er am 30. Juli 1873 seinen Wählern einen Rechenschaftsbericht gab und dabei über eine Unterredung mit Bismarck sprach. Der Kanzler habe ihn seines Wohlwollens versichert, weil er eine „Ein-Mann-Partei“ bilde und seine Sache mit Energie und Eifer vertrete. Er könne ihm zwar keine Hilfe in Aussicht stellen, aber zum Aushalten ermuntern. „Fahren Sie fort wie bisher. Lassen Sie sich nicht abhalten, die allerschwierigsten Fragen an mich zu richten, noch schwieriger als die bisherigen. Sie haben nicht allein das Recht, Sie haben auch eine Pflicht, die Wünsche Ihrer Wähler zu verteidigen. Die Versicherung gebe ich Ihnen, daß, wenn Sie auch noch schärfer auftreten, ich es Ihnen niemals übel nehmen werde.“⁶⁾ Dieses Gespräch, auch wenn es nicht genau in der geschilderten Form stattfand, bietet doch ein lehrreiches Exempel für die Wandlungsfähigkeit, deren der Kanzler den Volksvertretern gegenüber nach Laune und taktischen Bedürfnissen fähig war.

Bemerkenswert ist Krüger noch in einer anderen Hinsicht. Da er sich nicht als zum deutschen Reiche gehörig betrachtete, lehnte er es ab, sich an Abstimmungen zu beteiligen. Während die polnischen Abgeordneten in diesem Falle einfach fernblieben, wünschte Krüger eine Registrierung seiner Enthaltung. In seinem ganzen parlamentarischen Leben gab er seine Meinung nur in insgesamt 16 Abstimmungen kund.⁷⁾

Die Frage der Enthaltung tauchte im konstituierenden Reichstag erstmals am 29. März 1867 auf. Bei einer Abstimmung durch Zählung⁸⁾ meldete sich einer der zählenden Schriftführer: „Es ist uns auf unserer zählenden Wanderung von dreien unserer geehrten Herrn Kollegen persönlich der Wunsch ausgesprochen worden, nicht mitgezählt zu werden. Ich möchte nun wissen, ob

⁵⁾ 20. 1. 75 — 1149.

⁶⁾ Schultheß, 1873, S. 166.

⁷⁾ Generalregister, Teil 3, S. 145.

⁸⁾ Fußnote siehe Seite 118.

das Hohe Haus der Meinung ist, daß die Zählenden sich an solche Instruktionen zu binden haben. Ich habe von dem Herrn Präsidenten einfach den Auftrag, die Stehenden und Sitzenden zu zählen. Ich weiß also nicht, was mit den Mitgliedern anzufangen ist, die weder sitzen noch stehen wollen, da nach Alberti's Komplimentierbuch für parlamentarische Verhandlungen keine dazwischen liegende Stellung eingenommen werden kann." (Heiterkeit.) Der Präsident erwiderte, daß es unstatthaft sei, im Saale zu bleiben und nicht mitzustimmen. Wer nicht mitstimmen wolle, müsse den Raum verlassen.⁹⁾

Unruh hält die Enthaltung für unzulässig. „Dazu sind die Abgeordneten gewiß nicht gewählt worden; sie sollen den Mut der Meinung haben und Farbe bekennen.“ Enthaltung sei nur zu gestatten, wenn ein Abgeordneter an der Entscheidung persönlich betroffen werde oder nicht gegen seine Fraktion stimmen wolle.¹⁰⁾

Lasker, der von den 293 namentlichen Abstimmungen, die zu seinen Lebzeiten stattfanden, nur 16 versäumte, enthielt sich dreimal in untergeordneten Fragen der Stimme.¹¹⁾ Weder im alten noch im neuen Reichstagsgebäude gab es eine besondere Tür für die Registrierung der Enthaltungen.

Nachfolger Krügers wurde der Flensburger Journalist Johannsen. Ihm gelang es noch einmal, den Reichstag in Aufregung zu versetzen. Er brachte eine Interpellation über die Sonderbestimmungen ein, denen dänische Staatsbürger im deutschen Grenzgebiet ausgesetzt waren. Der Präsident richtete wie üblich nach Verlesung des Antrages die Frage an den Bundesratspräsidenten, ob und wann die Interpellation beantwortet werden würde. Finanzminister v. Scholz erklärte darauf, daß er eine Besprechung ablehne und sich an einer etwaigen Besprechung keinesfalls beteiligen werde. Seit Beginn des Reichstages war dies der erste Fall, in dem eine Interpellation nicht beantwortet wurde. Im übrigen wurde trotz dieser Haltung der Regierung eine Besprechung beantragt. Nachdem sich die nötige Unterstützung von 50 Stimmen ergeben hatte,¹²⁾ verließen alle Bundesratsmitglieder den Saal und überließen die Debatte der Opposition.¹³⁾

⁹⁾ Im alten Reichstag wurde durch Erheben abgestimmt. Normalerweise erhoben sich zuerst die Befürworter eines Antrages; war das Präsidium über das Ergebnis im Zweifel, so wurde die Gegenprobe gemacht. Bestand der Zweifel immer noch, so wurden die Sitzenden und Stehenden ausgezählt. Da es sich dabei dann nur um kleine Mehrheiten handeln konnte, folgte meist eine namentliche Abstimmung mit Namensaufruf, die etwa eine dreiviertel Stunde in Anspruch nahm. Zur Beschleunigung des Verfahrens dachte man schon 1874 an einen Abstimmungsstelegrafen, den Dr. Siemens, selbst eine Zeitlang Abgeordneterhausmitglied, unverbindlich einbauen wollte. Es herrschte aber großes Mißtrauen gegen die Technik und gegen evtl. Mißbrauch der Anlage, so daß man darauf verzichtete. (9. 4. 74 — 27, 680). Stattdessen führte man den Hammelsprung ein, der am 10. 4. 74 erstmals ausprobiert wurde. (28, 695.) Vgl. dazu auch Unruh, S. 336 ff.

⁹⁾ 29. 3. 67 — 22, 449.

¹⁰⁾ Unruh, S. 122.

¹¹⁾ Es handelt sich um einen Antrag auf Übergang zur Tagesordnung in der Majunke-Affäre am 16. 12. 74 (32, 754), eine Änderung des Immunitätsartikels der Verfassung (9. 12. 75 — 23, 497) und die Gewährung von 10 000 Mark zur Ausstattung der Garnisonskirche in Spandau. (27. 1. 83 — 40, 1110).

¹²⁾ nach § 33 GO.

¹³⁾ 22. 5. 83 — 84, 2458 ff.

3. Die Elsässer

Höchst dramatisch gestaltete sich der erste Auftritt der dritten nationalen Minderheit im deutschen Reichstag.

Am 1. Februar 1874 waren in Elsaß-Lothringen 15 Abgeordnete zum Reichstag gewählt worden. Das Ergebnis war: 10 Sitze für die Ultramontanen, darunter sieben Geistliche, und fünf französische Protestler — also kein einziger Freund des Reiches.

Am 5. Februar wurde das Parlament eröffnet und am 16. Februar marschierten die reichsländischen Abgeordneten in feierlichem Zug, zwei Bischöfe voran, alle Geistlichen im Ornat, in den Sitzungssaal ein und nahmen auf den äußersten Bänken der Rechten Platz. Unter den fünfzehn befanden sich außer den Bischöfen von Straßburg und Metz der ehemalige Bürgermeister von Straßburg, Lauth. Alle Elsässer weigerten sich, wie auch die Polen, ihre Lebensläufe für das Reichstagshandbuch zur Verfügung zu stellen. Einige von ihnen waren bereits Mitglied französischer Parlamente gewesen.¹⁴⁾

Der einzige Artikel der Geschäftsordnung, der überhaupt auf die Anwesenheit nichtdeutscher Abgeordneter Bezug nahm, war der § 45: „Den Mitgliedern des Reichstages ist das Vorlesen schriftlicher, abgefaßter Reden nur dann gestattet, wenn sie der deutschen Sprache nicht mächtig sind.“ Aus diesem Grunde verlasen alle nationalen Minderheiten demonstrativ ihre Reden, auch wenn an ihrem Deutsch nichts zu bemängeln war.

Der Wortführer der Franzosen, Teutsch, beantragte sofort, den Abgeordneten, die des Deutschen nicht mächtig seien, den Gebrauch der französischen Sprache zu erlauben. Selbstverständlich wurde dieser Antrag überhaupt nicht ernst genommen und nie auf die Tagesordnung gesetzt. Seinen nächsten Antrag, die Elsässer frei über ihre Zugehörigkeit zu Deutschland entscheiden zu lassen, begründete er: „Da die deutsche Sprache nicht meine Muttersprache ist... (Oho! Gelächter. Ruf: Sie sprechen es ja!) ich lese, spreche und schreibe deutsch, ich improvisiere es aber nicht... (Unruhe) meine Herren, so erbitte ich mir einige Nachsicht, die Form meines Vortrags betreffend. (Oho! Gelächter. Ruf: Er spricht ja deutsch.) Ich lese deutsch, ich schreibe es, aber nicht ohne einige Mühe. Ich lese Ihnen eine Übersetzung.“ Unter ständigen Störungen fährt Teutsch fort: „Nach dem Erfolge Ihres letzten Krieges hatte Ihre Nation unstreitig das Recht, eine Entschädigung zu verlangen. Deutschland aber hat die Grenzen des Rechtes einer gebildeten Nation überschritten.“ (Oho! Murren. Abgeordneter Freiherr Nordeck zu Rabenau: Keine Insulten! Glocke des Präsidenten.) Als Teutsch die letzte Bemerkung wiederholt, greift der Präsident ein: „Ich hatte mir vorgenommen, in dem Bewußtsein, daß das deutsche Reich stark genug ist, um seinem Rechte Geltung zu verschaffen, den Herrn Abgeordneten in voller Freiheit sprechen zu lassen. Wenn er aber auf der Tribüne des deutschen Parlaments die deutsche Nation dadurch beleidigt, daß er ihr das Recht und das Benehmen einer gebildeten Nation abspricht, so rufe ich

¹⁴⁾ vgl. dazu Robolsky, S. 340 ff.

wegen dieser Äußerung notgedrungen den Herrn Abgeordneten Teutsch zur Ordnung.“ (Stürmischer Beifall.)

Der Gerügte fährt fort: „Es ist in meiner Absicht keine Beleidigung. (Gelächter.) Da ich die deutsche Sprache nicht hinreichend kenne, um meine Worte vollkommen zu wägen, so bitte ich um einige Entschuldigung, aber eine Beleidigung liegt nicht in meiner Absicht.“ Die elsässischen Abgeordneten seien gekommen, um gegen den Mißbrauch der Gewalt zu protestieren. Im Zeitalter des Fortschritts versklave Deutschland die Elsässer. Auf die ständigen Zwischenrufe reagiert er einmal: „Ich danke Ihnen, meine Herren! Ihre Unterbrechung ehrt mich.“ (Ruf rechts: Nicht Ursache!) Als der Redner sagt, daß selbst Napoleon keine Bevölkerung gegen deren Willen annektiert habe, verzeichnet das Protokoll: „Stürmisches, lang anhaltendes Gelächter, Rufe: Lächerlich! Köstlich! Das war bloß Schein.“

Schließlich schleuderte er der Versammlung die Drohung entgegen: „Anstatt einer Ara des Friedens haben Sie — wir sagen dies mit Schrecken und Bedauern — nichts anderes zu erwarten als neue Kriege, das ist neue Ruinen und neue Opfer, die der Tod in Ihren Familien fordern wird.“ Den Reichstag selbst läßt er ebenfalls nicht ungeschoren: „Es war bisher Sitte in diesem Haus, daß, wenn irgend ein edles Herz seine Stimme erhob zugunsten der Völker, die Sie unterjocht haben, man sogleich diesem Ehrenmann den Mund stopfen und ihn als einen Verräter des Vaterlandes brandmarken wollte.“ (Oh! oh!)

In der Diskussion erklärt zunächst der Bischof von Straßburg, daß seine Glaubensgenossen den Frieden von Frankfurt nicht anfechten würden. Das Haus begrüßt diese Erklärung mit lebhaftem Bravo; aber von seinen Landsleuten wird Dr. Raeß wegen dieser Erklärung heftig angefeindet.¹⁵⁾ Demonstrativ schließt das Haus die Diskussion durch einen gemeinsamen Schlußantrag aller Parteien. Als Antragsteller kommt Teutsch noch einmal zu Wort und ruft: „Die Diskussion ist durch das Votum des Hauses geschlossen. Wir verlassen uns auf Gott, wir verlassen uns auf die Entscheidung Europas!“ (Abgeordneter Freiherr Nordeck zu Rabenau: Dann sind Sie verlassen!)

Bei der Abstimmung entsteht Heiterkeit, weil die Elsässer sitzen bleiben, während sich 23 andere Abgeordnete — die Polen, Sozialdemokraten, Kryger, Ewald¹⁶⁾ und Sonnemann — erheben. Ein Mitglied der polnischen Fraktion beantragt nochmalige Abstimmung. Die Elsässer hätten sicher nicht verstanden, worum es ging. Der Präsident aber erklärt die Abstimmung für bindend. Das wechselseitige Eintreten der Minderheiten für einander aber zeigt sich noch öfters. Sofort nach der Abstimmung verlassen die Elsässer demonstrativ den Sitzungssaal; die meisten reisen sofort nach Hause, einige kehren in unregelmäßigen Abständen ins Plenum zurück.¹⁷⁾

Ebenso demonstrativ fährt der Reichstag in der Beratung des Gesetzes über Impfwang fort.¹⁸⁾

¹⁵⁾ z. B. 19. 2. 74 — 8, 113.

¹⁶⁾ Ewald hatte noch im Jahre vorher erklärt, daß Elsaß-Lothringen rechtmäßig erobert worden sei, während man sein hannoversches Vaterland rechtswidrig annektiert habe. (16. 6. 73 — 53, 1173.)

¹⁷⁾ Im Reich bleiben Guerber, Winterer und Simonis. Dt. Revue, Bd. XIX, 2. Quartal, S. 1894 ff.

¹⁸⁾ 18. 12. 74 — 7, 98 ff.

Einige Sitzungen später verlangen die Elsässer, daß dem Oberpräsidenten der Reichslande die Befugnis, den Belagerungszustand zu verhängen, entzogen werde. Bei dieser Beratung wird auf die Sitzung vom 16. Februar zurückgegriffen. Bundeskommissar Hofmann stellt fest, daß kein anderes Parlament die Rede Teutschs mit der gleichen Selbstverleugnung bis zum Schluß angehört hätte.

Auch Bismarck kann sich eines Kommentars nicht enthalten: Es habe ihn gefreut, „daß die Ausbildung in der deutschen Sprache doch nicht so zurückgeblieben ist, wie man es wohl nach dem ersten Antrag und nach dem ersten stammelnden Versuch, sich im heimischen Idiom zu bewegen, hätte fürchten können. (Heiterkeit) ... Es ist ja leicht, ein lautes und lebhaftes Wort hier zu äußern und mir als Minister ist es besonders angenehm gewesen, hier zu sitzen und mir sagen zu können: es ist doch ein schönes Verhältnis, wenn ein Minister derartige Beleidigungen vollständig ruhig mit anhören kann und weiß, daß er Verteidiger unter anderen findet.“ (Wiederholtes, lebhaftes Bravo!) Man habe gelacht, aber nicht der Sache habe das Gelächter gegolten, „sondern dem Mangel an Gewohnheit in Bemessung seiner Deklamation und Gestikulation vor deutschen Zuhörern. (Heiterkeit.) Es ist diesem Herrn mit seiner Rede gegangen wie vor deutschen Zuhörern mitunter einem französischen Tragiker, dem es oft ganz außerordentlich schwer ist, die Grenze genau innezuhalten, wo nach deutschem Gefühl die Tragik aufhört.“ Der Kanzler schließt mit der Bitte, „der Reichsregierung ein volles und festes Vertrauensvotum dadurch geben zu wollen, daß sie den Antrag ablehnen.“ Windthorst setzt sich noch einmal für die Elsässer ein, Guerber spricht sein Schlußwort, wird fortwährend unterbrochen, aber vom Präsidenten geschützt: „Sie haben das Wort und ich schütze Sie im Wort.“ Dann fällt der Antrag mit 196 zu 138 Stimmen. Fortschritt und Zentrum befinden sich in der Minderheit.¹⁹⁾

Noch einmal geben die Elsässer Anlaß zu einem parlamentarischen Zwischenfall, als am 23. März 1874 die Einführung des Pressegesetzes in Elsaß-Lothringen zur Debatte steht. Miquel kritisiert das Verhalten der neuen Volksvertreter: „Der eine ist aufgetreten und hat den Frankfurter Frieden für null und nichtig erklärt, hat sogar die Dreistigkeit gehabt, uns Beleidigung über Beleidigung ins Gesicht zu schleudern, und uns den Charakter einer zivilisierten Nation abzusprechen Narrheit genug gehabt.“ (Bewegung, Unruhe.) Ein Gast trete im allgemeinen im fremden Land höflich auf und aus dem Mangel an Bescheidenheit seitens der Redner dürfe er wohl schließen, daß sich dieser bereits als Hausgenosse Deutschlands fühle.

Vizepräsident Hohenlohe rechtfertigt sich, weil er Miquel keinen Ordnungsruf erteilt hat. Hoverbeck von der Fortschrittspartei bittet Miquel, den Ausdruck „Narrheit“ zurückzunehmen. Miquel weigert sich, worauf v. Hoverbeck einen Ordnungsruf beantragt. Hohenlohe beharrt bei seiner Meinung.

In dieser Debatte spricht auch Lasker. Er sei den Elsässern dankbar, daß sie sich überhaupt an der Debatte beteiligen würden. Er wolle „über die

¹⁹⁾ 3. 3. 74 — 12, 195 ff.; dazu Robolsky, S. 343.

Art, wie sie ihre Worte gestalten“, keine Abrechnung halten. Ihr Deutsch sei jedenfalls „vorzüglich und vortrefflich“ und das beste Zeugnis beginnender Verständigung. Die Rechtsgleichheit könne nur stufenweise bewirkt werden, heute müsse er deshalb für ein Ausnahmegesetz stimmen.²⁰⁾

Das Haus vergewaltigt seine Minderheiten nicht. Als in der Herbstsession 1874 die Kommission zur Vorberatung des elsässischen Haushalts gebildet wird, werden drei Elsässer hineingewählt, die allerdings sofort nach ihrer Wahl die Mitarbeit ablehnen.

²⁰⁾ 23. 3. 74 — 22, 512 ff.

Das Jahr 1874

1. Streit um die Heeresverfassung

Die Freude der Nationalliberalen über ihren Sieg bei den Wahlen war kaum verklungen, da setzten schon die ersten Rückschläge ein. Die schwerste Belastungsprobe der Session 1874 war die Militärfrage. 1867 hatte man der Regierung ausreichende Geldmittel für das Heer bis 1871 gewährt, dann hatte man das Provisorium unter dem Eindruck des gewonnenen Krieges bis 1874 verlängert. Nun stand die Heeresverfassung erneut zur Debatte.

Am 18. Februar wird die Kommission zur Vorbereitung des Gesetzes gebildet, der auch Lasker angehört. Die Ausschlußberatungen zeigen eine hartnäckige Versteifung der Regierungsvertreter auf möglichst lange Dauer des bewilligungsfreien Zustandes. Der Kaiser persönlich mischt sich durch seine Geburtstagsrede an die Generäle am 22. März in die Diskussion. Der Abend seines Lebens sei getrübt, wenn der Reichstag in der Militärfrage nicht nachgebe. Bismarck droht am 28. März mit Rücktritt und gibt vom Krankenlager aus Interviews, in denen er sich hauptsächlich gegen Lasker wendet.

Vom 28. März bis zum 9. April machen die Volksvertreter eine kleine Pause und nun erweist sich, daß seit Einführung des allgemeinen Wahlrechts noch eine Größe da ist, die parlamentarische Entscheidungen erzwingen kann: die Volksmeinung. Die Rede des Kaisers und die Interviews des Kanzlers haben die Öffentlichkeit beunruhigt. Das Volk versteht nichts von konstitutionellen Bedenken, es interessiert sich nicht für die Wahrung des parlamentarischen Bewilligungsrechtes in Heeresfragen, es vernimmt nur, daß man das ruhmreiche Heer vernachlässigen will.

Nach dem Wiederezusammentritt des Reichstags herrscht in allen Fraktionen eine verstörte Stimmung. „Ein Sturm der Entrüstung war durch ganz Deutschland gebraust, überall hatten die Abgeordneten es hören müssen: das Volk will kein Zerwürfnis mit der Regierung, am wenigsten einen Streit über die Grundlagen der Wehrkraft.“¹⁾ So sieht der Nationalliberale Böttcher die Lage und sein Fraktionskollege Stephani notiert in sein Tagebuch: „Es herrschte ein wahrer Fanatismus für unbedingte Annahme des Gesetzes.“²⁾

In der nationalliberalen Partei sind die Meinungen geteilt. Stauffenberg schreibt an Lasker: „Die nationale Partei ist glücklich vor eine Alternative gestellt, bei der sie, sie mag sich entscheiden wie sie will, schwer geschädigt wird, wenn sie nicht ganz in die Brüche geht. Ich sehe recht schwarz in die Zukunft.“³⁾

Karl v. Normann, der Kammerherr des Kronprinzen, klagt Gustav Freytag gegenüber: „Der schlimmste unter den Nationalliberalen ist der kleine

¹⁾ und ²⁾ Böttcher, S. 141.

³⁾ Wentzcke, S. 101.

Lasker, und wenn es dem braven Manne gegenüber nicht geradezu un-recht wäre, würde ich sagen, daß hier der Jude in ihm lebendig geworden ist.“⁴⁾

Wie sehr alles von Lasker abhängt, zeigt ein Brief des Journalisten Friedrich Zabel, der sich im Ausland aufhält, an Lasker: „Sie, lieber Freund, werden viel dazu beitragen können, den drohenden Riß zu heilen, und die Stellung, die Sie sich erworben haben, gibt Ihnen ein höheres Maß der Verantwortlichkeit, ja, ich glaube, das höchste Maß, wie es keinem Parlamentarier aufgebürdet ist. Von Ihrer politischen Weisheit fürchte ich keinen Fehlgriff.“⁵⁾

Laskers Haltung bleibt eindeutig: „Sollte es dazu kommen“, teilt er seinem Vertrauensmann in Magdeburg, Konrad Listemann, mit, „daß über die Vorlage mit einem einfachen Ja oder Nein abgestimmt werden müßte, so würde ich zum Nein mich gezwungen sehen. Lieber verzichte ich auf jede parlamentarische Wirksamkeit, als daß ich wissentlich beitrüge, den öffentlichen Zustand in eine falsche Bahn zu leiten, oder daß ich eine gegenwärtige Unbehaglichkeit auf Kosten zukünftiger Kämpfe löse.“⁶⁾

Lasker steht in ständiger Verbindung mit den Freunden in der Fortschrittspartei, aber am 9. April muß er ihnen sagen, daß in seiner Partei der Widerstand gebrochen sei.⁷⁾ Am Tag darauf bewilligt der Kaiser das „Kompromiß“, von dem sogar Normann, Major a. D. und Vertrauter des Kronprinzen, sagen muß, daß es nur ein Waffenstillstand sei, dem nach sieben Jahren ein erneuter schwerer Kampf folgen müsse.⁸⁾ Bei den regierungstreuen Abgeordneten jedoch herrscht eitel Freude und Lasker muß sich widerstrebend fügen, zumal selbst in der Fortschrittspartei Befürworter des Gesetzes zu finden sind, die später als „Gruppe Löwe“ der Richterschen Stamppartei den Rücken kehren.⁹⁾

Bis der Kampf im Plenum beginnt, ist eigentlich alles schon entschieden. Die konstitutionelle Richtung hat eindeutig an Boden verloren. Lasker bedauert in der Begründung seiner Abstimmung, in der er übrigens auch Kritik an Bennigsen übt, die Haltung der Regierung. „Ich habe aus alledem das Mißtrauen herausgehört, welches man gegen die Volksvertretung hegt.“ Dabei sei überhaupt kein Reichstag denkbar, der den Bedürfnissen des Heeres Rechnung nicht tragen würde. Da aber die Volkserregung in die sachliche Debatte eingegriffen habe und die Verständigung erschwert, bliebe ihm keine Wahl als Zustimmung.¹⁰⁾ Der entscheidende § 1 des Gesetzes, der die Finanzmittel für das Heer ohne Prüfungs- und Bewilligungsrecht des Parlaments auf weitere sieben Jahre gewährt, wird mit 224 gegen 146 Stimmen angenommen. Bei der Schlußabstimmung vom 20. April verringern sich die Gegenstimmen auf 123. Die Regierung hat einen glänzenden Sieg erfochten. Neun Zehntel des gesamten Reichshaushaltes sind auf Jahre hinaus der Kontrolle der Volksvertretung entzogen.

⁴⁾ Wentzcke, S. 100.

⁵⁾ dto., S. 104.

⁶⁾ dto. S. 105 f.

⁷⁾ Parisius, S. 194 f.

⁸⁾ Wentzcke, S. 106.

⁹⁾ Richter, Bd. I, S. 78 ff.

¹⁰⁾ Rt. 14. 4. 74 — 31, 794 ff.; vgl. dazu Lucius, S. 42 über ein Privatgespräch mit Lasker.

Das zweite Hauptwerk dieser Session war das Pressegesetz, für das die Nationalliberalen hauptsächlich durch den Erlanger Rechtslehrer Marquardsen vertreten wurden. Die Fortschrittspartei hatte wieder unerfüllbare Forderungen gestellt, so daß Lasker ernstlich böse wurde. Was durch Marquardsens Vermittlungsanträge erreicht werde, „steht tief unter dem, was ich beim Pressegesetz habe durchsetzen wollen.“ (Hört, hört! links.) Aber: „Es sind ja tatsächliche Verhältnisse, die wir hier erörtern müssen, der tatsächliche Erfolg ist Annahme oder Ablehnung des Gesetzes. Wir sind doch nicht in einer Schule, in der wir mit Gemütlichkeit gegeneinander disputieren und der bessere Disputant den Sieg davonträgt.“ Durch diesen heftigen Angriff wird zwar die Fortschrittspartei bewogen, sich zur Annahme des Gesetzes bereit zu erklären, aber das beiderseitige Verhältnis ist seither getrübt.¹¹⁾ Nachdem der Pressegesetzkompromiß mit 214 gegen 108 angenommen ist, geht der Reichstag in die Ferien.

2. Das Bankgesetz

Der erste größere Beratungsgegenstand der Herbstsession ist der Entwurf eines Bankgesetzes. Die Beratung verdient eine nähere Betrachtung, weil sie zeigt, wie politische Gefechte mit der Geschäftsordnung geführt werden können. Lasker gibt seinem Wunsch nach einer Reichsbank durch einen Antrag Ausdruck: „Der Reichstag wolle beschließen: in Erwägung, daß es ... notwendig erscheint, die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfes durch Bestimmungen über eine Einrichtung einer Zentralbank für das Reich zu ergänzen ... überweist der Reichstag den Gesetzentwurf an eine Kommission.“¹²⁾

Über die Frage der Zulässigkeit dieses Antrages entspinnt sich zwei Tage später eine heftige Diskussion. Wird Laskers Antrag angenommen, so bedeutet das trotz des formalen Charakters eine Entscheidung zugunsten der Reichsbank. Windthorst dagegen beantragt Übergang zur Tagesordnung. Schließt sich das Haus ihm an, so ist die Errichtung einer Reichsbank faktisch abgelehnt. Aber von der Reichsbank ist bei der ganzen Beratung nicht die Rede, es dreht sich nur um den formalen Charakter des Antrages Lasker.

Der Präsident erklärt, nach seiner Meinung handele es sich um einen „motivierten Antrag auf Kommissionsberatung“ und ein solcher sei zulässig. Windthorst dagegen vertritt die Ansicht, es handele sich um einen „auf die Vorlage selbst bezüglichen Abänderungsantrag“ materieller Natur, der nach § 18 der Geschäftsordnung vor Schluß der ersten Beratung nicht gestellt werden könne. Der Zentrumsführer kann sich nicht verknäuen, Lasker vorzuwerfen, er sei dauernd bestrebt, der Geschäftsordnung ein Schnippchen zu schlagen. Auf dem schmalen Kampffeld der geschäftsordnungsmäßigen Bemerkung setzt Lasker den Kampf fort, gefolgt von seinem Fraktionsgenossen Beseler. Dieser sorgt für eine parlamentarische Sensation, da er sich scharf gegen Lasker wendet: die Geschäftsordnung sei der natürliche Rechtsschutz der Minderheit und diese werde durch den Antrag vergewaltigt.

¹¹⁾ vgl. Böttcher, S. 145; Richter, Bd. I, S. 94 ff.

¹²⁾ 16. 11. 74 — 11,58.

Nachdem sich alle Parteien geäußert haben, stellt Forckenbeck die Frage und zwar sehr geschickt, um Windthorsts Antrag zu umgehen, nach der Zulässigkeit des Antrages Lasker. Diese wird, da einige Nationalliberale unsicher geworden sind, mit 148:138 Stimmen verneint. „Meine Herren“, sagt Forckenbeck nach der Bekanntgabe des Ergebnisses, „durch dieses Votum ist mir die nötige Autorität, deren ich zur Handhabung meines Amtes bedarf, genommen. (Oh, oh! im Zentrum.) Ich lege hiermit das Amt des ersten Präsidenten nieder.“¹³⁾

Forckenbeck fühlt sich von seiner Fraktion im Stich gelassen. In der Fraktion kommt es zu einer peinlichen Sitzung, „die Mehrheit ist erbittert auf Beseler“ und dieser muß aus der Fraktion austreten. Politisch ist es ärgerlich, daß die Liberalen im Zenith ihrer Macht das Schauspiel einer Meuterei gegen die eigene Führung bieten.¹⁴⁾

In der nächsten Sitzung wird — auf Vorschlag des Oppositionsführers Windthorst, der dem Präsidenten seine Unparteilichkeit bescheinigt — Forckenbeck einstimmig wiedergewählt.¹⁵⁾

3. Pfui-Rufe gegen Bismarck

Der Dezember bringt Lasker den zweiten Höhepunkt seines parlamentarischen Lebens. Am 13. Juli 1874 hatte in Bad Kissingen ein 21jähriger Böttchergeselle namens Kullmann auf Bismarck geschossen und ihn leicht an der Hand verletzt. Im Gefängnis hatte der Attentäter zu Protokoll gegeben, daß er Zentrumsanhänger sei. Am 4. Dezember kommt der Mordversuch im Reichstag zur Sprache. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Jörg richtet einen grundsätzlichen Angriff gegen den Kanzler und erwähnt dabei in ungeschickter Weise das Attentat, das er die „Freveltat eines Halbverrückten“ nennt, über welche „ein guter Teil der deutschen Denkerkernation nahezu ins Delirium geraten“ sei.¹⁶⁾ Außerdem beschuldigt er Bismarck des unvorsichtigen Spiels mit Kriegsgefahren.

Bismarck antwortet sofort und erzählt davon, wie er Kullmann im Gefängnis besucht habe: „Ich sagte, welches ist denn Ihre Fraktion? Darauf hat er mir vor Zeugen gesagt: die Zentrumsfraktion im Reichstag. (Heiterkeit. Pfui! aus der Zentrumsfraktion.) Ja, meine Herren, (nach dem Zentrum) verstoßen Sie den Mann, wie Sie wollen! Er hängt sich doch an Ihre Rockschöße.“ (Pfui! aus dem Zentrum. Stürmisches, andauerndes Bravo links und rechts, unter wiederholten Pfuirufen aus dem Zentrum. Glocke des Präsidenten.) Der Präsident bittet um Ruhe und bemerkt, daß der Ausdruck „Pfui“ unparlamentarisch sei. Gleichzeitig läßt er sich seinen Zylinder bringen, damit er notfalls durch Bedecken des Hauptes die Sitzung unterbrechen kann.¹⁷⁾

Bismarck fährt fort: „Der Herr Präsident hat schon gerügt, was ich von dem Herrn Abgeordneten, der dort auf der zweiten Bank sitzt, rügen wollte, oder vielmehr, rügen ist nicht mein Beruf, aber ich wollte meine Meinung darüber äußern. ‚Pfui‘ ist ein Ausdruck des Ekels und der Verachtung.

¹³⁾ 18. 11. 74 — 13, 220.

¹⁴⁾ Böttcher, S. 150 ff.

¹⁵⁾ 19. 11. 74 — 14, 237.

¹⁶⁾ 4. 12. 74 — 24, 482.

¹⁷⁾ Pastor, Bd. II, S. 135.

Meine Herren, glauben Sie nicht, daß mir diese Gefühle fernliegen. Ich bin nur zu höflich, um sie auszusprechen.“ (Lebhaftes Bravo links und rechts. Murren im Zentrum. Aufregung.) Der Präsident bittet erneut um Ruhe. „(Fortdauernde Unruhe. Mehrere Mitglieder der Linken, auf den Abgeordneten Grafen von Ballestrem zeigend: Der ist es gewesen! Der hat Pfui gerufen! Große Aufregung und Lärm. Glocke des Präsidenten.)“ Der Zwischenfall erhält seine Pikanterie dadurch, daß der Pfuirufer Ballestrem später Reichspräsident wurde.

Nach einem kurzen Wortgefecht zwischen Bismarck und Windthorst erhält Lasker das Wort. Er spricht nur wenige Minuten: „Meine Herren, wenn ich die Herren drüben sich rüsten sehe, um auf die Tribüne zu steigen und den Herrn Reichskanzler anzugreifen, bin ich der Regel nach sehr ruhig und humoristisch gestimmt. Ich denke mir, daß diese Angriffe die richtige Abfertigung finden und ich verhalte mich gleichmütig.“ Heute aber seien „die Gefühle der großen Mehrheit des Hauses in empörender Weise beleidigt worden.“ Noch schlimmer, der Abgeordnete Jörg habe angedeutet, daß Deutschland einen Krieg gegen Frankreich zu provozieren trachte. „Meine Herren, dieses Manöver will ich vor ganz Deutschland brandmarken! (Lebhafter Beifall.) In öffentlicher Versammlung die Regierung Deutschlands der Anreizung zum Kriege anzuschuldigen, das ganze Ausland auf diese Weise gegen Deutschland hetzen, das ist eines Vertreters unwürdig. (Bravo! Unruhe.) Und, meine Herren, ich will diese Politik kennzeichnen, damit fortan alle Angriffe dieser Herren vor Deutschland als das erscheinen, was sie sind, als Verbrechen gegen das Vaterland!“ (Stürmisches Bravo!)¹⁸⁾

Der Eindruck der kurzen Rede ist überwältigend. Während der Präsident Lasker zur Ordnung ruft, stürmen dessen Freunde auf die Tribüne und beglückwünschen ihn zu dieser Vertrauenskundgebung für den Kanzler. Böttcher meint, daß dieser Tag der glücklichste in Laskers parlamentarischem Leben überhaupt gewesen sei.¹⁹⁾

Zwar empören sich die Klerikalen gegen den „liberalen Entrüstungshumbug“,²⁰⁾ aber das Echo im Volk ist groß. Franz Künzer, der reichstreue katholische Domprediger von Breslau und ehemalige Abgeordneterkollege Laskers, schreibt: „Haben Sie tausend Dank für das mutige Manneswort, das Sie wie ein schneidiges Schwert in das Herz der Feinde unseres deutschen Vaterlandes geschleudert und damit tödlich verwundet haben. Wurden Sie auch von dem allzu peinlichen Präsidenten zur Ordnung gerufen — dieser Ordnungsruf galt nicht der Wahrheit, die Sie mutig ausgesprochen und die in ganz Deutschland ein Echo finden wird.“²¹⁾

Für ein paar Tage herrscht Eintracht und eitel Zufriedenheit zwischen dem Kanzler und den Nationalliberalen. Da wird am 12. Dezember dem Reichstag die Verhaftung des katholischen Kaplans, Redakteurs und Abgeordneten Majunke gemeldet. Lasker wendet sich sofort scharf gegen diesen Immunitätsbruch. Majunke selbst ist ihm gleichgültig; er betrachtet das Im-

¹⁸⁾ 4. 12. 74 — 24, 489.

¹⁹⁾ Böttcher, S. 156.

²⁰⁾ Pastor, Bd. II, S. 135.

²¹⁾ Wentzcke, S. 110.

munitätsrecht als ein Privilegium der Institution und eine Verletzung desselben als eine Minderung der Stellung des Parlaments. Er bringt einen Antrag ein, durch den bekräftigt werden soll, daß kein Abgeordneter während der Session ohne Zustimmung des Parlaments verhaftet werden kann. Der Antrag wird einstimmig angenommen und ruft bei Bismarck höchste Verstimmung hervor. Windthorst ist schlaue genug, sich hinter Lasker zu verschansen, dem der Ruhm dieses Antrages gebühre und dessen Worten er nichts hinzuzufügen habe.

In der Geschäftsordnungskommission erheben sich angesichts der saueren Reaktion von Bismarck Bedenken. Ein Teil der Liberalen bekommt Angst vor der eigenen Courage und bringt einen Antrag ein, durch welchen die Entscheidung verschoben werden soll. Er fällt mit 158:151 Stimmen, weil Lasker nicht nachgibt und dagegen stimmt.²²⁾ Schließlich wird ein fortschrittlicher Antrag angenommen, der die Immunität in scharfer Form beansprucht.²³⁾ Uplötzlich steht man vor einer der gefährlichsten Klippen der Verfassungsentwicklung. Fürst Bismarck bittet um seine Entlassung. Im Reichstag herrscht „unsagbare Aufregung, heillose Verwirrung.“²⁴⁾

Lasker betrachtete Bismarcks Erregung mit Gleichmut und setzt dem späteren Kanzler Hohenlohe ruhig und sachlich auseinander, daß das Rücktrittsgesuch nur Komödie sei. Hohenlohe ist erschreckt von diesem unerbittlichen, klaren Blick. „Ich kann mir denken“, notiert er in sein Tagebuch, „daß Bismarck den kleinen, durchtriebenen Juden haßt.“ Aber Lasker hat im Parlament das Heft in der Hand. „Bismarck mag wollen oder nicht, er muß sich doch nach diesen Herren richten und durch sie vieles ausführen lassen, was er selbst nicht kann.“²⁵⁾

Ebenso dramatisch wie die unvorhergesehene Entzweiung erfolgt wenige Tage später die Versöhnung. Am 18. Dezember fordert das Zentrum die Streichung eines Etatpostens, der zur persönlichen Verfügung des Reichskanzlers gestellt werden sollte. Nachdem Windthorst diese Forderung begründet hat, meldet sich Bennigsen: „Wenn der Herr Vorredner den Antrag gestellt hat, diesen Fond abzusetzen, so bietet er damit — und das ist nach meiner Meinung eben kein Beweis von seiner politischen Klugheit (Heiterkeit) — der Mehrheit dieses Hauses eine sehr erwünschte Gelegenheit, dadurch, daß sie trotz aller solcher Angriffe diesen Fond bewilligt, der jetzigen deutschen Politik und ihrem Leiter ein ausdrückliches Vertrauensvotum zu geben.“ (Lebhafter Beifall rechts und links.) Mit scharfen Worten gegen das Zentrum tritt der Führer der Liberalen voll und ganz hinter Bismarck. Der Konservative v. Kardorff stimmt ihm mit zwei Sätzen bei. Mit 199:71 wird der Geheimfond bewilligt.²⁶⁾ „Es war“, erinnert sich Elben später, „eine unvergeßliche Stunde.“²⁷⁾ Der Kanzler erscheint persönlich im Sitzungssaal und läßt durchblicken, daß er sein Entlassungsgesuch zurückziehen werde.²⁸⁾

²²⁾ Rt. 16. 12. 74 — 32, 756.

²³⁾ Rt. 17. 12. 74 — 33, 760; dazu auch Majunke, S. 127 ff.

²⁴⁾ Böttcher, S. 162.

²⁵⁾ Hohenlohe, Bd. II, S. 138.

²⁶⁾ 18. 12. 74 — 35, 812.

²⁷⁾ Elben, S. 193.

²⁸⁾ Böttcher, S. 162; nach Elben, S. 193, wird die Krisis erst bei einem späteren Essen bei Bismarck bereinigt.

Die Darstellung dieses politischen Handgemenges auf dem Rücken des Zentrums ist ein Beispiel für das unberechenbare Wellenspiel in den Beziehungen zwischen Bismarck und den Nationalliberalen. Nicht zu Unrecht machte Bismarck Lasker für diese auf die Dauer anstrengenden und ermüdenden Zwischenspiele verantwortlich.

Lasker sei, so sagte der Kanzler in dieser Zeit, ein guter Soldat, aber ein schlechter Feldherr.²⁹⁾ Und Tiedemann gegenüber klagte Bismarck über die Staatskrankheit der „Laskerei“, die in ihrem verbohrt liberalen Doktrinarismus immer Zweck und Mittel, Reden und Handeln verwechselte und schließlich zur Auflösung des Staatsgedankens führen müsse.³⁰⁾

Aber Lasker war nicht abzuschieben wie ein unbequemer Minister. Er war der unbestrittene Führer der Fraktion, er war beim Volke beliebt und die gegnerischen Parteien achteten seine Persönlichkeit. Als Bismarck einmal versuchte, Bennigsen gegen Lasker aufzuhetzen, verwahrte sich der Führer der Liberalen energisch gegen Beleidigungen des Freundes.³¹⁾

²⁹⁾ Poschinger, Bd. I, S. 68.

³⁰⁾ Tiedemann, Persönliche Erinnerung an den Fürsten Bismarck, S. 5.

³¹⁾ Oncken, Bd. II, S. 167 f.

Ruhe vor dem Sturm: die Justizgesetze

Im Herbst 1874 beginnt die Beratung derjenigen Gesetze, die unter dem Namen Justizgesetze zusammengefaßt werden: Straf- und Zivilprozeßordnung sowie Gerichtsverfassungsgesetz. Lasker eröffnet die Debatte in der ersten Beratung und ermahnt das Haus und die Regierungsbank zur Zusammenarbeit im Dienste der deutschen Rechtseinheit.¹⁾ Am 27. November setzt er durch, daß die Justizkommission in Anbetracht der vielen Arbeit auch zwischen den Sessionen tagen darf, also ohne ausdrückliche kaiserliche Einberufung.²⁾

Die Kommission wird am 18. Januar 1875 gewählt. Unter ihren 28 Mitgliedern sind 13 Nationalliberale. Die prominentesten Juristen des Ausschusses sind neben Lasker der frühere preußische Innenminister v. Jagow (K), der Präsident des deutschen Juristentages, Professor Gneist (NL), der Erlanger Rechtslehrer und Freund Laskers, Marquardsen (NL), Obertribunalsrat Dr. Peter Reichensperger (Z), der sächsische Generalstaatsanwalt Dr. Schwarze (Liberale Reichspartei), der Frühlingskühner Völk aus Augsburg (NL), der ehemalige Oberbürgermeister und zukünftige Finanzminister Miquel (NL) und der ehemalige Präsident der Hamburger Bürgerschaft, Isaac Wolffsohn — der zweite Jude in der Kommission. Einziger Nichtjurist ist der Psychiater Dr. Zinn (NL).³⁾

Im Februar 1875 erkrankt Lasker plötzlich an einem lebensgefährlichen Nervenfieber. Die Ursachen sind Überarbeitung und Erschöpfung. Wochenlang schwebt er zwischen Leben und Tod, während die Öffentlichkeit an seinem Befinden großen Anteil nimmt. Als die schlimmste Gefahr überwunden ist, schreibt die Deutsche Rundschau: „Lasker ist dem Vaterland zum zweiten Mal geschenkt worden.“⁴⁾ Zur endgültigen Genesung begibt sich Lasker nach Freiburg, wo sein Bruder ein Haus besitzt. Die Stadt fühlt sich durch den berühmten Gast geehrt und bereitet ihm einen freundlichen Empfang. Die philosophische Fakultät der Universität überreicht ihm den zweiten Ehrendoktorhut.⁵⁾ Im Stadtwald wird ein kleiner Park mit einem Teich angelegt und „Dr.-Eduard-Lasker-Ruhe“ getauft.⁶⁾ Aber bis nach Freiburg verfolgt den Kranken die Politik. Als Laskers Freund Forckenbeck ihn im Laufe des Sommers besucht, wird allgemein gemunkelt, daß bei diesem

¹⁾ Rt. 24. 11. 74 — 16, 281 ff.

²⁾ Rt. 27. 11. 74 — 19, 362.

³⁾ Rt. 18. 1. 75 — 46, 1067.

⁴⁾ Deutsche Rundschau, Jhgg. 1875, Bd. IV, S. 49. Fanny Lewald hatte eine Entgegnung auf einen Artikel Laskers verfaßt, mit dessen Veröffentlichung bis nach dessen Genesung gewartet wurde.

⁵⁾ vgl. Elben, S. 303.

⁶⁾ Fußnote siehe Seite 131.

Zusammentreffen die Bildung einer neuen Partei besprochen worden sei. Bennigsen erhält von Breslau die Nachricht: „Mit Lasker würde die ganze hiesige nationalliberale Partei in das neue Lager übergehen. Alles kommt in dieser Hinsicht auf Lasker an und auf den beabsichtigten Besuch Forckenbecks bei ihm.“⁷⁾ Forckenbeck beruhigt Bennigsen und berichtet über Laskers Gesundheitszustand: „Bei Lasker war ich ca. 4 Tage. Ich fand ihn in der Genesung mächtig fortgeschritten, aber er hatte noch lange nicht seine alten Kräfte wieder. Das fühlte Lasker selbst. Er selbst fürchtete nichts mehr, als ein gebrochener Mensch mit halben Kräften zu bleiben. Seinerseits bietet er alles zur Erlangung seiner alten Kraft auf. Daher seine strenge Enthaltung von der Politik. Ich glaube, daß er sich jeder eingehenden Teilnahme an den Verhandlungen dieses Reichstages enthalten muß und enthalten wird.“⁸⁾

Als der Reichstag am 27. Oktober 1875 eröffnet wurde, war Lasker da. Er konnte ohne das Parlament nicht sein, dem er alles geopfert hatte, seine Zeit, seinen Beruf, seine Gesundheit, seine Sehnsucht nach einer Familie. Aber die engeren Freunde berichten, daß Lasker nach seiner Krankheit nicht mehr der Alte war. Bis zu seinem Tode hat er sich von seiner Nervenkrankheit nicht mehr erholt.⁹⁾

Die Justizkommission tagte ohne großes Aufsehen in der Öffentlichkeit bis zum 3. Juli 1876. Am 7. November begann im Plenum die zweite Beratung. Zwischen der Kommission und dem Bundesrat bestehen erhebliche Meinungsverschiedenheiten.¹⁰⁾ So verhandeln Lasker, Miquel und Bennigsen am 15. und 16. Dezember 1876 mit den Regierungsvertretern über ein Komprobiß, das auch zustandekommt. Lasker verteidigt den Einigungsvorschlag am 18. Dezember im Plenum mit einer temperamentvollen Rede. Die Fortschrittspartei hatte den Vorschlag selbstredend für unannehmbar erklärt und den Nationalliberalen Verrat an den Grundsätzen des Liberalismus vorgeworfen.

Lasker entgegnet: „Die nationalliberale Partei wurde dem Lande denunziert, daß sie wieder einmal an der Schwelle stehe, die liberalen Prinzipien zu verraten. Meine Herren, auf einen Neuling in parlamentarischen Debatten machen solche Angriffe Eindruck wie auf einen Rekruten, der zum ersten Mal ins Gefecht gehen soll, der die Kugeln, die um ihn herumpeifen,

⁷⁾ Die Tafel wurde 1909 und 1924 erneuert. 1909 wußte man schon nichts mehr von dem Politiker Lasker und widmete die Tafel „einem der ersten Norddeutschen, welchen der landschaftliche Reiz unseres Freiburg zur Ansiedlung bewog.“ (Freiburger Tagblatt vom 7. 1. 1909). Tatsächlich hatte Lasker seinen Wohnsitz nie in Freiburg, verbrachte aber viele Sommer dort. Die Erinnerungstafel wurde 1933 entfernt. Der verstorbene Oberbürgermeister Dr. Hoffmann, dem ich für einige Auskünfte zu danken habe, hat mir versichert, daß er die Tafel wieder anbringen lassen werde. Diese Anlage würde dann neben Laskers Grab das einzige sichtbare Zeichen sein, das in Deutschland noch an Eduard Lasker erinnert.

⁸⁾ Koebner (Chefredakteur in Breslau) an Bennigsen am 14. 7. 75; Oncken, Bdd. II, S. 282.

⁹⁾ Forckenbeck an Bennigsen, 19. 9. 75. — Oncken, Bd. II, S. 285; bei Philippson findet sich nichts über diesen Besuch.

¹⁰⁾ vgl. z. B. Baumbach, S. 17.

¹¹⁾ Eine gute Zusammenfassung der Konfliktpunkte bei Schultheß, 1876, S. 206.

für lebensgefährlich hält. (Große Heiterkeit.) Für einen Veteranen von unserem Schlage (stürmische, anhaltende Heiterkeit) sind alle solchen Schüsse nichts. Wir haben alle diese Reden schon gehört, wir waren schon im Jahre 1867 Regierungspartei, wurden im Jahre 1870, als wir die Reichsverfassung annahmen, wiederum als Regierungspartei gebrandmarkt (oho!) — im Sinne der Redner, meine ich.“ Freilich habe man durch die Verständigung mit der Regierung manchen Wahlschlager aus der Hand gegeben. „Wie glänzend wäre unsere Stellung gewesen, wenn wir die Gesetze hätten fallen lassen, wenn wir den kleinen, ganz untergeordneten Fraktionsstandpunkt festgehalten hätten. Aber, meine Herren, auf uns ruht die Verantwortlichkeit. Alles, was wir seit 1866 mitgefördert haben, haben wir ausdrücklich auf unsere Verantwortlichkeit genommen.“ Wieder einmal drückte Lasker aus, was er immer und immer wieder in Abstimmungen bewies, daß er kein Doktrinär ist, kein Utopist und daß er Opposition betreibt im vollen Gefühl der Verantwortung.

Lasker fährt fort: „Für mich bedeutet das Zustandekommen dieser Gesetze, daß das deutsche Reich die Kraft hat, seine Rechtseinheit zu erobern.“ Leider habe die Öffentlichkeit kein Verständnis für die Wichtigkeit dieser idealen Aufgabe. „Wie füllen sich diese Hallen mit lärmendem Toben, wie leidenschaftlich wird die Teilnahme, sobald von der Wehrhaftigkeit der Nation verhandelt wird! Und wie groß ist das Publikum draußen! Für die Rechtsgesetze haben wir ein so großes Publikum nicht. Es sind eben nur die Idealsten der Nation, welche genau wissen, was das Rechtsleben für die Nation bedeutet, daß es gleich hinter der Sprache kommt in Einigung der nationalen Gefühle und Gedanken. (Sehr wahr.) An dieses Publikum wende ich mich.“¹¹⁾

Nach dreitägiger Debatte werden die Justizgesetze am 21. Dezember mit 194 gegen 100 Stimmen angenommen. Sie alle haben heute noch Gültigkeit. Der Abschluß dieses Werkes war so bedeutsam, daß es sich der Kaiser nicht nehmen ließ, den Reichstag persönlich mit anerkennenden Worten zu schließen. Bei einer so wichtigen Materie, sagt der Kaiser, sind Meinungsverschiedenheiten unvermeidlich. Dennoch sei ein Ausgleich gelungen und er müsse den Abgeordneten für ihre Bereitwilligkeit zur Verständigung seinen lebhaften Dank bekunden. Durch die verabschiedeten Gesetze werde „der politischen Einheit Deutschlands ein innerer Halt gegeben, wie ihn keine frühere Periode unserer Geschichte aufweist.“ Diese ungewöhnlich herzlichen Worte des Monarchen konnten mit Recht auch Lasker mit Stolz erfüllen. Er war der Wegbereiter des Kompromisses gewesen.¹²⁾ Die Regierung ließ in der offiziellen Presse ihre Zufriedenheit mit den Nationalliberalen und mit Lasker ausdrücken.

Am 10. Januar 1877 wurde der neue Reichstag gewählt, bei dem die Partei Laskers anstatt mit 152 nur noch mit 127 Mandaten vertreten war. Das war die Quittung der Wählerschaft auf Laskers Kompromißpolitik.

Für eine engere Zusammenarbeit von Regierung und Parlament sprach sich Bismarck in einer Grundsatzrede bei den Etatsberatungen am 13. März

¹¹⁾ Rt: 18. 12. 76 — 33, 864 ff.

¹²⁾ vgl. dazu Richter, Bd. I, S. 160 f.; Elben, S. 195.

aus. Lasker antwortete ihm mit einem Seitenblick auf Bismarcks zahllose Äußerungen, daß er allein die Verantwortung trage, während die Abgeordneten im Parlament nur Reden ohne Verantwortung hielten: „Seit zehn Jahren sind auch wir mit unserer Gesundheit, mit unserer Arbeitskraft und Ehre dafür verantwortlich, mitzuarbeiten an den Dingen, welche das Reich erfordert, in ganz anderer Art als sonst parlamentarische Körperschaften mitzuarbeiten pflegen. Uns fällt mehr Verantwortlichkeit zu als Einfluß.“

Bismarck erwiderte, diesmal weniger gereizt als sonst, er wolle über die Verteilung der Verantwortlichkeit zwischen Kanzler und Parlament nicht mit Lasker rechten. „Daß er seinerseits ein sehr leistungsfähiger Arbeiter war, das erkenne ich an den Schwierigkeiten, die er meiner Amtsführung seit zehn Jahren ab und zu gemacht hat, auch an der sehr wirksamen Unterstützung, die ich ab und zu von ihm empfangen habe.“¹³⁾

Im übrigen verläuft die erste Session des dritten Reichstags von 1877 ohne aufregende Debatten. Das Justizgesetzgebungskompromiß hatte eine versöhnliche Stimmung geschaffen, die in den Varziner Verhandlungen über den Eintritt von Parlamentariern in das Ministerium gipfelte. Die Ruhe war allerdings, wie sich herausstellen sollte, die berühmte Ruhe vor dem Sturm.

¹³⁾ Rt: 13. 3. 77 — 8, 129 ff.

Die Varziner Verhandlungen

1. Minister aus der Parlamentsmehrheit

Im Jahre 1877 sah es so aus, als würde Bismarck den Wunsch, eine tragfähige Parlamentsmehrheit hinter sich zu bringen, dadurch verwirklichen, daß er einen oder mehrere Minister aus der Parlamentsmajorität ernannte. Diese Versuche werden als „Varziner Verhandlungen“ bezeichnet. Es herrschen bis heute die verschiedensten Auffassungen darüber, wie ernst diese Verhandlungen gemeint waren — Richter hielt sie überhaupt nur für eine Farce —, woran sie schließlich scheiterten und welche Rolle Lasker bei den Beratungen spielte.¹⁾

Sensationell war der Gedanke, einen Minister aus der Mehrheitspartei zu nehmen, keineswegs. Schon 1868 berichtete Forckenbeck, daß Bennigsen Innenminister werden sollte.²⁾ Am 1. April 1877 hatte Bismarck seinen Rücktritt gefordert und am 10. April war ihm Urlaub auf unbestimmte Zeit bewilligt worden, von dem er erst im Februar des nächsten Jahres zurückkehrte. Im Juli 1877 — das genaue Datum ist unbekannt —³⁾ stattete Bennigsen dem Kanzler in Varzin einen längeren Besuch ab. Seitdem ist der Eintritt von Nationalliberalen in das Ministerium Tagesgespräch. Im Abgeordnetenhaus wurde die „Kanzlerkrisis“ offen erörtert.⁴⁾ Am 19. Oktober wurde der nationalliberale Abgeordnete Dr. Wehrenpfennig zum Geheimen Rat im Handelsministerium ernannt, was als Auftakt zu dieser Aktion angesehen wurde.

Bennigsen verhandelte mit seinen engsten Freunden über die Lage und erklärte Bismarck auf Grund dieser Besprechungen, daß er nicht allein in das Ministerium eintreten könne.⁵⁾ Als weitere Kandidaten wurden genannt: Reichstagspräsident v. Forckenbeck und Freiherr v. Stauffenberg. Lasker, dessen Ministerkandidatur seit der Reichsgründung immer wieder bald scherzhaft, bald ernsthaft erörtert wurde,⁶⁾ tauchte nicht auf. Nach Parisius

¹⁾ Poschingers Meinung: „Soviel auch darüber geschrieben worden ist, der wahre Sachverhalt der Varziner Verhandlungen ist bis heute noch nicht aufgeklärt.“ Poschinger, Bd. II, S. 254, dort auch eine Zusammenstellung der Zeitungsnummern, in denen die Verhandlungen kommentiert wurden. Die hauptsächlichsten Darstellungen, die hier herangezogen sind: Oncken, Bd. II, S. 317 ff.; Philippson, S. 287 ff.; Richter, Bd. II, S. 25 ff.; Robolsky, S. 330 ff.; Böttcher, S. 187 ff.; Poschinger, II, S. 253 ff. und Bd. III, S. 35 ff.; Parisius, Vorwort, S. 15 ff.; Braun, S. 55 ff.; Lasker, Nachlaß, S. 164 ff.

²⁾ Oncken, Bd. II, S. 125.

³⁾ Kohl, Bismarck-Regesten, S. 144.

⁴⁾ Parisius, S. 13.

⁵⁾ Bennigsen an Lasker am 30. 6. 78. — Lasker, Nachlaß, Anlage 8.

⁶⁾ z. B. Bismarck am 4. 3. 70, Busch, Tagebücher, Bd. 1, S. 11, ferner am 13. Dezember 70, Busch, dto., S. 517.

konnte er nicht benannt werden, „weil nach den christlichen Anschauungen der maßgebenden Kreise israelitische und dissidentische Minister noch lange unmöglich sind.“ Der gleichen Meinung ist der Biograph Forckenbecks, Philippson. Von einer Kandidatur Laskers ist in keiner der Quellen die Rede. Wenn Bismarck trotzdem am 2. Dezember 1881 Busch gegenüber behauptet, Lasker habe auf ein Ministerportefeuille gerechnet, so ist das ganz schlicht eine Lüge.⁷⁾ Auf der anderen Seite darf man aber auch das Angebot Laskers an den Kanzler, er werde ganz aus dem Parlament ausscheiden, wenn dadurch Hindernisse aus dem Wege geräumt würden, als rhetorisch bezeichnen. Daß Lasker ernsthaft auf seinen Sitz verzichten könnte, war höchst unwahrscheinlich.⁸⁾ Die einzige Anekdote, die über Lasker existiert, befaßt sich mit Laskers Ministerschaft. Angeblich sagte Bismarck einmal scherzend zu Lasker, daß er sicher einmal Minister werden würde. Lasker soll geantwortet haben, daß ihm die Aussicht auf eine so hohe Stellung schon wenige Tage nach der Geburt abgeschnitten worden sei.⁹⁾ Selbst, wenn diese nette Geschichte erfunden ist, so deutet sie doch darauf hin, daß sich Lasker keine Illusionen machte.

Was immer die fraktionsinternen Besprechungen ergaben, Bennigsen weilte jedenfalls vom 26. bis zum 29. Dezember in Varzin. Fest steht ferner, daß die Besprechungen zu keinem greifbaren Resultat führten. Zwar ließ Bismarck in der Nationalzeitung mitteilen, daß er an der Heranziehung von Elementen festhalte, „welche eine unmittelbare Fühlung mit der Mehrheit der Volksvertretung repräsentieren“, aber nach Richter war diese Fassung jeder Deutung zugänglich.

Die Meinung, die Verhandlungen wären an Bismarcks Forderungen hinsichtlich des Tabakmonopols gescheitert, wird von Robolsky bestritten.¹⁰⁾ Nach dem Brief Bennigsens an Lasker vom 30. Juni 1878 ist das Tabaksmonopol überhaupt nicht zur Sprache gekommen und die Schwierigkeiten mit der bloßen Tabakbesteuerung habe Bismarck für nicht unüberwindlich gehalten.¹¹⁾ Im Januar 1881 aber erklärte Bennigsen vor seinen Wählern in Magdeburg, daß die Uneinigkeit über das Tabaksmonopol die Gespräche beendet habe.¹²⁾

In dem erwähnten Brief Bennigsens an Lasker ist als Scheiterungsgrund Bennigsens Forderung angegeben, daß auch Forckenbeck und v. Stauffenberg ein hohes Reichamt erhalten müßten. Bismarck habe in Varzin diese Forderung zugestanden, sich aber in Berlin wieder — nach Hölder unter dem Druck des Kaisers¹²⁾ — von seiner Zusage distanziert. Nach Böttcher war Forckenbeck der Sündenbock. Ihm sei gar nicht ernsthaft an einem Gelingen der Verhandlungen gelegen.¹³⁾ Der Konservative v. Kardorff hinwiederum

⁷⁾ Busch, Tagebücher, Bd. III, S. 70.

⁸⁾ Über Laskers Bereitschaft zum Verzicht vgl. Lucius, S. 126.

⁹⁾ Die ursprüngliche Quelle dieses Wortwechsels, der vielfach abgeschrieben wurde, ist Mohl, Bd. II, S. 176.

¹⁰⁾ Robolsky, S. 430.

¹¹⁾ Laskers Nachlaß, Anlage 8, S. 164 ff.

¹²⁾ Robolsky, S. 430; Philippson, S. 295 ff.

^{12*)} Poschinger, Bd. II, S. 258.

¹³⁾ Böttcher, S. 261.

meint, die Ministerkombination sei an Stauffenbergs Person gescheitert.¹⁴⁾ Eine weitere Lesart befindet sich bei Hohenlohe. Dieser hatte am 15. Juni 1878 eine Unterredung mit dem Bankier Bleichröder, der ihm mitteilte, Bennigsen bedauere sehr, nicht ins Ministerium eingetreten zu sein. „Er habe sich aber vor der Abreise nach Varzin Lasker gegenüber gebunden und habe dann nicht eintreten können, ohne jenen Verpflichtungen zuwider zu handeln.“¹⁵⁾ v. Sybel berichtet, daß Bennigsen nach seiner Rückkehr aus Varzin der Fraktion mitgeteilt habe, er sei zum Eintritt in das Ministerium aufgefordert worden. „Da erhob sich der Abgeordnete Lasker und bemerkte, daß eine ersprießliche Wirksamkeit Bennigsens als Minister nicht möglich sei, wenn er nicht zwei nationalliberale Kollegen erhalten würde. Es fragt sich, ob Lasker hierbei nicht an sich selbst dachte.“ Jedenfalls habe er Bennigsen ein Bleigewicht angehängt, an dem die ganze Kombination gescheitert sei.¹⁶⁾ Wenn Lasker nur von zwei Kollegen sprach, so ist einmal der Beweis erbracht, daß er an sich selbst nicht dachte, weil bisher nur von Stauffenberg und Forckenbeck die Rede gewesen war. Die Schwierigkeit lag darin, daß Bennigsen aus Varzin zurückkam und selbst den eigenen Parteigenossen gegenüber höchst schweigsam war.¹⁷⁾ Der Fraktion verweigerte er Auskunft unter dem Vorwand, er müsse warten, bis alle Parteigenossen vollzählig versammelt seien. In Wirklichkeit trafen sich noch vor Eröffnung des Reichstages, die auf den 6. Februar 1878 festgesetzt war, die Parteihäupter zu einer vertraulichen Besprechung. Anwesend waren außer den drei Kandidaten noch Miquel, Bamberger und Lasker. Dabei ergab sich einstimmig die Meinung, daß Bennigsen allein nicht eintreten solle.¹⁸⁾ Zu einer anderen vertraulichen Besprechung wurde noch Stephani herangezogen, der aber von der ersten Konferenz nichts wußte.¹⁹⁾ Die ganze Fraktion hinwiederum wußte von beiden Besprechungen nichts, was zu einer gereizten Spannung innerhalb der Fraktion führte. Daß es bei diesem Wirrwarr unmöglich ist, nachträglich festzustellen, wer was gefordert hat, ist klar. Umso leichter war es aber auch später, einen Alleinschuldigen mit allen Mißerfolgen zu belasten und dazu war Lasker bequem. Selbst Oncken machte sich den Vorwurf zu eigen, Lasker habe lieber alles scheitern lassen wollen als weniger zuzugestehen.²⁰⁾ Laskers Fraktionsgenosse Baumbach dagegen behauptet, Lasker habe Bennigsen seine volle Unterstützung bedingungslos gewährt.²¹⁾

Hinsichtlich Laskers lassen sich zwei Dinge mit Sicherheit sagen: er selbst wollte nicht Minister werden; und wenn er die an sich unbescheidene For-

¹⁴⁾ Poschinger, Bd. III, S. 35.

¹⁵⁾ Hohenlohe, Bd. II, S. 235.

¹⁶⁾ Poschinger, Bd. III, S. 38 f.

¹⁷⁾ Braun, S. 59.

¹⁸⁾ Philippson, S. 293.

¹⁹⁾ Böttcher, S. 191; Erich Eyck, Bismarck, Zürich, 1944, Bd. III, S. 207 weiß sogar noch von einer weiteren Geheimkonferenz, an der auch v. Benda teilnahm.

²⁰⁾ Oncken, Bd. II, 328 ff.

²¹⁾ Baumbach, S. 30; nach Tiedemann (Persönliche Erinnerung an den Fürsten Bismarck, Leipzig, 1898) hat Bismarck Tiedemann ein langes Memorandum über die Verhandlungen für den Kaiser diktiert, welches der Bismarck-Forschung unbekannt ist. (Eyck, III, 208).

derung auf Entsendung von drei Parteileuten ins Ministerium tatsächlich so stark vertreten hat, dann tat er dies zumindest in voller Übereinstimmung mit allen Parteiführern.

Daß Finanzminister Camphausen, den man schon für einen toten Mann gehalten hatte, am 6. Februar 1878 den Reichstag eröffnete, wurde als demonstrativer Akt empfunden.²²⁾ Die Nationalliberalen unterrichteten Bismarck, daß sie eine Interpellation zur Orientfrage einbringen würden.²³⁾ Bismarck war ärgerlich, ob er denn vor den Augen Europas auf dem Seil tanzen solle.²⁴⁾ Am 14. Februar kehrte er aus Varzin zurück und beantwortete am 19. die Interpellation in seiner berühmten und vielbewunderten Rede vom „ehrlichen Makler“. Bennigsen hatte die Interpellation im Geiste Bismarcks begründet und keinerlei wunde Punkte berührt, so daß Windthorst von bestellter Arbeit sprach und — ein Beweis dafür, wie alles hinsichtlich der Varziner Verhandlungen im Dunkeln tappte — hinzufügte, jetzt habe ja Bismarck endlich seine Regierungsmehrheit gefunden. Der Reichstag bot im übrigen das Bild nationaler Einigkeit, Bismarck war witzig und guter Laune; der Verlauf konnte nicht besser sein.“²⁵⁾

2. Bruch der Nationalliberalen mit Bismarck

Da die folgenden Verhandlungen das Ende der parlamentarischen Zusammenarbeit zwischen Bismarck und den Nationalliberalen bringen, insbesondere die Verschärfung der offiziösen Kampagne gegen Lasker, seien sie etwas ausführlicher geschildert. Einen Tag nach der Interpellation kam der Gesetzentwurf betreffend die höhere Besteuerung des Tabaks zur Verhandlung.²⁶⁾ Dem Entwurf lagen folgende Erwägungen zugrunde: der Bund erhielt sein Geld jährlich von den Ländern durch die Matrikularbeiträge, über deren Höhe der Reichstag mitbestimmen konnte. Mit wachsenden Reichsaufgaben wuchs der Finanzbedarf; die Regierung wollte durch Reichssteuern von den Ländern unabhängig werden. Wurden aber die Matrikularbeiträge durch Reichssteuern ersetzt, so war der Reichstag nicht mehr der Herr der Finanzlage. Lasker und seine Freunde waren durchaus dafür, das Reich finanziell selbständig zu machen, aber gleichzeitig wollten sie das Steuerbewilligungsrecht des Parlaments gewahrt wissen. Sie forderten eine Quotisierung der Steuern, das heißt, es sollte ein Teil der Reichssteuereinnahmen von der jährlichen Bewilligung des Reichstags abhängig gemacht werden, wie es später durch die Franckensteinsche Klausel tatsächlich geschah. Als Einnahmequellen für das Reich boten sich zwei Projekte an: das Tabaksmonopol und der Zolltarif für Einfuhrgegenstände. Der Kampf um diese beiden Geldquellen sollte den deutschen Reichstag beherrschen bis über die Jahrhundertwende hinaus. Lasker selbst war für eine Erhöhung der Tabaksteuer, aber entschieden gegen ein staatliches Monopol, durch welches Erwerbszweige der Privatwirtschaft zugrunde gerichtet worden wären. Wäh-

²²⁾ Lasker, Nachlaß, S. 122.

²³⁾ Böttcher, S. 191.

²⁴⁾ Lucius, S. 127.

²⁵⁾ Böttcher, S. 195.

²⁶⁾ vgl. dazu Lasker, Nachlaß, S. 108 ff.

rend Bennigsen in Varzin weilte, weist Bismarck Camphausen telegraphisch an, den Gesetzentwurf über das Tabakmonopol fertigzustellen,²⁷⁾ ein Indiz, das dafür spricht, daß es Bismarck mit den Parlamentarisierungsverhandlungen nie ernst war, denn über die Abneigung der Liberalen gegen dieses Projekt durfte er sich keinem Zweifel hingeben.

„Diese Periode“, schreibt Lasker, „bietet einen reichen Stoff für die Betrachtung, mit welcher Gewandtheit Fürst Bismarck die herkömmlichen Mittel der Diplomatie auf die inneren Angelegenheiten übertrug und wie ahnungslos diesem Spiel diejenigen gegenüberstanden, welche anscheinend als zur Mitwirkung berufen, zu vertraulichsten Unterhandlungen herbeigezogen wurden.“²⁸⁾

Camphausen legte also den Gesetzentwurf vor, aus dem Lasker den Eindruck gewann, es solle sich lediglich um Steuererhöhung, nicht aber um Einführung des Monopols handeln. Über die Ablehnung des Monopols war sich die Partei einig. In den Motiven zu dem Gesetzentwurf hieß es jedoch: der Einführung des Monopols stünden Schwierigkeiten entgegen, „deren Beseitigung umfassende Vorbereitung erheischt und jedenfalls für die nächste Zeit nicht in Aussicht genommen werden kann.“²⁹⁾ Diese Stelle streifte nach Laskers Meinung „in leiser Form die Erwägung, daß das vorgeschlagene Gesetz für die Zukunft das Tabakmonopol noch nicht definitiv ausschließe, sondern für einen Übergangszustand tauglich sei. Diese Stelle fiel auf, aber vielfach war man geneigt, sie harmlos zu nehmen, als eine Beschwichtigungsformel an die Monopolisten im Reichstag, deren Stimmen für die Vorlage gewonnen werden sollten.“ Camphausen ging in seiner Einführungsrede auf den erwähnten Abschnitt nicht ein, umso schärfer aber der erste Debatteredner, Ministerkandidat Freiherr v. Stauffenberg. Camphausen antwortete sehr gewunden, sprach sich aber im Grunde doch gegen das Monopol aus, indem er darlegte, daß die Erträge des Monopols von seinen Befürwortern weit überschätzt würden.³⁰⁾

Als höchste Sensation wirkte es deshalb, als sich unmittelbar hinter Camphausen der Kanzler erhob und mit entschiedenen Worten für das Monopol eintrat; er nannte es das „letzte ideale Ziel, welches ich für das Reich in meinem Leben noch erreichen möchte.“³¹⁾

„Unter dem Eindruck dieses seltsamen Vorganges schloß die Sitzung. Man wußte nicht, sollte man mehr staunen über die öffentliche Bloßlegung eines tiefgehenden Zwiespaltes innerhalb der Regierung“ oder über Bismarcks rückhaltloses Bekenntnis zu einem völlig unpopulären Projekt.“³²⁾ „Auf dem Hofball desselben Tages war die Differenz allgemeines Gesprächsthema.“³³⁾

²⁷⁾ Kohl, Bismarck-Regesten, Bd. II, S. 149.

²⁸⁾ Lasker, Nachlaß, S. 107.

²⁹⁾ Rt. 22. 2. 78 — 7, 126.

³⁰⁾ Rt. 22. 2. 78 — 7, 141 f.

³¹⁾ Rt. dto. — 7, 144 ff.

³²⁾ Böttcher, S. 198.

³³⁾ Robolsky, S. 432 f.

Hier sei noch die Schilderung Richters von dieser Sitzung eingefügt, weniger um ihres sachlichen Inhalts willen, sondern weil man daraus sieht, wie ein alter Parlamentshase eine an sich trockene Debatte als Gefecht, als Dschungelkrieg, als Stierkampf erlebt.

„Finanzminister Camphausen hielt die einleitende Rede. Nach einer Rede des Abgeordneten v. Helldorf folgte dann eine Rede des Freiherrn v. Stauffenberg, die dazu bestimmt war, die Situation zu klären und zunächst die Bedingungen der nationalliberalen Partei für die Bewilligung neuer Steuern darzulegen. Es schien nach den darauffolgenden Reden . . . bis drei Uhr nachmittags nicht, daß die Dinge sich zu einer Entscheidung zuspitzen würden. Fürst Bismarck war zwar im Saal erschienen, hatte auch mit Stauffenberg nach dessen Rede privatim gesprochen, wobei er es noch als zweifelhaft hinstellte, ob er die Debatte aufnehmen würde. Nun wurde von national-liberaler Seite Kiefer ins Gefecht geschickt. Er spielte aber die von seiner Lebhaftigkeit erwartete Rolle des Pikadores — so nennt man die Herren beim Stiergefecht in Spanien — nicht. Nur der Generalsteuereinsammler wurde von der Gegenseite gegen ihn aufgeboten. Schon überlegt man, die Debatte zu schließen, als unmittelbar hinter dem Abgeordneten v. Wedell-Malchow es zum Klappen kam und zwar zunächst zwischen Camphausen und Bismarck.“ Die Darlegungen der beiden sind bekannt.

„Der nächste Tag brachte die Entscheidung. Man hatte angenommen, daß weder Bismarck noch der Finanzminister erscheinen würden, aber beide nahmen ihre Plätze ein.“ Richter berichtet weiter: „Mir war die Rolle zugefallen, zuerst zu sprechen. Ich hielt es für geboten, die Auseinandersetzung mit Camphausen den Nationalliberalen allein zu überlassen, dagegen eine umso schärfere Opposition gegen den Reichskanzler zu kehren.“³⁴⁾

Nach Richter kam Lasker zu Wort: „Ich habe keiner Verhandlung bisher in einer parlamentarischen Versammlung beigewohnt, die für mich das spannende und dramatische Interesse gehabt hätte, wie die Verhandlung von heute und gestern.“³⁵⁾ Nach Richter hatte Lasker die Aufgabe der Matadores: er stellte die unterschiedlichen Auffassungen zwischen Bismarck und Camphausen scharf heraus, häufte Vorwürfe auf Vorwürfe auf den Finanzminister. Spöttisch kommentiert Richter, die nationalliberale Partei habe diesmal den Aufklärungsdienst vor dem Gefecht vernachlässigt. Bismarck und Camphausen hatten sich nämlich vorher verständigt, beim Eintritt in den Sitzungssaal herzlich begrüßt und der Kanzler drückte während Laskers Angriffsrede dem geschmähten Ministerkollegen die Hand.

Hinter Lasker kam Camphausen und las zur allgemeinen Verblüffung ein Dokument vor, welches ihn als alten Freund des Monopols ausweisen sollte. Zum Schluß stellte er seinen Rücktritt in Aussicht. Jetzt greift Bismarck ein: er habe sich überzeugt, daß entgegen der Meinung Laskers eine Differenz zwischen ihm und Camphausen nicht bestehe und daß „unsere Wege vielleicht noch weiter zusammenführen können, als ich vor Jahren habe voraussehen können.“ Diese Erklärung ruft im Haus „lebhafteste Bewegung und große Unruhe“ hervor, die auch in die stenographischen Berichte ein-

³⁴⁾ Richter, Bd. II, S. 41 ff.

³⁵⁾ Rt: 23. 2. 78 — 8, 156.

gehen.³⁶⁾ Camphausen beginnt vor den versammelten Volksvertretern zu weinen. „Von tiefer Bewegung überwältigt ergreift Camphausen des Fürsten Hand. Unbeschreiblich ist der Eindruck, den diese Enthüllungen auf das selten erregte Haus hervorbringen. In allen Parteien hat man die Empfindung, als habe der Reichstag überlistet werden sollen.“³⁷⁾ Richter frohlockt, daß Lasker seine Partei in den Sumpf geführt habe. Nach seiner Ansicht haben die Nationalliberalen Camphausen abgeschlachtet, damit in den Augen des Monarchen die Verantwortung für seine Verdrängung übernommen und Bismarck einen großen Liebesdienst erwiesen.³⁸⁾

Bennigsen begibt sich erregt zu dem präsidierenden Forckenbeck und sagt: „Für das Tabaksmonopol können wir doch nicht mitgehen. Wenn Sie einverstanden sind, gehe ich jetzt unmittelbar zum Herrn Reichskanzler hin und sage, daß er auf uns nicht mehr zu rechnen habe.“ Forckenbeck stimmt zu und Bennigsen verläßt den Raum zusammen mit Bismarck.³⁹⁾ Nach der Sitzung berichtet Bennigsen den Führern seiner Partei, daß die Verhandlungen beendet seien. „Wir alle sagten: Gott sei Dank!“⁴⁰⁾ Die gesamte Fraktion billigte das Verhalten Bennigsens.⁴¹⁾

Poschinger nennt diesen Auftritt eine „Rührszene“,⁴²⁾ Richter eine „sentimentale Komödie.“⁴³⁾ Vier Tage nach dieser „Versöhnung“ reicht Camphausen seinen Rücktritt ein, der am 19. März gewährt wird.

Dieser dramatische Abschluß der Parlamentarisierungsverhandlungen hat für die nächsten 40 Jahre alle Hoffnungen auf Herstellung eines Gleichgewichts zwischen Regierung und Parlament zerstört. Bismarck läßt jetzt alle Rücksichten gegen die Liberalen, insbesondere gegen Lasker fallen, und erstrebt eine Sprengung der Partei. Mehrfach äußert er den Wunsch, den Reichstag aufzulösen.⁴⁴⁾ Die Partei, besonders der Lasker-Flügel, beginnt in eine verschärfte Oppositionsstellung hineinzugleiten.

3. Lasker als Prügelknabe

Die Entscheidung über die Ministerkombination war kaum negativ ausgefallen, als Bismarck schon alle Rücksichten gegen die langjährigen Freunde und Streitgenossen fallen ließ. Zum ersten Mal entlud er seinen Groll bei der Beratung des Gesetzes über die Stellvertretung des Kanzlers. Bismarck reichte zwar dauernd Rücktrittsgesuche ein, empörte sich aber, wenn sich das Parlament dann Gedanken über den Mechanismus der Regierung während seiner Abwesenheit unterhalten wollte.

Das Stellvertretungsgesetz war schon in der nationalliberalen Fraktion hart umkämpft, hauptsächlich zwischen Lasker und Bamberger. Bamberger

³⁶⁾ Rt: 23. 2. 78 — 8, 164.

³⁷⁾ Böttcher, S. 198.

³⁸⁾ Richter, Bd. II, S. 44.

³⁹⁾ Philippson, S. 294.

⁴⁰⁾ Böttcher, S. 200.

⁴¹⁾ Poschinger, Bd. II, S. 272.

⁴²⁾ Poschinger, Bd. II, S. 271.

⁴³⁾ Richter, Bd. II, S. 47.

⁴⁴⁾ Braun, S. 64; Richter, Bd. II, S. 46.

versuchte nach Böttchers Ansicht in jenen Jahren nicht selten, „gegen die abstrakt-theoretischen Postulate des Freundes den gesunden Menschenverstand ins Feld zu führen.“⁴⁵⁾

Lasker hatte sich am 8. März 1878 wohlwollend über das Gesetz geäußert und seine Zustimmung trotz Bedenken in Aussicht gestellt.⁴⁶⁾ Umso unerwarteter war der Angriff, den Bismarck am nächsten Tag gegen ihn richtete! Lasker bräuchte nur einmal zur Probe als Kanzler fungieren, dann würde er seine Ansicht ändern. „Dem Herrn Abgeordneten scheint als Ideal vorzuschweben eine gewisse Zerfahrenheit der Exekutive, eine gewisse Anarchie, bei der jeder im einzelnen Ressort tun und lassen kann, was er will.“

Lasker erwiderte äußerst gereizt. Wenn es stimme, was der Kanzler sage, daß ihm Zerfahrenheit vorschwebte, dann wäre er ja entweder ein Verbrecher oder ein Schwachkopf. „Keins von beiden will ich mir von dem Herrn Reichskanzler aufbürden lassen; jeder wirkt in seinem Kreis, und ich habe immer die allergrößte Anerkennung gehabt für seine Wirksamkeit; niemand hat sie offener anerkannt. Aber ich will mir auch meine Wirkung in meinem Kreis, so bescheiden sie sein mag, nicht verkümmern lassen, insbesondere nicht durch eine Kritik, welche, wie ich glaube befürchten zu dürfen, unter dem Zeugnis dieses Hauses allen Tatsachen widerspricht.“

Bismarck gibt ebenso gereizt zurück, auch er lasse sich seinen Wirkungskreis nicht verkümmern, er könne nur nicht mit so gewandten Worten antworten, denn als Redner könne er sich nicht mit Lasker in eine Linie stellen. Er habe Lasker nie als politischen Gegner betrachtet, „obwohl ich nicht leugnen kann, daß gerade seine Tätigkeit mir meine Aufgaben in höherem Maße erschwert als die Tätigkeit irgend eines anderen Mitglieds in diesem Hause.“ In seinem Schlußsatz wendet er sich gegen das „sittlich belehrende und strafende Pathos der falschen Stelle.“⁴⁷⁾

Böttcher fand Laskers Gereiztheit sehr begreiflich. „Dagegen erschien es rätselhaft, was der Kanzler mit dem offenbar beabsichtigten Angriff überhaupt gewollt habe. War es Mißstimmung, hervorgerufen von der Vermutung, daß Lasker in erster Linie an den dem Kanzler unannehmbaren Bedingungen in den Verhandlungen mit Bennigsen schuld gewesen sei? Mancher glaubte auch die Absicht zu erblicken, auf eine Lostrennung des linken Flügels der Nationalliberalen hinzuwirken. Jedenfalls hinterließ der peinliche Vorgang in der Fraktion die Empfindung, daß das Verhalten Bismarcks zu ihr nicht das alte geblieben sei.“⁴⁸⁾

Nach Richter verhielt sich die nationalliberale Seite des Hauses bei dem Streit „still, stumm und verlegen. Nur die Fortschrittspartei zollte Lasker lebhaften Beifall“. Während Laskers Erwiderung berührte Forckenbeck sogar die Klingel. Außerdem gab er Lasker nicht sofort zur Erwiderung das Wort, sondern Windthorst. Richter glaubt an die Absicht Bismarcks, eine Spaltung erzwingen zu wollen. Hand in Hand mit den Angriffen im Reichstag gehen

⁴⁵⁾ Böttcher, S. 201.

⁴⁶⁾ 8. 3. 78 — 16, 386.

⁴⁷⁾ 9. 3. 78 — 17, 416 ff.

⁴⁸⁾ Böttcher, S. 202.

die Beschuldigungen der offiziösen Presse, Lasker habe die Parlamentarisierungsverhandlungen zum Scheitern gebracht.⁴⁹⁾

Drei Jahre später stellte Bismarck dem Reichstag die Vorgänge so dar: „Nicht ich habe die nationalliberale Fraktion angegriffen, sondern sie hat mir das Bündnis aufgekündigt. Dabei ist es namentlich der Führer, der Abgeordnete Lasker gewesen, der wesentlich meine Beziehungen zur national-liberalen Partei untergraben hat durch die Art seiner Opposition, durch die Tragweite seiner Opposition, durch den Ton, den er öffentlich hier gegen mich anschlug.“⁵⁰⁾

Am 12. März 1878 schlossen sich die Schutzzöllner im Parlament zu einer sogenannten „Volkswirtschaftlichen Vereinigung“ zusammen. Damit war ein weiterer entscheidender Schritt zur Abkehr von liberalen Prinzipien eingeleitet. Am 11. Mai verübte Hödel das Attentat auf den Kaiser, daraufhin wurde ein Anti-Sozialistengesetz vorgelegt, das mit 251 gegen 57 Stimmen abgelehnt wurde. Von den Nationalliberalen stimmte nur Treitschke dafür. In gedrückter Stimmung wurde der Reichstag geschlossen. Stephani meinte von der Vorlage: „Sie ist angeblich gegen die Sozialdemokraten, in Wahrheit gegen die Nationalliberalen gerichtet.“⁵¹⁾

⁴⁹⁾ Richter, Bd. II, S. 50 ff.

⁵⁰⁾ 28. 11. 81 — 4, 64.

⁵¹⁾ Böttcher, S. 209; Robolsky, S. 437.

Die Opposition

1. Opposition in der konstitutionellen Monarchie

Bevor wir verfolgen, wie Lasker allmählich in das Lager der Opposition abgedrängt wird, bis er keine Möglichkeit zu sinnvoller Mitarbeit mehr findet, ein Blick auf die allgemeine Lage der parlamentarischen Opposition zu seiner Zeit.

In der parlamentarischen Demokratie ist Opposition diejenige Gruppe im Parlament, die an der Regierungsbildung und an der Führung der Regierung nicht beteiligt ist.¹⁾ Sie ist damit in der Regel Minderheit. Der Drang der Regierung, sich im Amt zu erhalten, gebietet Blockbildung. Schwankende Stimmzahlen bei entscheidenden Abstimmungen sind in diesem System nicht erwünscht.

In der konstitutionellen Monarchie setzt sich die Opposition zusammen aus den Abgeordneten, die jeweils gegen die Wünsche der Regierung stimmen. Sie ist kein auf bestimmte Zeit hinaus abgrenzbarer Block; sie ist auch nicht notwendigerweise Minderheit. Am 12. Februar 1874 wurden die Diäten gegen den ausdrücklichen Wunsch der Regierung mit 229 zu 79 Stimmen bewilligt; dabei befand sich also fast das gesamte Parlament in Opposition zur Regierung.

„Opposition hat“, so schrieb die „Deutsche Revue“ im Jahre 1880, „unbefangene, durch das Parteiinteresse geschärfte Kritik an den Ansichten und Forderungen der Regierung zu üben und diejenigen Gesichtspunkte, welche von ihr unbeachtet gelassen werden, zur Geltung zu bringen.“²⁾

Wechselnde Mehrheiten sind das Kennzeichen des parlamentarischen Lebens der Bismarck-Zeit. Die Regierung wußte niemals, solange Lasker das unbestrittene Haupt der Nationalliberalen war und sich von Fall zu Fall für oder gegen eine Vorlage entschied, ob ihre Maßnahmen eine Mehrheit finden würden. Dies war ein Hauptgrund für Bismarcks Abneigung gegen das Parlament.

Bei der namentlichen Abstimmung über die norddeutsche Bundesverfassung stimmten 53 von 283 Abgeordneten gegen den Entwurf. Damit war zum ersten Mal die in Deutschland bestehende Opposition definitiv abgegrenzt. Sie bestand aus den Polen, dem Zentrum, den hannoverschen Partikularisten und den Sozialisten, vier völlig heterogenen Gruppen.

Es gibt Opposition, die den Staat bejaht und ihre Aufgabe lediglich darin erblickt, die bestehenden Verhältnisse auszubauen, weiter zu entwickeln oder zu beschränken. Es gibt aber auch Opposition, die die Grund-

¹⁾ vgl. dazu die prägnanteste und kürzeste Analyse des Oppositionsproblems, die nach unserer Meinung bisher überhaupt existiert: Carlo Schmid, Die Aufgabe der Opposition in der Demokratie, in der Stuttgarter Zeitung vom 3. März 1955.

²⁾ Deutsche Revue, 1880, IV. Quartal, Heft 3, S. 84.

lagen des Staates überhaupt nicht anerkennt. In diesem Falle gliedert sich das Parlament in Reichsfreunde und Reichsfeinde. Während der Monarchie waren Reichsfeinde die nationalen Minderheitsvertreter und die Sozialdemokraten.

Entscheidend für die Stellung einer Oppositionspartei ist, ob sie sich mit einer gewissen Berechtigung von der Hoffnung nähren darf, einmal Mehrheitspartei zu sein. Diese Hoffnung war für nationale Minderheiten und für das Zentrum von vornherein aussichtslos, während Fortschrittler und Sozialdemokraten sich auf dem Weg zur absoluten Mehrheit glaubten. Für Parteien ohne Aussichten auf Wachstum gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder ewiger, monotoner — und damit ewig nutzloser — Protest, oder Koalitionspolitik. Dem Zentrum gelang nach einem Jahrzehnt Protestpolitik der Übergang in staatlich geförderte Koalitionen.

Jede der angeführten Gruppen führte eine andere Mandatsvorstellung ins Parlament ein. Während beim Mehrheitswahlrecht der gewählte Abgeordnete normalerweise die gesamte Bevölkerung seines Wahlkreises, das Volk in einer Gesamtheit, vertritt, führten die Sozialisten die Klassenvertretung ein. Ein Sozialist fühlte sich nur für die Arbeiter seines Wahlkreises verantwortlich. Die Zentrums männer dagegen vertraten, ohne Rücksicht auf Klassengegensätze, Arbeiter wie Unternehmer, soweit sie nur christlich — lies: katholisch — waren.

Es lassen sich also bei Beginn des Kaiserreiches und später drei Gruppen von Oppositionellen unterscheiden: die an eine bestimmte Mitgliederzahl gebundenen nationalen Minderheiten, die Staatsgegner innerhalb des eigenen Landes und die wechselnden Abstimmungsgegner der Regierung innerhalb der bündnisfähigen Parteien.

Für die Regierung waren die grundsätzlichen Verneiner, solange ihre Stimmen nicht ins Gewicht fielen, viel bequemere Gegner, als die Parlamentarier, die sich von Fall zu Fall entschieden. Die Reichsfeinde waren ein stabiler Posten in der Abstimmungskalkulation, man konnte sie vor der Öffentlichkeit brandmarken; sie dienten als Schreckgespenster, durch die man die Bürger zu regierungstreuen Abstimmungen und die Parlamentarier zur Einigkeit bekehren konnte. Bebel griff nie einen Beamten öffentlich an, weil er wußte, daß ein Angriff von seiner Seite dem Betreffenden nur eine Beförderung eintragen würde.

Während man von der Regierung aus die nationalen Minderheiten mit Gleichmut hinnahm, wurden die Sozialdemokraten und die Partikularisten vielfach als Zeiterscheinungen betrachtet, die durch den allgemeinen Fortschritt zum Verschwinden gebracht würden. So hoffte man, die Sozialdemokratie entweder auf dem Wege der Gewalt oder der sozialen Reformen zu beseitigen. Da einsichtige Politiker als Ursache der Opposition tatsächlich existierende, ungelöste Spannungen erkannten und in den Oppositionsvertretern die Wortführer von berechtigten Anliegen sahen, war es möglich, die Debatten mit schärfsten Argumenten, aber auf dem Boden persönlicher Hochachtung zu führen. Dazu kommt, daß die Anliegen der Arbeiterpartei teilweise nicht von Arbeitern, sondern von Intellektuellen vertreten wurden.³⁾

³⁾ z. B. Wagener, Teil 2, S. 68 ff.

2. Darf Opposition ins Parlament gehen?

Die erste Frage, die sich eine Oppositionspartei stellen muß, ist die Frage nach der Beteiligung an der Parlamentsarbeit überhaupt. Auch die preußischen Liberalen hatten sich nach der Oktroyierung des Dreiklassenwahlrechts im Jahre 1849 geweigert, zur Wahl zu gehen.⁴⁾ Für die Sozialisten tauchte diese Frage erst mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts auf, denn bei den Landtagswahlen mit Zensus hatten sie keine Chance. Bekanntlich erschien im Abgeordnetenhaus der erste Sozialdemokrat im Jahre 1908.

Ferdinand Lassalle hatte 1863 erklärt: „Die Vertretung des Arbeiterstandes in den gesetzgebenden Körpern Deutschlands: dies ist es allein, was in politischer Hinsicht seine legitimen Interessen befriedigen kann. Eine friedliche und gesetzliche Agitation hierfür zu eröffnen, muß... das Programm der Arbeiterpartei sein⁵⁾“)

Schürfster Gegner dieser Auffassung war Liebknecht. 1866 sprach er sich gegen Beteiligung an den Wahlen zum konstituierenden Reichstag aus, wurde aber überstimmt. Für ihn war der Norddeutsche Bund eine „Fürstliche Versicherungsanstalt gegen Demokratie“, ein Gebilde, welches mit allen Mitteln bis zur Vernichtung bekämpft werden mußte.

Am 31. Mai 1869 hielt er vor Berliner Arbeitern einen Vortrag über die Stellung der Sozialdemokratie im Parlament. Der Kampf im Reichstag, so führte er aus, sei nur Scheinkampf und Komödie. Sozialismus lasse sich nur auf der Straße, aber nicht im Parlament erfüllen. Die Reden im Parlament seien zwecklos, man halte sie aus Eitelkeit und Größenwahn, aber niemand werde dadurch bekehrt.⁶⁾

Im Reichstag selbst rief er aus, nachdem er gewählt worden war: „Die Weltgeschichte wird hinwegschreiten über Ihr Gewaltwerk, über diesen Nordbund, der nichts anderes bedeutet als die Teilung, Knechtung und Schwächung Deutschlands; sie wird hinwegschreiten über diesen Norddeutschen Reichstag, der nichts ist als das Feigenblatt des Absolutismus.“ (Stürmische Unruhe. Wiederholte Rufe rechts: Herunter von der Tribüne! Was kann er noch sagen!) Präsident: „Ich rufe den Redner zur Ordnung!“ (Fortgesetzte Unruhe. Neue Rufe: Herunter von der Tribüne! Zur Ordnung! — Der Redner verläßt die Tribüne.)⁷⁾

Und einige Zeit später bekannte er im Parlament: „Ich und meine Freunde, wir sind wesentlich außerparlamentarisch, gegenparlamentarisch. Wir wissen, daß die politischen Kämpfe, die Deutschland jetzt bewegen, Machtfragen sind, wir wissen, daß diese Machtfragen auf einem anderen

⁴⁾ vgl. Unruh, S. 132 ff.

⁵⁾ nach Salomon, Deutsche Parteiprogramme, Leipzig, 1924, Bd. I, S. 117.

⁶⁾ Wilhelm Liebknecht, Über die politische Stellung der Sozialdemokratie insbesondere mit Bezug auf den Reichstag, London, 1889. Im Vorwort zu diesem Neudruck seines Vortrages gibt Liebknecht selbstkritisch zu, daß er sich geirrt habe. Für Überlassung dieses Manuskripts danke ich der Bibliothek des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg; vgl. dazu auch Bebel, Bd. II, S. 163 ff.

⁷⁾ Rt: 17. 10. 67 — 22, 451 f.

Gebiete gelöst werden als auf dem parlamentarischen, als in diesem Reichstag, der sich ja von anderen Parlamenten noch wesentlich dadurch unterscheidet, daß eine Macht nicht in ihm liegt. Wenn wir uns auf das Gebiet dieses parlamentarischen Kampfes als Parlamentarier begäben, würden wir den Boden, auf dem der Reichstag steht, anerkennen. Wir würden, indem wir als Parlamentarier parlamentarisch verhandeln, mit unseren Gegnern parlamentieren und parlamentieren heißt paktieren. Unsere Partei steht außerhalb dieses Parlaments.“⁸⁾

„Zu dieser Auffassung“, meinte Bebel dazu, „konnte ich mich nicht bekennen. Indem wir hier Anträge stellen und Reden zu ihren Gunsten hielten, würden wir in hohem Grade agitatorisch wirken.“⁹⁾ Diese Auffassung machte Bebel zu einem gefürchteten Debatteredner, während Liebknecht und der sozialistische pathetische Literat Mende stets nur Zielscheibe allgemeinen Gelächters waren. Erst 1887, auf dem Kongreß von St. Gallen, erfolgte eine Versöhnung der beiden Richtungen und Liebknecht revidierte seine Meinung. Die gleiche Auseinandersetzung wiederholt sich im Schoße des Spartakusbundes nach der Revolution und in den Führungsgremien der Nationalsozialisten.

Hat sich eine Oppositionspartei einmal entschlossen, ins Parlament zu gehen, so hat sie sich sofort neue Fragen vorzulegen. Dürfen Sozialdemokraten, die an eine Herrschaft von Gottes Gnaden nicht glauben, einem Monarchen Ehre erweisen? Liebknecht erklärte dem Reichstag am 17. März 1879: „Ich möchte bemerken, daß, seit Sozialdemokraten im Reichstag sitzen, die sozialdemokratischen Abgeordneten bei keinem Hoch auf den deutschen Kaiser — und früher schon bei keinem Hoch auf das Oberhaupt des norddeutschen Bundes — sich je erhoben haben. (Unruhe. Zurufe rechts.) Es war dies nicht eine Beleidigung, aber es war eine Pflicht, (Unruhe) die uns durch unsere politischen Grundsätze auferlegt wurde.“ (Lebhafte Unruhe und Zurufe. Glocke des Präsidenten.) v. Forckenbeck greift ein: nachdem der Fall nun einmal zur Sprache gebracht sei, „so muß ich allerdings jetzt sagen, daß das Sitzenbleiben bei einem Hoch, welches hier auf unseren verehrten Kaiser ausgebracht wird, in der Tat die monarchischen Gefühle des Reichstags, des ganzen Volkes, auf eine so arge Weise verletzt, wie dieselbe nicht ärger gedacht werden kann.“ (Lebhaftes Bravo!)¹⁰⁾

Als die Deputation nach Versailles ausgelost wurde, machte v. Unruh den Präsidenten erschrocken darauf aufmerksam, daß ja dann unter Umständen ein Sozialdemokrat gewählt werden könnte.¹¹⁾ Die Sozialisten erwarteten voll Schadenfreude das Ergebnis der Auslosung. Sie waren entschlossen, eine Teilnahme abzulehnen.¹²⁾ Selbstverständlich erschien niemals ein Sozialdemokrat bei der Reichstagseröffnung im kaiserlichen Schloß. In den Ländern war diese Frage noch dringender, weil in fast allen Landtagen eine Vereidigung auf den Landesvater stattfand. Im preußischen Ab-

⁸⁾ Rt: 9. 12. 70 — 10, 152.

⁹⁾ Bebel, Bd. II, S. 163 ff.

¹⁰⁾ Rt: 17. 3. 79 — 21, 448.

¹¹⁾ Unruh, S. 317.

¹²⁾ Bebel, Bd. II, S. 201.

geordnetenhaus galt dies für die dänischen Abgeordneten, die regelmäßig die Eidesleistung ablehnten, darauf ihr Mandat verloren und ebenso regelmäßig wiedergewählt wurden. Dürfen Sozialdemokraten an der Beerdigung eines Monarchen teilnehmen? Oder an einem offiziellen Landtagsausflug, mit dem ein Empfang beim König verbunden ist? In Württemberg spaltete sich die Fraktion über diesen Fragen und die „Hofgänger“ wurden gebrandmarkt.¹³⁾ Nach der Jahrhundertwende wurde besonders in Süddeutschland, wo in jeder Hinsicht milderer Klima herrschte, das Problem diskutiert, ob die Opposition grundsätzlich das Budget verweigern müsse. Die badischen Sozialisten wagten 1907 trotz eines entgegengesetzten Parteibeschlusses erstmals für das Budget zu stimmen. Sie verteidigten sich, daß sie ja auch an der Bewilligung verschiedener Sozialleistungen mitgearbeitet hätten.¹⁴⁾

3. Beteiligung an der Verantwortung

Eine neu aufsteigende Partei braucht, so lange sie nur eine schwache Vertretung hat, nur auf agitatorische Wirkung bedacht sein und keinerlei Rücksichten zu nehmen. Wächst die Vertretung aber, dann muß sie den Anforderungen der Realität Rechnung tragen.¹⁵⁾

„Der radikale Standpunkt ist allerdings viel bequemer“, bemerkt v. Unruh dazu, „man streckt die Hand aus und wäscht die Hände in Unschuld, wenn man gar nichts erreicht. Daran sind ja dann die anderen Parteien schuld.“¹⁶⁾ Eine wachsende Partei aber muß anfangen, nach kleinen und greifbaren Erfolgen zu streben.

Lasker sagte einmal zu Bebel: „Sie haben heute wieder eine bitterböse Rede gehalten. Mit Ihrer kleinen Fraktion können Sie sich das leisten. Wenn Sie einmal eine große Fraktion hinter sich haben, werden Sie keine solche Rede mehr halten.“ Und Bebel gestand, als sich sein verlorenes Häuflein zur ansehnlichen Fraktion entwickelt hatte: „Er hat recht gehabt.“¹⁷⁾

Langsam wurden die Reichsfeinde auf der Stufe der Länder und Gemeinden in die Verantwortung gezogen. „Die Partei“, so beurteilt der spätere preußische Innenminister Severing diesen Prozeß, „war nun schon in zahlreichen Gemeindeparlamenten vertreten. Ihre Wortführer hatten nach altem Brauch bei ihrer Einführung dem Stadtoberhaupt versprochen, das Wohl der Gemeinde zur Richtschnur ihrer gemeindlichen Tätigkeit zu machen. Diese Arbeit gab nur selten Gelegenheit zu großen politischen Auseinandersetzungen und ein Sitzungssaal der Stadtverordneten war auch nicht der geeignetste Ort, um Todfeindschaftserklärungen an die bürgerliche Gesellschaft mit der nötigen Resonanz zu versehen.“¹⁸⁾

So wurden Toleranz, Nachgiebigkeit, Kompromißbereitschaft, Sachlichkeit, diese höchsten Tugenden des parlamentarischen Lebens, auf der unteren Stufe gezüchtet. Dies entspricht der These von Adolf Gasser, daß wahre Demokratie nur dort entstehen und sich entfalten kann, wo auf der

¹³⁾ Keil, Erlebnisse, Bd. I, S. 207 und 287.

¹⁴⁾ und ¹⁵⁾ Keil, Erlebnisse, Bd. I, S. 207 ff.

¹⁶⁾ Unruh, S. 330.

¹⁷⁾ Carl Severing, Mein Lebensweg, Berlin, 1949, 2 Bände, Bd. I, S. 160.

¹⁸⁾ dto. S. 150.

Ebene der gemeindlichen Selbstverwaltung fortschrittliche und freiheitliche Kräfte am Werk sind.¹⁹⁾ Diese Erkenntnis weist aber auch den Weg, wie man zu brauchbarem parlamentarischem Nachwuchs kommt: nämlich vorwiegend durch die kommunalen Selbstverwaltungskörper, in denen die Weltanschauungsfragen durch die sachlichen Anforderungen verdrängt werden.²⁰⁾ Diese Übernahme von Verantwortung ist das Schicksal, das fast jede Oppositionspartei im normalen parlamentarischen Leben ereilt. Diese Entwicklung führt noch zu einer zweiten Änderung im parlamentarischen Stil. Durch die Teilnahme an der Sachdiskussion wird die Partei gezwungen, mit den bestehenden Autoritäten des Parlamentes in Konkurrenz zu treten. Bei der Sozialdemokratie führte dies zu einer Elitebildung, die ihrem Wesen eigentlich fremd war und auch teilweise zu einer Entfremdung mit der radikalen Wählerschicht beitrug.²¹⁾

Jede heranwachsende Partei mußte ihren Mitgliedern aus dem Großen Haushalt des Reiches und aus den Bereichen allgemeiner politischer Fragen Spezialgebiete zur besonderen Bearbeitung überweisen. Diese beginnende Spezialisierung hatte Licht- und Schattenseiten: „Sie wies dem Neuling den leichtesten Weg ins Parlament, sie gab ihm Gelegenheit, sich sozusagen in Reih und Glied seine ersten Sporen zu verdienen und den Nachweis seiner Eignung für schwere Aufgaben zu erbringen. Endlich erzog sie den Facharbeiter, der bei den wachsenden Aufgaben der Gesetzgebung immer unentbehrlicher wurde.“ Aber sie hatte auch den Nachteil: „Sie hielt den Blick auf einen Punkt gerichtet und verführte leicht zu einer Einseitigkeit in der Beurteilung von Menschen und Dingen, die den Erfordernissen der allgemeinen Politik nicht gerecht wurde.“²²⁾

An der Sozialdemokratischen Partei ist besonders erstaunlich, daß sich ihre Entwicklung, die mit schweren inneren Kämpfen verbunden war, in aller Öffentlichkeit abspielte. Betrachtet man die heutigen Parteikolosse, die ihre internen Auseinandersetzungen zu verschleiern suchen, so muß man den Mut der alten Sozialisten bewundern. Diese innere Weiterentwicklung einer Partei durch Diskussion richtete keinen Schaden an: „Die Partei wurde vor geistiger Versumpfung bewahrt und vor den Eigenschaften des politischen Pharisäertums: der Selbstgenügsamkeit und der Selbstgerechtigkeit.“²³⁾

Für den parlamentarischen Stil ist festzuhalten, daß eine Partei das Diskussionsprinzip im Parlament nur dann wirksam pflegen und anwenden kann, wenn sie es in ihren eigenen Reihen übt.

In den ersten Jahren des Reichstages war es nicht die Zahl der Gegner, durch die sich das Parlament angegriffen fühlte, es war die Idee, die man

¹⁹⁾ vgl. Adolf Gasser, *Gemeindefreiheit als Rettung Europas*, Basel, 1947.

²⁰⁾ Die Ansicht, daß junge Politiker vorwiegend in der Gemeindepraxis heranwachsen, wird neuerdings vertreten durch Dr. Erich Mende (FDP) (186. Kölner Mittwochsgespräch, vgl. Handwerkszeitung Hagen vom 29. 10. 1954), ferner von Dr. Hans Bornkessel, Oberbürgermeister von Fürth („Jugend und Kommunalpolitik“, Vortrag vor der Ev. Akademie Tutzing am 19. 7. 54 — Aufz. des Verf.).

²¹⁾ vgl. Klaus Peter Schulz, *Sorge um die deutsche Linke*, Köln, 1954, S. 14 ff.

²²⁾ Severing, Bd. I, S. 179.

²³⁾ Severing, Bd. I, S. 153.

zurückzuweisen suchte, ohne Rücksicht darauf, wie stark sie proportional vertreten war. Bei der Diskussion der Bundesverfassung im konstituierenden Reichstag hatte man noch eine Rednerliste. Wer das Wort ergreifen wollte, meldete sich beim Präsidium und wurde dort für oder gegen die Vorlage eingetragen. In der Diskussion kamen dann abwechselnd ein Befürworter und ein Gegner der Vorlage zu Wort, so daß die Gegner der Verfassung genau die Hälfte der Diskussion bestritten.²⁴⁾ Die Rednerliste wurde 1868 abgeschafft. Aber noch in der bereits geschilderten tumultreichen Sitzung vom 16. November 1870, als es um die Bewilligung von Kriegskrediten ging, konnten zwei Sozialdemokraten das gesamte Parlament provozieren und in Atem halten.²⁵⁾

4. Lasker und Bebel

Lasker war einer der Hauptsprecher des Hauses gegen die Sozialdemokratie. Für ihn gab es allerdings keine Staatsbürger zweiter Klasse und keine Reichsfeinde. Sowohl Jesuiten wie Sozialisten waren für ihn Deutsche, die man nicht aus der Gemeinschaft ausstoßen oder Sonderbestimmungen unterwerfen durfte. Das Parlament war der Ort, an dem auch strafbare Gedanken am besten geäußert und widerlegt werden konnten, deshalb verteidigte er zwar die Redefreiheit für alle Parteien, wies aber staatsfeindliche Äußerungen scharf zurück.

Besonders wehrte sich Lasker gegen die Idee einer Klassenvertretung. Die Sozialisten behaupteten immer, als Arbeitervvertreter ins Parlament entsandt zu sein. In Wirklichkeit vertrete aber jeder Abgeordnete Arbeiter, fühle sich für sie verantwortlich und sei auch von Arbeitern gewählt.²⁶⁾

Seinen ersten Strauß mit Bebel focht Lasker am 10. April 1867 aus, als er ihm das Zugeständnis machte, „daß er die Gespräche, wie man sie in Bierstuben zu führen pflegt, klar abgespiegelt hat.“ Für diese Bemerkung erhielt Lasker eine Rüge. Sehr scharf legte er sich auch gegen Bebel bei der Kriegskreditdebatte 1870 ins Zeug. Auf der anderen Seite scheute er sich nicht, Bebel zu unterstützen, wenn ihm dessen Forderungen berechtigt erschienen. So ist die Abschaffung des Arbeitsbuches in der Gewerbeordnung auf eine gemeinsame Aktion von Lasker und Bebel zurückzuführen.²⁷⁾

Der heftigste Zusammenstoß der beiden Männer fand am 8. November 1871 statt. Bebel hatte die Verfassung des deutschen Reiches schlecht gemacht. Sie sei den Fetzen Papier nicht wert, auf den sie geschrieben sei. Durch Beschluß des Hauses war ihm das Wort entzogen worden. Lasker legte nun Verwahrung ein gegen eine derartige Herabwürdigung des Parlaments und der Nation. Aber man brauche Gottseidank keine Armee, um Herrn Bebel und seinen Anhang niederzuhalten. Sollte es den Sozialisten

²⁴⁾ wobei die Grenzen zwischen Freund und Feind allerdings fließend waren. Von den 17 am ersten Diskussionstag gegen die Vorlage eingetragenen Rednern stimmten am Schluß sieben, darunter Lasker, doch für den Entwurf (vgl. Rt: 9. 3. 67 — 9, 102).

²⁵⁾ Die Rednerliste dieses Tages: Reichensperger, Bebel, Lasker, Bebel, Braun, Liebknecht und noch zwei andere Abgeordnete mit kurzen Bemerkungen (vgl. Rt: 26. 11. 70 — 2, 7 ff.).

²⁶⁾ vgl. Lasker am 13. 3. 69 — 9, 127.

²⁷⁾ vgl. Bebel, Bd. II, S. 160.

einfallen, nach französischem Beispiel Unruhen hervorzurufen, „so würde der redliche und besitzende Bürger mit eigener Macht sie niederhalten.“²⁸⁾ Dieser Satz hat ein Nachspiel, da Bebel behauptet, Lasker habe das Stenogramm gefälscht. Er habe nicht gesagt „sie niederhalten“, sondern „mit Knüppeln sie totschiagen“. Da sich Lasker sonst immer als Verteidiger von Anstand und Sitte gebärde, müsse er dies zur Sprache bringen. Lasker entgegnet: „Nun gebe ich zu, daß ich an einer Stelle, obschon ich meine natürliche Aufwallung so viel als möglich unterdrückte, an diesem einen Punkte einen der Sache entsprechenden, aber scharfen Ausdruck gebraucht habe, und später war es mir eine Frage des Anstandes, ob ich auch bei kühlerem Blute die gebrauchten Worte in aller Schärfe aufrechterhalten sollte.“ Mit Genehmigung von kompetenter Seite habe er sich dann zu der Änderung entschlossen.²⁹⁾

Der Dank Bismarcks dafür, daß Lasker sich immer gegen die Ansprüche der äußersten Linken wehrte, war die Behauptung, Lasker betreibe die Politik der Besitzlosen.³⁰⁾

Von Bebels persönlicher Stellung war schon die Rede. Schulze-Delitzsch, sein Gegenkandidat, hielt keine Wahlversammlung ab, so lange Bebel im Gefängnis saß. Ein anderes Mal dankte der besiegte Gegner, ein Bezirksgerichtsdirektor, in der Presse den Sozialisten für ihre Fairneß im Wahlkampf.³¹⁾ Bebels Festungshaft inmitten von griechischen und lateinischen Philosophiebüchern war ein Idyll. Spöttisch adressierte der ebenfalls inhaftierte Most seine Briefe an das „Sozialistenseminar Hubertusberg“.³²⁾

Im Parlament selbst erschien Bebel stets im dunklen Anzug. Innerhalb der Fraktion sorgte er unerbittlich für Wahrung des guten Tones. Vorlaute Zwischenrufer herrschte er an: „Schweigen Sie! Wir sind hier nicht in einer Kaschemme.“³³⁾ Kein Wunder, daß ihm selbst sein Antipode von der äußersten Rechten, Oldenburg-Januschau, bescheinigte, daß er ehrlich und anständig gekämpft habe.³⁴⁾ „Nun, sind Exzellenz leidend, daß Sie sich auf einen Stock stützen müssen?“ fragte Staatsfeind Nr. 1 einmal den Landwirtschaftsminister v. Podbielski im Reichstag. „Nein!“ erhielt er zur Antwort, „den Stock habe ich für Euch Ludersch mitgebracht!“³⁵⁾

„Die Erfahrung hat mich gelehrt“, summiert der langjährige Führer der Konservativen, Wagener, seine Parlamentserfahrungen, „daß es auf allen Seiten ehrliche Leute gibt und daß keiner Partei das Recht zusteht, ein Monopol der Tugend und des Patriotismus für sie in Anspruch zu nehmen.“³⁶⁾

²⁸⁾ 8. 11. 70 — 17, 184.

²⁹⁾ Rt: 13. 11. 71 — 20, 249 f.

³⁰⁾ Rt: 8. 5. 79 — 40, 1059 ff. vgl. Kapitel über Präsidium.

³¹⁾ Bebel, Bd. II, S. 264 ff.

³²⁾ dto.

³³⁾ Severing, Bd. I, S. 160 ff.

³⁴⁾ Oldenburg-Januschau, S. 225.

³⁵⁾ dto. S. 72.

³⁶⁾ Wagener, Teil 1, S. 66.

Das Reichstagspräsidium

Bei einem vollständigen Überblick über das parlamentarische Leben muß auch das Präsidium dargestellt werden. Die Wahl des Reichstagspräsidiums ist in jeder Session ein Gradmesser für das Verhältnis der Parteien untereinander. In ruhigen Zeiten erfolgen die Wahlen fast einstimmig, in Konfliktperioden ist das Präsidentenamt hart umkämpft.

Präsident des konstituierenden und des ersten norddeutschen Reichstags war der erfahrene Nationalversammlungspräsident von 1848, Dr. Eduard Simson. Bei seiner ersten Wahl konnte er sich erst nach Kampf gegen den freikonservativen Grafen Eberhard zu Stolberg mit 127 gegen 95 Stimmen durchsetzen, aber schon bei der Nachwahl erreichte er 214 von 239 Stimmen. Ihm zur Seite saßen im norddeutschen Reichstag Bennigsen und der freikonservative Herzog v. Ujest.¹⁾ Simson war bis in den ersten Weltkrieg hinein der erste und letzte bürgerliche Präsident. Er wurde erst während seiner Präsidentenzeit geadelt. Nach seinem Ausscheiden aus dem Reichstag wurde er Präsident des Reichsgerichts.

Das Präsidium wurde zu Beginn der Session zunächst auf vier Wochen gewählt. Es kam aber nie vor, daß in der Nachwahl Veränderungen erzwungen wurden. Regelmäßig wurden die Inhaber des hohen Amtes durch Akklamation im Amte bestätigt, wobei in der Regel ein Mitglied der Opposition den Vertrauensantrag stellte.²⁾

Simson wurde auch im ersten Vollreichstag mit 276 von 284 Stimmen fast einstimmig gewählt. Er nahm die Wahl mit herzlichen Worten des Dankes an: „Wir preisen uns, meine Herren, alle glücklich, die Tage zu erleben, die an die Stelle von Ahnung und Verlangen endlich die Erfüllung gebracht haben.“ Vizepräsidenten wurden: Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst, der spätere Kanzler, und der nationalliberale Abgeordnete Weber aus Stuttgart. Es waren also zwei Süddeutsche im Präsidium vertreten.³⁾

In der zweiten Session bleibt das Präsidium unverändert,⁴⁾ in der dritten wird Weber durch Bennigsen ersetzt,⁵⁾ in der letzten Session schließlich wird der Gesamtvorstand durch Akklamation wiedergewählt, ein seltener Vertrauensbeweis.⁶⁾

Nach den Neuwahlen im Januar 1874, die den Nationalliberalen einen großen Sieg bringen, lehnt Simson aus Gesundheitsgründen eine Wiederwahl

¹⁾ Wahl: 2. 3. 67 — 5, 38 ff.; Nachwahl: 30. 3. 67 — 23, 465.

²⁾ GO, §§ 9 ff.; vgl. dazu Jungheim, S. 30 ff.

³⁾ 23. 3. 71 — 2, 7 f.

⁴⁾ 19. 10. 71 — 5, 13 ff.

⁵⁾ 10. 4. 72 — 3, 11 ff.

⁶⁾ 13. 3. 73 — 2, 10 ff.

ab. Sein Nachfolger wird der langjährige Präsident des Abgeordnetenhauses, Max v. Forckenbeck, mit 263 von 294 Stimmen. Es fällt ihm schwer, das gleiche Ansehen zu erringen, das Simson genossen hat.⁷⁾ Neben Hohenlohe tritt der Fortschrittler Hänel, Professor der Rechte aus Kiel, in das Präsidium ein.⁸⁾ Die Wahl beweist die enge Zusammenarbeit aller Liberalen und die Tatsache, daß die oppositionelle Fortschrittspartei nicht zu den Reichsfeinden gerechnet wird.

Als Hohenlohe Botschafter in Paris wird, ist eine Vizepräsidentenstelle neu zu besetzen. Die Nationalliberalen begehen die politische Unklugheit, ihre Stärke den anderen Parteien gegenüber dadurch in verletzender Weise zu bekunden, daß sie das Amt an den Freiherrn Schenk von Stauffenberg geben. Er erhält 114 von 211 Stimmen.⁹⁾ Damit sind alle Sitze des Präsidiums in liberaler Hand.

Bei der Beratung des Bankgesetzes am 16. November 1874 stellt Lasker einen Antrag, den der Präsident für zulässig, die Mehrheit des Hauses aber für unzulässig erklärt. Forckenbeck legt deshalb sein Amt nieder, wird aber ohne Debatte wiedergewählt.¹⁰⁾

Während dieser Session wird der ehemalige Präsident Simson auf Vorschlag Laskers ermächtigt, bei Abwesenheit von Forckenbeck das Präsidium zu übernehmen. Tatsächlich übernimmt er noch einige Male die Geschäftsleitung. Diese Berufung war eine ehrende Geste gegenüber dem langjährigen Präsidenten.¹¹⁾

Bei den Wahlen im Herbst 1876 werden Forckenbeck und Stauffenberg ohne weiteres wiedergewählt, Forckenbeck mit 216 von 218 Stimmen. Hänel aber hat durch eine Parteiaffäre in Schleswig-Holstein die Verstimmung der Nationalliberalen hervorgerufen. An seiner Stelle wird der aus der Fortschrittspartei ausgeschiedene, ehemalige Präsident des Stuttgarter Rumpfparlamentes, Loewe-Calbe, berufen. Die Stichwahl ergibt 118 für Loewe, 89 für Hänel. Als Loewe ablehnt, wird Hänel doch gewählt, lehnt aber nun seinerseits unter dem Beifall seiner Fraktion ab.¹²⁾ Die Fortschrittspartei weigert sich, einen anderen Kandidaten zu präsentieren. So bleibt den Nationalliberalen nichts anderes übrig, als auch den zweiten Vizepräsidenten aus ihren eigenen Reihen zu nehmen. Mit 156 von 227 Stimmen wird v. Benda gewählt. Jetzt ist das gesamte Präsidium in der Hand einer einzigen Partei, aber auf Kosten erheblicher Mißstimmung bei den anderen Parteien.¹³⁾

Die Neuwahlen von 1877 bieten keinen Anlaß zu tiefgreifenden Veränderungen. v. Benda wird durch den freikonservativen Fürsten zu Hohenlohe-Langenburg ersetzt. Damit haben die Nationalliberalen ihre Koalition nach rechts, die bei der Abstimmung über die Justizgesetze begründet wor-

⁷⁾ vgl. etwa Richter, Bd. I, S. 75 f.

⁸⁾ 9. 2. 74 — 2, 10 ff.

⁹⁾ 31. 10. 74 — 2, 11 ff.

¹⁰⁾ 16. 11. 74 — 11, 58 ff.; 18. 11. 74 — 13, 220 und 19. 11. 74 — 14, 237. Der Vorfall ist an anderer Stelle ausführlich geschildert.

¹¹⁾ 2. 2. 76 — 46, 1202.

¹²⁾ 2. 11. 76 — 3, 8 ff.

¹³⁾ 3. 11. 78 — 4, 11 f.; Über die Ursache des Konflikts: Richter, Bd. I, 149 f.

den ist, bestärkt.¹⁴⁾ Dieses Koalitionspräsidium wird in der nächsten Session durch Akklamation auf Antrag Windthorsts im Amte bestätigt.¹⁵⁾ Bei dieser Wahl wird der Vorstand erstmals für die Dauer der gesamten Session bestellt.

In den Parlamentsferien erfolgen die Attentate auf den Kaiser und die Auflösung des Reichstags. Die Liberalen haben Sitze verloren, so daß Forckenbeck nur mit 240 von 359 Stimmen wiedergewählt wird. Der Zentrumskandidat Freiherr zu Franckenstein erreicht 114 Stimmen. Drei Kandidaten liegen beim Kampf um den ersten Vizepräsidentenposten nur zehn Stimmen auseinander: Stauffenberg, Franckenstein und der Deutschkonservative v. Seydewitz. Erst im dritten Wahlgang kommt Stauffenberg durch Unterstützung des Fortschritts zum Ziel. Bei der Abstimmung über den dritten Vorstandsposten geben Fortschritt und Zentrum weiße Zettel ab. Gewählt wird Hohenlohe-Langenburg von den Freikonservativen. Noch einmal hat sich die liberale Richtung in hartem Kampf durchsetzen können, aber das Prinzip der Einstimmigkeit bei der Präsidentenwahl ist zerstört.¹⁶⁾

Der Kampf verschärft sich in der nächsten Session, 1879. Forckenbeck erhält zwar 151 von 218 Stimmen, aber für seinen ersten Vertreter stehen sich die drei Kandidaten der letzten Session mit fast gleicher Stimmenzahl gegenüber. Der konservative Kandidat ist bereits an die zweite Stelle gerückt. Im dritten Wahlgang kann sich Stauffenberg mit 88 zu 80 Stimmen gegen Seydewitz durchsetzen. Das ist kein imponantes Wahlergebnis. Der dritte Wahlakt muß wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses verschoben werden.¹⁷⁾ Schließlich wird Hohenlohe-Langenburg gewählt, der aus Gesundheitsgründen die Wahl nicht annimmt.¹⁸⁾ Als neuer Mann tritt Dr. Lucius, ein Arzt aus der Deutschen Reichspartei, in das Präsidium ein. Lucius ist ein persönlicher Freund des Fürsten Bismarck.¹⁹⁾

Im Mai 1879 kommt es bei den Beratungen über den Zolltarif aus Anlaß einer Rede Laskers zu dem — an anderer Stelle geschilderten — Krach zwischen Bismarck und Forckenbeck, der zum Rücktritt des liberalen Reichstagspräsidenten führt.²⁰⁾

Bei der Neuwahl sind die Nationalliberalen in die Defensive gedrängt. v. Seydewitz von den Deutschkonservativen wird mit 195 von 324 Stimmen gewählt. Die Nationalliberalen geben weiße Zettel ab. Das Zentrum hat bei dieser Wahl erstmals gezeigt, daß es eine ausschlaggebende Position errungen hat: es ist zur Bildung einer Mehrheit nach links und rechts unbedingt erforderlich. Mit dieser Wahl beginnt der Übergang des Zentrums von der Opposition in die bündnisfähigen Parteien. Sobald das Bündnis mit den Konservativen bestätigt ist, haben die Nationalliberalen ausgespielt und Bismarck hat keinen Grund mehr, sie rücksichtsvoll zu behandeln.²¹⁾

¹⁴⁾ 23. 2. 77 — 2, 10 ff.

¹⁵⁾ 7. 2. 78 — 2, 7 ff.

¹⁶⁾ 11. 9. 78 — 2, 8 ff.

¹⁷⁾ 13. 2. 79 — 2, 9 ff.

¹⁸⁾ 18. 2. 79 — 4, 15 ff.; Ablehnung: 19. 2. 79 — 5, 23.

¹⁹⁾ 20. 2. 79 — 6, 39; vgl. dazu Schultheß, 1879, S. 67 ff.; ferner Lucius, S. 152.

²⁰⁾ 8. 5. 79 — 40, 1050 ff.

²¹⁾ 21. 5. 79 — 50, 1359.

Die erste Nachwirkung der Wahl ist, daß auch Stauffenberg „heftig erkrankt“ und sein Amt niederlegt.²²⁾ Zu seinem Ersatzmann wird der Zentrumsabgeordnete Graf zu Franckenstein gewählt. Die Nationalliberalen geben abermals weiße Stimmzettel ab, da sie die Wahl ohnehin nicht verhindern können. Der erste Zentrumsmann ist damit in das Präsidium eingezogen. Die liberale Ära im Parlament nähert sich dem Ende.

In der nächsten Session hat sich die antiliberale Mehrheit schon konsolidiert. Konservative, Zentrum und Deutsche Reichspartei verbinden sich und Graf Arnim-Boitzenburg (Reichspartei) wird mit 154 von 265 Stimmen gewählt. Bennigsen erhält 89 Stimmen. Franckenstein bleibt zweiter Präsident; als freundliche Geste den Liberalen gegenüber wird Hölder ins Präsidium gewählt. Hölder lehnt eine Wahl durch konservative und ultramontane Kräfte ab, so wird an seiner Stelle der sächsische Partikularist Ackermann designiert. Die Wahlen sind ein entschiedener Zentrumserfolg.²³⁾

Bei den nächsten Wahlen bekräftigt sich die konservativ-klerikale Koalition. Richter beantragt Bestätigung des Vorstandes durch Akklamation, Hohenlohe-Langenburg widerspricht. Arnim-Boitzenburg siegt, lehnt jedoch ab. Privatim hatte er erklärt, keinem Präsidium angehören zu wollen, in welchem das Zentrum vertreten sei.²⁴⁾ Außerdem hatte er wegen des Arnim-Prozesses kein gutes Verhältnis zum Kanzler.²⁵⁾

Neuer Präsident wird erstmals ein Konservativer, nämlich v. Goßler, mit 150 von 242 Stimmen. Bis zum Jahre 1884 teilen sich nun Konservative und Zentrum in die beiden ersten Präsidentenstellen.

Goßler ist Unterstaatssekretär im Kultusministerium, also der erste Regierungsbeamte im Präsidium. Richter sieht mit Recht in der Besetzung des obersten Postens der Legislative mit einem Beamten der Exekutive einen Sieg der Reaktion. Goßler ist sich seiner Stellung wohl bewußt, denn er sagt nach seiner Wahl, er wisse, „daß die eben vollzogene Wahl das Resultat ganz außergewöhnlicher Umstände ist, welche nicht allein in der Sache begründet sind.“²⁶⁾

Im Jahre 1881 bringen die Reichstagswahlen kein Wiederaufleben der liberalen Vorherrschaft. Eine sichere Mehrheitskombination gibt es überhaupt nicht. Der Konservative v. Levetzow wird mit 193 von 342 Stimmen auf den Präsidentenstuhl gesetzt. Zu seinen Vertretern werden Franckenstein und Ackermann bestellt, nachdem v. Benda eine Wahl ablehnt. Immerhin zeigt sich die liberale Minderheit konsolidiert. Bei der Präsidentenwahl erhält Stauffenberg 148 Stimmen. Bei dieser Wahl ist als Kuriosum zu vermerken, daß für Lasker als Vizepräsidenten eine einsame Stimme abgegeben wird.²⁷⁾ Die nächste Präsidentenwahl 1882 ist zugleich die letzte, an der Lasker teilnimmt. Das bisherige Präsidium bleibt im Amt. Benda bleibt aber gegenüber Ackermann nur mit 11 Stimmen in der Minderheit. Erst 1884 kommt mit dem fortschrittlichen Abgeordneten Hoffmann wieder ein Liberaler ins Präsidium.²⁸⁾

²²⁾ 23. 5. 79 — 51, 1385.

²³⁾ 13. 2. 80 — 2, 7 ff.

²⁴⁾ Schultheß, 1881, S. 66.

²⁵⁾ Poschinger, Bd. III, S. 5.

²⁶⁾ 17. 2. 81 — 3, 11 ff.; vgl. Richter, Bd. II, S. 190.

²⁷⁾ 19. 11. 81 — 2, 10.

²⁸⁾ Wahl vom 28. 4. 82 — 2, 8 ff.

Der Umgangston

1. Ordnungsrufe

Der Präsident hat die Ordnung in den Sitzungen aufrechtzuerhalten.¹⁾ Die jetzige Geschäftsordnung drückt sich etwas genauer aus, indem sie sagt: „Der Präsident wahrt die Würde des Bundestages.“²⁾ Worin die Würde des Parlamentes im einzelnen besteht, ist umstritten. Unbestritten ist jedoch, daß der Präsident die alleinige Entscheidung darüber fällt, was mit der Würde des Hauses vereinbar ist und was nicht. Das Haus hat zwar das Recht, sich die Geschäftsordnung zu geben, aber in der Anwendung ist der Präsident nicht beschränkt.

Schon im verfassungsberatenden Reichstag vertrat Graf v. Schwerin-Putzar, ein ehemaliges Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung, den Standpunkt: „Wie im konkreten Fall die Geschäftsordnung auszulegen ist, darüber hat der Präsident aus eigener Machtvollkommenheit heraus allein zu entscheiden.“ Lasker meldete Bedenken gegen diese Auffassung an: „Über Zweifel in der Geschäftsordnung hat in letzter Instanz das Haus zu beschließen.“ (Widerspruch.) Daraufhin stellte der Präsident fest: „Ich glaube, es gibt kaum einen gefährlicheren Satz als den, welchen der Abgeordnete Lasker soeben ausgesprochen hat. Die Geschäftsordnung ist der natürliche Schutz der Minorität. Wenn die Majorität sich im einzelnen Falle die Geschäftsordnung auslegen kann, so ist die Minorität dadurch in ihre Hände geliefert.“³⁾ Auch v. Forckenbeck erklärte, daß „die Beurteilung dessen, was parlamentarisch ist, nur dem Präsidenten gebührt.“⁴⁾

Häufig wird in Deutschland von der Stellung des englischen "speaker" als Vorbild gesprochen. Der Speaker des Unterhauses hat zwar im Haus selbst unbegrenzte Autorität, ist aber politisch ein unbedeutender Mann. Der deutsche Parlamentspräsident aber ist seit jeher der zweite Mann nach dem Kanzler. Nach ungeschriebener parlamentarischer Regel fällt das Präsidentenamt der stärksten Partei zu. Die Präsidenten werden politisch nicht kaltgestellt. Simson war, während er Reichspräsident war, einer der schärfsten Debatteredner im preußischen Abgeordnetenhaus. Umgekehrt war Bennigsen, der langjährige Präsident des Abgeordnetenhauses, Parteiführer und Redner im Reichstag.

¹⁾ § 13 GO, vgl. Jungheim, S. 35 ff. und S. 233 ff.

²⁾ § 7 GO. des Bundestags.

³⁾ 19. 3. 67 — 15, 261; daß Laskers Auffassung nicht ganz irrig ist, zeigt die im vorhergehenden Kapitel geschilderte Abstimmung über die Zulässigkeit eines Antrages, vgl. ferner 17. 12. 81 — 19, 454.

⁴⁾ 10. 11. 75 — 8, 126.

Da der Präsident nur in hitzigen und daher meist bedeutenden Debatten eingreifen muß, sind eine Reihe von charakteristischen Beispielen für den parlamentarischen Umgangston schon in den bisherigen Kapiteln dargestellt. Zur Ergänzung seien aber noch einige Beispiele aufgeführt.

Das sichtbarste Kriterium für den offiziellen Umgangston sind die Ordnungsrufe. Vom konstituierenden Reichstag 1867 bis Mai 1895, also in 28 Jahren, sind im Reichstag in 2050 Sitzungen an 78 Abgeordnete 228 Ordnungsrufe erteilt worden.⁵⁾ Das ist nicht viel, wenn man bedenkt, daß es etwa der fünfte Weimarer Reichstag vom September 1930 in 64 Sitzungen auf 381 Ordnungsrufe brachte. Von den 228 Ordnungsrufen im ersten Vierteljahrhundert des deutschen Parlaments zogen allein 8 Sozialdemokraten 100 auf sich. Ordnungsruf-König war Liebknecht mit 24, gefolgt von Bebel mit 20 und Singer mit 13 Ordnungsrufen. Unter den Nichtsozialisten führen Eugen Richter mit 10 und Windthorst mit 4 Ordnungsrufen. Von den insgesamt 78 gerügten Abgeordneten gaben 49 nur je einmal Veranlassung zur Kritik, darunter Bamberger und Treitschke.

Lasker wurde in seinem Leben zweimal zur Ordnung gerufen: einmal, als er dem Zentrum „Verbrechen gegen das Vaterland“ und einmal, als er dem Enthüller v. Ludwig Klatschverleumdung vorwarf. Einmal erhielt er eine Rüge,⁶⁾ als er Bebels Reden mit Bierstubengesprächen auf eine Stufe stellte.⁷⁾

In der Frühzeit des Parlaments war ein Ordnungsruf eine Sensation und wurde tagelang, ja monatelang diskutiert. Die Zusammenstellung aller Ordnungsrufe aus dem preußischen Abgeordnetenhaus umfaßt eine Seite. Die schärfsten gerügten „Ausfälligkeiten“ waren danach die Vorwürfe der „unwahren Behauptung“, der „Ungezogenheit“, des „Eiertanzes“, des „Bauernfanges“, der „Heuchelei“, der „Lüge“, der „Infamie“ und, bezeichnend für den patriotischen Geist, der Vorwurf des „Mangels an Vaterlandsgefühl.“⁸⁾

Von den insgesamt 70 Ordnungswidrigkeiten, die in Laskers 17 Parlamentsjahre fallen, einige Proben. In Verstößen gegen die Würde des Hauses taten sich die Sozialisten am meisten hervor. Liebknecht behauptet einmal, das Volk habe zum Reichstag kein Vertrauen, „weil man glaubt, daß der Reichstag — ich spreche das Urteil des Volkes aus (Große Heiterkeit) — nicht des deutschen Volkes Reichstag, sondern eine Jasagemaschine des Fürsten Bismarck ist.“ (Große Unruhe.) „Das Referieren“, unterbricht der Präsident, „von derartigen Beleidigungen hier im Schoße des Reichstags kann ich nicht dulden.“⁹⁾ Bei anderen Gelegenheiten nennt er die Postverwaltung „eine Schule der Spionage und Denunziation“¹⁰⁾, bezeichnet einen Reichs-

⁵⁾ Eigene Zählungen.

⁶⁾ Rüge ist kein Ordnungsruf.

⁷⁾ Ordnungsrufe: 4. 12. 74 — 24, 489 und 5. 2. 76 — 46, 1196; Rüge: 10. 4. 67 — 32, 684. Böttcher, S. 156 und Bismarck (Poschinger, Bd. II, S. 212) wissen nur von einem einzigen Ordnungsruf gegen Lasker.

⁸⁾ A. Plate, Die Geschäftsordnung des Preussischen Abgeordnetenhauses, ihre Geschichte und ihre Anwendung, Berlin, 1904, Anhang.

⁹⁾ 22. 1. 75 — 50, 1200.

¹⁰⁾ 18. 3. 80 — 22, 513.

tagsbeschluß als „Unfug“¹¹⁾, wirft Generalpostdirektor Stephan vor, mit „wohlfeilen Witzen“ zu operieren,¹²⁾ unterstellt, daß die Stadtkommandanturen dazu da seien, um das Volk „gelegentlich niederschießen zu lassen.“¹³⁾

Bei der Beratung des Sozialistengesetzes zogen die Sozialdemokraten vier von fünf Ordnungsrufen auf sich. Hasselmann droht, daß das Volk, wenn man es auf die Barrikaden treibe, notfalls auf dem Felde der Ehre sein Blut lassen werde. Der Präsident schreitet ein, weil der Redner „nahezu an die direkte Provokation zum Aufruhr streift“ und damit den Boden parlamentarischer Diskussion verläßt.¹⁴⁾ „Wir pfeifen auf das ganze Gesetz“, ruft ein anderer Sozialist.¹⁵⁾ Wieder ein anderer nennt alle, die für das Gesetz stimmen, Landesverräter.¹⁶⁾ Auch die Behauptung, den Nationalliberalen sei die Furcht vor der Auflösung in die Glieder gefahren, läßt der Präsident nicht durchgehen.¹⁷⁾ Ein Sonderfall schließlich ein Ordnungsruf wegen dauernden Abschweifens von der persönlichen Bemerkung.¹⁸⁾

Bebel muß sich tadeln lassen, als er die Verhaftung des Zentrumsabgeordneten Majunke „einen Racheakt des Herrn Reichskanzlers“ nennt¹⁹⁾ und ein paar Tage später ruft: „Es ist eine Schande, daß man dem Reichstag die Diäten vorenthält!“²⁰⁾ Die Praxis, nur Beleidigung gegen Reichstagsmitglieder und gegen den Reichstag selbst zu rügen, führt zu der Möglichkeit, daß Bebel seinen abwesenden ehemaligen Parteifreund Schweitzer ungestraft einen „politischen Lumpen“ nennen darf.²¹⁾

v. Ludwig, als unsachlicher Kämpfer gegen das Gründertum schon hervorgetreten, wird wegen Vorbringens von unbewiesenen Verdächtigungen zur Ordnung gerufen.²²⁾ Der gleiche Sonderling nennt eines Tages das Strafgesetzbuch „eine Lust der Bummler und einen Schmerz aller ehrlichen Leute.“²³⁾ Einmal spricht er von der „wahnsinnigen Einrichtung“ eines Zolls und wird nachträglich, auf Beschwerde Richters hin, gerügt, während Richters Zwischenruf „Unwürdiges Possenspiel“ ungeahndet bleibt, weil der Präsident erklärt, nicht alle Zurufe und ihre Urheber registrieren zu können.²⁴⁾ Ein Angriff auf die Unparteilichkeit des Präsidenten wird ebenfalls als Verstoß empfunden.²⁵⁾

Die Urheber der bisher genannten Ordnungsrufe sind alle Einzelgänger und Mitglieder der äußersten Opposition. Es ist eine ausgesprochene Sensation, wenn ein Mitglied der bündnisfähigen Parteien gerügt wird, was meistens im Zusammenhang mit Angriffen gegen die Opposition geschieht. Der Konservative v. Stumm wird einmal zurechtgewiesen, weil er sagt, daß er mit Bamberger über eine bestimmte Frage überhaupt nicht diskutiere.²⁶⁾ Der Präsident findet, daß er mit dieser Bemerkung „die Rücksich-

¹¹⁾ 16. 4. 80 — 31, 725.

¹²⁾ 18. 12. 75 — 31, 757.

¹³⁾ 11. 10. 78 — 10, 201.

¹⁴⁾ 18. 10. 78 — 15, 345.

¹⁵⁾ 9. 12. 75 — 23, 485.

¹⁶⁾ 9. 12. 75 — 23, 487.

¹⁷⁾ 18. 3. 80 — 22, 491.

¹⁸⁾ 17. 5. 79 — 47, 1280 und 25. 5. 71 — 43, 934.

¹⁹⁾ 7. 12. 75 — 22, 467.

²⁰⁾ 26. 11. 75 — 16, 326.

²¹⁾ 10. 10. 78 — 9, 156 f.

²²⁾ 12. 10. 78 — 11, 215.

²³⁾ 4. 5. 80 — 45, 1168.

²⁴⁾ 15. 12. 75 — 28, 658.

²⁵⁾ 5. 2. 76 — 46, 1192 ff.

²⁶⁾ 19. 5. 79 — 48, 1331.

ten überschritten hat, die er einem Kollegen hier im Saal schuldet.“ Schon das eine Beispiel zeigt, daß man gegen Mitglieder der bündnisfähigen Parteien viel strenger vorgeht.

Von bedeutenden Mitgliedern der großen Parteien wurden in den ersten 17 Jahren der Reichstagsarbeit nicht mehr als ein halbes Dutzend zur Ordnung gerufen, wobei Laskers zwei Ordnungsrufe das Maximum darstellen. Der einzige Nationalliberale, der außer Lasker jemals zur Ordnung gerufen wurde, ist der Geschichtslehrer Treitschke. Er wendet sich gegen Eugen Richter: „Ich möchte fragen, was gibt dem Herrn das Recht, in solchem Ton des Hochmuts (oh! oh! Zur Ordnung! links) zu reden von zusammengewürfelten Haufen“ (Glocke des Präsidenten.) Nach der Rüge fährt Treitschke fort: „Ich muß den Ordnungsruf des Herrn Präsidenten natürlich meiner Pflicht gemäß hinnehmen und bedauere, daß der harte Ausdruck mir entschlüpft ist.“²⁷⁾ Sehr charakteristisch das feine Gehör des Hauses, welches auf kleinste Mißgriffe im Ton reagiert, ferner das unter allen Abgeordneten der bündnisfähigen Parteien übliche Verfahren, sich für Ordnungswidrigkeiten zu entschuldigen.

Prominentester Ordnungssünder der Konservativen ist Kleist-Retzow, der einmal dem Fortschritt gegenüber sagte, er wolle gewisse Herren und ihre Haltung festnageln, „wie man gewisse Tiere an Scheunentüren anagelt.“ (Großer Tumult links; Rufe: Pfui! Zur Ordnung! Glocke des Präsidenten.)²⁸⁾

Ein besonders delikater Fall spielte sich in der Sitzung vom 4. März 1881 ab. Es handelte sich um den Gesetzentwurf zur Besteuerung von Dienstwohnungen und der Kanzler focht in seine Rede einige boshafte Bemerkungen über die fortschrittliche Stadtverwaltung ein, die „überall einen peinlichen und dem Kanzler entschieden ungünstigen Eindruck machten.“²⁹⁾ Er plädierte bei diesem Gesetz praktisch für Steuererleichterungen für sich selbst und ein paar Angestellte der Reichskanzlei —, daher der Spitzname des Gesetzes „Lex Tiedemann“ — so daß von der Linken her nach einer Kette von Anschuldigungen der Zuruf: „Schamlos!“ ertönte. Lassen wir zuerst das Protokoll sprechen:

Bismarck: „Das Wort schamlos ist ein ganz unverschämter Ausdruck, den ich hiermit zurückweise.“ (Große Unruhe).

Präsident: „Ist der Ausdruck schamlos gefallen? Ich habe ihn nicht mit Sicherheit gehört!“

Bismarck: „Er ist gefallen, ich habe ihn gehört, dort ein Herr, der selbst keine Scham kennt, hat ihn gebraucht.“ (Unruhe.)

Der Präsident entschuldigt sich, daß er den Ausdruck überhört hat; er würde mit der allergrößten Schärfe eingeschritten sein.

Bismarck gibt sich nicht zufrieden: „Der Herr wird sich gewiß melden — die Herren, die neben ihm sitzen, werden es ja wissen. Der Herr wird doch den Mut haben, sich zu nennen.“

Der Abgeordnete Struve (Sezessionist) ruft dazwischen: „Jawohl, ich bin es gewesen, Struve!“

²⁷⁾ 14. 4. 74 — 31, 781.

²⁸⁾ 30. 11. 81 — 6, 109.

²⁹⁾ Schultheß, 1881, S. 91.

Präsident: „Der Herr Abgeordnete Struve hat jetzt bekannt, daß er das Wort ‚schamlos‘ gebraucht hat. Ich rufe ihn deshalb zur Ordnung!“ (Bravo!)

Bismarck: „Nun, ich bin nicht überrascht, von Herrn Struve, da wundert es mich nicht.“³⁰⁾

Hermann Sudermann gibt von dieser Szene eine ausführliche Schilderung. Danach rief Bismarcks Rede auf der Linken eine „wahnwitzige Erregung“ hervor, gefolgt von atemloser Stille, als der Zwischenruf gefallen war. „In diesem Augenblick hätten Ihr Bismarck sehen sollen. Der mächtige Körper wuchs noch höher empor. Die Glieder bäumten sich. Die Rechte griff zum Pallasch, mit federnden, hüpfenden Schritten tanzte er — buchstäblich tanzte er, wie etwa Knaben über dem Steckenpferd tanzen — am Präsidentensitz, am Rednerpult vorbei, dem Beleidiger entgegen, immerzu rufend: „Wer ist der Unverschämte? Wer hat das gesagt?“ Das Schweigen dauerte an, und er stand da, die Hand am Säbelkorb, den Kopf hintenüber gebeugt, bereit, jeden niederzuschlagen, der ihm etwa entgegentrat.“³¹⁾

Aber der kleine Struve gibt sich nicht geschlagen. Er fragt den Präsidenten, was er, nachdem er das Wort „schamlos“ gerügt habe, dem Reichskanzler gegenüber zu tun gedenke, der gesagt habe, der Ausdruck komme von einem Abgeordneten, der selbst keine Scham habe.

Dazu Sudermann: „Nie werde ich den hilflosen und hilfefeulenden Blick vergessen, den der höchste Vertreter des Volkes, der spätere Kultusminister v. Goßler war's, dem Allmächtigen zuwarf.“

Schlagfertig befreit Bismarck den Präsidenten aus seiner Zwangslage: „Ich habe zu meiner Rechtfertigung zu bemerken, daß ich diese Äußerung getan habe, bevor der Herr Abgeordnete die Güte gehabt hat, sich zu nennen. (Heiterkeit rechts.) Nachdem er sich genannt hat, nehme ich den Ausdruck zurück — der Herr Abgeordnete kennt gewiß Scham.“ (Heiterkeit.)

„Auch ohne den höhnisch abtuenden Klang der Stimme gehört zu haben“, meint Sudermann, „werden viele behaupten wollen, daß dies keine Genugtuung, sondern eher eine neue Beleidigung gewesen sei.“³²⁾

2. Zwischenrufe

Mit dieser Episode sind wir beim Zwischenruf, einem der gewichtigsten parlamentarischen Ausdrucksmittel, das aber weder in der Geschäftsordnung noch in den systematischen juristischen Werken über Parlamente mit einer Zeile erwähnt wird.

Zwischenrufe sind das parlamentarische Mittel, um während der Rede eines anderen ohne Wortmeldung seine Meinung zu äußern. Diese Meinungsäußerung kann auf verschiedenen Stufen erfolgen.

³⁰⁾ Rt: 4. 3. 81 — 9, 165.

³¹⁾ Sudermann, S. 389. Sudermann war zu dieser Zeit Parlamentsberichterstatler von Rickerts sezessionistischer „Liberalen Korrespondenz“. Er sah in Bismarck den „großen Verderber“ und „Feind des Volkes“. (Vgl. S. 377).

³²⁾ Sudermann entzog sich der undankbaren Aufgabe, über diesen, für die Sezessionisten nicht sehr rühmlichen Zwischenfall zu berichten mit einem Satz: „Die Stimmung war eine fieberhafte.“ Kaum war das Blatt gedruckt, kam Rickert auf die Redaktion: „Sie Unglücksmensch, was haben Sie geschrieben?“ Als er die taktvolle Behandlung des Falles erfuhr, wurde Sudermann Chefredakteur.

Auf der untersten Stufe steht die anonyme Reaktion des Kollektivs, die Beifall oder Ablehnung ausdrückt, und sich in den Protokollen niederschlägt als „Zustimmung“ oder „Widerspruch“. Die Reaktion kann auch neutral sein: „Bewegung, Unruhe, Sensation“. Dabei kann der Grund der Unruhe sowohl Erregung über politische Sensationen ausdrücken wie auch pure Langleweilte über einen endlos redenden Abgeordneten.

Das Händeklatschen, als Beifallsäußerung erst im ersten Weltkrieg eingeführt, gilt seit der Weimarer Republik als übliche Beifallsäußerung, wird aber von alten Parlamentariern heftig bekämpft. Nach Ansicht des ehemaligen Reichstagspräsidenten Paul Löbe finden tiefgründige und komplizierte Gedanken keinen offenen Beifall, sondern nur die Gemeinplätze, die jeder schon kennt, ganz abgesehen von der obstruktionellen Technik des Niederklatschens. Die damaligen Stenographen mußten, da sich Bewegung und Beifall nicht akustisch äußerten, die Reaktionen erfühlen.³³⁾

Auf der nächsten Stufe beginnt sich die Kollektivreaktion in Gruppen- und Fraktionsreaktionen aufzulösen. „Murren“, „Zischen“, „Zeichen des Unwillens“ oder „Beifall“ sind bereits verstärkte Meinungsäußerungen, die vielfach durch Adjektive näher bestimmt sind. Es gibt „anhaltenden, wiederholten, allgemeinen, vereinzelt, lebhaften, stürmischen, erneuten, großen“ Beifall.³⁴⁾ Noch schärfer können die geschilderten Reaktionen abgegrenzt werden durch lokalisierende Bezeichnungen: „in der Mitte, von allen Seiten des Hauses, auf der äußersten Linken“.

Als dritte Gruppe kommen die bereits artikulierten Zwischenrufe, die zwar meist von Gruppen ausgehen, aber auch einzelnen Abgeordneten zu Gebote stehen: „Bravo! Sehr richtig! Sehr gut! Oh! Sehr wahr!“

Schließlich kommen die eigentlichen parlamentarischen Zwischenrufe, die einen feststellbaren Einzelnen zum Urheber haben. Sie können aus einem einzigen Wort bestehen, sich aber auch zu ganzen Zwischenreden auswalzen. In dieser Gruppe gibt es sachbezogene und personenbezogene Zwischenrufe. Eine besondere Form ist die Zwischenfrage, die formlos oder — wie im zweiten Bundestag — formell gestellt wird. Zwischenrufe sind im wesentlichen Werkzeuge der Opposition und können sich bis zur Obstruktion verstärken. Bei mäßiger Anwendung haben sie den legitimen Zweck, den Redner aus dem Konzept zu bringen, ihn zu provozieren und in eine echte Diskussion an Ort und Stelle zu verwickeln.

Zwischenrufe sind das Salz des parlamentarischen Lebens. Der Grad ihrer Intensität bestimmt das eigentliche Fluidum, die Atmosphäre der Debatte. Im Parlamentsstenogramm sind sie wichtige, oft sogar entscheidende Hinweise für den späteren Leser, wie überhaupt auf bestimmte Gedanken und Formen reagiert wurde.³⁵⁾

³³⁾ Persönliche Aufzeichnung des Verfassers.

³⁴⁾ Eigenartigerweise hat die akademische Art der Meinungsäußerung durch Scharren und Klopfen sich im Parlament nie eingebürgert.

³⁵⁾ Selbst diese registrierenden Bemerkungen können politischen Charakter tragen. 1954 beschwerte sich die SPD, daß Unterbrechungen seitens der Regierungsparteien immer als „Zustimmung“, solche der Opposition aber als „Lärm bei der SPD“ festgehalten werden.

Die Ursache der Verfeindung zwischen Adenauer und Schumacher war der Zwischenruf des Oppositionsführers vom „Kanzler der Alliierten“. Viele politische Konflikte sind durch Zwischenrufe ausgelöst worden. Leider gehen viele Rufe verloren, teils, weil sie überhört werden, teils, weil sie taktvoll gestrichen werden. Zu Laskers Zeiten ist der Zwischenrufer nur in sehr wenigen Fällen namentlich festgestellt.

Einen besonderen Platz in der Rangfolge der Zwischenrufe nimmt die Heiterkeit ein. Die parlamentarische Heiterkeit hat ihre eigenen Ursachen und Kriterien, weshalb auch die meisten Sammlungen von „Parlamentshumor“ für den Leser keine Witze bieten. Die Stenographen unterschieden streng „Heiterkeit“ und „Gelächter“. Der literarische Schildknappe der Deutschnationalen in der Weimarer Republik, genannt „Rumpelstilzchen“ oder „A“, sieht den Unterschied darin: „Das Lachen ist etwas Gezwungenes, ist die Opposition der Verlegenheit. Die Heiterkeit dagegen, die befreiende, zwerchfellerschütternd, ist eine einfache Reflexbewegung gegenüber unfreiwilliger Komik.“³⁶⁾

Bismarck wendet sich einmal gegen die Linke, die seine Rede durch häufiges Lachen unterbricht: „Ja, ja, meine Herren, Sie verlegen sich wieder auf das Auslachen, es ist das nur, damit das in den Bericht kommt, in Klammern: ‚Gelächter‘. Ich bitte also den Herrn, der da lacht, sich lieber zu nennen, damit gesagt werde, Gelächter von Herrn Abgeordneten soundso — dann weiß man doch, was das Gelächter zu bedeuten hat. Ich habe schon gesagt, Sie lachen, damit es in den stenographischen Bericht kommt und damit es eine Verminderung der Bedeutung und des Ernstes dessen, was ich hier sage, ausübt. Das ist die letzte Waffe derer, denen alle Gründe und alle Fähigkeiten, etwas zu erwidern, ausgegangen sind: man stellt dann — verzeihen Sie mir den Ausdruck — ein banausisches Gelächter an. Banausisch nenne ich, wenn man von der Sache, über die man lacht, nichts versteht. Sie sind alle klassisch gebildet genug, den Ausdruck zu verstehen, und ich möchte, daß man dieses Banausentum, wo man mit nichts als mit unartikuliertem Hohn gelächert auf ernste Darlegungen antwortet, aus unserer gebildeten Gesellschaft entfernt.“ (Bravo! rechts.)³⁷⁾

Nach Ansicht Keils herrschte in Bezug auf Zwischenrufe in den Parlamenten der Kaiserzeit ein guter Stil. „Da in der Regel nur führende Abgeordnete von diesem Recht Gebrauch machten, bewegten sich die Zurufe auf einem gewissen Niveau. Erlaubte sich ein Hinterbänkler oder ein ruhmbedürftiger Neuling einen geschmacklosen Zwischenruf, so durfte er damit rechnen, daß ihm in der Fraktionssitzung die Leviten gelesen wurden.“³⁸⁾ Schon die Sitzordnung des deutschen Reichstags bedingt, daß der Zwischenruf ein Privilegium der ersten Bänke ist. „Schweigen Sie“, rief Bebel ungezügelter Zwischenrufern zu, „wir sind hier nicht in einer Kaschemme!“³⁹⁾

³⁶⁾ „A“, (Pseudonym für Major a. D. Adolf Stein), Friedrich der Vorläufige, die Zietz und die Anderen. Die Weimarer Nationalversammlung, Berlin, 1919, S. 18. Das Buch ist eine Sammlung von Parlamentsberichten, ein markantes Beispiel hämischer, snobistischer Verächtlichmachung der Parlamentsarbeit.

³⁷⁾ 9. 5. 84 — 23, 481.

³⁸⁾ Wilhelm Keil, Von der Würde des Parlaments, Stuttgarter Zeitung vom 22. Januar 1955.

³⁹⁾ Severing, Bd. I, S. 49.

Müller-Meinungen bedauert, daß die Präsidenten Zwischenrufen gegenüber so oft die Ruhe verlieren. „Dem deutschen Parlament fehlt die lebhaft temperamentvolle Antwort auf der Stelle, die eigentlich das Wesen des Volkshauses bilden sollte. Es gibt Redner, die auf Zwischenrufe warten, deren Reden an und für sich langweilig sind, die erst durch die Zwischenrufe interessant werden.“⁴⁰⁾ Lasker gelingt es einmal, bei seinem Streit mit Bismarck über die Volksrechte, durch Fragen Zwischenrufe zu provozieren, die ihm Recht geben.⁴¹⁾ Dieses Mittel der Rhetorik steht aber nur ganz außergewöhnlichen Rednern zu Gebote. Im übrigen war Lasker einer der eifrigsten Zwischenrufer, seine Unterbrechungen haben aber immer sachbezogenen Charakter.

Zu einer ausführlichen Debatte über das Recht des Zwischenrufs kommt es im Reichstag am 27. Februar 1880. Der deutschkonservative Abgeordnete v. Helldorf-Bedra wird durch Zurufe von der linken Seite dauernd unterbrochen, worauf der Präsident einschreitet: „Ich bitte doch den Herrn Redner nicht durch dazwischengeworfene Sätze zu unterbrechen.“ Besonders richtet er seine Aufforderung an Eugen Richter. Dieser verteidigt sich: „Ich halte mich nach dem Brauch dieses Hauses, nach einem Brauche, der von allen Parteien gleichmäßig bestätigt worden ist, (Abg. Rickert: Sehr richtig!) und nach dem Brauche sämtlicher parlamentarischer Körperschaften für berechtigt, Zwischenrufe, die nicht eine Störung des Redners enthalten, und die so deutlich sind, daß auch der Herr Präsident imstande ist, sie zu verstehen, auch fernerhin zu machen, denn ich bin der Meinung, daß wir hier weder in der Schule noch in der Kirche sind.“

Präsident von Arnim-Boitzenburg äußert sein Befremden über den Vergleich mit der Schule, den er als gegen sich gerichtet betrachtet. Zwischenrufe seien zu einem gewissen Grad berechtigt, aber sie müssen kontrollierbar sein. Richter versteift sich noch einmal auf sein Recht und fügt hinzu: „Ich weiß, daß es anderen Rednern sehr erwünscht ist, wenn sie unterbrochen werden, um dadurch eine Anregung in der Debatte zu bekommen, ich könnte Ihnen Namen nennen.“ Schließlich verspricht er, seine Zurufe in Zukunft so deutlich zu machen, daß sie der Präsident verstehen könne.⁴²⁾

Ein anderes Mal wird ein Bundesratsbevollmächtigter dauernd durch Zurufe unterbrochen. Der konservative Abgeordnete v. Minnigerode gibt seinem Unmut darüber Ausdruck. Man verkenne offenbar völlig den Respekt, den die Abgeordneten Vertretern des Bundesrats schuldig seien. (Lautes Lachen links.) Richter ruft dem Redner zu: „Sie sind kein Schulmeister!“ (Große Unruhe rechts.) v. Minnigerode klagt über den sinkenden Umgangston: „Ich darf, indem ich appelliere an die Herren, die mit mir seit zehn Jahren die Verhandlungen des Reichstags kennen, noch hervorheben, daß ein derartiger Ton auf jener Seite des Hauses (links) im allgemeinen bisher unerhört war. (Sehr richtig! rechts.) Die Verhandlungen sind bisher absolut mit Anstand geführt worden, und das Haus hat ein Recht, daß dieser Ton aufrechterhalten wird.“

⁴⁰⁾ Müller-Meinungen, S. 128.

⁴¹⁾ 16. 6. 73 — 53, 1182.

⁴²⁾ 27. 2. 80 — 9, 162.

Richter legt Verwahrung ein gegen den erhaltenen Ordnungsruf. v. Levetzow sagt, er habe verstanden: „Sie sind ja ein Schulmeister!“ Richter aber hat inzwischen das Wörtchen „doch“ in das Stenogramm hineinkorrigiert, so daß der strittige Zuruf lautet: „Sie sind doch kein Schulmeister!“ Der Präsident erklärt, wenn er den Ruf so verstanden hätte, würde er einen Ordnungsruf nicht erteilt haben. In Zukunft bitte er um Mäßigung. „Zwischenrufe, wenigstens insofern sie sich darstellen als Apostrophen an den Redner oder an einzelne Mitglieder des Hauses, sind nach unserer geschriebenen (sic!)⁴³⁾ Geschäftsordnung jedenfalls unzulässig. Die Praxis ist ja darin etwas lax und der Praxis muß ich mich fügen.“ Jedenfalls dürfe kein Redner gestört und belästigt und kein Mitglied im Haus davon abgehalten werden, den Redner zu verstehen.“⁴⁴⁾

Einmal ruft Bismarck dem Haus erzürnt zu, man solle ihm doch nicht vorwerfen, daß er sich mit der Person des Königs decke. „Ich hoffe, den Vorwurf nicht wieder zu hören! (Widerspruch links.) Die Herren scheinen ihn wiederholen zu wollen. Kommen Sie doch heraus, nennen Sie sich doch, wenn Sie den Vorwurf der Feigheit wieder aufnehmen wollen!“ (Ruf links: den Vorwurf hat niemand gemacht.) Nach der Erzählung des Abgeordneten Hartmann (Plauen) beruhigt sich Bismarck nach dieser Antwort und ruft: „Dann danken Sie Gott!“ Dieser Ruf ist jedoch nicht ins Stenogramm eingegangen.⁴⁵⁾

Ein besonders schwerer Verstoß gegen den parlamentarischen Umgangston ist der Pfui-Ruf. Als Bismarck dem Zentrum 1874 vorwarf, daß der Attentäter Kullmann an seinen Rockschoßen hängen bliebe, ertönte aus den Zentrumsreihen lautes „Pfui!“ 15 Jahre später gestand Bismarck, daß er an diesem Tage einen geladenen Revolver bei sich gehabt habe. „Als der Zwischenruf erscholl, dachte ich zuerst: gehst Du hin und schießt ihn nieder. Nach einer halben Minute Überlegung aber habe ich mir gesagt: Nein, das ist denn doch nicht Dein Metier!“ Vor versammeltem Kriegsvolk mit einem Pfui-Ruf bedacht zu werden, das sei ja, als ob man angespuckt werde.⁴⁶⁾

Obwohl eine Reihe von Mitgliedern der Frankfurter Nationalversammlung im Reichstag waren, hat nur ein einziger, nämlich Robert v. Mohl, einen kurzen Vergleich der beiden Parlamente angestellt. Danach war die Versammlung von 1848 „imponierender, teils durch ihre größere Zahl, teils aber durch die verhältnismäßig bedeutendere Menge bekannter und selbst berühmter Männer; aber es war auch das Leben in ihr unbehaglicher und selbst unheimlicher. Die Redeweise und der ganze Ton der zahlreichen Frankfurter Linken war weit aufregender und nicht selten verletzender, als der irgend einer Partei im Reichstag.“ Die Fortschrittspartei bestehe jetzt aus meist älteren Männern, die sich ruhig verhalten. Der Frankfurter Linken seien im Reichstag am ähnlichsten die Ultramontanen, „sei es in der Heftigkeit der Sprache, sei es in dem ganzen äußern Benehmen.“ National-

⁴³⁾ gemeint natürlich nach unserer Un geschriebenen GO.

⁴⁴⁾ Ordnungsruf: 10. 5. 82 — 7, 119; Besprechung 12. 5. 82 — 8, 133.

⁴⁵⁾ 24. 1. 82 — 33, 898; dazu Poschinger, Bd. III, S. 83 f.

⁴⁶⁾ vgl. dazu Poschinger, Bd. III, S. 216 und Bd. I, S. 253 f.

liberale und Konservative würden ohnehin stets den guten, vornehmen Ton wahren. Der ganze Reichstag habe einen vornehmeren Typus als das Frankfurter Haus.⁴⁷⁾

War es also schon ein weiter Weg von Frankfurt nach Berlin, so trennen doch unvorstellbare Gräben den Berliner Stadtrat Struve, der 1881 durch seinen Zuruf „Schamlos!“ endlose Tumulte und Debatten hervorrief, von den Abgeordneten, die vier Jahrzehnte später dem Redner „Juden-schwein“ zurufen konnten, oder eine Fraktion des Hauses als „das Gesindel mit den Kälberfressen“ bezeichnen durften, ohne daß der Präsident, an die Rohheit des Tones gewöhnt, und gegen Verstöße abgestumpft, einschritt.⁴⁸⁾

⁴⁷⁾ Mohl, Bd. II, S. 173 f.

⁴⁸⁾ Rt: 4. 6. 1924 — 5, 81 und 6. 6. 1924 — 9, 215.

Reichstagsauflösung und Sozialistengesetz

Am 2. Juni 1878, während der Reichstagsferien, verübte ein sozialistisch angehauchter Intellektueller namens Dr. Nobiling ein weiteres Attentat auf den Kaiser. Als Bismarck von dem Anschlag hörte, rief er sofort: „Jetzt wird der Reichstag aufgelöst.“ Dann erst erkundigte er sich nach dem Befinden seines Herrn.¹⁾

Mit der Auflösung hatte Bismarck seit dem Scheitern der Varziner Verhandlungen schon des öfteren gedroht.²⁾ Es steht außer Zweifel, daß das Attentat nur ein hochwillkommener Anlaß war, einen lang gehegten Plan in Szene zu setzen. Wäre es Bismarck wirklich um Maßnahmen gegen die Sozialisten zu tun gewesen, dann hätte er innerhalb von drei Tagen das Parlament zusammentrommeln können. Bei der allgemeinen Entrüstung in allen Kreisen hätte der Reichstag seine Zustimmung zu einem ausreichenden Ausnahmegesetz nicht verweigert. Durch Auflösung und Neuwahlen aber vergingen fast vier Monate, bis der neue Reichstag beratungsfähig war.

Julius Rodenberg schrieb in seiner „Deutschen Rundschau“ in der ersten Erregung einen Artikel: „Das Verbrechen gegen den Kaiser“, den er vor der Drucklegung Lasker vorlegte.³⁾ Lasker billigte den Artikel, nur den Schlußsatz: „Mit dem inneren Feind gibt es keinen Frieden“, bemängelte er: „Wir dürfen es niemals zugeben, daß ein Teil unserer eigenen Volksgenossen und Mitbürger, und wären sie noch so mißgeleitet und verirrt, unser Feind sein könnte.“⁴⁾

Die Parole dieses Wahlkampfes hieß: Bismarck contra Lasker.⁵⁾ Bismarck machte kein Hehl daraus, daß er den Lasker-Flügel dezimieren wollte. Mit Hilfe des Geheimrates Hahn verfaßte er eine Denkschrift, in welcher den Behörden und den offiziellen Blättern Richtlinien für den Wahlkampf gegeben wurden. Die Denkschrift war ein einziges Pamphlet gegen Lasker. In der nationalliberalen Fraktion, so hieß es, herrschen Lasker und Bamberger, die beide im Grunde Mitglieder der Fortschrittspartei sind. „Diese unter nationalliberaler Marke tätigen Elemente wußten durch überlegene Redefertigkeit und durch Einschüchterung aller minder schlagfertigen Mitglieder die negierende Politik der Fortschrittspartei auch innerhalb der nationalliberalen Partei zur überwiegenden Geltung zu bringen.“ Insbesondere auf dem Gebiet des Strafrechts und des Presserechtes haben beide

¹⁾ Tiedemann, Persönliche Erinnerung an den Fürsten Bismarck, S. 43.

²⁾ z. B. Braun, S. 95.

³⁾ Deutsche Rundschau, Juli 1878.

⁴⁾ Rodenberg, S. 453.

⁵⁾ Stephani an Bennigsen, 14. 7. 78; — Oncken, Bd. II, S. 379.

die Regierung bekämpft. Die fortschrittliche Richtung aber sei die Wegbereiterin der Sozialdemokratie. Die nationalliberale Partei müsse diese Elemente ausscheiden, sonst werde die Regierung den Kampf gegen die ganze Fraktion aufnehmen und vor erneuter Auflösung nicht zurückschrecken. Die Regierungen werden aufgefordert, in diesem Sinne zu wirken.⁶⁾ Deutlicher konnte die Absicht der Parlamentsauflösung nicht gemacht werden. Von den Sozialdemokraten war überhaupt nicht die Rede, sondern alle Schmähungen richteten sich gegen die Liberalen.

Der Wahlkampf wurde mit nie dagewesener Heftigkeit geführt. Nach Richter wurde im Lande „ein wahrer Hexensabbat“ entfesselt.⁷⁾ Auch Böttcher beklagt die Flut von Schmähungen gegen die Nationalliberalen.⁸⁾ Braun meint: „Wenn man behauptet, der alte Reichstag sei aufgelöst worden, um Lasker verschwinden zu machen, so ist das offenbar zu weit gegangen. Aber außer allem Zweifel steht es, daß die Offiziellen und Offiziösen den letzten Hauch von Roß und Mann daran gesetzt haben, um seine Wiederkehr zu verhindern.“⁹⁾ Wenn irgendwo ein Mißstand zutage trat, wenn jemand sein Geld verspekuliert hatte, wenn sein Geschäft schlecht ging, wenn er Hühneraugen hatte, oder wenn er an einem schlecht gebauten Stiefel litt, dann sagte man ihm: „Der Lasker ist schuld daran, der hat die schlechten Gesetze gemacht, worunter wir leiden.“¹⁰⁾

Fürst Bismarck schickte seinen eigenen Sohn, Graf Herbert, in Laskers Wahlkreis als Gegenkandidat. Er richtete an die Regierung von Sachsen-Meiningen ein amtliches Schreiben, daß Laskers Wahl nach Kräften verhindert werden solle.¹¹⁾

Lasker machte eine 16tägige Versamlungsreise durch seinen Wahlkreis, die ihn körperlich sehr angriff. Seine Gesundheit begann nachzulassen. Er wohnte in Meiningen bei seinem langjährigen Freund und späteren Abgeordnetenkollegen, dem Landrat Karl Baumbach. Da Baumbach Lasker einmal zu einer Wahlversammlung in einer Mietskutsche mitnahm, richtete Bismarck später heftige Angriffe gegen die liberalen Landräte, die sich laufend der Wahlbeeinflussung schuldig gemacht hätten. Das war die übliche Methode Bismarcks, Vorwürfe durch Gegenvorwürfe zu überhöhen.¹²⁾

Am Wahltag fand Rodenberg den blassen und geschwächten Freund über der Lektüre von Lord Macaulays Briefen. Lesker sagte, es beruhige ihn, über diesen Mann zu lesen, der nach 10 Jahren Parlamentstätigkeit nicht wiedergewählt wurde und diese Niederlage mit Würde zu tragen wußte. „Wenn icht nicht wiedergewählt würde, welch ein Glück.“ Mit überwältigender Mehrheit schickten die Meininger Wähler ihren Lasker wieder ins Parlament.¹³⁾

⁶⁾ Richter, Bd. II, S. 72 ff. und Oncken, Bd. II, S. 371 ff.

⁷⁾ Richter, Bd. II, S. 70 ff.

⁸⁾ Böttcher, S. 216.

⁹⁾ Braun, S. 162.

¹⁰⁾ dto. S. 138.

¹¹⁾ Rt-Debatte vom 3. 3. 81 — 8, 131 ff.; Sudermann, S. 386 ff.

¹²⁾ vgl. Rt. 3. 3. 81 — 8, 132 ff.

¹³⁾ Rodenberg, S. 454 ff.

Der Wiedergewählte konnte gerade noch einen kurzen Urlaub in Mürren in der Schweiz verbringen, dann ging es in die Schlacht um das Sozialistengesetz. Die Nationalliberalen hatten 29 Sitze eingebüßt und waren jetzt nur noch mit fünf Mandaten Vorsprung vor dem Zentrum die stärkste Partei. Die Mehrzahl der Liberalen kehrte äußerst deprimiert nach Berlin zurück. Die Volksmeinung hatte überall ungestüm gefordert, daß der Regierung im Kampf gegen die Linke Folge geleistet werde. Vielen Abgeordneten waren Zweifel über ihre letzte Abstimmung gekommen.¹⁴⁾

Schon vor Zusammentritt des Reichstags sah Hölder nur zwei Möglichkeiten: entweder Lasker tritt aus mit dem linken Flügel, dann würde die Regierung bei den übrigen Unterstützung finden, oder der rechte Flügel tritt aus.¹⁵⁾ Die Spaltungskampagne Bismarcks hatte also ihren Zweck nicht verfehlt.

Am 9. September trat der Reichstag zusammen, am 18. September wurde die Kommission zur Vorberatung des Sozialistengesetzes gewählt. Bennigsen führte den Vorsitz, auch Lasker war Mitglied. Hölder bedauerte Laskers Wahl — aber der kleine Mann stand immer noch so hoch im Ansehen, daß er nicht umgangen werden konnte.¹⁶⁾

Lasker war ein Gegner jeglicher Ausnahmegesetzgebung. Wenn man staatsgefährliche Umtriebe mit Strafe bedrohen wolle, dann nach seiner Ansicht nur durch Modifizierung des ordentlichen Rechts, etwa durch eine Änderung im Strafrecht. Ferner wollte er die Dauer des Gesetzes, wenn es schon nicht zu umgehen war, möglichst kurz bemessen sehen. Die Vorlage schien ihm zu viele Möglichkeiten des Mißbrauchs zu enthalten und er wollte „Zugeständnisse verlangen, welche, wenn von der ganzen Partei hartnäckig vertreten, das Werk unfehlbar nochmals zum Scheitern gebracht hätten; er stand indes in der Fraktion fast ganz allein.“¹⁷⁾ Stephani spricht von der „verkehrten, schmallenden Verstimmungspolitik“ und von der „beginnenden Zersetzung“ durch Lasker.

In der Kommission spielte sich ein hartnäckiger Kampf ab. „Lasker erging sich in seiner Art in scharfsinnigen Amendierungen der Bestimmungen des Regierungsentwurfes.“ Bismarck wurde ungeduldig und ließ am 28. September einen scharfen Angriff gegen Lasker in der „Norddeutschen Allgemeinen“ veröffentlichen.¹⁸⁾ Wenige Tage später fand die Hauptabstimmung in der Kommission statt: die Fraktionsgenossen ließen Lasker völlig im Stich, viele seiner Amendements wurden wieder beseitigt und Lasker enthielt sich bei der Schlußabstimmung der Stimme.¹⁹⁾ Innerhalb der Fraktion drang seine Stimme nicht mehr durch. „Zwischen Bennigsen einerseits, Lasker andererseits soll große Verstimmung herrschen. Es sind in der Fraktion schon spitze Reden zwischen beiden gefallen. Klar scheint Bennigsen aber

¹⁴⁾ Böttcher, S. 218.

¹⁵⁾ Poschinger, Bd. II, S. 288; Tagebuchnotiz vom 8. 8. 78.

¹⁶⁾ Eine ausführliche Schilderung dieser Phase in Hölders Tagebuch, veröffentlicht bei Poschinger, Bd. II, S. 288 ff.

¹⁷⁾ Böttcher, S. 220.

¹⁸⁾ Richter, Bd. II, S. 78 ff.

¹⁹⁾ Oncken, Bd. II, S. 390 ff.

zu sein, daß er sich dem Einfluß Laskers entziehen muß.“ Nach Stauffenberg unterlag Laskers Ansicht in der Fraktion deshalb, weil Bennigsen das Kompromiß mit der Regierung über die Kommissionsfassung der Vorlage ohne Hinzuziehung Laskers geschlossen hatte. Lasker kam ohne Kenntnis der Verabredungen in die Fraktionssitzung und wurde glatt überspielt.

Auch bei der Schlußabstimmung verbündete sich Bennigsen ohne Laskers Wissen mit den beiden konservativen Fraktionen. Hölder frohlockte, daß dies eine Warnung an Lasker sei und diesem zeige, daß man auch ohne ihn marschieren könne. Er gratulierte Bennigsen zu seiner „klugen und energischen“ Handlungsweise.²⁰⁾

In der Schlußberatung im Plenum kam Lasker noch einmal zu Wort. Der Inhalt des Gesetzes sei durch die leidenschaftlichen Debatten völlig verdunkelt worden. „Es wäre zum großen Heil des Landes gewesen, wenn nicht in dieser lärmenden, aufregenden Weise, sondern auf dem ruhigen, bescheidenen und doch weit wirksameren Wege der ordentlichen Gesetzgebung den jetzigen Mißständen entgegengetreten worden wäre.“ Man stehe vor der schweren Entscheidung: „entweder gar keine Gesetze, und demgemäß der Staat waffenlos gegen die Ausschreitungen, welche allseitig als Gefährdung anerkannt waren, oder Eintreten auf die Grundlage, wie sie das Gesetz dargeboten hat.“ Er wolle nicht dem unpraktischen Doktrinarismus das Wort reden, deshalb müsse er trotz Bedenken dem Gesetz zustimmen. Die Gefährdung des Staates bedinge, daß man den geraden Weg der Rechtsentwicklung vorübergehend verlassen müsse. Lasker erwähnt, daß er diesmal eine isolierte Stellung den meisten seiner Parteifreunde gegenüber einnehme. Er schließt mit der Bitte, die Regierung möge das Gesetz nicht mißbrauchen als ein Gesetz des Krieges und des Hasses.²¹⁾ Mit 221 gegen 149 Stimmen wird der Gesetzentwurf schließlich angenommen.²²⁾ Erstmals in der Reichstagsgeschichte hat Lasker seinen beherrschenden Einfluß eingebüßt. Die Sozialistengesetzvorlage ist der Wendepunkt in seinem parlamentarischen Leben. Sein Stern ist im Sinken.

²⁰⁾ Poschinger, Bd. II, S. 299.

²¹⁾ Rt.: 18. 10. 78 — 15, 354.

²²⁾ 19. 10. 78 — 17, 387 ff.

Resignation

So wie die Anfangsenttäuschung der parlamentarischen Neulinge eine zeitlose Erscheinung ist, so gibt es auch im Leben eines jeden Parlamentariers eines Tages Müdigkeit und Resignation. Schon nach seiner Genesung im Jahre 1875 war es Lasker schwergefallen, sich wieder im Parlament einzuarbeiten. Seinem Freund, dem Direktor der israelitischen Realschule in Frankfurt, Hermann Baerwald, klagte er damals: „Das ethische Moment in meinem Berufe ist es allein, was mich bei demselben festhält. Die Zeitströmung, oder sage ich vielmehr, die Tagesströmung, geht gegen mich; die Zeit als ein zusammenhängender Geschichtsabschnitt wird die von mir erstrebten Ziele fördern. Oft wandelt mich die Lust an, aus den Kämpfen, in welche ich gestellt worden bin, mich zurückzuziehen, einzelhändig zu kämpfen, mit geringerer Verantwortlichkeit und größerer Freiheit. Meine Sehnsucht ist, in den nächsten Jahren wissenschaftlich zu forschen, meine Gedanken zu sammeln. Beinahe elf Jahre diene ich im politischen Kampf und ich dürfte vom ferneren Dienst auf diesem Gebiet befreit sein.“¹⁾

1875 hatte Lasker von einem Rückzug aus dem öffentlichen Leben Abstand genommen. Aber nach den verlorenen Schlachten des Jahres 1878 packte ihn die Resignation erneut. Am 14. November 1878 schrieb er an Stauffenberg: „Ich leide an Überdruß, der kaum überwindlich scheint, und ich weiß nicht, ob der Anfang des Speisens den Appetit bringen wird.“ Er sei vom parlamentarischen Beruf übersättigt und vom Parteikampf zermüht. „Ich habe das doppelte Zutrauen verloren, daß die Partei mich fördere oder daß meine Zugehörigkeit der Partei nützlich sei. Ich werde versuchen, in größerer Selbständigkeit die volle Spannkraft für den parlamentarischen Dienst zurückzugewinnen, und sollte dies fehlschlagen, so werde ich meinen Entschluß danach gestalten.“²⁾

Die gleiche Ermattung strahlt ein Stimmungsbild aus, das Friedrich Naumann viele Jahre später vom Reichstag gibt: „Schön ist das Reichstagshaus nur in dieser abendlichen Stille. So lange hier gearbeitet wird, liegt ein Druck auf dem Ganzen, denn diese Arbeit hat in sich etwas Dumpfes, Ermattendes, weil Alles, was hier fertiggestellt wird, Kompromißarbeit ist. Es gibt nichts freies, einheitlich Gedachtes; alles heißt Kommission, Konzession.“

Da gehen sie einzeln über den Teppich. Erst ein alter Führer von irgendeiner Gegenpartei. Obwohl er Gegner ist, hat man doch Mitleid mit ihm, denn auch er leidet an der Krankheit dieses Hauses, am Druck eines sich in

¹⁾ Wentzcke, S. 140.

²⁾ Wentzcke, S. 266.—

kleiner Fraktionsmühsal aufzehrenden Wollens. Die Geschlechter der Parlamentarier lösen sich ab, aber die Arbeit bleibt, eine Arbeit, die nie fertig wird. Gehört es zum Wesen des Parlamentarismus, daß er so müde macht?“³⁾

Und hier der Rückblick von Müller-Meinungen auf ein arbeitsreiches parlamentarisches Leben: „Ich habe in den 26 Jahren meines parlamentarischen Lebens betrüblich viel öden, geistlosen Stumpfsinn, ewiges, politisches Fachsimpeln, erdrückende Einseitigkeit, wenig frischen Sinn für Anderes gesehen — bei allen Parteien im deutschen Reichstag. Das Gros lief stumpfsinnig seinen Trott: Plenum, die Fleißigeren: Kommissionen, Fraktion. Freizeit: Wirtshaus, höchstens noch etwas Theater. Zeitungslesen — Stumpfsinn, Stumpfsinn, Du mein Vergnügen... Die Parlamentsluft macht unendlich müde, die Arbeit spannt ab.“⁴⁾

Der deutschnationale Parlamentsjournalist Major von Stein urteilt in seinem Rückblick auf die Weimarer Nationalversammlung noch bitterer: „Jetzt sieht man auf das Schlachtfeld zurück. Aus jenem Getümmel haftet am meisten das Bild des niedergebrochenen Parlamentariers. Die Gesetzgebungsmaschine ruiniert Nerven und Intellekt. Das sind die mildernden Umstände, die unseren Parlamentariern zugebilligt werden müssen: das Parlament ist die große Verdummungsanstalt. Man schämt sich, wenn man versucht, sich die Elite der Nation vorzustellen, wie sie da sitzt. Es ist nicht die Elite. Es ist, allerdings mit glänzenden Ausnahmen, die Herde der Mittelmäßigen, über der die Peitsche des Parteitreibers knallt.“⁵⁾

Tiefe Resignation spricht auch aus der Beschreibung des deutschnationalen Abgeordneten Walter Lambach aus der Zeit der Weimarer Republik: „In diesem Hause siegte immer wieder die Routine der ältesten Routiniers in allen Parteien. Kann man Routine erwerben und trotzdem jung bleiben? Kann man die Taktik meistern und handhaben und trotzdem ein Führer zu höchsten Zielen sein? Kann man Dombaumeister sein und Kärner zugleich?

Sie kamen herein mit elastischen Schritten, vom Acker und vom Büro, vom Parkett wie von der Arbeiterstube, aber nach Jahr und Tag hatten sie alle denselben Gang. Den Gang auf dem roten Teppich, der verhaltene Erwartung, der halbes Hören und halbes Lauern in sich birgt, den bedächtigen Rhythmus des Reiches der 500. Wenn zweie von ihnen, die ganz Parlamentarier geworden sind, auf dem Potsdamer Untergrundbahnhof auf und ab gingen, dann merkte man, wie sehr sie sich von allen anderen Menschen unterschieden.“ Das Parlament verändert die Abgeordneten von Grund auf, so daß sie leicht zu Fremdlingen unter den anderen Menschen werden können.

„Es hängt vom tiefinnersten Gehalt der Persönlichkeit ab, ob einer in diesem Getriebe stark bleibt und allmählich zur Führung kommt oder ob er zermürbt oder zermahlen wird. Wer die Persönlichkeitskrisen der Ab-

³⁾ Friedrich Naumann in „Deutsche Rundschau“, Jhgg. 1908, Heft 3, abgedruckt in Fr. Naumann, *Freiheitskämpfe*, Berlin, 1913, S. 207 ff.

⁴⁾ Müller-Meinungen, S. 142.

⁵⁾ „A“, (Pseudonym für Major a. D. Adolf v. Stein), „Friedrich der Vorläufige, die Zietz und die anderen“, Berlin, 1920, S. 10 f.

geordneten verfolgt, erkennt, daß der Parlamentarismus eine rücksichtslose Auslese der Menschen betreibt, die sich ihm widmen. Sensible, feine Naturen zerstört er, wenn sie nicht zugleich ungeheuer zäh sind. Hohle Posöre vermag er zwar zu ertragen, aber er räumt ihnen niemals wirkliche Macht ein, denn im dauernden Umgang mit den Mitherrschern vermag auf die Dauer niemand eine Wertung zu behaupten, die er nicht verdient.“⁶⁾

Und heute? Einer der wenigen lebenden Abgeordneten, die etwas über die Parlamentsarbeit geschrieben haben, Heinrich Ritzel, widmet einen Abschnitt seines Buches dem „Tod der Abgeordneten“. Er spricht von der „Verzehrung im Dienste des Volkes“, von der „monotonen Geschäftigkeit“, von dem „Verschleiß bester Kraft“. „Die Peitsche des (parlamentarischen) Geschehens hetzt die Menschen zu Tode.“⁷⁾

Verschiedene Epochen, verschiedene Persönlichkeiten. Und doch ist ihnen gemeinsam: die Müdigkeit, die Resignation, der Zweifel am ganzen parlamentarischen Prozeß. Nicht der Zweifel an der Organisation — denn es zeigt sich, daß die Krise des Parlamentarismus eine menschliche, eine psychologische ist, nicht nur eine staatsrechtliche.

⁶⁾ Walter Lambach, Die Herrschaft der 500, Berlin, 1927, S. 93 und S. 124.

⁷⁾ H. G. Ritzel, Einer von Vierhundertzwei, Offenbach, 1953, S. 70 ff.

Zunehmende Verschärfung

1. Immer wieder: Bismarck contra Lasker

Die ersten Jahre nach der Reichsgründung waren angefüllt mit Verhandlungen und Kämpfen über den inneren Aufbau des Reiches. Politische Fragen beherrschten das Feld und Mängel war man gerne geneigt, der Neuheit des Reiches zuzuschreiben. Aber jeder hatte eine gewisse ideale Vorstellung von diesem Reich, jeder stattete es in Gedanken mit den Eigenschaften aus, die er sich wünschte. „Wer irgendeinen Wunsch hatte“, sagte Lasker, „der meinte, das Reich müsse ihn erfüllen, und wenn sie dort ihr Heil nicht fanden, so sammelte sich eine Summe von Unzufriedenen.“¹⁾ Die Jahre 1878/79 sind der große Wendepunkt. Anstelle nationalpolitischer Fragen treten Wirtschaftsfragen in den Vordergrund. Die Diskussion um große Dinge, um Staatsgrundlagen, wird verdrängt von heftigen Kämpfen, ob der Einfuhrzoll für Flaschenkorke um sieben Pfennig pro Kilogramm erhöht werden soll. Mit dem Eindringen der Wirtschaftsfragen ins Parlament entstehen die Interessenverbände, die offenen und verschleierten Versuche der Abgeordnetenbestechung und -beeinflussung. Der Geist und der Stil des Parlamentes leiden. „Allenthalben“, beurteilte Richter diese Wendung, „scheute man sich in den Reihen der Mehrheit nicht mehr für das persönlichste Sonderinteresse zu stimmen. Der Verfassungsartikel, wonach jeder Abgeordnete Vertreter des ganzen Volkes sein soll, hat nie weniger Bedeutung gehabt als heute.“²⁾

War man in den ersten Jahren des Reiches geneigt, Opfer für das Ganze zu bringen, so traten jetzt Bürger und Verbände mit Forderungen an den Staat heran. Der Zerfall aller Parlamentsmehrheiten, von dem größten deutschen Staatsmann ebenso geschickt wie sinnlos in die Wege geleitet, entmachtete das Parlament. Es waren nach Naumann jene Jahre, „in denen Bismarck sich zum Schutzzoll und zum Sozialistengesetz, zur autoritären Sozialreform und zum Frieden mit Rom einsetzte, in denen gleichzeitig die antisemitische Agitation einsetzte. Eine Zeit von Materialismus und Kleinalismus brach herein.“³⁾

Der Parlamentsstil begann, sich durch die zunehmende Belastung des Reichstags mit wirtschaftlichen Fragen und zahllosen Gesetzesmaterien, zu verändern. Nach Willy Hellpach zwingt man die durch das materialistische Zeitalter heraufgeführten Fragen „nicht mehr mit Geist und Wort, Lektüre und Vorlesung, mit Predigt und Rede, mit Deklamation und Dialog. Sie be-

¹⁾ Eduard Lasker, Die Zukunft des deutschen Reiches, Vortrag im Jahre 1877 aus Anlaß der Gedenkfeier der Reichsgründung. Leipzig, 1884, 5. Auflage, 26 S.

²⁾ Richter, Bd. II, S. 125.

³⁾ Friedrich Naumann, Freiheitskämpfe, Berlin, 1913, S. 34.

wältigt man nur mit Sachkunde. Dialektik und Rhetorik? An die Stelle der Gründe treten Belege, Zahlen, Tabellen, Pläne, Kurven und Diagramme, die Ausdrucksformen von Wirtschaft und Technik. Dies sind keine Gegenstände für die Arena mehr, fürs Plenum; ihnen vermögen nur noch wenige zu folgen. Je sachlicher die Parlamentsfunktion wird, umso mehr wandert sie zwangsläufig in die Kommissionen. An die Stelle des wirklich Sachkundigen tritt der mit Statistiken, Tabellen, Ziffern und Paragraphen jonglierende Routinier. Damit wird das Parlament eine andere Art möglichst lebenslänglicher Bürokratie, die legislatorische Bürokratie.“⁴⁾ Die Zeit, in der ein Viehseuchengesetz unter Berufung auf die menschliche Freiheit und den Rechtsstaat besprochen wurde, geht zu Ende.

In Deutschland begann diese Entwicklung mit der Rückkehr zum System der Zolltarife. Zum Schutz des heimischen Marktes sollten eine große Anzahl von Einfuhrprodukten mit Zöllen belegt werden, was dazu führte, daß jede Berufsgruppe und jeder Wahlkreis nach seinem eigenen Zoll schrie. Der Auftakt zu dieser Wendung war ein Brief Bismarcks an den Bundesrat am 12. November 1878, in dem die Wiedereinführung der Zolltarife angekündigt und gefordert wurde.⁵⁾

Der Reichstag trat am 12. Februar 1879 wieder zusammen. Als erstes forderte Bismarck vom Reichstag die Erlaubnis, den sozialdemokratischen Abgeordneten Hasselmann verhaften zu dürfen. Lasker legt dar, daß diese Möglichkeit bei Verabschiedung des Sozialistengesetzes keineswegs ins Auge gefaßt worden sei. Die Legislative müsse vor Übergriffen der Exekutive geschützt sein. Die überwältigende Mehrheit, mit der das Parlament das Ansinnen des Kanzlers ablehnt, gibt Lasker recht.⁶⁾

Die nächste Vorlage ist das sogenannte Maulkorbgesetz. Das Parlament soll durch eine Kommission ermächtigt werden, unbequeme Mitglieder zu strafen und sie unter Umständen bis zum Ende der Legislaturperiode auszuschließen. Außerdem soll der Präsident Vollmacht besitzen, ungebührliche Äußerungen aus dem Stenogramm zu entfernen. Presseberichte über diese gestrichenen Reden sollen dann ebenfalls strafbar sein.

Das ist ein direkter Angriff auf das Prinzip der Rede- und der Pressefreiheit, welches Lasker jahrelang unermüdlich verfochten hat. Er hatte die Verankerung beider Rechte in der Verfassung durchgesetzt. Selbstverständlich wehrte er sich gegen diesen Rückschritt mit allen Mitteln.

Am 4. März 1879 greift er in die Debatte ein. Für ein solches Gesetz bestehe nicht das geringste Bedürfnis. „Ich berufe mich auf sämtliche Verhandelnde in diesem Hause, ob während der letzten 12 Jahre ein Fall vorgekommen ist, daß wir in der Lage gewesen wären, von einer solchen Bestimmung des Ausschlusses Gebrauch zu machen. Ich antworte: nein! und ich bin Ihrer Zustimmung gewiß.“ (Zuruf rechts.) Allerdings habe man oft beleidigende Äußerungen und kränkende Angriffe gehört. „Ich habe sie gehört aus der Mitte dieses Hauses, habe sie in schärferem Grade gehört

⁴⁾ Willy Hellpach, Die Parlamentskrise und die Verfassung von Weimar. Vortrag aus dem Jahre 1927, Karlsruhe, 1927.

⁵⁾ Richter, Bd. II, S. 95 ff.

⁶⁾ Laskers große Rede: 19. 2. 79 — 5, 24 ff.

von den Bänken hier, an denen der Bundesrat sitzt. (Sehr wahr! im Zentrum. Widerspruch rechts.)

Gar vieles von den erregten Debatten dürfen Sie dem Einfluß zuschreiben, welchen die leitenden Personen des deutschen Reiches ausüben. Ich habe wahrgenommen, oft zum Beispiel, wenn der Fürst Reichskanzler an unseren Verhandlungen teilnimmt, fängt die Debatte an, viel erregter zu werden, und wir stehen weit näher an der Grenze, für welche das Gesetz in Anwendung gebracht werden soll. Das sind große geschichtliche Erscheinungen, die man keineswegs durch kleine Polizeimaßregeln unterdrücken kann.“ Er gelte hoffentlich als Sachverständiger, „als ich ja zu den nicht unfleißigen Mitgliedern dieses Hauses gehöre, und ich höre auch aufmerksam den Reden zu, weit aufmerksamer höre ich zu und weit öfter bin ich hier, als irgend ein Vertreter der Regierung.“

Der parlamentarische Umgangston sei nach seiner Ansicht reformbedürftig. „Unter allen schroffen Gegensätzen, behaupte ich, sind die Verhandlungen im deutschen Reichstag mit einer verhältnismäßigen Ruhe, mit einer verhältnismäßigen Objektivität, und mit solcher Wahrung des äußeren Anstandes geführt worden, daß andere Nationen uns darum beneiden.“

Es gebe keinen Redner der Welt, der imstande sei, „jederzeit genau das Wort so abzuzirkeln, daß nicht gegen die Form verstoßen werde, welche man gewahrt wissen will, und es wird deswegen Nachsicht von allen Seiten geübt. Wer in diesem Haus ein häufiger Redner ist — und ich schließe natürlich den Herrn Reichskanzler als einen der beredtesten Männer in ganz Deutschland mit ein —, mag sich selber fragen, ob er in der Lage ist, für jedes Wort die volle Vertretung zu übernehmen.“ Unter dem Beifall der Linken und dem Zischen der Rechten schließt Lasker seine mehrstündige Rede. Der Gesetzentwurf fällt mit großer Mehrheit.⁷⁾

Der Kladderadatsch bringt eine Verspottung des geplanten Gesetzes. In Zukunft würden die Abgeordneten nach ihrem Benehmen sitzen: „Wer Oh! ruft, kommt Einen herunter. Wer bei der Rede eines liberalen Reichsboten ‚Sehr wahr‘ bemerkt, kommt Zwei herunter. Wer murr, brummt oder zischt, rückt um sechs Plätze abwärts. Wer mit dem Pult klappert, muß sich zu unterst auf die letzte Bank setzen. Wer die Sitzung versäumt, hat einen vom Polizeipräsidenten unterschriebenen Entschuldigungszettel mitzubringen. Wer einen Antrag stellen will, hat denselben 12 Tage vorher unter Beifügung des Impfscheins schriftlich auf einem Stempelbogen einzureichen.“⁸⁾

Am 8. März sprach Bismarck abfällig von derjenigen Seite des Hauses, „die für ihre Aufgabe hält, mehr für den Verbrecher wie für den ehrlichen Mann Partei zu nehmen.“

„Kaum war dieses Wort gesprochen, als Lasker, während der Kanzler weiterredete, empor sprang und im Tone heftigster Erregung sich zum Sprechen meldete.“⁹⁾

⁷⁾ Lasker, 4. 3. 79 — 14, 261 ff.; Abstimmung: 7. 3. 79 — 16, 317 ff.

⁸⁾ Kladderadatsch-Album, S. 86.

⁹⁾ Böttcher, S. 237.

Nach dem Kanzler wendet sich Lasker gegen die nach seiner Meinung unangebrachten Worte. „Ich weiß wirklich nicht, welchen Anlaß der Herr Reichskanzler hatte, sich bei dieser an sich so sachlichen Debatte einer persönlichen Gereiztheit zu bedienen.“ (Sehr wahr! links. Unruhe rechts.) Nach einer längeren vorwurfsvollen Rechtfertigung, die vom Lachen der Rechten unterbrochen wird, erwidert Bismarck: „Ich rufe den Reichstag und alle Zuhörer zu Richtern an, wer ruhiger und sachlicher gesprochen hat, ich oder der Abgeordnete Lasker.“ Er habe Laskers Namen nicht genannt, fühle sich dieser betroffen, so könne er nichts dafür, „Außerdem muß ich sagen, daß die Art, wie der Herr Abgeordnete mir einen belehrenden Verweis gibt, wie ich das schon öfters von ihm erfahren habe, himmelweit verschieden ist von der sachlichen Kritik, die ich hier geübt habe.“

Lasker gibt zurück: „Ich habe immer wahrgenommen, daß er, der große Meister der Rede, genau jedes Wort abzumessen weiß, damit es an die richtige Adresse komme, und stets schwebt ihm das wichtige Urteil vor, wie ein solches Wort psychologisch wirkt.“ Allerdings, der Kanzler habe keine Namen genannt. „Ich weiß nicht, ob der Herr Reichskanzler die ‚Post‘ oder die ‚Norddeutsche Allgemeine Zeitung‘ liest; in diesen Blättern war es jahrelang Mode, mich persönlich mit solchen Namen zu charakterisieren, wie der Herr Reichskanzler heute die Worte gewählt hat.“ Die gegenseitigen Vorwürfe gehen noch eine Weile hin und her.¹⁰⁾

Nach Böttchers Ansicht war Bismarcks Äußerung verletzend, aber Laskers leidenschaftliche und zornige Strafrede habe durch ihren herausfordernden Ton bewirkt, daß Lasker nach Ansicht des ganzen Hauses klar den Kürzeren zog. „Erstaunt fragte man sich, was einen Mann von der Klarheit des Blickes und der Kraft der Selbstbeherrschung, wie man sie an Lasker kannte, zu diesem Schritt treiben konnte. In der nationalliberalen Fraktion verursachte der Vorgang eine tiefe Verstimmung.“ Stephani notiert nach dieser Sitzung: „Mich trennt alles mehr und mehr von Lasker.“¹¹⁾

2. Rücktritt Forckenbecks

Im Mai beginnen die Debatten über den Zolltarif. Zum ersten Mal wird der Gegensatz Bennigsen—Lasker auch für den Außenstehenden sichtbar, da beide in ihren Reden, wenn auch in milder Form, gegeneinander argumentieren.

In der Generaldebatte fechten Bismarck und Lasker einen ihrer heftigsten Sträube aus. Lasker sagt in einer angriffsfreudigen Rede unter anderem: „Indem ich in diesen Teil der Debatte eintrete, — (es handelt sich auch um Besteuerung des Grundbesitzes) — muß ich alle, die Sie nicht aus Preußen sind, aber auch die Mitglieder aus Preußen, dringend warnen, als objektiv zutreffend demjenigen Glauben zu schenken, was der Herr Reichskanzler über die Besteungsverhältnisse der Landwirtschaft dargelegt hat. (Hört!) Meine Herren, ganz unbewußt, wie ich vorausschicke — aber größere Übertreibung wegen Überbürdung als in dieser Rede, habe ich

¹⁰⁾ Rt: 8. 3. 79 — 17, 331 ff.

¹¹⁾ Böttcher, S. 237 ff.

noch niemals auch nur aus dem Munde eines Abgeordneten gehört, weder im Reichstag noch im Landtag.“ (Heiterkeit.)

Und etwas später: „Nun stellt sich heraus, daß der Herr Reichskanzler die Gesetze seines Landes in diesem sehr wichtigen Punkt nicht kennt.“ (Hört! hört! Sehr wahr! links.)

Bismarck selbst ist während dieser Rede nicht im Saal anwesend. Sein Sohn, Graf Wilhelm Bismarck, macht für den Vater Notizen. Zunächst verteidigt Staatsminister Hofmann seinen Chef: „Ich möchte den Herrn Abgeordneten Lasker, der ja schon öfter gewissermaßen moralische Lektionen hier erteilt hat, und das mit Vorliebe der Regierung gegenüber tut, dringend ersuchen, auch einmal von meiner Seite eine ganz bescheidene moralische Lektion anzunehmen. Es ist nicht schön, wenn ein Mann, der eine große Überlegenheit gegenüber Vertretern der Regierung besitzt, oder zu besitzen glaubt, diese Überlegenheit in gar zu scharfer und empfindlicher Weise geltend macht. Ich glaube, es liegt wirklich im Interesse einer ruhigen Behandlung der Dinge, wenn der Herr Abgeordnete Lasker vielleicht in Zukunft die Güte haben will, von seiner Überlegenheit, die ich ja in mancher Beziehung anerkenne, nicht den verletzenden Gebrauch zu machen, den er gewöhnlich zu machen pflegt.“

Trotz dieser Zurückweisung durch Hofmann ergreift auch Bismarck das Wort. Er sei zwar gegen Ehrenkränkungen und lügenhafte Verleumdungen ziemlich abgehärtet, aber Laskers Bemerkungen müsse er doch zu mildern versuchen. „Ich kann sonst nach dem Maß der Verstimmung, welches aus der Haltung des Herrn Lasker spricht, immer einen günstigen Barometerstand für meine Politik und für die Politik, die ich glaube, im Namen des Reiches verfolgen zu sollen, entnehmen, und insofern könnte mich das Symptom ja beruhigen, wenn nicht meine persönliche Vorliebe für einen so langjährigen Gegner, von dem ich schließlich sagen kann nach jenem französischen alten Liede: *on se rapelle avec plaisir des coup de poing qu'on s'est donnés*, mich das Bedürfnis empfinden ließe, seine Meinung in einigen Beziehungen richtig zu stellen.“

Man solle ihm doch nicht vorwerfen, daß er die Finanzpolitik eines Besitzenden triebe. „Ja, ich kann dem Herrn Abgeordneten Lasker ebenso gut sagen, er treibt die Finanzpolitik eines Besitzlosen; er gehört zu denjenigen Herren, die ja bei der Herstellung unserer Gesetze die Majorität bilden, von denen die Schrift sagt: sie säen nicht, sie ernten nicht, sie weben nicht, sie spinnen nicht — und doch sind sie gekleidet — ich will nicht sagen wie, aber jedenfalls sind sie gekleidet.“ (Heiterkeit.) Dann kommt Bismarck auf den Vorwurf der Übertreibung. „Der Herr Abgeordnete Lasker übertreibt gewiß nie, und was mir so vorschwebt als etwas rhetorisch stark aufgetragen, das sind gewiß keine Übertreibungen gewesen, die meinen sollen aber noch größer sein als alle, die wir gehört.“ Er könne nicht jedes Gesetz kennen, „aber der Vorwurf in öffentlicher Rede und von dem Vertreter der öffentlichen Gerechtigkeit, als welcher sich der Abgeordnete Lasker so oft gezeigt hat, indem er sein Zensoramt dem Ministerium gegenüber geübt hat“, dieser Vorwurf sei geeignet, seine Gewissenhaftigkeit in Frage zu stellen. Da Lasker selbst sehr empfindlich sei — „schaudernd habe ich es selbst erlebt“ — solle er doch auch die Empfind-

lichkeit anderer schonen. „Ich sehe ja von meiner amtlichen Stellung vollständig ab und stelle diejenige des Herrn Abgeordneten Lasker ebenso hoch und mit Vergnügen höher als die meine. Aber beobachten wir doch die Form der Höflichkeit, die wir beobachten, sobald wir uns auf der Straße oder an einem dritten Ort begegnen, nehmen wir nicht an, daß, wo wir öffentlich und vor dem Lande reden, wir uns von dieser Sitte dispensieren dürfen.“ (Bravo! Bravo!)

Nachdem sich Bismarcks Leidenschaft emporgearbeitet hat, kommt der für den Streit mit dem Präsidenten entscheidende Absatz. Lasker habe behauptet, seine Rechnung sei irrig und unzuverlässig. „Meine Darstellung ist nicht irrig! Ich bitte, mir den Irrtum nachzuweisen. Und ‚unzuverlässig‘, das bedauere ich, daß das hier so hingegangen ist. Wenn jemand vom Regierungstische einen Abgeordneten unzuverlässig nennen wollte, ich glaube, es würde sofort die vielbestrittene Frage der präsidentialen Disziplin entgegnet werden (oh! oh!). Ich muß dagegen protestieren, daß mir der Vorwurf der Unzuverlässigkeit gemacht wird. Es ist das ein geradezu beleidigender Vorwurf. Ich verwahre mich gegen diesen Vorwurf und werde meinerseits dieses Wort nicht als in den parlamentarischen Sprachgebrauch übergegangen ansehen.“ Unter dem Beifall der Rechten und dem Zischen der Linken führt Bismarck seine Rede zu Ende.

Nach Windthorst erhebt sich Forckenbeck. Seine Amtsführung sei angegriffen worden, er habe die unkorrigierten stenographischen Berichte überprüft und festgestellt, daß Lasker die Zuverlässigkeit des Kanzlers nicht in Frage gestellt habe. Das Wort „unzuverlässig“ sei überhaupt nicht gefallen. „Meine Herren, ich kann nicht anerkennen, daß in diesen Worten eine Beleidigung des Herrn Reichskanzlers liegt. Sind die Worte scharf gewesen, vielleicht sehr scharf, so kann ich das nicht hindern, ich würde die Pflicht verletzen, auch die Redefreiheit hier zu schützen.“ (Bravo! links.) Forckenbeck schließt mit der Bitte, in Zukunft persönliche Angriffe zu unterlassen.

Bismarck bezieht sich auf die Zuverlässigkeit seines Gewährsmannes. Danach läge die Sache doch so, wie er angenommen habe. „Ich achte das Urteil des Herrn Präsidenten darüber. Ich bin meinerseits Präsident des Bundesrates und spreche als solcher in Ihrer Mitte. Ich habe mein eigenes Urteil und habe meinen Äußerungen weder etwas hinzuzufügen noch etwas davon zurückzunehmen.“ (Bravo! rechts. Bewegung.) Lasker erbittet das Wort zu einer persönlichen Bemerkung, der Präsident verweigert es ihm.¹²⁾

Eugen Richter sagt von diesem Auftritt: „Der stenographische Bericht gibt nicht entfernt eine Vorstellung von der dramatischen Lebhaftigkeit, wie sich diese Szene abspielte, sie bedeutete den völligen Bruch zwischen den beiden Männern.“¹³⁾

Was das Stenogramm verschweigt, geht aus dem Tagebuch des Vizepräsidenten Lucius hervor. Danach hat Forckenbeck den Kanzler, als er in seinen Ausfällen gegen Lasker zu heftig wurde, durch leises Klingeln unterbrochen. Wütend hat Bismarck reagiert: „Was soll die Glocke, es ist ja

¹²⁾ 8. 5. 79 — Lasker: 40, 1050 ff.; Bismarck: 40, 1070 ff.

¹³⁾ Richter, Bd. II, S. 118 ff.

ganz ruhig im Saal.“ Später schüttet Bismarck seinem Freund Lucius sein Herz aus: „Er darf mich nicht unterbrechen, auch mich nicht mit der Glocke warnen. Wenn er im Haus den Versuch Disziplin zu üben, macht, so ist es ein Schritt näher zur Auflösung.“¹⁴⁾

Den Gedanken, daß im Reichstag die unpraktischen Gelehrten, Advokaten und Journalisten vom Schlage Laskers das große Wort führen, läßt der Kanzler wenig später durch Busch in den „Grenzboten“ breittreten.¹⁵⁾

Fast symbolisch erscheint es nach diesem neuen Zerwürfnis zwischen Bismarck und den Nationalliberalen, daß Windthorst in diesen Tagen, erstmals seit 1869 wieder, bei einer Soiree Bismarcks auftaucht.¹⁶⁾

Am 17. Mai versammelt sich in Berlin der deutsche Städtetag, bei welchem auch Forckenbeck als Oberbürgermeister von Berlin vertreten ist. Er hält eine Rede, in der er das freie Bürgertum verherrlicht und die Bildung einer großen bürgerlichen liberalen Partei fordert. Mit dieser Rede, auf die die offiziöse Presse mit höchsten Schmähungen antwortet, hat er den Boden der Unparteilichkeit verlassen und legt am 20. Mai sein Amt nieder, da er „mit der Mehrheit des Hauses in tiefgreifenden Gegensatz geraten“ sei. In seinem offiziellen Schreiben an den Reichstag macht er gesundheitliche Gründe für seinen Schritt geltend.¹⁷⁾

3. Lasker in klarer Oppositionsstellung

Bei den Neuwahlen zum Präsidium werden die liberalen Parteien völlig ausgeschaltet. Der Deutschkonservative v. Seydewitz wird Präsident. Damit ist auch im Parlament die liberale Ära sichtbar zu Grabe getragen, während das Zentrum in die parlamentarische Schlüsselstellung gerückt ist.

In der nationalliberalen Fraktion ist die Stimmung „gereizt und peinlich“, nach Stephani wegen Laskers häßlichem Auftreten.¹⁸⁾ Aus den Tagebüchern Hölders geht hervor, daß die Spaltung als beschlossene Sache erscheint. Es ist nur noch eine Machtfrage, ob Lasker geht oder der rechte Flügel. Hölder selbst würde einen Austritt Laskers lieber sehen. In kleinen und kleinsten Gruppen beraten die drei Flügel der Partei — um Bennigsen, Lasker und Hölder geschart — die Lage. Bei den Wahlen zu den Zolltarifkommissionen erleiden die Liberalen eine empfindliche Niederlage — Lasker ist überhaupt in keiner Kommission vertreten.¹⁹⁾ Die parlamentarische Lage ist völlig verworren. Niemand kann die Mehrheiten für die einzelnen Zölle auch nur annähernd voraussehen. Immerhin scheint ihre Annahme gesichert. Hauptfrage bei den Verhandlungen ist, inwieweit der Reichstag auch bei reichseigenen Einnahmen das Bewilligungsrecht behält. Bennigsen und Franckenstein hatten zwei Systeme ausgeklügelt, wie die überschüssigen Reichseinnahmen den Einzelstaaten zufließen sollten. Am 9. Juli findet der Zentrumsantrag, die sogenannte Franckensteinsche Klausel, Aufnahme in

¹⁴⁾ Lucius, S. 158 f.

¹⁵⁾ Busch, Tagebücher, Bd. II, S. 557 ff.

¹⁶⁾ Poschinger, Bd. I, S. 144 ff.

¹⁷⁾ 20. 5. 79 — 49, 1337.

¹⁸⁾ Böttcher, S. 237 ff.

¹⁹⁾ Rt: 15. 5. 79 — 45, 1203.

das Zolltarifgesetz. In dieser Debatte, in der sich die verschwommenen Fronten zugunsten der neuen klerikal-konservativen Regierungsmehrheit klären, werden eine Reihe von grundsätzlichen Dingen besprochen.

Bismarck verteilt in seiner Rede Blumen an das Zentrum und an die Konservativen und erklärt, daß er den Nationalliberalen „kühl bis ans Herz hinan“ gegenüberstehe. Er bedauert die — von ihm selbst geschaffene — Lage, daß keine Kombination eine Mehrheit ergebe. Mit Fraktionen könne er nicht paktieren und er rate insbesondere den Nationalliberalen zur Bescheidenheit.²⁰⁾

Lasker gibt eine ausführliche Antwort: „Der Herr Reichskanzler ist nicht immer mäßig in den Vorwürfen, die er seinen Gegnern macht, und es wohnt ihnen der provokatorische Charakter gar nicht selten bei.“ Aber der Abgeordnete sei dem Kanzler gegenüber immer in einer gewissen Scheu befangen. Man sehe sich immerhin einer geschichtlichen Persönlichkeit gegenüber, die auch in Zukunft die anderen Gestalten überragen werde. „Andererseits agiert der Reichskanzler mit der vollen Lebendigkeit seines Charakters und Wesens, mit der vollen Lebhaftigkeit und Angriffslust seines Temperaments gegen Mitglieder des Hauses, und nach menschlichen Gesetzen muß die Reaktion eintreten, daß, wie der Ton von dort herkommt, er ungefähr ähnlich wieder dorthin geht.“ Dann werde der Redner in der Presse beschuldigt, er habe sich „an das Allerhöchste im Reich gewagt.“ (Sehr gut! und Heiterkeit links.)

Der Kanzler beklage sich über gewisse Presseäußerungen gegen ihn. „Hat denn der Herr Reichskanzler gar keine Kenntnis von dem Ton und der Art der Presse, die unter seinem Namen herausgegeben wird (Sehr richtig! links) und die sich mit seinem Namen deckt?“

Der Kanzler beklage sich, daß er keine sichere Mehrheit finden könne. Weil er unter Mehrheit eben verstehe „eine persönlich ergebene Mehrheit, die unbedingt den Schritten folgt, welche der Herr Reichskanzler für gut findet.“ (Sehr richtig! links.) Jedesmal, wenn er nur einen teilweisen Widerstand empfunden habe, habe er versucht, mit allen Mitteln die Partei totzuschlagen. „Es ist ihm häufig geglückt und es wird auch in Zukunft manches Gleichartige glücken.“

Der Kanzler glaube deswegen der nationalliberalen Partei seine Freundschaft kündigen zu müssen, weil in ihr Mitglieder seien, die eigentlich zur fortschrittlichen Linken gehören. „Der Gedanke ist nicht neu und er hat mir seit langem zu den ernstesten Erwägungen Anlaß gegeben, weil ja dieser Angriff direkt gegen meine Person gerichtet ist.“ Er habe dem Kanzler sein Ausscheiden aus dem Parlament angeboten. „Ich würde diese Ruhe Deutschland gegönnt haben.“ (Heiterkeit.) So lange er aber im Parlament tätig sei, könne er sich nicht blindlings dem Kanzler unterwerfen.

„Meine Herren, läßt man sich denn in ein Parlament wählen, um einen großen Teil des eigenen Selbstbewußtseins und des eigenen Ehrgefühls zu Hause zu lassen? (Hört!) Auch wir arbeiten in derselben guten Absicht nach unserer Meinung, auch wir mit derselben Aufopferung wie irgendjemand in der Regierung. Einmal muß es zum Ausdruck kommen: es ist kein frucht-

²⁰⁾ 9. 7. 79 — 77, 2193 ff.

bares Zusammenwirken, kaum eine geordnete Versammlung möglich, kein wirkliches, ruhiges, sachliches Nebeneinandergehen, wenn die ersten Bedingungen fehlen, die Bedingung gleicher Achtung und die Geneigtheit, zu würdigen und jedem zu lassen, was seines Teiles ist, und nicht immer und immer wieder mit der vollen Wucht der großen individuellen Kraft, der großen historischen Persönlichkeit, der großen Autorität vor dem Volk jeden niederzudrücken, der in irgendeiner selbständigen Weise hervortritt, er befinde sich in der Regierung oder im Parlament. (Sehr wahr!)

Vom Jahre 1866 an ist es mein Bestreben gewesen, Anhänger zu werben für die nationale Politik des Herrn Reichskanzlers. Wieviel ich persönlich geopfert habe von dem, was ich, wenn ich allein meine Ideen zum Maßstab meines Handelns gemacht, hätte festhalten müssen, das ist allen unseren Freunden bekannt.“

Nicht mit Unterstützung, aber mit der Duldung durch den Herrn Reichskanzler habe sich die liberale Partei am Ausbau, am liberalen Ausbau des Reiches beteiligt. Immer habe sie in sich selbst die Gegensätze niedergekämpft, um die Politik des Reichskanzlers stützen zu können. Der Kanzler habe jetzt auf diese Unterstützung verzichtet.

„Da durch Konzessionen der Friede nicht mehr zu gewinnen ist, so ist es fortan unsere Aufgabe, Zeugnis abzulegen für unsere Sache vor dem ganzen deutschen Volk. Sie können hier eine liberale Minorität überwinden, aber Sie werden den liberalen Geist im deutschen Volk nicht zerstören können.“ (Oho!) Nicht aus Gehässigkeit, nicht aus Feindseligkeit müsse man jetzt das Beispiel für gerechte Opposition bieten und in den heftigen politischen Wellenbewegungen an den für richtig erkannten Prinzipien festhalten.

„Das wird fortan für mich die Richtschnur meiner parlamentarischen Tätigkeit sein, und wenn für eine Zeit diejenige positive Wirksamkeit wird aufhören müssen, die mir, ich will nicht sagen, Freude, aber doch Befriedigung gewährt hat, so meine ich, wie man in guten Tagen seine ganze Arbeit mit einbringt, um zu helfen, so hat man in widrigen Tagen seine Pflicht getan, wenn man der Wahrheit die Ehre gibt und gegen den materiellen Verlauf der Dinge sein Ideal aufrecht erhält.“ Vielleicht werde diese Periode der Fruchtlosigkeit zu einem Anlaß der inneren Sammlung...²¹⁾

Mit dieser ebenso kühnen wie ehrlichen Rede ist Lasker innerlich von der parlamentarischen Bühne abgetreten. In vollem Bewußtsein der Konsequenzen ist er zur Opposition übergegangen. Aber für die Partei kann er nicht mehr sprechen. Bei der Schlußabstimmung über die Zolltarife am 12. Juli — „einem der denkwürdigsten Tage in Deutschlands parlamentarischen Geschichte“²²⁾ — siegt die klerikal-konservative Koalition mit 217 zu 117 Stimmen.²³⁾ Die 15 Nationalliberalen, die für den Tarif gestimmt haben, treten als Gruppe Völk-Schauß aus der Fraktion aus.²⁴⁾ Dann ist die Session zu Ende.

²¹⁾ 9. 7. 79 — 77, 2203 ff.

²²⁾ Böttcher, S. 252 ff.

²³⁾ 12. 7. 79 — 80, 2362 ff.

²⁴⁾ Hölder bei Poschinger, Bd. II, S. 358 ff.; Böttcher, S. 254 ff.; Oncken, Bd. II, S. 414 ff.

4. Austritt aus der Fraktion

Im Herbst finden die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus statt, bei denen die Nationalliberalen 63 Sitze verlieren und die Konservativen 73 Sitze gewinnen. Lasker wird in Frankfurt nicht mehr gewählt. Bei der Nachwahl in Breslau lehnt es die Vertrauensversammlung seiner eigenen Partei mit 64:53 Stimmen ab, ihn als Kandidaten aufzustellen. Bei einer anderen Nachwahl in Magdeburg im September 1880 unterliegt er, inzwischen aus der Partei ausgetreten, einem nationalliberalen Kandidaten.²⁵⁾ Moritz Busch frohlockt dem Kanzler gegenüber: „Lasker hat erfahren, daß er nicht mehr gilt, was er galt. Dreimal bei der Wahl durchgefallen, der große Mann, und die beiden ersten Male in Judenstädten.“²⁶⁾

Am 12. Februar 1880 tritt der Reichstag wieder zusammen. Lasker besucht keine Fraktionssitzung mehr und schreibt am 15. März an den Fraktionsvorstand: „Wie man mir mitteilt, beruht es auf einem Beschluß der Fraktion, durch Unterschrift festzustellen, welche bisherigen Mitglieder aufs neue der Fraktion beitreten wollen. Hierdurch sehe ich mich veranlaßt, mein Ausscheiden aus dem Fraktionsverband dem Reichstag förmlich zu erklären.

Seit der vorigen Session habe ich leider immer mehr die Überzeugung gewonnen, daß zwischen der Fraktion in ihrer Mehrheit und Leitung und mir eine Harmonie nicht besteht; und daß unter den heutigen Verhältnissen von einem fernerer Zusammenwirken ersprießliche Erfolge nicht zu erwarten sind.“ Lasker drückt sein Bedauern über diese Lage aus, gleichzeitig aber die Hoffnung, daß in der Zukunft neue Zusammenarbeit möglich sei.²⁷⁾

Zur gleichen Zeit begründete er seinen Schritt in einem offenen Brief an die Wählerschaft: er löse nicht die Beziehungen zur liberalen Partei, sondern nur zu einem Fraktionsverband, in dem es keine Ausgleichsmöglichkeit mehr gebe. Er habe drei Möglichkeiten gesehen, seine abweichenden Meinungen auszudrücken. Er hätte in der Fraktionsminderheit weiterkämpfen können; aber innerlich streitende Fraktionen seien im Parlamentsleben unbrauchbar. Er hätte sein Mandat niederlegen können, aber er habe auf die Parlamentsarbeit aus Pflichterfüllung nicht verzichten wollen. Deshalb habe er den dritten Weg gewählt, allein, aber selbständig seine Überzeugungen zu vertreten.

„Viel vermag der Einzelne in der bescheidenen Stellung eines Abgeordneten nicht. Aber wenn ein von jeder denkbaren Nebenrücksicht losgelöstes, selbst von der Tagesströmung nicht bezwungenes Streben für die Befestigung des Reiches, für die Durchbildung des Rechtsstaates, für die unverhüllte Wahrheit in den Verhandlungen des Parlaments dem Lande in irgend etwas dienen kann, so will ich gern einer solchen Aufgabe meine Kräfte widmen, so lange das Vertrauen meiner Freunde im Lande und vor allem in meinem Wahlkreis mir erhalten bleibt.“ Das vier Druckseiten umfassende, überaus

²⁵⁾ Schultheß, 1879, S. 95 f.; Wentzcke, S. 275.

²⁶⁾ Busch, Tagebücher, Bd. III, S. 12.

²⁷⁾ Wentzcke, S. 300.

zurückhaltende, ja trockene Schreiben schließt mit dem Wunsch nach einer neuen Sammlung der liberalen Kräfte.²⁸⁾

Forckenbeck, Bamberger und Stauffenberg korrespondieren laufend untereinander und mit Lasker, ob für sie der Zeitpunkt zum Austritt ebenfalls gekommen sei. Tatsächlich halten sie aber noch bis August in der Fraktion aus.²⁹⁾

Die nationalliberale Fraktion richtet ein überaus höfliches Schreiben an Lasker. Man habe seinen Schritt mit schmerzlichem Bedauern zur Kenntnis genommen. „Von der Selbstlosigkeit und dem sittlichen Ernst Ihres politischen Handelns sind wir nach wie vor, auch bei dieser Veranlassung durchdrungen. Mit vollstem Danke für Ihre langjährige, so wertvolle Tätigkeit in unserer Mitte, geben wir uns der Zuversicht hin, auch ohne einen engeren Fraktionsverband werde die bisherige Übereinstimmung in den grundlegenden Fragen deutscher Politik uns auch fernerhin verbinden.“³⁰⁾

Der Kladderadatsch, der Lasker immer besonderes Wohlwollen bewiesen und viel zu seiner Popularität beigetragen hat, kommentiert Laskers Austritt mit einem Gedicht „frei nach Schiller“:

„Die Fraktion: Will sich Eduard grausam von uns wenden,
Wo Eugen mit unfruchtbaren Händen
Jetzt mit dem Fortschritt schrecklich Opfer bringt?
Wer wird künftig unsre Kleinen lehren,
Gründer hassen, und den Kanzler ehren,
Wenn hinunter sich die „Gruppe“ schlingt?

Eduard: Oh Fraktion, gebiete Deinen Tränen!
Nach der Wildnis steht mein einzig Sehnen,
„Gruppe“ nicht, nicht „Fortschritt“ zieht mich an.
Weichend einem zahmeren Geschlechte,
Weit versprengt von euch jetzt im Gefechte,
Mach' ich Front nur als ein wilder Mann.

Die Fraktion: Nimmer lausch ich deiner Rede Schalle
Für die künft'gen Kompromisse alle,
Twestens tapf'rer Heldenstamm verdirbt.
Du willst links gehn, wo man blind negieret,
IHN, ach, systematisch attackieret,
Und die Rede dir im Munde stirbt.

Eduard: All mein Hoffen will ich, all mein Lieben
Bis auf bess'rer Zeiten Gunst verschieben,
Aber, Freunde, meine Rede nicht.
Horch, schon tobt es in den Kommissionen —
Krieg euch, Fehde sämtlichen Fraktionen.
Laskers Wort stirbt in der Wildnis nicht.“³¹⁾

²⁸⁾ abgedruckt bei H. Wiermann, Der deutsche Reichstag, 2 Bde., Leipzig, 1884, Bd. II, S. 37. Hinter Wiermann verbirgt sich nach Oncken, Bd. II, S. 473, Hermann Robolsky. Nach Wiermann ist der Brief „charakteristisch für die Selbstgefälligkeit und den Doktrinarismus L's.“ Der Brief befindet sich auch bei Wentzcke, S. 307 ff.

²⁹⁾ Wentzcke, S. 300 ff.

³⁰⁾ Wentzcke, S. 306.

³¹⁾ Kladderadatsch-Album, S. 90.

In den Kommissionen aber tobte nichts mehr! Lasker, der Zeit seines Lebens in 57 Kommissionen gesessen hatte, wurde nach seinem Austritt in keine Kommission mehr gewählt.³²⁾ Erst im Januar 1883 findet sich noch einmal ein Ausschußsitz für ihn in der Kommission zur Vorberatung der Verordnung über die Verwendung giftiger Farben.³³⁾

In der Reichstagssession von 1880 muß die Militärverfassung erneut geregelt werden. Die Kommission fordert eine Verlängerung des eisernen Heeresetats auf sieben Jahre, die auch mit 186:96 gewährt wird. Lasker befindet sich in der Minderheit. Sein eigener Antrag, die Verlängerung nur auf drei Jahre zu beschließen, fällt mit 180 zu 104 Stimmen.³⁴⁾ Bei der Schlußabstimmung über das Septennat erhöhen sich die Gegenstimmen auf 128.³⁵⁾ Am 28. August treten die früheren Freunde Laskers vom linken nationalliberalen Flügel, darunter Stauffenberg, Bamberger und Forckenbeck, nach ständigem Gedankenaustausch mit Lasker, ebenfalls aus der alten Fraktion aus. Am 19. November bildet sich aus den Abgespaltenen, zwischen Nationalliberalen und Fortschrittspartei stehenden Liberalen, die Liberale Vereinigung, der auch Lasker ohne große innere Beteiligung beitrifft. Seine Sehnsucht bleibt die große liberale Partei, die von Bennigsen bis Eugen Richter alle liberalen Geister umfassen soll.³⁶⁾

Das Jahr 1880 ist gekennzeichnet durch die unflätigen Auswüchse des Antisemitismus. Ein Dr. Henrici fordert in Berlin in öffentlicher Volksversammlung eine Säuberung des Staats- und Wirtschaftslebens von Juden. Judenblätter solle man abschaffen, gegen die Juden Sondergesetze erlassen, ihnen die Teilnahme am Militärdienst und an der Parlamentsarbeit untersagen. Der Kronprinz bezeichnet diese Agitation als eine Schmach für Deutschland.³⁷⁾ Weinend kam Berthold Auerbach, der Volksdichter aus dem Schwarzwald, eines Tages zu Lasker und erzählte diesem, man habe ihm „Hepp-Hepp“ nachgerufen. Lasker tröstete ihn: „Was wollen Sie einem Kranken einen Vorwurf daraus machen, daß er die Cholera hat? Auch das Antisemitentum ist eine Epidemie, welche diese Leute befallen hat.“³⁸⁾

Die Session von 1881 verläuft lustlos und ohne politische Sensationen. Bei einer Debatte über Wahlbeeinflussung kommt es zu einem Streit zwischen Bismarck und Lasker. Der Kanzler bezichtigt Lasker der unerlaubten Wahlmachenschaften: er habe sich in Meiningen von einem liberalen Landrat herumfahren lassen. Lasker stellt richtig: Baumbach, der Landrat, sei seit Jahren sein persönlicher Freund. Die Lappalie wird nach allen Richtungen hin breitgetreten, Bismarck spricht dabei von Lasker als von seinem verehrten Gegner aus alter Zeit. Lasker antwortet, das Land wisse, „daß ich ihn viele Jahre hindurch in seiner Politik wohl so unterstützt habe, (Zuruf: Na!) wie gewiß keiner es in diesem Hause getan hat, ob immer mit

³²⁾ Bamberger, Bd. 2, S. 108.

³³⁾ 11. 1. 83 — 30, 831.

³⁴⁾ 9. 4. 80 — 26, 612 ff.

³⁵⁾ 16. 4. 80 — 31, 737.

³⁶⁾ vgl. Wentzcke, S. 355 ff.

³⁷⁾ Schultheß, 1880, S. 278; vgl. dazu Richter, Bd. II, S. 176 ff.

³⁸⁾ Baumbach, S. 32.

gleich gutem Geschick, das mag dahingestellt bleiben. Ich bin nicht sein Gegner gewesen zu der Zeit, als noch die heute von ihm aufgegebenen Tendenz der Politik für ihn maßgebend war; ich bin naturgemäß sein Gegner, seitdem er in die entgegengesetzte Richtung gegangen ist.“

Darauf Bismarck: „Ich habe von Anfang an, von der Verfassungsgrundlegung an, die Empfindung gehabt, daß mir gerade ein so ausgezeichnete Redner wie der Herr Abgeordnete Lasker meine Aufgaben wesentlich erschwert hat und mich in vielen Richtungen das Ziel nicht früh genug oder unvollkommen hat erreichen lassen. Der Herr Abgeordnete ist vielleicht in seinem Gemüt so organisiert, daß er für Wohltat hält, was der Empfänger für ein — ich will nicht sagen Kränkung, — aber für einen Akt der Gegnerschaft hält. Ich habe seine Tätigkeit von Anfang an als eine wesentlich gegen mich und meine Pläne, gerichtete empfunden. Ehe nicht ein Amendement Lasker angenommen war, hatte ich wenig Aussicht auf Unterstützung, und dieses Amendement Lasker kreuzte oft meine Tendenzen empfindlich.“

Ich muß darin mit rauher Hand die Illusionen des Herrn Abgeordneten zerstören. Ich fühle keinen Dank für eine mir von ihm zuteilgewordene Unterstützung.“ Er habe immer die gleiche, auf Sicherstellung des Reiches gerichtete Politik betrieben. „Wenn ich dabei die Zustimmung des Herrn Abgeordneten Lasker gehabt habe, so muß ich sagen, er hat sie mir immer ziemlich teuer verkauft“³⁹⁾

So ehrlich hatte sich der Kanzler noch niemals geäußert. Diese Worte waren hart, aber unter dem Gesichtspunkt, daß es Aufgabe eines Volksvertreters ist, seine Selbständigkeit und sein freies Urteil immer zu wahren, enthalten diese Worte eine Anerkennung der Tatsache, daß elf Jahre lang ohne Eduard Lasker in deutschen Parlamenten nichts geschehen konnte.

5. Verstimmung allenthalben

Nach dem Zerfall einer arbeitsfähigen Parlamentsmehrheit zeigt sich eine allgemeine Verstimmung und Müdigkeit. Das System des Parlamentarismus wird verantwortlich gemacht für Rückschritte und Hemmungen. Auf seiten der Regierung sinnt man auf Einschränkung der Parlamentsmacht durch Einführung des zweijährigen Budgets und der fünfjährigen Legislaturperiode. Bei zweijährigem Budget wäre der Reichstag nur noch alle zwei Jahre zusammengerufen worden. Lasker wendet sich scharf gegen alle derartigen Vorlagen, die dann auch zunächst abgelehnt werden.⁴⁰⁾

Am 5. Mai kommt Bennigsen zu der Überzeugung, daß eine sinnvolle Zusammenarbeit von Parlament und Regierung nicht mehr möglich ist. Erstmals schlägt er ebenfalls scharfe oppositionelle Töne an. Bismarck antwortet ihm. Er habe im Kampf mit den Fraktionen seine besten Kräfte aufgegeben. Die Fraktionskämpfe seien schuld daran, „daß das Reich nicht besser vorwärts kommt, daß eine gewisse Abspannung und Verstimmung eintritt.“ Die erste Freude am Reich sei erloschen, Besitz mache gleichgültig. Das Parlament enthalte zuviel unpraktische Männer. Es gebe im Grunde nur

³⁹⁾ 3. 3. 81 — 8, 131 ff.

⁴⁰⁾ 8. 3. 81 — 10, 197 ff.

zwei Gruppen von Abgeordneten: „Die einen, die die Zeit des Schlusses gar nicht abwarten können, um ihre Geschäfte, worin sie schwer vermißt werden, wieder aufzunehmen; die anderen, die bedauern und seufzen, wenn sie der liebgewordenen Gewohnheit, hier öffentlich zu sprechen, entsagen müssen, weil sie in Gottes Welt weitere Beschäftigungen eigentlich nicht haben.“

Die gewerbsmäßigen Volksvertreter würden sich die Vorherrschaft aneignen, aber „der Wähler hat ein Recht auf einen unabhängigen, auch von der überlegenen Beredsamkeit weder beeinflussten noch eingeschüchterten Vertreter.“ Es bestehe die Gefahr, daß das Parlament bürokratisiert werde. Sehr lehrreich sein Zugeständnis: „Meine Karriere ist ja auch lediglich eine parlamentarische, von mir hätte niemand etwas erfahren in meiner ländlichen Zurückgezogenheit, wenn ich nicht zufällig Mitglied des Landtages von 1847 gewesen wäre.“ (Heiterkeit.)

Bismarck schließt seine Rede, indem er Bennigsen mit deutlichem Hinweis auf Lasker warnt: „Laß nicht vom Linken Dich umgarnen!“ (Heiterkeit.)⁴¹⁾

Zu den Versuchen, den Einfluß des Parlaments zu dezimieren, gehört die Einrichtung einer ständischen Vertretung, des Volkswirtschaftsrates. Am 10. Juni lehnt der Reichstag die Mittel zum Aufbau eines solchen Gremiums ab.

Im Oktober erfolgen die Neuwahlen zum Reichstag. Nach einem harten Wahlkampf, in dem der Antisemitismus eine große Rolle spielt — selbst Bismarcks Sohn hält antisemitische Wahlreden — siegen die liberalen Kräfte. Die Sezession steigt von 19 auf 47 Mandate, die sie der nationalliberalen Mutterpartei abnimmt. Lasker wird in Meiningen wiedergewählt.

Bei der Beratung über den Zollanschluß Hamburgs am 28. November 1881 geraten Lasker und Bismarck zum letztenmal öffentlich aneinander. Bismarck klagt wieder über das Fraktionsunwesen und schließt: „Mir ist niemand Dank schuldig — ich habe meine Pflicht getan und weiter nichts!“

Lasker antwortet, er wisse keinen Staatsmann, lebend oder in der Geschichte, „der so mit Dankbarkeit von der Nation überhäuft worden ist, wie der Herr Reichskanzler.“ Der Kanzler beklage die Zersplitterung und den Hader der Parteien. „Sollte der Herr Reichskanzler nicht einmal die Frage sich vorgelegt haben, ob er nicht vielleicht selbst einen Teil der Schuld trage, daß vieles, was fest im deutschen Reich, namentlich was fest in dieser Repräsentation gewesen, zersplittert worden? Der Herr Reichskanzler war es ja, der die positiv wirkenden Parteien, die ganz oder doch zum Teil seine Unterstützung waren, auseinandergetrieben hat in der Hoffnung, er würde eine neue geschmeidigere Bildung schaffen können.“

In seiner Antwort sagt Bismarck, er könne keiner Fraktion dienen. Sein Zerfall mit der nationalliberalen Partei sei hauptsächlich das Werk Laskers gewesen.⁴²⁾ Das Jahr 1882 beginnt mit dem königlichen Erlaß, daß der König der alleinige Leiter der Politik sei und daß seine Beamten auch im politischen Leben an ihren Dienstest verbunden seien.

⁴¹⁾ 5. 5. 81 — 38, 967.

⁴²⁾ 28. 11. 81 — 4, 58 ff.

Der Kladderadatsch veröffentlicht im Anschluß an diesen Erlaß einen Katechismus für Beamte und solche, die es werden wollen, in dem es unter anderem heißt:

„Frage: Was muß ein gerechter Beamter haben?

Antwort: Eine große Abneigung muß er haben vor
Virchow und Forckenbeck,
Löwe und Lasker,
Richter und Rickert,
Hasselmann und Hänel
Und vor anderen Feinden der Regierung.

Frage: Was muß ein gerechter Beamter außerdem noch haben?

Antwort: Prügel muß er haben, wenn er ein anderes Blatt hält oder liest als die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, die Provinzialkorrespondenz und den Reichsboten. Beim Einkaufen von Wurst müsse er immer ein Reichsboten-Exemplar zum Einwickeln bereithalten, da er sonst aus Versehen ein liberales Blatt erwischen könnte. Damit aber wäre unabsehbare Gefahr verbunden; denn nur zu leicht wird er aus Neugier in das Blatt hineinsehen und das liberale Gift in sich aufsaugen.

Frage: Worauf muß ein gerechter Beamter stets bedacht sein?

Antwort: Er muß stets darauf bedacht sein, sofort in eine Querallee einzubiegen, wenn er in einer Längsallee Virchow oder Richter auf sich zukommen oder Lasker anreiten sieht. Kommt er mit ihnen ins Gespräch, so wird er gar leicht zum Liberalismus verführt. Richter ist schon von ferne kenntlich an den vielen Zahlen, die er im Kopf hat; Lasker ist von kleiner Statur und reitet gewöhnlich einen Apfelschimmel.

Frage: Wie geht es dem Beamten, welcher nicht gerecht ist, sondern es mit der liberalen Partei hält?

Antwort: Sehr schlecht. Kein Adler fliegt ihm ins Knopfloch, kein Sonntags-
huhn in den Suppentopf. Der Nordwind und der Landrat schnauben ihn an, wenn er in dünnem Röckchen einherwankt. Keine Beförderung blüht ihm, keine Gratifikation. In seinem Keller ist weder Kohle noch Kartoffel, nur Ratten rascheln daselbst.“⁴³⁾

Lasker findet, daß zu dem Erlaß nicht der geringste Anlaß bestanden habe. Es sei eine Legende, „und eine sehr schlechte Legende voll Anmaßung und voll Unwahrheit“, daß verschiedene Kreise im Volk und im Parlament nicht mehr königstreu seien. „Ich, der ich an der entferntesten Grenze der Monarchie geboren bin, unter einer sprachlich gemischten Bevölkerung, in einer sozialen Klasse, welche nicht gewohnt war, von der Sonne der Gunst beschienen zu sein, zu einer Zeit, wo meinen Glaubensgenossen die wesentlichsten Rechte noch nicht gewährt waren, — nie bin ich anders erzogen worden, als in dem Gefühl der Treue und der persönlichsten Anhänglichkeit an den König.“⁴⁴⁾

Zweimal befindet sich Lasker in dieser Session noch bei der Mehrheit: bei der Aufhebung des ersten Maisgesetzes am 12. Januar (233:115 Stim-

⁴³⁾ Kladderadatsch-Album, S. 93.

⁴⁴⁾ 25. 1. 82 — 34, 934 ff.

men) und bei der Genehmigung des Zollanschlusses von Hamburg an das Reich am 21. Januar (171:102).

6. Laskers letzte parlamentarischen Aktionen

Am 16. Februar wurde die Reichstags-Session bis April unterbrochen. Nach der Sitzung begleitete Bamberger Lasker nach Hause. „Er kam mir auffallend schweigsam und matt vor. Im Weitergehen wurde mir seine Lethargie immer bedenklicher, und ich zog es vor, ihn bis an seine Türe zu begleiten, um sicher zu sein, daß ihm bis dahin kein Krankheitsfall zukomme.“

Einige Tage darauf erfuhr Bamberger einen der Gründe für den Gram des Freundes: Lasker hatte einem Mädchen nach langjähriger platonischer Bekanntschaft, während der er niemals ernste Absichten durchblicken hatte lassen, unvermittelt einen Heiratsantrag gemacht und war abgewiesen worden.

Als Bamberger den Freund wieder traf, fiel ihm erneut dessen ungewohnte Lethargie, Einsilbigkeit und langsame Sprechweise auf. Zu einem Bekannten sagte Bamberger: „Laskers Zustand flößt mir große Besorgnis ein.“⁴⁵⁾

Einige Tage später sollte Lasker in einer Versammlung des Handwerkervereins die Hauptrede halten. Als man ihm das Wort erteilte, bekam er einen Lachanfall und konnte kein Wort sprechen.⁴⁶⁾ Jetzt drängten ihn seine Bekannten noch stärker als bisher dazu, sich der politischen Tätigkeit zu enthalten. Zunächst ging Lasker zur Erholung nach Nizza. Von dort kam er am 18. April zurück, nach Bamberger frischer aussehend, gesprächiger und gesünder, aber nicht der Alte.⁴⁷⁾ Wegen seines leidenden Zustandes schied er aus der letzten Kommission aus, der er angehörte.⁴⁸⁾

Bei der Beratung des Krankenkassengesetzes am 20. April hält Lasker seine letzte längere Rede im deutschen Parlament. Er spricht — nach Bamberger — „korrekt, wie er sonst auch gesprochen hätte, etwas knapper und weniger digressionistisch als in gesunden Tagen und daher auch mit regelmäßigem Satzbau. Stimme schwach und ohne Nachdruck. Das Haus hört mit Spannung und einer Art Beklemmung zu. Einmal macht er eine ungewöhnlich lange Pause, sehr peinlich — dann gehts aber zum Schluß ohne Anstand. Es war mir ein Stein vom Herzen. Die Klugen wollten allerhand gemerkt haben, aber das beruht auf Voreingenommenheit. Er ist nicht völlig hergestellt aber ganz *sui compos*.“⁴⁹⁾

Am 26. Mai ergreift Lasker letztmals das Wort im Parlament zu einer Geschäftsordnungsfrage.⁵⁰⁾ In der letzten Sitzung, an der er teilnimmt, am 2. Juni, wird über die Änderungen in der Gewerbeordnung entschieden. Seit langem stehen Lasker und Bennigsen wieder einmal in einer entschei-

⁴⁵⁾ und ⁴⁷⁾ Bamberger, Tagebücher, S. 271 ff.

⁴⁶⁾ Blum, S. 486, der einzige Autor, der diesen physischen Zusammenbruch erwähnt, datiert ihn nicht, doch läßt sich aus Bambergers Tagebüchern, S. 271, wo von einem „Vorfall“ die Rede ist, rekonstruieren, daß die Rede etwa am 21. Februar stattfand.

⁴⁸⁾ Bekanntgabe: 14. 4. 83 — 66, 1935.

⁴⁹⁾ und ⁵¹⁾ Bamberger, Tagebücher, S. 272.

⁵⁰⁾ 26. 5. 83 — 87, 2556.

denden Frage zusammen, aber die Liberalen können nicht verhindern, daß die Prinzipien der Gewerbefreiheit und der Freizügigkeit in verschiedenen Dingen eingeschränkt werden. Die Regierungsvorlage kommt mit 160:127 Stimmen zum Sieg.⁵¹⁾ Laskers physische Kraft geht zu Ende. Am 8. Juni bewilligt ihm der Präsident aus Gesundheitsrücksichten vier Wochen Urlaub.⁵²⁾

Lasker hat die Absicht, nach Amerika zu fahren. Seine Freunde haben durchgesetzt, daß er als deutscher Ehrengast zur Eröffnung der Pazifikbahn eingeladen wird.⁵³⁾ Am Vorabend der Reise findet ihn Bamberger zu Hause, „eingesunken und müd blickend, nichts weniger als bewegt vom Gedanken der großen Reise.“⁵⁴⁾ Am 11. Juni, als Lasker schon unterwegs nach England ist, scheidet Bennigsen, müde und verstimmt, aus dem Parlament aus und begründet seinen Schritt folgendermaßen:

„In den letzten Jahren habe ich mich leider immer stärker davon überzeugen müssen, daß die steigende Verbitterung der Parteien, der immer stärker auftretende Gegensatz zwischen der Reichsregierung und den Parlamenten, die Spaltung unter den Liberalen für mich zurzeit eine erfolgreiche Tätigkeit im Sinne einer versöhnlichen und ausgleichenden Politik nicht mehr möglich erscheinen lassen. Tief davon durchdrungen, daß für unser neues deutsches Reich nichts gefährlicher sein muß als das Hervorkehren des seit 1867 kaum mehr empfundenen Gegensatzes zwischen der berechtigten Stellung der Monarchie und der Parlamente, ein immer stärker die Extreme zur Geltung bringender, haßerfüllter, leidenschaftlicher und mit persönlicher Bitterkeit geführter Streit der Parteien, welche doch darauf angewiesen sind, mit einander auf dem gemeinsamen Boden des Vaterlandes zu leben, habe ich nach schwerem, inneren Kampf einer Wirksamkeit entsagt, welche, körperlich und geistig aufreibend für mich, für mich eine Befriedigung und dem öffentlichen Wohl einen irgendwie erheblichen Nutzen nicht versprechen kann.“⁵⁵⁾

Dies ist nur eine von vielen Stimmen, die der allgemeinen verdrießlichen Stimmung Ausdruck geben. Eigenartig erscheint es, daß diese Stimmung ihren Höhepunkt mit dem Ende von Laskers parlamentarischer Tätigkeit findet. Die Geschichte von Laskers parlamentarischer Arbeit ist die deutsche Parlamentsgeschichte. Sein Aufstieg ist der Aufstieg des Parlaments, sein persönlicher Höhepunkt des Ruhmes fällt mit der Hochblüte des Geistes und der Rede in unseren Parlamenten zusammen, sein Abstieg ist der Abstieg des Parlaments.

1142 Sitzungen des Reichstags haben bis zu Laskers Ausscheiden stattgefunden. Dr. Eduard Lasker fehlte davon bei 17 Sitzungen.⁵⁶⁾ Sieben Jahre lang, von 1867 bis 1874, war Lasker, der Zahl der Worterteilungen nach, der häufigste Sprecher des Parlaments. Wenn er auch dann von Richter und Windthorst überflügelt wurde, was die Zahl der Worte anbetrifft, so war er bis zu seinem Tode immer unter den ersten vier oder fünf Wortführern des Hauses.

⁵¹⁾ 2. 6. 83 — 94, 2766 ff.

⁵²⁾ 8. 6. 83 — 99, 2905.

⁵³⁾ Blum, S. 486.

⁵⁵⁾ Poschinger, Bd. III, S. 91. 1887 trat Bennigsen allerdings wieder in den Reichstag ein. Vgl. auch Wiermann, Bd. II, S. 84 ff.

⁵⁶⁾ Persönliche Zählung.

Das Urteil der Andern

„Ohne Zweifel der bekannteste und weit in Deutschland populärste Mann im Reichstag war zur Zeit meines Eintrittes Lasker“, berichtet Robert v. Mohl im Jahre 1874.¹⁾ Der frühere Reichstagsvizepräsident und spätere Minister Dr. Lucius v. Ballhausen schreibt nach Laskers Tod: „Mit ihm endet einer der bedeutendsten und zeitweise populärsten Parlamentarier des neuen Reiches. Er war neben Bismarck und Bennigsen der nach 1870 wohl meist genannte Name im Reichstag.“²⁾

Dr. Carl Braun, wohl der witzigste Abgeordnete, den der alte Reichstag besaß, urteilt 1878 über seinen Freund: „Berufspolitiker in der höchsten Potenz ist Lasker. Derselbe ist Rechtsanwalt und könnte eine reichliche Praxis besitzen; allein er verschmäht sie. Er besitzt weder Frau noch Kind, weder Pferd noch Hund, ja nicht einmal eine Katze oder einen Kanarienvogel. Er liebt weder Wein noch Weib, noch Gesang in irgendeinem erheblichen Grade. Er hat keine Liebhabereien, ja nicht einmal ein Steckpferd. Das Parlament absorbiert ihn gänzlich. Nachts studiert er die Drucksachen des Hauses, morgens sitzt er in der Kommission, nachmittags im Plenum und abends in der Fraktion, wo er die „Füchse“ parlamentarisch einexerziert. Die Fraktion ist bei Tage sein Gedanke, nachts sein Traum. Sie ist seine Braut, wie für Theodor Körner ‚das Schwert an seiner Linken‘. Dabei ist er unzugänglich für jede Beeinflussung. Er verläßt nie die Burg seines ‚ethischen Bewußtseins‘, die er mit furchtbaren Wällen aus Landrechtsquadern verschanzt hat. Außerdem hat er noch den Fehler, ein unermüdlicher Debatter zu sein und an der Spitze der zahlreichsten Partei zu stehen, die er, wenigsten im Abgeordnetenhaus, längere Zeit unbedingt beherrscht hat.

Es ist unter diesen Umständen nur zu begreiflich, daß der Fürst Bismarck den Abgeordneten Lasker — drücken wir es in der allerdünnsten Verdünnung aus — gerade nicht liebt. Die Sarkasmen, die er sich über ihn erlaubt hat, würden eine Sammlung bilden. Sie sind aber nicht alle zur öffentlichen Mitteilung mittels Druckerschwärze geeignet. Von jenen Fliegblättern, mit welchen die gouvernementale Presse seit der Auflösung des vorigen Reichstags über Lasker hergefallen ist, in der mit dem äußersten Mißerfolg gekrönten Absicht, ihm seinen Reichstagssitz zu entreißen, unterscheiden sich Bismarcks Sarkasmen sehr wesentlich, denn diese sind witzig und jene nur grob.

Der größte Fehler Laskers ist, daß er nicht die Absicht hat, Minister zu werden, obgleich heute Exzellenzen jüdischer Abkunft durchaus keine

¹⁾ Mohl, Bd. II, S. 176.

²⁾ Lucius, S. 278.

Seltenheit sind. Eines Tages sagte der Fürst Bismarck scherzend zu Lasker: „Ich wette, wir werden doch noch einmal Kollegen?“ Lasker antwortete sehr ernsthaft: „Sollten Durchlaucht wirklich die Absicht haben, Rechtsanwalt zu werden?“³⁾

„Lasker ist dadurch so bedeutend“, meint der spätere Kanzler Hohenlohe, „daß er vollkommen bedürfnislos ist. Er braucht kein Geld, sucht keine Stelle, ist unzugänglich nach allen Seiten. Niemand kann ihm ankommen, und er verwendet sein Talent nur zur Befriedigung seines Ehrgeizes.“⁴⁾

Sehr interessant ist die Beurteilung Laskers durch den Mann, den er finanziell und politisch ruiniert hat, den Geheimrat Wagener. „Ich beschränke mich darauf, der Wahrheit gemäß zu konstatieren, daß der Einfluß und das Ansehen, dessen er sich während seiner parlamentarischen Wirksamkeit erfreute, wohlverdient waren. Es war nicht bloß eine Befähigung, sondern sein beharrlicher Fleiß, welcher ihn auf allen Gebieten in den Stand setzte, die einschlagenden Fragen zu beherrschen und durch Arbeit seine minder informierten Parteigenossen zu beeinflussen. Eine parlamentarische Stellung wie die seinige, während deren sich selbst eine gewisse Spielart des Beamtentums um seine Protektion bewarb, gewinnt man nicht durch Nichtstun.“

Lasker sei ehrgeizig gewesen, „doch war er scharfsinnig genug, sich über die Grenzen des Erreichbaren nicht zu täuschen. Es ist dies eben der Ehrgeiz einer Art von politischem Diogenes.“ Und als einziges Negativum: „Lasker war einer von den vielen, die zu schieben meinten, während sie geschoben wurden, und die sich einbildeten, Faiseurs zu sein, während sie doch nur Werkzeuge waren.“⁵⁾

Bamberger erinnert daran, daß Laskers oratorische Leistungen nur das Nebenprodukt seiner Arbeit waren. Im Plenum setze man sich gewissermaßen an den gedeckten Tisch, während in der Küche die große Arbeit getan werde.⁶⁾ Im Nachruf von Delbrücks Preußischen Jahrbüchern, die Lasker nicht sehr hold gesinnt waren, heißt es, daß Lasker alle bestechenden Eigenschaften fehlten. „Er war kein glänzender Redner und überhaupt kein glänzender Geist; er war noch weniger ein Schmeichler und stellte seine Kraft nicht in den Dienst einer Partei. Er war nur ein redlicher Arbeiter von eindringlichem Fleiß. Er war das angesehenste Mitglied des Reichstages lediglich darum, weil er in allen auftauchenden gesetzgeberischen Fragen der bestinformierte Abgeordnete war, und er war es, nicht weil er ein großes Gebiet des Wissens und der Praxis schon lange beherrschte, sondern weil er bei jeder neuen Lage das zugängliche Material am gewissenhaftesten durchgearbeitet hatte.“⁷⁾

Laskers Einfluß begann in der Fraktion. Otto Elben berichtet von seinem Eintreten in das Parlament: „Lasker war es vor allem, der uns das parlamentarische Leben erschloß.“ Er habe auf alle neueingetretenen Abgeord-

³⁾ Braun, S. 161 ff.

⁴⁾ Hohenlohe, S. 78 (Notiz von 1872).

⁵⁾ Wagener, Teil 2, S. 48.

⁶⁾ und ⁷⁾ Preußische Jahrbücher, Bd. 53, 1884, S. 199 ff. Verfasser Constantin Rößler.

neten weitaus den größten persönlichen Eindruck gehabt. „Geist und Charakter, feurige, überzeugende, hinreißende Beredsamkeit standen ja auch anderen zu Gebote. Aber keiner übte wie Lasker das Amt des Führers. Persönlich trat er allen nah, freundlich, gefällig, auch in den untergeordneten Dingen.

Wollte einer eine Jungfernrede halten, den ersten Antrag stellen, eine Ansicht zur Geltung bringen — er wandte sich an Lasker. Dieser gab dem Antrag die korrekte, der Sprache des Gesetzgebers entsprechende Fassung, vermittelte, daß der Neuling das Wort erhielt, was nicht so leicht ist. In der Debatte aber war Lasker der erwünschte Helfer, der einsprang, wenn etwa die Unterstützung notwendig wurde. Ebenso riet er ab, wenn der Tatendrang zu unnützer Rede verführen wollte. Lernen konnte man bei ihm wie bei keinem zweiten. Überall war Lasker zur Stelle, der erste in der Fraktion, in der Versammlung, stets bereit, Freunden sein Ohr, seinen Rat zu leihen. Mit seiner Überlegenheit war er Jahre lang maßgebend, zumal in der Fraktion. Andere fehlten oft, Lasker fehlte nie. Und wieviel der erste Eindruck, das erste gescheite Wort wirkte, das zeigte Lasker.

Da war irgendeine Vorlage ausgegeben, gleichviel welche. Man kam in die Fraktionssitzung, die meisten hatten die Vorlage kaum flüchtig angesehen, hatten noch keine Zeit gehabt, zu lesen, zu studieren. Lasker aber hatte schon die Nacht dazu verwendet. Wo sich die meisten noch gar nicht so zurechtfinden konnten, da trat er auf, entwickelte den Inhalt so klar, so übersichtlich, daß dem Hörer die geistige Arbeit erspart schien, schied so überzeugend aus, was ‚diskutierbar‘ oder was mit dem leidigen Wort ‚unannehmbar‘ sei. Und wie es im Leben geht, der Eindruck seiner frischen Darstellung war ein packender. Wohl kamen schüchterne Zweifel und in späteren Besprechungen auch sachgemäß begründeter Widerspruch, aber Lasker hatte das erste Wort gehabt und unzählige Male ging es nach seiner Meinung.“⁸⁾

Wenn man bedenkt, daß Elben dem 1879 ausgeschiedenen rechten Flügel der Liberalen angehörte und daher sein Verhältnis zu Lasker im Laufe der Zeit abgekühlt war, so ist diese Bewertung sehr imponierend. Parteiischer sind schon die Lobeshymnen Bambergers, in denen Lasker wohl etwas idealisiert wird. Aber in der sachlichen Schilderung von Laskers Wirksamkeit in der Fraktion stimmt er mit Elben vollkommen überein:

„Ich möchte Ihnen einmal zeigen, wie es war, wenn man morgens in die sogenannte Fraktionssitzung kam. Der erste war er sicherlich. In dem großen Saal saß er schon oben allein am Tisch, beladen mit Aktenstößen. Dann sammelte man sich und nannte die Tagesordnung. Irgendein großes, wichtiges Gesetz sollte geprüft werden, aber es waren nur noch vier bis acht Tage bis zur Debatte in der Plenarversammlung. Einige hatten die Vorlage gelesen, von diesen hatten schon wenige gewagt, sich ein Urteil zu bilden, die meisten hatten überhaupt noch keine Kenntnis davon. Dann eröffnete das Präsidium die Beratung und fragte, ob jemand zur Vorlage sprechen wolle. Allgemeine Stille, man weiß schon, wie es kommen wird.

⁸⁾ Nachruf von Otto Elbein im „Schwäbischen Merkur“, 1884, abgedruckt bei Robolsky, S. 224 ff.

Nach einer Anstandspause erhebt sich Lasker und bringt die ganze Vorlage so faßlich, so deutlich nach all ihren Gesichtspunkten zusammengestellt unter die Augen der Anwesenden, daß nun mit einem Male eine Menge von Meistern ersteht, die ganz gut Bescheid wissen.“ Lasker war nach Bambergers Meinung Generalstabschef und Feldwebel der Fraktion.

Lasker bewies trotz seiner Überlegenheit viel Geduld. „Er hörte jeden an; wenn er in einer halben Stunde fertig war, so war das schnell. Wer ihm einen Gedanken, ein Projekt vorschlagen wollte, konnte sicher sein, Gehör zu finden. Er war von einer unerschöpflichen Langmut, auch für die schlimmsten Querulanten.“⁹⁾

Nicht allen Fraktionsgenossen, und natürlich erst recht nicht den Gegnern, schien Laskers Arbeit so verdienstvoll. Der überempfindliche Stephani bemängelte im Laufe der Jahre öfters Laskers Eitelkeit und Rechthaberei, seine Anmaßung, seine „unduldsam-diktatorische Art, in welcher Lasker der Fraktion seine Anschauungen aufzwingen wollte.“¹⁰⁾ Unduldsamkeit wirft ihm auch der Verfasser des Nachrufes in Paul Lindaus „Nord und Süd“ vor: „Wenn er, namentlich in Fraktionssitzungen gesprochen, konnte er Widerspruch nicht mehr gut ertragen, und wer solchen wagte, mußte sich darauf gefaßt machen, von dem allezeit schlagfertigen Redner in einer manchmal empfindlichen Weise abgetrumpft zu werden.“ Im gleichen Nachruf aber wird Lasker bezeichnet als „der schneidigste und gewandteste Vertreter der Kompromißpolitik, für welche gerade seine von der Wärme aufrichtigster Überzeugung durchdrungene Beredsamkeit oft Wunder gewirkt hat. Einen gefährlicheren Gegner als ihn hat der rücksichtslose Doktrinarismus nie gehabt.“¹¹⁾

Seine Gegner wissen alle Eigenschaften negativ zu deuten. Aus seiner sachlichen Auffassung macht man Pedanterie, Kleinlichkeit, spricht er aber mit Feuer, so wirft man ihm Demagogie vor. Aus seiner unbeirrbaren Logik macht man unpraktischen Doktrinarismus, aus seiner Führerrolle in der Fraktion tyrannische Engherzigkeit. Die Gegner Laskers widersprechen sich dabei dauernd. Bismarck hält ihm, je nach Laune und politischem Bedürfnis, Doktrinarismus vor, wenn Lasker auf Prinzipien beharrt und wetterwendische Beeinflußbarkeit, wenn er nach reiflichem Nachdenken seine Position verändert. So wie man eine überparteiliche Zeitung daran erkennt, daß sie von allen Seiten gleichmäßig der Parteilichkeit für die andere Seite beschuldigt wird, so sind auch diese Angriffe der eindeutige Beweis für Laskers Unabhängigkeit. Für die Regierung war er stur, für die Opposition wankelmütig.

⁹⁾ und ¹¹⁾ Zur Charakteristik Eduard Laskers, Nachruf in „Nord und Süd“, 2. Quartalband 1884, S. 122—130. Ähnlich Eyck, Bd. III, S. 44.

¹⁰⁾ Böttcher, S. 174.

Wort und Tat

Parlament heißt Redestätte. Im Parlament regiert das Wort wie in der Universität und im Theater. Der Glaube an das Wort und an das Gespräch ist die Grundlage alles parlamentarischen Lebens. Parlamentsgeltung „beruht auf dem Glauben, mindestens auf der Fiktion, daß die öffentlichen Angelegenheiten am vollkommensten in öffentlichen Beratungen der sapientesten und eloquentesten Männer und in einer Beschlußfassung, die auf die Möglichkeit wechselseitiger Überzeugung durch Dialektik und Rhetorik gegründet ist, besorgt würden.“¹⁾

Dieser Auffassung stehen diejenigen gegenüber, für die Reden immer mit Schwätzen gleichbedeutend ist, die an eine Beeinflußbarkeit der Geschichte durch Parlamentsreden und -beschlüsse nicht glauben. Als Beispiel für viele Gesinnungsgenossen diene der Geheimrat Wagener: „Die Gegner durch eine parlamentarische Rede überzeugen und gewinnen zu können, dieser Illusion habe ich mich niemals hingeben können. Der Ausspruch: es ist möglich, daß eine schöne Rede meine Überzeugung ändert, aber mein Votum niemals, war für mich ein unanfechtbares Axiom. Für die Nachwelt gilt nur die persönliche Tat.“²⁾ Der ganze Gegensatz zwischen Bismarck und Lasker ist der Gegensatz eines Redners zu einem sogenannten Mann der Tat.

Lasker war im Plenum einer der bedeutendsten Redner. „Lasker war“, so urteilt ein Gegner aus dem Zentrum, „zweifelloos das wortgewandteste Mitglied des deutschen Parlaments. So etwas von Leichtflüssigkeit der Rede ist mir nie mehr im Leben begegnet. In diesem Punkte war er das gerade Gegenteil vom Fürsten Bismarck, der Lasker nicht ausstehen konnte.“³⁾

Und die Gegenseite: Der Sozialdemokrat Blos sagte 1877 von Lasker: „Das kleine zappelige schwarzhaarige Männchen redete ungeheuer viel und lang und galt sehr bald beim Volk als der Typus des Parlamentschwätzers.“⁴⁾

Den äußeren Eindruck des Redners Lasker beschreibt Mohl: „Unleugbar sprach er nicht nur sehr geläufig, sondern fast zu schnell, oft unterhaltend und witzig. Hervorleuchtend waren immer sein scharfer Verstand, seine juristisch gut geschulte Logik, seine Schlagfertigkeit, in vielen Dingen auch seine Sachkenntnis; aber zum Staatsmann im höheren Sinne fehlt ihm doch, will mich dünken: wesentliches: nämlich der weite Blick, die Frei-

¹⁾ Hellpach, Vortrag von 1926, a.a.O.

²⁾ Wagener, Teil 1, S. 66.

³⁾ Bachem, S. 105.

⁴⁾ Wilhelm Blos, Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten, München, 1914, 2 Bde., S. 218, Bd. I.

heit von Parteitradition und Partei-Ehrgeiz. Es ist in Auffassung und Darstellung etwas Advokatisches und spezifisch Preußisches, wo nicht Berlinerisches. Auch schadet seinem persönlichen Ansehen der Mangel an würdiger Ruhe. Er ist beständig in quecksilbriger Bewegung. Die Natur hat ihn äußerlich nicht sehr begünstigt. Lasker ist sehr klein — er und Windthorst waren die kleinsten Mitglieder der Versammlung; seine Physiognomie ist jüdisch, seine Stimme zwar ausreichend, allein etwas spitzig und nicht ausdauernd.“⁵⁾

Elben sah Lasker im Jahre 1870 folgendermaßen: „Unter den vielen interessanten Persönlichkeiten fiel bald die kleine Gestalt mit dem ausdrucksvollen Gesicht, den schönen schwarzen Augen auf. Alles drängte sich da unten um Eduard Lasker. Abgeordnete aller Parteien hatten mit ihm zu verhandeln, rührig, hastig, bewegte sich der kleine Mann in dem Saale des Herrenhauses. Er war auf der Höhe seines Einflusses, seines Ruhms, die er vollauf die nächsten Jahre behauptete.“⁶⁾

Die „Grenzboten“ verteidigten 1873 Lasker gegen den Vorwurf der Vielrednerei: „Immer nur Pflichtgefühl und Gemeinsinn drängen Lasker zum Wort. Selten wird man Lasker während einer Debatte von irgendeinem Wert nicht an seinem Platz finden. Die leere Rückseite einer Drucksache oder Broschüre vor ihm enthält jedesmal eine wortgetreue Bleistiftniederschrift aller wesentlichen Gedanken, welche die Gegner laut werden ließen. Mit phantastischen Arabesken und tiefschattierten Ranken sind diese feindlichen Gedanken umwunden. Dazwischen tauscht er, rasch um die eigene Achse sich drehend, ein lustiges Wort mit dem Hintermanne — in den Tagen des Norddeutschen Reichstages wohl auch mit seinem vieljährigen Vis-a-vis auf der Rechten des Mittelganges, dem Geheimrat Wagener.

„Lasker wollen Sie sprechen?“ fragt ihn ein Führer der Partei, auf die massenhaften Notizen blickend. „Das weiß ich noch nicht!“ ist die ehrliche Antwort. Er weiß es meist erst dann, daß er sprechen wird, wenn er sich zu Wort erhoben hat.“ Er halte alle seine Reden ohne Vorbereitung; er sei der Posten am Gewehr, die stets bereite, äußerste Feldwache im Schußbereich des Feindes. „Und dennoch sind mächtige Reden aus dieser spontanen Waffenbereitschaft hervorgegangen.“ Lasker verstehe es, den Wortstreit immer auf den idealsten Gesichtspunkt hinzuführen. Weil er aber idealer denke, sei er objektiver und könne dem Gegner leichter die Hand zum Frieden bieten. „Viele seiner Reden haben den harten Mißklang schroffer Wortkämpfe mit einem harmonischen Akkord geschlossen.“ Nur, wer das Parlament nicht kenne, könne behaupten, daß Lasker zuviel rede.⁷⁾

„Er war ein Redner von den größten Gaben. Er hatte nicht das Blendwerk einer bilderreichen Sprache, er hatte nicht die Phantasie mit allen ihren Chören, um seine Zuhörer fortzureißen; aber er hatte jene Fülle, jenen Vorrat von Gedanken, aus dem in jedem Augenblick ohne Besinnen geschöpft werden kann.“ So sieht Bamberger den Redner Lasker. „Und doch war die oratorische Leistung das wenigste an ihm.“⁸⁾

⁵⁾ Mohl, Bd. II, S. 176.

⁶⁾ Robolsky, S. 224 ff.

⁷⁾ Grenzboten, 1873, 1. Quartalband, S. 441 ff.

⁸⁾ Bamberger, Bd. II, S. 106.

Als Redner war Lasker dem Kanzler eindeutig überlegen. Bismarcks bellende, hohe Diskantstimme, sein ständiges Stocken und Ringen nach Worten, seine verwickelten Sätze und seine ständigen Wiederholungen enttäuschten viele, die ihn zum ersten Male hörten. Bismarcks Groll gegen Redner, gegen die angebliche Macht der Beredsamkeit ist nur diesem inneren Eingeständnis zuzuschreiben.⁹⁾

In den anonym erschienenen „Erinnerungen eines Offiziösen aus der Wilhelmstraße“ macht sich eine angeblich am 21. November 1876 versammelte Teegesellschaft über den Redner Lasker lustig.

Der Fürst gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen des Reichstags bald beendet seien.

„Der Mensch denkt — und Lasker lenkt“, griff Herr v. P. ein.

Der Fürst runzelte die Stirn, als ob ihm der Scherz nicht gefiele.

Geheimrat Z. mochte das wohl nicht bemerkt haben; denn er fiel ein: „Da ist mir heute ein seltsames Schriftstück zugegangen; es betitelt sich: Das beste Mittel, die Reichs- und Landtagssessionen abzukürzen oder was Lasker alljährlich dem Staate kostet.“

Die Gesellschaft fordert eine Verlesung des Dokuments.

„Seitdem Lasker im Jahre 1865 die Parlamentstribüne betreten, hat er im ganzen 927 745 328 Worte gesprochen.“

Lautes Staunen außer beim Fürsten.

„154 mal so viel Worte, als das ganze alte Testament enthält, oder 42 mal so viel, als Goethe geschrieben, oder 3,9 mal so viel, als Cicero gesprochen. Wenn man Laskers sämtliche gesprochenen Worte hintereinander auf einen Streifen Papier schriebe, so würde dieser mehr als neunmal um die Erde reichen.“

Schallendes Gelächter, in das schließlich der widerstrebende Fürst einfällt.

„Spricht Lasker nur noch zwei Drittel einer Legislaturperiode so fort wie bisher, dann reicht der Streifen bis an den Mond.“

Anträge und Amendements hat Lasker im ganzen 27 344 gestellt, wovon 27 211 angenommen sind. (!) An Bravos verzeichnen die stenographischen Berichte nicht weniger als 11 874 in nur 11 Jahren! Darunter 8881 stürmische Bravos. Zur Ordnung ist er einmal gerufen.“

„Wie, was“, fiel hier die Gesellschaft ein, „Lasker ist auch einmal zur Ordnung gerufen?“

Jetzt bemerkt der Fürst selber: „Gewiß, vor einem Jahr wegen einer Äußerung gegen Windthorst; ich habe ihm dazu nur herzlich gratulieren können.“

Der Geheimrat fortfahrend: Die 927 745 328 Worte Laskers verteilen sich auf 866 194 Reden und 74 312 persönliche Bemerkungen. Davon beziehen sich 44 912 Reden auf das Budget- und Finanzwesen, 1953 auf das Strafgesetzbuch, 126 auf Wucherzinsen, 14 auf die Lumpenausfuhr des Zollvereins, 17 auf die Impfordnung, 289 auf den Kulturkampf, 71 auf den Gründungsschwindel, 77 auf Aktienwesen, 9 auf die Rinderpest, 4 auf die Prosti-

⁹⁾ Über Bismarck als Redner vgl. übereinstimmend: Bebel, Bd. II, S. 140, Müller-Meiningen, S. 111; Wermuth, S. 54; Sudermann, S. 387 ff.

tution in Berlin, 6 auf die Zwangskehrbezirke der Schornsteinfeger, 13 auf die Rebläuse ...'

„Genug, genug!“ fiel hier die Gesellschaft ein, deren Lachen die Stimme des Vorlesers fast übertönte.

„Was meinst Du, Otto“, sagte die Fürstin, „wenn die fünf Milliarden voll sind, müßte Lasker doch so gut in den Adelsstand erhoben werden wie Herr von Bleichröder. Was er wohl sagen würde, wenn er eines Morgens einen großen Brief erhielte mit der Adresse: Sr. Exzellenz, Herrn Staatsminister von Lasker. Denn Minister wird er doch längst sein, ehe er die fünfte Milliarde ausgedet hat. Welches Portefeuille hast Du eigentlich für ihn in petto?“

Der Fürst macht eine Miene, als wenn er sagen wollte, daß er über diesen Gegenstand den Scherz nicht liebe. Er erwiderte ganz ernsthaft: „Ich hätte Lasker ganz gerne im Ministerium zur Seite; er ist bloß zu vielseitig; Wahl macht Qual, ich weiß nicht, ob man Justiz, Finanzen, Inneres oder Handel ihm anvertrauen soll.“

Hier endet der Bericht des unbekannten Chronisten und wenn es sich auch nur um eine scherzhafte Unterhaltung handelt, so kennzeichnet sie doch die allgemeine Stimmung in Regierungskreisen dem Redner gegenüber.¹⁰⁾

Lasker war sich der Ursache seines Konfliktes mit Bismarck durchaus bewußt. Immer wieder machte er sich Gedanken über die Bedeutung des Wortes in der Geschichte. 1879 legte er seine Gedanken in einem Vortrag „Wort und Tat“ dar.

Lasker liebte es, Vorträge zu halten, während ihm das Schreiben oft sehr sauer wurde. Hatte er einen schriftlichen Beitrag für die „Deutsche Rundschau“ zu liefern, so zögerte er die Abfassung immer wieder hinaus, hatte immer noch etwas zu feilen und zu kritisieren, bemängelte seinen schweren Stil. Im Sprechen aber war er groß. Fast alle seine Essays zur Kulturentwicklung sind aus Reden hervorgegangen, die er nach Stichworten hielt und mitstenographieren ließ, um sie hinterher auszuarbeiten.

Am 8. Januar 1879 hielt Lasker einen öffentlichen Vortrag zu dem Thema „Wort und Tat“. Der große Saal des Architektenhauses war so überfüllt, daß zahlreiche Besucher, darunter Laskers eigener Verleger, nicht mehr eingelassen wurden. „Lasker auf der Lehrkanzel“ beschreibt Rodenberg jene Vorträge, „war ein ganz anderer als Lasker auf der Parlamentstribüne. Wenn sein Blut in Wallung kam, hatte seine Beredsamkeit etwas, das ihn ebenso hinriß, wie seine Zuhörer, etwas Elementares, nichts Studiertes. Ich habe bei solchen Gelegenheiten, in leidenschaftlichen Momenten, seine Augen funkeln, seine Wangen glühen sehen. Hier im Gegenteil sprach er ruhig, in gemessenem Tempo, jedes seiner Worte erschien wohlüberlegt, wengleich er nur ein Blättchen mit Notizen und die Uhr vor sich hatte, auf die er abwechselnd manchmal blickte.“¹¹⁾

¹⁰⁾ abgedruckt bei Poschinger, Bd. II, S. 212 ff. Über ähnliche abfällige Urteile vgl. Busch, Bismarck und seine Leute, S. 392; Tiedemann, Persönliche Erinnerungen an Bismarck, S. 40.

¹¹⁾ Rodenberg, Deutsche Rundschau 1884, S. 455 ff.

Der Vortrag selbst stellt das Wort als das krönende Geschenk der Schöpfung an den Menschen dar. Das Wort treibt zur höheren Gemeinschaft „und nicht bloß die Gegenwärtigen verbindet die Rede, sondern sie bewirkt, daß wir uns in unmittelbarem Zusammenhang empfinden mit denen, die vor uns gelebt haben, und daß wir uns nicht nur den Mitlebenden, sondern auch als Vorbereiter künftiger Generationen verpflichtet fühlen.“

Die Rede allein könne keinen selbständigen Wert beanspruchen. „Mit Worten allein könnte niemand, weder fördernd noch hindernd, in den Gang der Dinge eingreifen.“ Erst die Verschmelzung von Wort und Tat ergebe den Fortschritt.

„Immer ist es das Zeichen einer disharmonisch verstimmten Zeitepoche“, sagt er mit einem Seitenblick auf sein persönliches Verhältnis zu Bismarck, „wenn die Männer der Tat und die Männer des Wortes wie elementare Gegensätze in Zwiſt geraten.“

Die Ursache dieses Konfliktes kommt häufig vom allzuvielen Reden. Der verächtlichste Gegensatz zur Tat liege in der Phrase, in dem Wort ohne Ernst, etwas zu bewirken. Der Mißbrauch der Rede sei häufig. „Nutzen und Gelegenheit verleiten zur Unwahrheit. Andere verführt die Phantasie zur Selbsttäuschung und gar viele zwingt ihre Unzulänglichkeit des Ausdrucks zur ungenauen Darstellung.“

In der Geschichte verachten die Generäle die Diplomaten, die Diplomaten den Gesetzgeber, die Staatsmänner die Gelehrten, weil jeder die anderen als Männer der Feder ansieht. „Und doch muß ein jeder, der irgendwie an der Herrschaft teilnehmen will, des Wortes als der mächtigsten Waffe sich bedienen, und ebenso, wer seine Kraft in zweckmäßigem Widerstand bewähren will. Denn nur das überzeugende oder überredende Wort erlöst aus der Vereinzelung und schafft Organisationen, welche Kraft entfalten und eine wirksame Leitung heranzubilden.“ In der Bewertung des Wortes gebe jede Generation ihr Selbsturteil ab.

Der Despotismus ist nach Lasker diejenige Staatsform, in der das Wort unterdrückt ist. Er entspringt der Neigung des Volkes, schweigend zu gehorchen. Das alte Ägypten ist eine wortlose Nation, getragen von der befehlenden Rede und dem gehorchenden Schweigen.

Die Griechen dagegen gehorchen nur, wenn sie überzeugt oder überredet sind. Ihre Geschichte ist mit glänzenden Rednern eng verknüpft. Freilich entsteht dort auch die Entartung der Nur-Rhetoren und Sophisten.

In den Römern schließlich, die ein Volk von Advokaten und Kriegern gewesen sind, haben sich Wort und Tat zu einer produktiven Einheit verschmolzen. Wer zur Herrschaft wollte, mußte beide Elemente in sich vereinen.

Der deutsche Charakter aber ist widerspruchsvoll. Er pendelt zwischen Helden- und Knechtssinn, zwischen Freiheit im Handeln und Ergebung in das auferlegte Los. Deshalb ist auch die Bedeutung des Wortes umstritten.

Unvermittelt spricht Lasker von dem tiefen Mißbehagen der Gegenwart. Zuerst der Aufschwung des Reiches, jetzt aber materielle Versunkenheit und hadervolles Durcheinander aller Interessen. Der Grund des Unbehagens ist die feindselige Haltung, in welche die angeblichen Repräsentanten

von Wort und Tat geraten sind. „Zu keiner Zeit ist die Rede mehr und mit größerem Erfolg gehandhabt worden und doch zu keiner Zeit mehr das Wort mit Hilfe des Wortes verspottet.“ Ein großer Zeitgenosse — Bismarcks Name wird nicht genannt — hat die Redner als etwas Verächtliches bezeichnet. Dabei sei gerade dieser Mann durch das Wort zum Mächtigsten der Zeit geworden; die bedeutendsten Werke hat er durch das Wort geschaffen und im Zenith seiner Macht stützt er sich auf die Hilfsmittel der Beredsamkeit.

Der geschichtliche Durchbruch der Rede erfolgte im ersten Vereinigten Preussischen Landtag von 1847. „Wie der Föhn die Erstarrung löst, die Gewässer von den Höhen stürzen, so schlug das Wort ein, als zum ersten Mal berufene Vertreter des preussischen Volkes in mündlicher Rede zum Volke sprachen. Niemals war das Wort mächtiger, als da die Überzeugung sich schlicht vortrug und Überzeugung in den Herzen anderer erweckte oder vorhandenen Überzeugungen den passenden Ausdruck gab, dem weitverbreiteten Mißbehagen ein fruchtbares Streben anwies. Es war klar, das Volk wollte nicht länger gehorchen, ohne von der Rechtmäßigkeit des Befehls überzeugt zu sein. Innerhalb weniger Wochen wurden Männer als Repräsentanten des Rechts und der Freiheit populär, als wenn sie in langen und schweren Kämpfen erprobt wären. Nicht Genie noch glänzende Gaben, noch betäubende Verwegenheit, noch der Appell an die Leidenschaften und die Gewalt, sondern allein das in schlichter Einfachheit treffende Wort verschaffte Erfolg den Männern, welche als Neulinge in den politischen Streit eintraten.“ Mit diesen Worten hat Lasker seine eigene Vorstellung von einem erfolgreichen Redner, der er zeitlebens nacheiferte, formuliert.

Die dritte französische Revolution bringt nach Lasker eine Störung der Entwicklung. „Die öffentliche Diskussion überströmte alle Gebiete, auch solche, für welche sie noch nicht vorbereitet war. Die preussische und die deutsche Nationalversammlung waren beinahe zwei leibliche Repräsentanten von Wort und Tat. In Frankreich blinder, nationaler Eifer, überspannte Hoffnungen, in Preußen Anlehnung an ein festes Staatsgefüge.“ Die fessellose Diskussion schafft Ermüdung. Daher der Streit, daher das Unbehagen: „Hinter uns, aber noch nicht völlig überwunden, liegt die Periode der allein waltenden, allein sorgenden Absolutie. Jetzt sollen wir in den größten und kleinsten Angelegenheiten mitraten und mittun, und wie in allen unsicheren Anfängen genießen wir die neuen Errungenschaften ohne Maß.“ Daher auch der Streit zwischen denen, „welche berufen sind, die althergebrachte Autorität einer wirksamen Prüfung und Diskussion zu unterziehen und zwischen den Trägern der Autorität, die noch in den alten Zeiten wurzeln und ungeduldig ertragen, wenn sie in ihren Plänen durch den Kampf der Meinungen, durch Prüfung und Kontrolle aufgehalten werden.

Der Redner ist dem herrschbegierigen Manne der lebende Repräsentant des ihm verhaßten Zwanges, in die öffentliche Verhandlung einzutreten und um den Sieg der Meinungen sich zu bewerben.“

Dem Volk allerdings imponiert die Tat, besonders, wenn sie etwas Rätselhaftes an sich hat. Dabei entspringt jede Tat langen Überlegungen. „Und gar erst in den Sphären, in welchen die Menge mit besonderer Vorliebe die Männer der Tat zu suchen pflegt, in dem Wirkungskreis der Ge-

bietenden, gibt es, außer vereinzelter Willkürakten, keinen Entschluß, der nicht aus eingehenden Diskussionen und dem Widerstreit der Meinungen sich losgerungen hätte.“

Lasker glaubt, daß im Parlament, wo die Masse vereinzelter Erfahrungen, die Fülle der Ideen, Vorschläge und Informationen zusammenkommt, mehr Weisheit sich sammelt als in einem einzelnen Kopf.

„Befreit zu selbständigem Tun ist der Mensch erst dann, wenn er nur nach Überzeugung handelt und das Mittel hierzu ist allein die hinlängliche Freiheit des Ausdrucks, welche Zweifel aufwerfen, erläutern und in vielen gleichzeitig ein besseres Verständnis hervorrufen kann.“ Immer und immer wieder der Glaube an die menschliche Vernunft und an den Fortschritt.

Lasker wendet sich scharf gegen das Wort vom Schweigen, das Gold sein soll und gegen die Mythen von den Großen Schweigern, die der Volksmund erfunden habe.

Redner sind nach Lasker ein Maßstab für das Kulturniveau eines Staates. Reden ist auch keine Gabe, sondern eine Folge klaren Denkens. „Wer klar begreift, was ihn bewegt, der wird seiner Gedanken in wohlgeordneten Sätzen sich bewußt und die Rede strömt ihm auf die Lippe, wenn er den Hörer findet.“ Rede als Kunst ist sinnlos. Ihr Wert liegt im Inhalt, in der Absicht, ein ganz bestimmtes Ziel zu erreichen. Deswegen ist echte Rede auch Tat, auch Dienst am Geiste, am Vaterland, an der Geschichte, an der Kulturentwicklung.¹²⁾

Mit diesen Worten hat Lasker endlich einmal seinem Groll gegen die Mißachtung des Redners Luft gemacht. Er selbst war in dem dargestellten Sinne Redner und Sachfanatiker. Er stellte niemals, wie Bismarck, ein Bonmot über den Sachgehalt, er widerlegte immer Ideen, während Bismarck Personen angriff. So lange Lasker im Parlament saß, hatte das Wort Geltung und Einfluß, mit seinem Abtritt von der Bühne hat auch die gestaltende Kraft des Wortes, des Gespräches im deutschen Parlament auf Jahre hinaus abgedankt.

¹²⁾ Lasker, Essays, S. 207—268.

Der Vorhang senkt sich

Während seiner schweren Krankheit im Jahre 1875 hatte Lasker in Freiburg Erholung gesucht. 1883 entschloß er sich, seinen jüngeren Bruder, der in Galveston, Texas, ein Geschäft hatte, zu besuchen, um sich für die neue Reichstagssession Kräfte zu holen.

Am 2. Juli 1883 war er letztmals in den vertrauten Hallen des Reichstags gewandelt. Wenige Tage später war er bereits in London und erfuhr von Bennigsens Mandatsniederlegung. Am Tag seiner Abreise, am 14. Juli, schrieb er dem langjährigen Mitstreiter einen Brief, in dem er ihm zu seinem Entschluß Glück wünschte. „Daß Sie vermeiden, Ihre Hilfe zu leihen, wo Sie keinen Nutzen für das Land erblicken, das ist für mich eine erfreuliche und ermutigende Handlung; ich knüpfe daran die Hoffnung, daß Sie Ihre Dienste dem Lande erhalten.“ Lasker hofft auf die Zeit, in der die Liberalen einiger als jetzt wieder zu einer großen einigen Partei verbunden sind. Dann werde man auf Bennigsens Führergestalt zurückgreifen. „Mein Beifall wird Ihnen nicht fehlen, wie ich ununterbrochen das größte Vertrauen zu Ihren guten Absichten gehegt habe.“ Lasker schließt mit den besten Wünschen für die Sammlung des Geistes, „welchen ich in dem andern Weltteil suche, Sie aber in der Heimat finden mögen.“¹⁾

Am 22. Juli legte Laskers Schiff in New York an. Er blieb dort eine Weile bei Verwandten, reiste nach Chicago und anderen Hauptstädten des Westens und schließlich zur Eröffnung des Kongresses nach Washington, wo ihm die ansässigen Deutschen eine großartige Ovation bereiteten. Überall wurde er zu Vorträgen eingeladen, verhielt sich aber sehr zurückhaltend.²⁾ Die längste Zeit seines Aufenthaltes verbrachte er in Galveston, dem Wohnsitz seines Bruders. Im September 1883 wurde die Northern Pacific Railroad, die den Osten und den Westen des Landes miteinander verband, eingeweiht und Lasker zählte zu den deutschen Ehrengästen, die an der Eröffnungsfahrt nach San Francisco teilnahmen. Gegen Ende des Jahres kehrte Lasker nach New York zurück, kaufte sich seine Fahrkarte, um bei der Reichstagseröffnung anwesend zu sein. Er sprach bei verschiedenen jüdischen Vereinen.

In der Nacht vom vierten auf fünften Januar 1884 weilte Lasker bei einem Souper, das der Bankier Seligmann in seinem Hause, 2 East 46th Street, abhält. Nach Mitternacht bringt ihn der Gastgeber in seiner Kutsche persönlich nach Hause. Die beiden fahren gerade die 28. Straße hinunter, als Lasker über heftiges Unwohlsein klagt und gleich darauf bewußtlos zu-

¹⁾ Oncken, Bd. II, S. 499.

²⁾ Der Schriftsteller Paul Lindau, der zusammen mit Lasker auf dem Schiff war, behauptete später, er habe an Lasker Züge geistigen Verfalls festgestellt. Blum, S. 487.

sammenbricht. Vorübergehende helfen, Lasker in einen Pferdestall zu tragen und betten ihn auf Büffeldecken. Der Arzt findet den Puls noch schlagend, kann aber nicht verhindern, daß Laskers Leben gleich darauf erlischt.³⁾

Die Todesursache ist Herzschlag; als tieferen Grund nimmt man in Deutschland Paralyse des Gehirns an, die Auswirkung eines ständig zunehmenden Gehirnleidens. Lucius, der selbst Arzt ist, hält die Erkrankung für eine Folge von Typhus,⁴⁾ der frühere Parteifreund Laskers, Psychiater Dr. Zinn, für eine Folge von Nervenfieber.⁵⁾

Die ganze Welt nimmt Anteil am Tode des Politikers. Es gibt keine Zeitung in Deutschland, die ihm nicht einen Nachruf widmet. Selbst die Kreuzzeitung und die Norddeutsche Allgemeine Zeitung finden anerkennende Worte. Von den zahlreichen Gedächtnisgedichten sei dasjenige des Kladderadatsch angeführt:

„Der Wahrheit dientest Du ohn' Unterlaß
Und trugst beherzt der Feinde Spott und Haß.
Dem Recht nur war Dein Blick stets zugewandt,
Dein Herz war rein und rein auch Deine Hand.
Volksfreiheit hast Du starken Muts begehrt,
Für sie gezückt der Rede scharfes Schwert.
Dem Vaterland getreu bis an den Tod,
Selbstlos und fest, ein echter Patriot!“⁶⁾

In Galveston, Texas, wo Laskers Bruder wohnt, gehen die Flaggen auf Halbmast und die Geschäfte schließen. In New York hält Senator Karl Schurz die Totenrede:

„Wo ist die Nation, die ihn nicht mit Stolz den Ihrigen nennen würde? Es klingt wie eine Lästerung der menschlichen Natur, wenn man von drüben berichtet, wie die Fanatiker der neuen Judenverfolgung, auch jetzt noch, nachdem sie ihm die letzten Jahre seines Lebens verdüstert, den Namen des Toten zu beschimpfen suchen, weil er Jude war. Haben wir Mitleid mit denen, die ihre eigene Schande nicht sehen. Aber umso williger und stolzer stehen wir hier, Amerikaner und Deutsche, Bürger eines freien Landes, dem Toten in dankbarer Verehrung die Bruderhand zu reichen über das Grab hinaus.“⁷⁾

Die einbalsamierte Leiche wurde nach Deutschland geschickt und dort am 28. Januar bestattet.

Das amerikanische Repräsentantenhaus verabschiedete am 9. Januar folgende Resolution, die der demokratische Abgeordnete Ochiltree eingebracht hatte:

³⁾ Die Berichte der verschiedenen Zeitungen widersprechen sich hinsichtlich der genaueren Schilderungen des Todes. Ich richte mich hier nach dem Bericht der „New Yorker Staatszeitung“ vom 6. 1. 1884.

⁴⁾ Lucius, S. 278.

⁵⁾ Bamberger, Tagebücher, S. 273.

⁶⁾ Kladderadatsch-Album, S. 99.

⁷⁾ Die Rede von Karl Schurz ist abgedruckt in der Beilage zur Allgemeinen Zeitung in München vom 26. 1. 1884. Die Memoiren von Schurz enden 1881 und enthalten über Lasker nichts. Über seinen Amerikaaufenthalt vgl. auch Baumbach, S. 6 ff.

"Resolved, that this house heard with deep regret of the death of the eminent German Statesman Edward Lasker.

That his loss is not alone to be mourned by the people, of his native land, where his firm and constant exposition of, and devotion to free and liberal ideas have materially advanced the social, political and economic conditions of those people, but by the lovers of liberty throughout the world."⁸⁾

Die Resolution sollte der Familie des Toten und dem deutschen Reichstag übermittelt werden. Der amerikanische Gesandte in Berlin, Sargent, übermittelte die Resolution der Reichskanzlei. Bismarck reichte sie zurück mit der Bemerkung, daß sie ein Urteil über die politische Tätigkeit Laskers enthalte, welches mit seiner Überzeugung in Widerspruch stehe. Die Resolution wird an den deutschen Gesandten in Washington gesandt. Dieser sollte sie dem Außenminister zurückgeben, der aber die Annahme verweigert, weil ein Beschluß des Hauses nicht rückgängig gemacht werden könne. Anstatt die Resolution auf dem Tisch liegen zu lassen, nimmt Eisendecker sie wieder mit, mit dem Erfolg, daß ihn der wütende Bismarck von Washington wegversetzen läßt.⁹⁾

Die Angelegenheit hat im Reichstag ein dramatisches Nachspiel. Nach der Eröffnung am 6. März 1884 werden in üblicher Form die Namen der verstorbenen Abgeordneten verlesen. Rickert meldet sich danach zur Geschäftsordnung:

„Meine Herren, namens der zahlreichen Freunde des verstorbenen Abgeordneten Lasker danke ich für die vielen Beweise der Teilnahme an dem Verluste dieses ausgezeichneten Mannes, danke ich insbesondere dem Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten von Amerika.“ (Oho! rechts. Lebhaftes Bravo! links.) Der Präsident hält die Bemerkung nicht für geschäftsordnungsmäßig, die Konservativen protestieren gegen den Mißbrauch der Tribüne zu einer politischen Demonstration.

Eugen Richter ärgerlich: „Wir werden in ähnlichen Fällen ebenso handeln wie heute, und auf ihren Protest kommt es in der Sache ebensowenig an wie auf die unbefugte Einmischung des Herrn Reichskanzlers.“ (Große Unruhe rechts. Glocke des Präsidenten.) Bötticher verteidigt seinen Chef, der nicht der Kritik des Hauses unterliege.

Richter erwiderte, der Reichskanzler und seine Handlungen unterlägen selbstverständlich der Kritik des Reichstags und was Bötticher dazu bemerke, sei völlig gleichgültig. Nach weiteren erbitterten Wortwechseln weiß der Präsident keinen anderen Ausweg, als die Sitzung zu schließen.¹⁰⁾

Am 13. März ergreift Bismarck das Wort und hält ein furchtbares Totengericht über Lasker ab. Endlich einmal kann der Kanzler, von allen Hemmungen befreit, seinem Groll über die echte und eingebildete Gegnerschaft des verhaßten kleinen Juden Luft machen.

„Hatte Lasker recht, dann hatte die Politik des Kaisers und die meinige Unrecht, denn ich hatte von Lasker nicht Förderung meiner Politik, sondern

⁸⁾ Abgedruckt bei Poschinger, Bd. III, S. 116 ff.

⁹⁾ vgl. dazu Ottmar v. Mohl, 50 Jahre Reichsdienst, Leipzig, 1921, 2 Bde., Bd. I, S. 154.

¹⁰⁾ 7. 3. 84 — 2, 9 ff.

Opposition von Anfang an gefunden.“ (Widerspruch links.) Lasker habe einer Fraktion angehört, „deren Existenzunterlage nur die gemeinsame Abneigung gegen mich war.“ Unter lautem Pfui-Rufen der Versammlung wirft er der Linken vor, sie habe die Stellung am Grabe eines Freundes in wucherischer Weise zu einer politischen Demonstration ausgebeutet.

Er sei kein Briefträger und habe das Recht gehabt, die Resolution zu prüfen und zurückzuweisen, da die Amerikaner über Laskers wahre Stellung nicht informiert gewesen seien. Die nationalliberale Fraktion habe eine Zeitlang seine Bemühungen unterstützt. Aber Lasker „hat jede Unterstützung, die ich als Kanzler von dieser Fraktion erwarten konnte, nach Möglichkeit abgeschwächt, verwässert, sozusagen die Suppe versalzen — die Sache, wenn er sie unterstützte, nach einer anderen Seite hinübergeschoben, wo sie weniger nützlich, weniger annehmbar war. Er erinnere an alle wichtigen Beratungen, „wo ja keine Regierungsvorlage angenommen werden konnte, wenn nicht der Stempel Lasker darauf gesetzt war.“ Und durch diesen Stempel sei die Sache regelmäßig verschlechtert worden. Lasker habe die nationalliberale Partei zerstört, weil er den rechten Flügel zum Austritt gezwungen habe. Den Rest der Partei habe er in das fortschrittliche Fahrwasser zurückgeleitet. „Dafür soll ich ihm dankbar sein? Wenn auch alles übrige, so würde ich schon dies nicht verzeihen können.“

Nach den Varziner Verhandlungen sei eine Entfremdung eingetreten: „Diese Entfremdung sehe ich hauptsächlich als das Werk des früheren Abgeordneten Lasker an. Auch die ganze Bekämpfung unserer wirtschaftlichen, kurz und gut unserer gesamten Politik ist sein Werk gewesen, und Sie werden nicht verlangen, daß ich mich ruhig an den Triumphwagen eines Verstorbenen einspannen lassen soll, der mir das Leben in dem wenigen, was ich für Deutschland habe tun können, saurer gemacht hat, als irgend-
anderer.“

Hätte Lasker die Verdienste gehabt, die ihm die Resolution unterstellt, dann hätte er in der Regierung sein müssen. Aber man werde sich erinnern, „daß die Übereinstimmung zwischen Lasker und mir, wenn je vorhanden, sich fast ausnahmslos in dem Zustand der Trübung befunden hat, daß zwischen jener Stelle, wo er saß, und dieser hier, wo ich stehe, häufiger, als mir lieb ist, die unfreundlichsten Reden von beiden Seiten gewechselt worden sind, kurz, daß er das Oppositionsmitglied kat exochen war.“

Hänel versucht eine matte Erwiderung, spricht von Laskers Anhänglichkeit an den Kanzler, wird aber von Bismarck sofort wieder angegriffen: „Für eine solche Anhänglichkeit danke ich, die mich öffentlich lobt und anerkennt, um dem Tadel und der Opposition gegen mich einen nur umso stärkeren Nachdruck zu geben, indem man sagt: ich bin ja gar nicht der Feind dieses Mannes, ich bin sein Freund, aber so übel wie er sich aufführt, da muß selbst ich, sein Freund, gegen ihn auftreten; wenn ich sein Feind wäre, so wäre mein Zeugnis verdächtig, aber weil ich sein Freund und Anhänger bin, so wird meine Opposition viel mehr Gewicht haben.“ Nach dieser Methode sei Lasker verfahren.

Lasker sei nicht doppelzünftig gewesen, er habe nur nicht gewagt, sich öffentlich von ihm loszusagen und er hatte „je nach seiner Impressiona-

bilität nicht mehr am Donnerstag denselben Eindruck wie am Montag und wenn er gefragt wurde und seine Meinung gehört wurde, so sah er die Sache günstiger an als wenn er nicht gefragt wurde; er war impressionabel im höchsten Grade und deshalb nicht immer gleich. Prinzipiell war er mein Freund, tatsächlich mein Gegner; eins schloß das andere nicht aus; er hat mich gelobt, aber bekämpft, und wenn mich einer unter den größten Lobeserhebungen auf der politischen Mensur über den Haufen sticht, so kann ich ihm natürlich nicht dankbar sein.“¹¹⁾

Mit dieser Rede senkt sich der Vorhang über die Rolle Eduard Laskers im deutschen Reichstag.

Der Rabbiner Maybaum predigte an Laskers Grab über das Wort aus dem 45. Psalm: „Zieh einher der Wahrheit zugut, und die Elenden bei Recht zu erhalten, dann wird deine rechte Hand Wunder vollbringen.“

Zusammen mit seinem langjährigen, 1899 verstorbenen Freund und Mitstreiter Ludwig Bamberger ist Dr. Eduard Lasker auf dem jüdischen Friedhof in der Schönhauser Allee in Berlin begraben. Die Inschrift auf dem Grabstein lautet: „Hier ruhen im Tode vereint, die im Leben gemeinsames Streben für Deutschlands Größe und Einheit verband.“¹²⁾

¹¹⁾ 13. 3. 84 — 4, 28 ff.; vgl. Wermuth, S. 54; Poschinger, Bd. III, S. 127.

¹²⁾ vgl. dazu C.-V.-Zeitung, Blätter für Deutschtum und Judentum, Laskergedenknummer vom 11. 10. 1929, die im übrigen kein neues Material zutage fördert.

Literaturverzeichnis

- „A“, (Pseudonym für Adolf Stein), Friedrich der Vorläufige, die Zietz und die Anderen, Berlin, 1919.
- Heinrich Abeken, Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit, Berlin, 1898.
- Dr. Detlev Albers, Reichstag und Außenpolitik von 1871—1879, Berlin, 1927, (Heft 170, Historische Studien).
- Berthold Auerbach, Briefe an Jakob Auerbach, 2 Bde., Frankfurt, 1884.
- Karl Bachem, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei, Köln, 1929, 6 Bde.
- Dr. Julius Bachem, Erinnerungen eines alten Publizisten und Politikers, Köln, 1913.
- Ludwig Bamberger, Gesammelte Schriften, Berlin, 1894 ff., 5 Bde.
— — Tagebücher, siehe Feder.
- Karl Baumbach, vgl. Eduard Lasker.
- August Bebel, Aus meinem Leben, Stuttgart, 1910 ff., 3 Bde.
— — (Herausgeber) Die Sozialdemokratie im deutschen Reichstag, Berlin, 1909.
- Ludwig Bergsträsser, Die Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland, Laupheim, 1954 (Heft 13 der Schriftenreihe „Geschichte und Politik“).
- Otto Fürst von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Stuttgart, 1922, 3 Bde.
— — Gesammelte Werke, Berlin, 1923 ff., 21 Bde.
- Wilhelm Blos, Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten, München, 1914, 2 Bde.
- Hans Blum, Das deutsche Reich zur Zeit Bismarcks, Berlin, 1893.
- Friedrich Böttcher, Eduard Stephani, Leipzig, 1887.
- Carl Braun, Randglossen zu den politischen Wandelungen der letzten Jahre, Bromberg, 1878.
- Lothar Bucher, Der Parlamentarismus wie er ist, 2. Auflage, Stuttgart, 1881.
- Moritz Busch, Bismarck und seine Leute, (Hrsg. Wolfgang Götz), Berlin, 1940.
— — Tagebuchblätter, Leipzig, 1899 ff., 3 Bde.
- Rudolf v. Delbrück, Lebenserinnerungen, Leipzig, 1905, 2 Bde.
- Hans Delbrück, Bismarcks Erbe, Berlin, 1915.
— — Regierung und Volkswille, Berlin, 1914.
- Volrad Deneke, Das Parlament als Kollektiv, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 1953, S. 503.
- Karl Duncker, Franz Duncker, Lebensbild eines Volksfreundes, Leipzig, 1888.
- Max Duncker, Politischer Briefwechsel, Hrsg. Joh. Schulze, Stuttgart, 1923.
- Dr. Otto Elben, Lebenserinnerungen, Stuttgart, 1931.

- Dr. Ernst Feder, Bismarcks großes Spiel, Die geheimen Tagebücher Ludwig Bambergers, Frankfurt, 1932.
- Federico Federici, Der deutsche Liberalismus, Zürich, 1946.
- Sigmund Figdor, Parlamentswissenschaft, Berlin 1885 ff., 3 Bde.
- Ludwig Frank, Die bürgerlichen Parteien des deutschen Reichstags, Berlin, 1911.
- Leonhard Freund, Einiges über Eduard Lasker, München, 1893 (Polemik gegen Schmollers Nachruf).
- Kaiser Friedrichs Tagebuch, Hrsg. Eduard Engel, Halle, 1919.
- Richard Freiherr v. Friesen, Erinnerungen aus meinem Leben, Dresden, 1910, 3 Bde.
- Ernst Ludwig v. Gerlach, Hrsg. Jakob v. Gerlach, Aufzeichnungen aus seinem Leben und Wirken, Schwerin, 1903, 2 Bde.
- Hellmuth v. Gerlach, Das Parlament (Bd. 17 der Reihe: Die Gesellschaft), Frankfurt, 1907.
- Friedrich Glum, Das parlamentarische Regierungssystem, München, 1950.
- Julius Hatschek, Das Parlamentsrecht des deutschen Reiches, Berlin, 1915.
- Willy Hellpach, Die Parlamentskrise und die Verfassung von Weimar, Vortrag, erschienen in Karlsruhe, 1927.
- Hans Herzfeld, Johannes von Miquel, 2 Bde., Detmold, 1938.
- Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Denkwürdigkeiten, Stuttgart, 1906, 2 Bde.
- Dr. Eduard Hüsgen, Ludwig Windthorst, Köln, 1907.
- Carl Fürst zu Isenburg-Birstein, Die Parteien im deutschen Reichstag und die Sozialdemokratie, Mainz, 1877.
- Bernhard Jungheim, Die Geschäftsordnung für den Reichstag, Berlin, 1916.
- Wilhelm Keil, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Stuttgart, 1947, 2 Bde.
- Wilhelm Emanuel Freiherr v. Ketteler, Die Zentrumsfraktion auf dem ersten deutschen Reichstage, Mainz, 1872.
- Sir Stephen King-Hall, und Richard Ullmann, German Parliaments, London, 1954.
- Oskar Klein-Hattingen, Geschichte des deutschen Liberalismus, Berlin, 1911, 2 Bde.
- Horst Kohl, Fürst-Bismarck-Regesten, Leipzig, 1891, 2 Bde.
- Hellmut Köster, Eduard Laskers politische Frühzeit, Diss., Leipzig, 1924.
- Eduard Lasker, Erlebnisse einer Mannesseele, Stuttgart, 1873.
- — Zur Verfassungsgeschichte Preußens, Leipzig, 1874.
 - — Die Zukunft des deutschen Reiches (Vortrag 1877), Leipzig, 1884, — — (5. Auflage).
 - — Wege und Ziele der Kulturentwicklung, Leipzig, 1881.
 - — Biographie und letzte öffentliche Rede, mit Nekrolog von Karl Baumbach, Stuttgart, 1884.
- Wilhelm Liebknecht, Über die politische Stellung der Sozialdemokratie, insbesondere mit Bezug auf den Reichstag, London, 1889.
- Karl Lohmann, Parlamentarismus und Publizistik, Berlin, 1954, Sonderdruck.
- Freiherr Lucius v. Ballhausen, Bismarck-Erinnerungen, Stuttgart, 1920.
- Paul Majunke, Geschichte des Kulturkampfes, Paderborn, 1890.

- Dr. Rudolph Meyer, Politische Gründer und die Korruption in Deutschland, Leipzig, 1877.
- Freiherr v. Mittnacht, Erinnerungen an Bismarck, Stuttgart, 1904.
- Ottmar v. Mohl, 50 Jahre Reichsdienst, Leipzig, 1921, 2 Bde.
- Robert v. Mohl, Lebenserinnerungen, Stuttgart, 1902, 2 Bde.
- Ernst Müller-Meiningen, Parlamentarismus, Berlin, 1926.
- Friedrich Naumann, Freiheitskämpfe, Berlin, 1913.
- Friedrich Oetker, Lebenserinnerungen, Kassel, 1885, 3 Bde.
- Elard v. Oldenburg-Januschau, Erinnerungen, Leipzig, 1936.
- Hermann Oncken, Rudolf v. Bennigsen, Stuttgart, 1910, 2 Bde.
- Ludolf Parisius, Deutschlands politische Parteien, Berlin, 1878.
- Parlaments-Album des Kladderadatsch, Hrsg. Wolfgang Hofmann, Berlin, 1928.
- Ludwig Pastor, August Reichensperger, Freiburg, 1899, 2 Bde.
- Friedrich Payer, von Bethmann-Hollweg bis Ebert, Frankfurt, 1923.
- Perrot, Die Ära Bleichröder-Delbrück-Camphausen, (Sonderdruck der Ära-Artikel), Berlin, 1876.
- Kurt Perels, Das autonome Reichstagsrecht, Berlin, 1903.
- Otto Pfülf, Hermann v. Mallinckrodt, Freiburg, 1901.
- Martin Philippson, Max v. Forckenbeck, Dresden, 1898.
- A. Plate, Die Geschäftsordnung des Preussischen Abgeordnetenhauses, ihre Geschichte und ihre Anwendung, Berlin, 1904.
- Heinrich Ritter v. Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier, Breslau, 1894 ff., 3 Bde.
- Eugen Richter, Im alten Reichstag, Berlin, 1894, 2 Bde.
- Hermann Robolsky, Der Deutsche Reichstag, Berlin, 1897.
- Dr. Rodbertus-Jagetzow, Hrsg. Dr. Rudolph Meyer, Briefe und Aufsätze, Berlin, 1880.
- Julius Rodenberg, Briefe von Eduard Lasker, in: Deutsche Rundschau, Bd. 38, 1884, S. 443 ff.
- Graf v. Roon, Denkwürdigkeiten, Breslau, 1892, (3. Auflage), 2 Bde.
- Felix Salomon, Die deutschen Parteiprogramme, 3. Auflage, Leipzig, 1924, 3 Bde.
- Carlo Schmid, Die Aufgabe der Opposition in der Demokratie, in: Stuttgarter Zeitung vom 3. 3. 1955.
- Eugen Schiffer, Ein Leben für den Liberalismus, Berlin, 1951.
- Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, Berlin, 1927.
- Gustav Schmoller, Hermann Schulze-Delitzsch und Eduard Lasker, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, 1884, 2. Heft, S. 251 ff.
- Albert Schwab, Eduard Lasker, Diss., Tübingen, 1923.
- Klaus-Peter Schulz, Sorge um die deutsche Linke, Köln, 1954.
- Bernard Shaw, Über Demokratie und Parlamentarismus, (Vorwort zu dem Theaterstück „Der Kaiser in Amerika“), in: Die Neue Rundschau, 1930, S. 443 ff.
- Eduard v. Simson, Erinnerungen aus seinem Leben, Leipzig, 1900.
- Oswald Spengler, Preußentum und Sozialismus, München, 1920.

- Ilse Steil, Bismarcks Anschauungen über Volksvertretung, Diss. Marburg, 1939.
- Adolf Stein, siehe „A“.
- August Stein, Es war alles ganz anders, Frankfurt, 1922.
- Gerhard Stoltenberg, Der deutsche Reichstag 1871 bis 1873, Düsseldorf, 1955.
- H. G. v. Studnitz, Vom politischen Stil, in: Außenpolitik, Januar 1955, S. 28 ff.
- Hermann Sudermann, Das Bilderbuch meiner Jugend, Stuttgart, 1922.
- Heinrich v. Sybel, Die Begründung des deutschen Reiches, München, 1901, 7 Bde.
- Friedrich Thudichum, Bismarcks parlamentarische Kämpfe und Siege, Stuttgart, 1887, 2 Bde.
- Christoph v. Tiedemann, Persönliche Erinnerungen an den Fürsten Bismarck, Leipzig, 1898.
- Heinrich v. Treitschke, Deutsche Kämpfe, Leipzig, 1896.
- — Briefe, Hrsg. Max Cornicelius, Leipzig, 1920, 3 Bde.
- Hans Viktor v. Unruh, Erinnerungen, Stuttgart, 1895.
- Veit Valentin, Bismarck and Lasker, in: Journal of Central European Affairs, Boulder (USA), Januar, 1944.
- Hermann Wagener, Erlebtes, Berlin, 1884, 2 Teile.
- Paul Wentzcke und Julius Heyderhoff, Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks, Bonn, 1926, 2 Bde.
- Paul Wentzcke, Glaubensbekenntnisse einer politischen Jugend, in: Deutscher Staat und deutsche Parteien, Festschrift für Meinecke, München, 1922.
- — Aus Eduard Laskers sozialistischen Anfängen, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, Leipzig, 1925.
- Adolf Wermuth, Ein Beamtenleben, Berlin, 1922.
- H. Wiermann (Pseud. für Hermann Robolsky), Der deutsche Reichstag, seine Parteien und Größen, Leipzig, 1884, 2 Teile.
- Friedrich Zander, Die Thronreden der deutschen Kaiser, Gautzsch, 1914.
- Johannes Ziekursch, Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches, Frankfurt, 1925, 3 Bde.

Curriculum Vitae

Mein Geburtstag, der 23. Juli 1932, fiel in die letzten Monate der Weimarer Republik. Papen war Reichskanzler und mein Vater, der Kaufmann Karl Dill aus Nürnberg, kämpfte mit der Wirtschaftskrise. Unter dem Hakenkreuzbanner brachte ich Volksschule, Jungvolk-Zeltlager, Bombennächte, erste Oberschuljahre und Kinderlandverschickung glücklich hinter mich. Nach dem Einmarsch der Amerikaner war ich eine Zeitlang Hotelpage beim Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg. Dann kehrte ich auf die Schulbank zurück und durfte 1951 an der Oberrealschule Löbleinstraße Nürnberg mein Reifezeugnis in Empfang nehmen.

Nach dem Abitur studierte ich auf Einladung des Rotary Club von Norfolk (USA) zwei Semester am College of William and Mary in Virginia. Im Herbst 1952 kehrte ich an die Universität Erlangen zurück, wo ich mein philosophisches und juristisches Studium fortsetzte. Zwei Semester verbrachte ich in München und ein weiteres in Bonn. Einen Teil meiner Ferien benützte ich zur Arbeit in den Redaktionen von Rundfunk, Fernsehen und verschiedenen großen Tageszeitungen.

Ich bin evangelisch und deutscher Staatsbürger.

